

Verfassungs- schutz- bericht 1989

*Linksextremistische
Bestrebungen*

*Rechtsextremistische
Bestrebungen*

*Sicherheitsgefährdende
und extremistische
Bestrebungen
von Ausländern*

Spionageabwehr



Verfassungsschutzbericht 1989



Vorwort des Bundesministers des Innern

Der jährliche Verfassungsschutzbericht ist ein wichtiger Beitrag zur Information der Bürger und ein wesentlicher Bestandteil praktizierter wehrhafter Demokratie. Unser freiheitlicher Rechtsstaat verfügt über ein Instrumentarium, um die Wiederholung einer Entwicklung zu verhindern, in der Grundprinzipien der Verfassung von ihren Gegnern angegriffen und ausgehöhlt werden konnten.

In dem Verfassungsauftrag, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen, sieht die Bundesregierung eine wichtige Aufgabe und ist bereit, die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus von links wie von rechts auch offensiv zu führen. Sie setzt dabei – in Übereinstimmung mit ihren Vorgängern und den Regierungen in den Ländern – auf die Überzeugungskraft der geistig-politischen Auseinandersetzung, der sie grundsätzlich Vorrang vor administrativen und gerichtlichen Maßnahmen gegen extremistische Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einräumt.

Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats kann nicht allein von staatlichen Behörden geleistet werden. Sie ist vielmehr Aufgabe aller Bürger. Ihre Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.

Hierfür müssen der Öffentlichkeit die notwendigen Informationen vermittelt werden, die es jedermann ermöglichen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen.

Der Information bedarf es auch deshalb, weil die Gegner unserer Verfassung nicht selten ihre wahren Ziele verschleiern, Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz ablegen

oder durch Umwertung von Verfassungsnormen, politischen und juristischen Begriffen vermeintlich als Verfechter demokratischer Prinzipien auftreten.

Die Kriterien für die Grenzziehung zwischen Extremisten und Demokraten hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Parteiverbotsurteilen von 1952 und 1956 vorgegeben. Danach zählen Aktivitäten und Bestrebungen zum politischen Extremismus, bei denen konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, daß ihre Ziele oder die zur Erreichung dieser Ziele befürworteten Mittel und Wege ganz oder teilweise mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Widerspruch stehen. Zu deren fundamentalen Prinzipien zählen vor allem:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung
- die Volkssouveränität
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien
- und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Bis 1973 wurden solche Bestrebungen zuweilen als »radikal« bezeichnet. Der Begriff »extremistisch« trägt demgegenüber der Tatsache Rechnung, daß politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine bestimmte nach allgemeinem Sprachgebrauch »radikale«, d. h. an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben. Sie sind »extremistisch« und damit verfassungsfeindlich im Rechtssinne nur dann, wenn sie sich gegen den oben umschriebenen Grundbestand unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung richten.

Der vorliegende Bericht faßt die Ergebnisse der Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahre 1989 zusammen. Er kann keinen erschöpfenden Überblick geben; er unterrichtet über die wesentlichen Erkenntnisse und analysiert und bewertet die Entwicklungen und Zusammenhänge. Er ist als Orientierungshilfe für die politische Auseinandersetzung, nicht als eine abschließende juristische Würdigung zu verstehen. Dies gilt insbesondere für die Bewertung der von verfassungsfeindlichen Kräften beeinflussten Organisationen. Die Erwähnung einer Organisation im Bericht allein läßt noch keine Rückschlüsse auf die Verfassungstreue der einzelnen Mitglieder solcher Vereinigungen zu.

Dr. Wolfgang Schäuble

INHALTSVERZEICHNIS

Allgemeine Erfahrungen	12
Linksextremistische Bestrebungen	19
I. Übersicht in Zahlen	20
1. Organisationen und Mitgliederstand	20
2. Verlage und Vertriebsdienste	22
3. Periodische Publikationen	22
4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst	22
5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen.....	23
II. Orthodoxe Kommunisten	24
1. Politische und organisatorische Entwicklung	24
1.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)	24
1.1.1 Ideologisch-politischer Standort	27
1.1.2 Organisation und Finanzierung	27
1.1.3 Schulung der DKP-Mitglieder	29
1.1.4 Parteipresse	29
1.2 »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW)	29
1.3 Nebenorganisationen der DKP	32
1.3.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ).....	33
1.3.2 »Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus« (MSB).....	35
1.3.3 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)	36
1.4 Kommunistisch beeinflusste Organisationen	37
1.4.1 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland« (VVN-BdA)	38
1.4.2 »Deutsche Friedens-Union« (DFU)	38
1.4.3 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK).....	39
2. Bündnispolitik	40
2.1 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten	41
2.2 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Gewerkschaften	42
2.3 »Antifaschismus«-Kampagne	43
2.4 Einflußnahme auf die »Friedensbewegung«	44
2.5 Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst	45
3. Betriebsarbeit	45

4.	»Ideologischer Kampf«	47
4.1	Instrumente zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus	47
4.2	Druckerei, Verlage, Buchhandlungen	47
5.	Teilnahme an Wahlen	48
5.1	Wahlen zum Europäischen Parlament	48
5.2	Kommunalwahlen	48
III.	SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland	49
1.	Anleitung, Unterstützung und Kontrolle der DKP	50
2.	»Westarbeit« anderer DDR-Institutionen	51
3.	Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-»Reisekader«	52
IV.	»Neue Linke«	52
1.	Politischer Standort und Entwicklung	52
2.	Organisationen und Gruppierungen	53
2.1	Revolutionär-marxistische Gruppen	53
2.1.1	»Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)	54
2.1.2	»Kommunistischer Bund« (KB)	56
2.1.3	»Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)	56
2.1.4	»Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP)	57
2.1.5	»Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB)	58
2.1.6	Trotzkistische Gruppen	59
2.1.7	»Marxistische Gruppe« (MG)	60
2.2	Anarchisten, Autonome und sonstige Sozialrevolutionäre	62
2.2.1	Autonome	63
2.2.2	Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen«	68
2.2.3	»Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen	69
3.	Aktionsfelder	69
3.1	»Internationalismusarbeit« – »Dritte Welt Solidarität«	69
3.2	»Antifaschismusarbeit«	71
3.3	»Antimilitarismus- und Friedensarbeit«	72
3.4	Beteiligung an Aktionen der Umweltschutzbewegung und an Protesten gegen neue Technologien	73
3.5	Kampf um »Freiräume«	73
3.6	Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit	74
3.7	Tätigkeit an Hochschulen	74
V.	Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten	75
VI.	Deutscher linksextremistischer Terrorismus	75
1.	Entwicklung der Terroraktionen	75
2.	»Rote Armee Fraktion« (RAF)	78
2.1	»Kommandobereich« und »Milite«	78
2.2	Inhaftierte der »Roten Armee Fraktion«	81
2.3	Umfeld der »Roten Armee Fraktion«	82

3.	»Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora«	84
4.	Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen	85
5.	Internationale Verflechtungen	87
6.	Strafverfahren	88
6.1	Anklagen	88
6.2	Verurteilungen	88
VII.	Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	89
1.	Übersicht in Zahlen	89
2.	Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten	90
3.	Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten	90
3.1	Verurteilungen	90
3.2	Anklagen	91
VIII.	Dokumentation	92
IX.	Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und links- extremistisch beeinflussten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	99

Rechtsextremistische Bestrebungen	107
I. Übersicht in Zahlen	108
1. Organisationen und Mitgliederstand	108
2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste	110
3. Periodische Publikationen	110
4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	110
II. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)	111
1. Zielsetzung	111
2. Zahlen	111
3. Neonationalsozialistische Gruppen	112
3.1 Die »Bewegung«	112
3.2 »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP)	114
3.3 »Deutsche Alternative« (DA)	116
3.4 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG)	117
3.5 »Nationalistische Front« (NF)	118
3.6 »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO)	120
3.7 Neonationalsozialistenkreis um Curt MÜLLER	122
3.8 »Bürger- und Bauerninitiative e.V.« (BBI)	122
3.9 »Deutsche Bürgerinitiative e.V.« (DBI)	123
3.10 »Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.« (DDF)	123
3.11 Sonstige neonationalsozialistische Zirkel	124
III. »National-Freiheitliche«/»Nationaldemokraten«	124
1. Ideologische Standorte	124
2. »Deutsche Volkunion – Liste D« (DVU-Liste D)	125
2.1 Zielsetzung	125
2.2 Organisation	125
2.3 Finanzen	127
2.4 Teilnahme an Wahlen	127
3. »Deutsche Volkunion e.V.« (DVU)	128
4. »National-Freiheitliche« Verlage	128
5. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)	128
5.1 Zielsetzung	128
5.2 Organisation	130
5.3 Finanzen	130
5.4 Teilnahme an Wahlen	131
6. »Junge Nationaldemokraten« (JN)	132
IV. Sonstige rechtsextremistische Gruppen	132

V.	Jugendgruppen	132
1.	Überblick	132
2.	Rechtsextremistische Randgruppen	133
3.	»Wiking-Jugend e.V.« (WJ)	133
VI.	Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Computerspiele	134
1.	Zeitungs- und Schriftenverlage	134
2.	Buchverlage und Vertriebsdienste	134
3.	Computerspiele	135
VII.	Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten	135
1.	»Revisionisten«	135
2.	Veranstaltungen zum 100. Geburtstag HITLERS	135
3.	Propagandamaterial aus dem Ausland	136
4.	Internationale Treffen	136
VIII.	Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus	136
1.	Anschläge	136
2.	Justizmaßnahmen	137
IX.	Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug	138
1.	Überblick	138
2.	Gewalttaten	139
3.	Gewaltandrohungen	140
4.	Sonstige Gesetzesverletzungen	140
5.	Beweggründe/Zielrichtungen	140
X.	Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten	141
1.	Verurteilungen	141
2.	Anklagen	141
3.	Veranstaltungsverbote	141
XI.	Dokumentation	142
XII.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	143

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern	147
I. Übersicht in Zahlen.....	148
1. Organisationen und Mitgliederstand.....	148
1.1 Überblick.....	148
1.2 Organisationen.....	150
1.3 Mitglieder.....	150
2. Publizistik.....	151
3. Gewaltaktionen und sonstige Gesetzesverletzungen.....	151
II. Mitgliederentwicklung und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen.....	153
1. Iren/Nordiren.....	153
2. Kurden.....	155
2.1 Mitgliederentwicklung.....	155
2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte.....	155
3. Araber.....	158
3.1 Mitgliederentwicklung.....	158
3.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte.....	158
3.3 Gewalttaten.....	158
4. Türken (ohne Kurden).....	160
4.1 Mitgliederentwicklung.....	160
4.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte.....	160
4.2.1 »Neue Linke«.....	160
4.2.2 Orthodoxe Kommunisten.....	162
4.2.3 Islamische Extremisten.....	163
4.2.4 Extreme Nationalisten.....	163
5. Iraner.....	164
5.1 Mitgliederentwicklung.....	164
5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte.....	164
5.2.1 Anhänger der iranischen Regierung.....	164
5.2.2 Gegner der iranischen Regierung.....	164
6. Sonstige.....	166
6.1 Jugoslawen.....	166
6.2 Sikhs.....	167
6.3 Tamilen.....	167
III. Dokumentation.....	168
IV. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse.....	170

Spionageabwehr	175
1. Spionageabwehr, Schwerpunktaufgabe der Verfassungsschutzbehörden von bleibender Aktualität	176
2. Kontaktanlässe/Werbungsmethoden	177
2.1 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland	178
2.2 Nachrichtendienstliche Gefährdung von Übersiedlern, Aussiedlern und Asylsuchenden aus dem kommunistischen Machtbereich	181
3. Zielrichtungen/Zielobjekte	184
3.1 Politische Spionage/Ausspähung von Emigranten	184
3.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage	185
3.3 Militärspionage	188
4. Methoden gegnerischer Nachrichtendienste	192
4.1 Nachrichtendienstliche Schleusungen über die innerdeutsche Grenze	192
4.2 Einschleusung von Agenten durch die Einrichtung von Wohnstützpunkten ...	193
5. Legale Residenturen gegnerischer Nachrichtendienste	195
5.1 Struktur der Legalen Residenturen	196
5.2 Aufklärungsschwerpunkt Politik	197
5.3 Aufklärungsziel »Emigration« und Bekämpfung »ideologischer Subversion« ..	199
5.4 Aufklärung durch Austauschwissenschaftler	200
6. Festnahmen und Verurteilungen	201
 Abkürzungsverzeichnis	 202
 Sachwortregister	 206

Allgemeine Erfahrungen

I. Linksextremistische Bestrebungen

Im organisierten Linksextremismus haben tiefgreifende Veränderungen eingesetzt. Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa haben die orthodoxen Kommunisten in eine schwere Krise gestürzt, verbunden mit teilweise organisatorischen Verfall und hohen Mitgliederverlusten. Die Gruppen der »Neuen Linken«, die den »realen Sozialismus« stets kritisiert und keine der dort regierenden kommunistischen Parteien als »Bruderpartei« angesehen hatten, blieben von deren Niedergang bisher unberührt.

Die Linksextremisten hielten an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest: Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Diktatur oder der Anarchie. Diesen Zielen dienten auch die tagespolitischen Aktivitäten. Dabei konnten Linksextremisten, darunter auch gewaltbereite Anhänger der »Neuen Linken«, in Aktionsbündnissen mit Demokraten zusammenwirken.

Ein besonders herausragendes Aktionsthema gab es 1989 nicht. Nach den Wahlerfolgen der »Republikaner« verstärkten die Linksextremisten ihren »antifaschistischen Kampf«. Das Interesse an anderen Protestbewegungen wie der »Friedensbewegung« ging weiter zurück. Zum Jahresende, nach dem Umbruch in der DDR, griffen Linksextremisten als neues Kampagnethema den Widerstand gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands auf.

Die Gewaltbereitschaft von Linksextremisten hielt an. Die Gesamtzahl der von ihnen verübten Straftaten ist wieder leicht angestiegen.

1. Orthodoxe Kommunisten

Das Scheitern des »realen Sozialismus«, vor allem in der DDR, hat zu einer Existenzkrise der orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Zum Jahresende stellte die »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (SED) – inzwischen umbenannt in »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) – die konspirative Finanzierung der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) weitgehend ein. Die aufwendigen Parteiapparate mußten erheblich reduziert und Mitarbeiter entlassen werden, Publikationen wurden eingestellt. Die bisher immer bestrittene Berichterstattung der Verfassungsschutzbehörden über Abhängigkeit und Steuerung der DKP und der »Sozialistischen Einheitspartei Westberlins« (SEW)* sowie ihrer zahlreichen Vorfeldorganisationen wurden damit bestätigt. Eine Austrittswelle setzte ein. Ein Teil der reformwilligen Erneuerer, die der DKP den Rücken kehrten, begann, sich in Initiativen für eine neue kommunistische Politik zu formieren oder Anschluß bei Gruppierungen der »Neuen Linken« zu suchen.

* Inzwischen umbenannt in »Sozialistische Initiative« (SI)

Trotz dieser Entwicklung ist die DKP die stärkste linksextremistische Organisation geblieben und nach wie vor in allen Bundesländern organisiert. Die Parteiführung kämpft darum, die DKP als revolutionäre Arbeiterpartei auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu »erneuern«. Wie die Partei selber, so hoffen auch ihre Vorfeldorganisationen, die politische Arbeit – bei weitgehend unveränderten Zielen – mit kleineren Apparaten durch Eigenfinanzierung und verstärkte ehrenamtliche Tätigkeit fortsetzen zu können.

Zum Jahresende wurden erstmals konkrete Anhaltspunkte bekannt, daß die SED die DKP nicht nur für politische Zwecke eingesetzt hat, sondern unter Verantwortung des Ministeriums für Staatssicherheit über viele Jahre hinweg DKP-Mitglieder für Sabotageakte ausgebildet hat.*

2. »Neue Linke«

Die zahlreichen Gruppierungen der »Neuen Linken« – d. h. derjenigen Linksextremisten, die den orthodoxen, an der KPdSU und SED orientierten Kommunismus ablehnen – blieben organisatorisch und ideologisch weitgehend stabil. Einzelne Gruppen der revolutionären Marxisten und anarchistische Zusammenschlüsse, die jeweils mit mehreren Strömungen und Ausprägungen vertreten sind, hatten weiteren Zulauf. Zum Jahresende begannen Trotzlisten und Anarchisten Stützpunkte und Gruppen in der DDR aufzubauen.

Ein erneuter Versuch, die ideologische und organisatorische Zersplitterung der »Neuen Linken« zu überwinden und die Kräfte zu bündeln, und zwar einschließlich von Personen aus dem terroristischen Umfeld, Erneuerern aus den Reihen der DKP sowie Anhängern ökosozialistischer Strömungen in den GRÜNEN, stieß auf geteiltes Interesse.

Wie schon seit Jahren waren anarchistisch orientierte Autonome für die Mehrzahl der von Linksextremisten verübten Gewalttaten, einschließlich der terroristischen Brandanschläge, verantwortlich.

3. Terrorismus**

Einerseits hat die seit 1987 rückläufige Entwicklung der Zahlen linksextremistisch motivierter Terrorakte**) auch 1989 angehalten. So ist deren Zahl mit 101 Anschlägen gegenüber dem Vorjahr (197) um nahezu die Hälfte gesunken. Andererseits hat der »Kommandobereich« der »Roten Armee Fraktion« (RAF) mit dem Mord an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank Dr. Alfred HERRHAUSEN am 30. November in Bad Homburg gezeigt, daß er unbeirrt an seinen heimtückischen verbrecherischen Zielen, dem sog. »Konzept des bewaffneten Kampfes«, festhält.

* Zur Definition der Begriffe »Terrorismus« und »Terrorakte« s. S. 75/76

** Die Existenz dieser äußerst konspirativ rekrutierten geheimen Einsatztruppe belegt anschaulich die vielfach unterschätzte Gefährdung der inneren Sicherheit durch SED-gesteuerte orthodoxe Kommunisten.

Die im September 1988 bekanntgegebene Zusammenarbeit zwischen der RAF und der italienischen Terrorgruppe »Brigate Rosse – PCC« (BR-PCC) hat weiterhin Bestand, auch wenn diese Gruppe seitdem selbst keine Terrorakte mehr verübt hat. Die BR-PCC haben das Bündnis mit der RAF im Laufe des Jahres mehrmals bekräftigt.

Die »Militanten« der RAF ließen sich durch den Anschlag des »Kommandobereichs« erstmals seit Dezember 1986 wieder zu eigenen Anschlagaktivitäten motivieren. Am 10. Dezember versuchten sie einen Sprengstoffanschlag auf die Fa. BAYER AG in Monheim. Die Anschlagsserie setzte sich in 1990 fort.

Beherrschendes Ereignis in der ersten Jahreshälfte 1989 war der 10. kollektive Hungerstreik der Inhaftierten aus »RAF und Widerstand« vom 1. Februar bis 12. Mai, an dem sich zeitweise über vierzig terroristische Gewalttäter beteiligten. Die Häftlinge wollten damit insbesondere ihre Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen erzwingen. Der Hungerstreik bestimmte auch die Aktivitäten der Angehörigen des RAF-Umfeldes. Durch eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen unterschiedlichster Art gelang es ihnen, die Forderungen der Inhaftierten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Nach dem Abbruch des erfolglos gebliebenen Hungerstreiks zeigte sich bei den Anhängern der RAF zunehmend Ratlosigkeit. Dies führte zu einem deutlichen Rückgang ihrer Aktivitäten. Der Mord an Dr. HERRHAUSEN stieß bei ihnen auf allgemeine Zustimmung und gab ihnen neue Orientierung.

Die »Revolutionären Zellen« haben 1989 zwei Sprengstoff- und zwei Brandanschläge verübt. Sie setzten damit ihre 1986 begonnene Anschlagsserie zur Asylanten- und Flüchtlingsproblematik fort. Ihre autonome Frauengruppe, die »Rote Zora«, entwickelte hingegen keine terroristischen Aktivitäten.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

1989 brachte den rechtsextremistischen Organisationen einen beachtlichen Mitgliederzuwachs. Das gilt insbesondere für die »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU). Bei der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) stieg die Mitgliederzahl ebenfalls.

Rechtsextremisten begrüßten die Veränderungen in der DDR, weil sie sich dadurch in ihrem deutschlandpolitischen Vorhaben bestärkt sehen. Sie werben um Übersiedler aus der DDR sowie deutschstämmige Aussiedler und hetzen gegen Ausländer. In einigen Fällen gelang es ihnen, Kontakte zu Gleichgesinnten in der DDR zu knüpfen.

Eine einheitliche oder systematische rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Rechtsextremisten sind sich allerdings einig in

ihrem Streben nach autoritären oder totalitären Staatsformen. Damit unvereinbare demokratische Strukturen lehnen sie ab. Kennzeichnend ist vor allem die Überbetonung einer Volksgemeinschaft, die im Gegensatz zum Bild des Grundgesetzes mit dem vorrangigen Wert und der Würde des einzelnen steht. Maßgebliche Maxime ihrer Weltanschauung und ihres politischen Handelns ist das Führerprinzip, das von den einzelnen Strömungen unterschiedlich deutlich zum Ausdruck gebracht wird.

Alle rechtsextremistischen Bestrebungen kennzeichnet ein völkischer Nationalismus, dessen Triebfeder ein elitäres rassistisches Denken ist. Nicht die Gemeinsamkeiten der Geschichte, der Kultur und insbesondere der Sprache bestimmen nach rechtsextremistischer Weltanschauung die Zugehörigkeit zu einem Volk und zu einer Nation, sondern allein die biologische Abstammung (Rassevolk, Rassenation). Das ideologische Feindbild wird deshalb maßgeblich durch Rassen- und Fremdenhaß insbesondere gegen Türken, Juden und Farbige geprägt.

Die Neonationalsozialisten (Neonazis) unter den Rechtsextremisten streben einen dem Programm der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) entsprechenden Führerstaat an. Soweit sie in HITLER ihr Leitbild sehen, entspricht das »Dritte Reich« ihrer Systemvorstellung. Die »Nationalrevolutionäre« unter den Neonationalsozialisten, die sich auf die Brüder STRASSER und deren linksnationalistische Aktivitäten in der Weimarer Republik berufen, streben ein NS-Staatsmodell mit sozialistischer Ausprägung an. Tonangebende Organisationen der Neonationalsozialisten sind die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP), die »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« und die »Nationalistische Front« (NF).

Die »Nationaldemokraten« kleiden ihre völkisch-kollektivistischen Systemvorstellungen in Begriffe wie »Volksgemeinschaft« und »Volksganzes«, wobei sie – wie dies auch die »National-Freiheitlichen« tun – keinen Zweifel daran lassen, daß sie trotz aller Wortbekenntnisse zum Grundgesetz die Freiheitsrechte des Individuums gegenüber den Interessen der Volksgesamtheit geringer einschätzen.

Neonationalsozialisten verübten die meisten Gewaltakte mit rechtsextremistischem Bezug. Wohnungen und Unterkünfte von Asylanten und anderen Ausländern sind zunehmend Ziele von Brandanschlägen.

Die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten stieg weiter an. Anlaß waren zumeist Veranstaltungen von rechtsextremistischen Organisationen und Versuche ihrer Störung oder Verhinderung durch politische Gegner, insbesondere Linksextremisten. Leidtragende solcher Auseinandersetzungen waren oftmals vor allem die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit eingesetzten Polizeibeamten.

III. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

Ausländische Extremisten beeinträchtigten auch 1989 die innere Sicherheit sowie wichtige innen- und außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Aktivitäten richteten sich vornehmlich gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Heimatländern. Aber auch innenpolitische Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland und Maßnahmen deutscher Behörden bildeten Agitationsthemen ausländischer Extremisten. Kurdische, türkische und iranische Gruppierungen traten dabei besonders hervor. Irische Terroristen setzten ihre Anschlagsserie mit gesteigerter krimineller Energie fort.

Wie im Vorjahr bildeten die ausländischen Extremisten nur eine kleine Minderheit unter den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden über 4,8 Millionen (geschätzt) Ausländern. In extremistischen oder extremistisch beeinflussten Ausländergruppen waren 1989 97.250 Personen organisiert. Bei der Bewertung dieser Zahl ist zu bedenken, daß eine Vielzahl der Ausländer vor allem aus religiösen, sozialen und kulturellen Gründen in den Organisationen Mitgliedschaften eingeht, um in erster Linie Betreuung in Alltagsfragen und »heimatliche Nähe« zu finden. Die politische Zielsetzung spielt oft nur eine untergeordnete Rolle.

Ausländische Extremisten wendeten wiederum vielfach Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele an. Die Zahl der schweren Gewaltakte hat im Vergleich zu 1988 zugenommen. 15 (1988: 12) vorbereitete bzw. versuchte oder vollendete Terror- und sonstige schwere Gewaltakte waren zu verzeichnen. Die Gesamtzahl politisch motivierter Gewaltaktionen und sonstiger Gesetzesverletzungen lag bei 113 und damit nur knapp unter der Vorjahreszahl (120). Die größte Gefahr für die innere Sicherheit ging 1989 von der »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) aus. Im zwanzigsten Jahr der verstärkten Präsenz britischer Truppen in Nordirland verübte die Terrororganisation zahlreiche Mord- und Bombenanschläge im Bundesgebiet, bei denen vier Menschen, unter ihnen ein sechs Monate altes Kleinkind sowie die deutsche Ehefrau eines britischen Soldaten, den Tod fanden. Neben Kasernenanlagen der britischen Rheinarmee waren zunehmend britische Soldaten und deren Angehörige Anschlagziele der PIRA.

Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) war auch 1989 die mit Abstand aktivste unter den gewaltorientierten kurdischen Widerstandsgruppen. Ein Themenschwerpunkt ihrer Agitation war der am 24. Oktober vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gegen 19 ehemals führende PKK-Funktionäre begonnene Strafprozeß. Die Anklage wirft ihnen u. a. die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor. Anhänger der Partei organisierten zahllose Solidaritätsaktionen wie Protestdemonstrationen und Besetzungen. Im Zusammenhang mit Spendengelderpressungen kam es zu einem

Mordversuch eines PKK-Aktivisten an einem Türken. Die gewalttätige Verfolgung von Parteiabtrünnigen setzte sich fort.

Mitte des Jahres gelang es, Anschlagsvorbereitungen arabisch-schiitischer Terroristen aufzudecken. Sichergestellte Unterlagen im Zusammenhang mit der Festnahme eines Hizb Allah-Angehörigen lieferten Hinweise darauf, daß Bombenattentate auf israelische bzw. jüdische und amerikanische Einrichtungen im Bundesgebiet geplant waren.

Türkische Extremisten beeinträchtigten auch 1989 die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Ein ernstzunehmendes Gewaltpotential zeigte sich wieder im Bereich der sogenannten Neuen Linken. Hier kam es zu Spendengelderpressungen. Daneben agitierten einzelne Gruppierungen scharf gegen die Politik der Bundesregierung. Der islamisch-extremistische »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln« (ICCB) propagierte Gewalt.

Herausragendes Ereignis im iranischen Beobachtungsfeld war der Sprengstoffanschlag auf eine Veranstaltung der der »Neuen Linken« zuzurechnenden »Iranischen Moslemischen Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.« (MSV) in der Kölner Universität am 11. Februar. Daneben fanden zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen im Zusammenhang mit dem Tod KHOMEINIs und dessen Mordbefehl gegen den Schriftsteller Salman RUSHDIE statt.

IV. Spionageabwehr

Die politischen Umwälzungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas und die zunehmenden Entspannungstendenzen im Ost-West-Verhältnis führten 1989 (noch) nicht zu einem spürbaren Nachlassen der von den Nachrichtendiensten der Warschauer Pakt-Staaten ausgehenden Spionageaktivitäten. Erneut wurde eine Vielzahl von Werbungen und Werbungsversuchen bekannt, mit denen die Nachrichtendienste dieser Länder Agenten zu gewinnen versuchten. Die festgestellten Spionageaufträge richteten sich unverändert gegen ein breites Spektrum von Zielobjekten im politischen, militärischen und wirtschaftlich-wissenschaftlichen Bereich. Als besonders aktiv erwiesen sich die Nachrichtendienste der DDR, auf die wiederum der weitaus größte Anteil an Werbungen/Werbungsversuchen und Aufträgen entfiel. Im Jahre 1989 konnte eine neue Variante in den Spionageaktivitäten eines sowjetischen Nachrichtendienstes erkannt werden. Erstmals fand sich eine Bestätigung für den von den Verfassungsschutzbehörden bereits länger gehegten Verdacht, daß auch westliche Datenbanken gezielt ausgeforscht werden. Die Zahl der enttarnten und festgenommenen Agenten erreichte zwar nicht die Größenordnung des Vorjahres, lag aber im Durchschnitt der vergangenen Jahre.



Linksextremistische Bestrebungen



I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Hohe Mitglieder- verluste der orthodoxen Kommunisten

Die Gesamtzahl der Parteien und sonstigen Organisationen ist gegenüber 1988 gleich geblieben. Die Zahl der organisierten Linksextremisten ist jedoch stark zurückgegangen, dabei hat sich die Relation der orthodoxen Kommunisten zu Mitgliedern und Anhängern der »Neuen Linken« deutlich verschoben. Denn die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) verlor infolge der schweren ideologisch-politischen und finanziellen Krise einen großen Teil ihrer Mitglieder; auch bei ihren Jugend- und Studentenorganisationen ging der Verfall weiter.

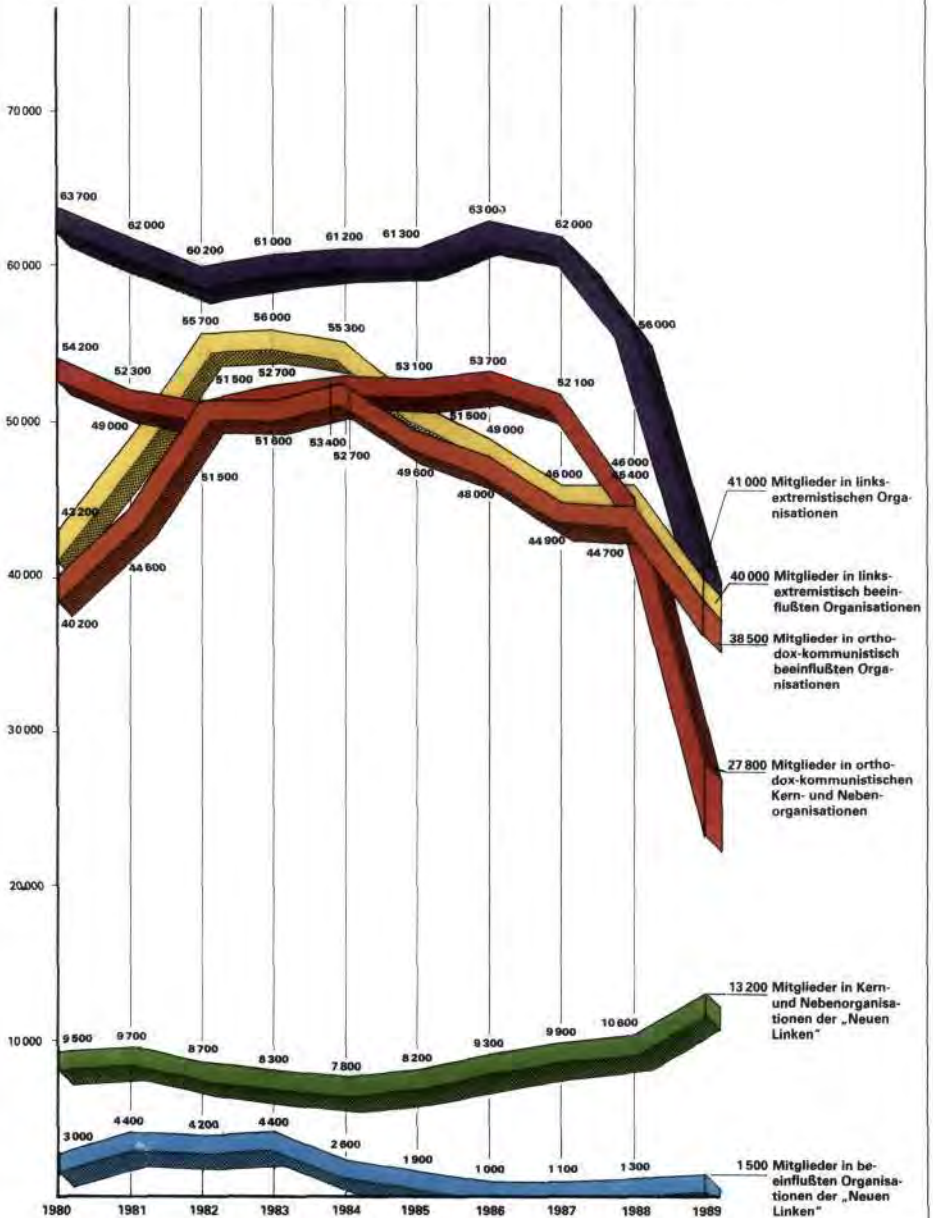
Im Bereich der »Neuen Linken« stieg dagegen die Mitgliederzahl einzelner revolutionär-marxistischer Organisationen an. Auch anarchistische und sonstige sozial-revolutionäre Gruppierungen hatten wieder Zulauf.

	1987		1988		1989	
	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder	Zahl	Mitglieder
Orthodoxe Kommunisten						
Kern-organisationen	2	42.500	2	39.500	2	25.000
Neben-organisationen	13	28.000	14	15.900	13	6.700
beeinflusste Organisationen*	54	60.500	55	60.000	55	53.000
»Neue Linke« Revolutionäre Marxisten						
Kern-organisationen	27	6.100	29	7.100	31	9.200
Neben-organisationen	10	500	10	500	8	500
beeinflusste Organisationen	11	1.200	10	1.400	9	1.600
Anarchisten und sonstige Sozial-revolutionäre**	65	4.300	67	4.000	69	4.500
Summe	182	81.400 61.700	187	67.000 61.400	187	45.900 54.600
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen	ca.	ca.	ca.	ca.	ca.	ca.
	62.000	46.000	56.000	46.000	41.000	40.000

* Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen in einer eigenen Spalte aufgeführt.

** Erfasst sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotential der »Szene« umfaßt zusätzlich mehrere tausend Personen.

**Mitglieder linksextremistischer und
linksextremistisch beeinflusster Organisationen
– nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften –**



2. Verlage und Vertriebsdienste

Im Jahre 1989 verbreiteten wieder etwa 100 von Linksextremisten gesteuerte Verlage und Vertriebsdienste linksextremistische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher. Einzelne Unternehmen aus dem Bereich der DKP mußten zum Jahresende, nachdem die »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands/Partei des Demokratischen Sozialismus« (SED/PDS) die Finanzierung der orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend eingestellt hatte, ihr bisher umfangreiches Verlagsprogramm reduzieren oder Konkurs bzw. Vergleich anmelden (vgl. insbesondere Kap. II, Ziff. 4.2).

	1987	1988	1989
Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlage	36	37	38
Vertriebsdienste/Buchläden	68	61	63
Summe	104	98	101

3. Periodische Publikationen

Linksextremisten und die von ihnen beeinflussten Organisationen gaben 1989 zusammen etwa 1.000 (1988: etwa 1.200) verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresauflage von etwa 32 Mio. (1988: mehr als 38 Mio.) Exemplaren heraus. Davon kamen etwa 25 Mio. (1988: mehr als 33 Mio.) aus dem Bereich der orthodoxen Kommunisten; etwa 10 Mio. entfielen allein auf die Zentralorgane der DKP und der »Sozialistischen Einheitspartei Westberlins« (SEW); diese Publikationen erschienen bis Ende Dezember bzw. November als Tageszeitungen mit zusammen etwa 32.000 (1988: etwa 33.000) Exemplaren. Die Jahresauflage der periodischen Schriften aus dem Bereich der »Neuen Linken« stieg auf knapp 7 Mio. (1988: mehr als 5 Mio.) Exemplare.

4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1989 waren den Verfassungsschutzbehörden (nicht den Anstellungsbehörden!) 2.003 (1988: 2.095) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Die Zahl der tatsächlich dort beschäftigten Linksextremisten ist aber erheblich größer. Denn viele Mitglieder linksextremistischer Organisationen beteiligen sich nicht an öffentlichen Aktionen ihrer Organisation, damit sie nicht als Angehörige des öffentlichen Dienstes erkannt werden.

Von den 2.003 erkannten Linksextremisten im öffentlichen Dienst sind 1.469 Mitglieder der DKP oder der SEW; 38 gehören einer DKP- oder SEW-Nebenorganisation an und 60 einer kommunistisch beeinflussten Organisation*. Mitglieder von Gruppen der »Neuen Linken« sind 416 im öffentlichen Dienst Beschäftigte, darunter fast zwei Drittel in der »Marxistischen Gruppe« (MG).

Beamte von Bund, Ländern oder Gemeinden sind 845 der erkannten Linksextremisten; 1.158 sind als Angestellte oder Arbeiter beschäftigt. Im öffentlichen Dienst des Bundes sind 240 Linksextremisten bekannt, darunter 125 bei der Bundespost und 42 bei der Bundesbahn, meist in untergeordneten Funktionen. Im Dienst der Länder stehen 1.253 der erkannten Linksextremisten; davon sind 681 als Lehrer tätig, 111 gehören zum wissenschaftlichen Personal an Hochschulen. Unter den 511 erkannten linksextremistischen Kommunalbediensteten befinden sich weitere 58 Lehrer.

5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen**

Der Anteil von Vertretern linksextremistischer Gruppierungen in den studentischen Selbstverwaltungsorganen ist weiter zurückgegangen, und zwar in den Studentenparlamenten von knapp 31 % auf etwas über 26 % der Sitze und in den Allgemeinen Studentenausschüssen von 33 % auf etwa 28 % der Sitze.

Die Stimmeneinbußen gingen zum Teil zu Lasten des orthodox-kommunistischen »Marxistischen Studentinnen- und Studentebundes Spartakus« (MSB): Er verlor in den Studentenparlamenten fast ein Drittel seiner Sitze und stellt nur noch knapp 7 % der Mitglieder der Studentenparlamente. In den Allgemeinen Studentenausschüssen konnte er jedoch seinen Anteil mit gut 9 % geringfügig ausbauen. Der »Sozialistische Hochschulbund« (SHB), »Dauerbündnispartner« des MSB, hatte dagegen nur geringe Verluste: Er erreichte in den Studentenparlamenten noch über 6 % und in den Allgemeinen Studentenausschüssen über 5 % der Sitze (1988 jeweils etwa 7 %). Vertreter der »Neuen Linken« behaupteten ihren Anteil von 13 % der Sitze in den Studentenparlamenten; jedoch erhielten sie nur noch 13 % (1988: fast 18 %) der Sitze in den Allgemeinen Studentenausschüssen.

Trotz der Einbußen waren in drei Viertel der Studentenparlamente und wieder in mehr als der Hälfte der Allgemeinen Studentenausschüsse Mitglieder linksextremistischer Gruppierungen vertreten; ein Viertel der Allgemeinen Studentenausschüsse setzte sich zu mehr als 50 % aus diesen Mitgliedern zusammen.

* Mitglieder linksextremistisch beeinflusster Organisationen wurden nur bei eigenem linksextremistischem Verhalten erfaßt.

** Die Angaben beruhen auf Ergebnissen für 42 Hochschulen mit Promotionsrecht und verfaßter Studentenschaft, an denen regelmäßig Wahlen zu den Studentenvertretungen stattfinden; die Wahlbeteiligung lag bei durchschnittlich fast 24 %.

Anteil links-
extremistischer
Gruppen in
studentischen
Selbst-
verwaltungs-
einrichtungen
geht zurück

II. Orthodoxe Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Seit im Laufe des Jahres 1989 das Scheitern des »realen Sozialismus«, vor allem in der DDR, offenkundig geworden ist, hat sich die Identitätskrise der orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland zur Existenzfrage zugespitzt. Der DKP-Vorsitzende Herbert MIES* sprach gegen Jahresende von »beispielloser politischer und moralischer Erschütterung«, gleichzeitig aber auch von der Entschlossenheit, fester zusammenzurücken und die DKP als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu erhalten¹.

Existenzkrise
der orthodoxen
Kommunisten



Ungeachtet der Umbrüche im »realen Sozialismus« hielt die DKP an ihren gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Zielen fest. Auf dem 9. Parteitag zu Jahresbeginn² bekannten sich die Delegierten – sowohl der Mehrheitsflügel der Traditionalisten als auch die Minderheitsströmung der Erneuerer – einmütig zum Ziel einer »sozialistischen BRD«, wie sie im Parteiprogramm der DKP formuliert sei³.

Nach diesem Programm – so MIES später – bedeute Sozialismus »politische Macht der Arbeiterklasse« (Synonym für »Diktatur des

DKP weiterhin
für »sozialistische
BRD«

* Seit ihrem 10. Parteitag am 24./25. März 1990 hat die DKP eine neue Führung. Ein vierköpfiger Sprecherrat löste den bisherigen Vorsitzenden und seine Stellvertreterin ab.

Proletariats«), gesellschaftliches Eigentum an den Hauptproduktionsmitteln und Planwirtschaft. Diese Prinzipien seien unverändert, auch für ein neues DKP-Programm, die entscheidenden Kriterien einer sozialistischen Gesellschaft⁴. Unverzichtbar sei die führende Rolle der Partei; wer diese aufgeben, untergrabe den Sozialismus⁵. Von dieser Position machte die DKP auch nach der Wende in der DDR keine Abstriche: Daß die führende Rolle deklariert und nicht praktiziert worden sei, habe dem Sozialismus geschadet⁶. Für sich selbst erhebt die DKP ebenfalls den für kommunistische Parteien typischen Avantgardeanspruch; so besitze sie als einzige politische Kraft mit dem Marxismus-Leninismus eine integrierende Wissenschaft von Gesellschaft und Natur⁷. Nur der Marxismus-Leninismus könne Richtschnur für eine Erneuerung der DKP sein⁸: »Der Sozialismus-Kommunismus als Gesellschaftsordnung bleibt unser Ziel«⁹.

11. Jahrgang Nr. 251 Zeitung der DKP Montag, den 18. Dezember 1989 Preis: 50 Pfennig

Afganistan steht vor einem harten Winter

Seite 3

Großbritannien: Dettler gehören zum Straßenbild

Seite 4

Hauptproblem der Türkei: Die Kurdenfrage

Seite 4



unsere zeit

Österreichischer Parteitag im März 1990

PV umreißt Konturen für Neuanfang der DKP

Der Parteivorstand hat auf seiner 19. Tagung ein vorläufiges Entschlußdokument für den 24./25. März erlassen. Der Hauptidee von Präsident und Sekretär wurde auf 40 gegen 13 Stimmen abgestimmt.

Der Beschluss für ein verändertes Programm und die Abstimmung über die Vertriebsstrategie waren ebenfalls die Diskussionspunkte der Beratungen über den Inhalt und die Organisation des ÖSD. Diese Stelle hatte für die PV den Entwurf vorgelegt, der von der österreichischen Partei, die sich während der letzten Jahre in der DDR als Partei der Arbeiterbewegung etabliert hat, im Auftrag der Tagung erarbeitet und von Prof. Martin Schickler, Mitglied des Parteivorstandes, als Referent für die Tagung vorgelesen wurde. Die Synthese des Maßnahmenbereichs der vorkommunistischen Kämpfergruppen (Apparate- und Kämpfergruppen) bildet die Grundlage für ein neues Programm, das im nächsten Jahr angenommen werden soll. Die Tagung wird am 24. März in Wien stattfinden. Die Tagung wird am 24. März in Wien stattfinden. Die Tagung wird am 24. März in Wien stattfinden.

Anfang für den Schritt und die Bestätigung... (Text partially obscured)

Abrechnung mit der Vergangenheit

Die große Mehrheit der 2224 Delegierten des Parteivorstandes der ÖSD entschied sich am Sonntag, den 18. Dezember, sich zu ändern. Die Partei muss sich auf sozialistische Einheitspartei Österreichs - Partei des demokratischen Sozialismus

Die Tagung des Parteivorstandes der ÖSD wird am 24. März in Wien stattfinden. Die Tagung wird am 24. März in Wien stattfinden. Die Tagung wird am 24. März in Wien stattfinden.



Die von der DKP verfolgte revolutionäre Strategie sieht mehrere Etappen vor: zunächst eine »Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt«, das Konzept einer »friedensorientierten und demokratischen Reformalternative« einschließend; dann eine »antimonopolistische Demokratie« (entsprechend der Leninschen »revolutionär-demokratischen Diktatur«, einer Vorstufe der »Diktatur des Proletariats«); schließlich die sozialistische Gesellschaftsordnung als Ergebnis grundlegender Umgestaltung bzw. Umwälzung, d. h. einer Revolution¹⁰. DKP-Ideologen betonten, die sozialistische Revolution sei kein »Kladderadatsch«. Die Partei gebe sich nicht der Illusion hin, das Großkapital werde seine Eigentümertitel auf dem silbernen Tablett überreichen. Die Erfahrung lehre, daß blutige Gewalt – in der Regel von den Verteidigern des Alten eingeführt – eine große Rolle spiele¹¹.

Die SED, von der die DKP ihre Direktiven erhielt, hatte auch Vorbereitungen für einen gewaltsamen Umsturz getroffen. Zum Jahresende ergaben sich Anhaltspunkte, daß sie unter Verantwortung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR über viele Jahre hinweg DKP-Mitglieder für Sabotageakte ausbilden ließ. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der »Kommunistischen Partei Deutschlands« (KPD) sind »Diktatur des Proletariats« und »sozialistische Revolution« mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes unvereinbar¹². So hat auch das Bundesverwaltungsgericht gemäß ständiger Rechtsprechung erneut festgestellt, daß die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt¹³.

DKP weiterhin Teil der internationalen kommunistischen Bewegung

Allen Rückschlägen und Enttäuschungen zum Trotz bezeichnete sich die DKP weiterhin als Teil der internationalen kommunistischen und revolutionären Bewegung; sie wolle an ihrem klassenmäßigen Verständnis des proletarischen Internationalismus und ihrer prinzipiellen Solidarität mit den sozialistischen Staaten festhalten¹⁴. Dies gelte vor allem für die DDR. Die Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland hätten den Sozialismus auf deutschem Boden immer als historische Errungenschaft betrachtet und sich damit identifiziert¹⁵. Ob am 17. Juni 1953, am 13. August 1961 oder beim Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei¹⁶, stets hätten sie die DDR verteidigt¹⁷. Dementsprechend hatte die DKP noch Ende August die DDR als »gelungenes deutsches »Experiment«« gepriesen¹⁸. Nach der Wende in der DDR räumte das DKP-Präsidium jedoch ein, bei der Darstellung des Sozialismus jahrelang eine Praxis des strategischen Verschweigens gepflegt zu haben¹⁹. Erneuerer übersetzten: »Auf gut deutsch: Wir logen«²⁰. Erstmals bekannte die DKP offen,

25. Jahrgang Nr. 278 Zeitung Nr. 1017 Montag, den 3. Dezember 1992 Preis 50 Pfennig



Reportage: SWAPO-Kinder geflüchten — in der DDR Seite 3

Ungarn: Auf dem Weg ins Chaos? Seite 4

Hamburg: Hoffe Cash — soll Wohnung Seite 5

unsere zeit

Leben in Ostpreußen

DKP ringt um neues Verhältnis zur DDR

Mit der Annahme einer Erklärung „DKP und der Sozialismus in der DDR“ wurde am Sonntag ein zentraler Punkt der Parteikonferenz der DKP beendet.

Kamer Michael hat eine alternative Resolution, in der der verbotene Kontakt von der Präsidium, Sekretariat und Parteizentrale gestrichelt wurde.

In die sogenannte Erklärung „DKP und der Sozialismus in der DDR“ wurde am Sonntag ein zentraler Punkt der Parteikonferenz der DKP beendet. Die Union der Sozialisten und Arbeiter in der DDR wird als „sozialistische Partei“ bezeichnet, während die SED als „sozialistische Partei“ bezeichnet wird. Die SED wird als „sozialistische Partei“ bezeichnet, während die SED als „sozialistische Partei“ bezeichnet wird.



Politik und Kultur

Erste Runde sehr produktiv

Das zweitägige europäisch-amerikanische Gipfeltreffen ist am Sonntag mit einer ersten langen Gesprächsrunde eröffnet worden.

Die Unterredung zwischen US-Präsident Bush und Bundeskanzler Helmut Kohl wurde am Sonntag mit einer ersten langen Gesprächsrunde eröffnet worden.

Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Mike Pflanz, sagte vor Journalisten, Bush und Gorbatschow seien in einem sehr fruchtbaren Gespräch gewesen, ohne jedoch über den gemeinsamen Abkommen zu berichten. Die Gespräche sind sehr produktiv verlaufen, sagte er.

Die Unterredung zwischen US-Präsident Bush und Bundeskanzler Helmut Kohl wurde am Sonntag mit einer ersten langen Gesprächsrunde eröffnet worden.



die SED habe unmittelbar auf ihre politischen Aussagen Einfluß genommen²¹. Vorsichtig kritisierte MIES »Bessermiserei« der SED²². Erneuerer formulierten drastischer: Die DKP habe die SED bis ins Detail kopiert und Kadavergehorsam geübt²³. Selbst die SED/PDS räumte ein, sie habe bisher die DKP gegängelt und dirigiert; dies werde künftig nicht mehr vorkommen²⁴.

Die DKP betonte ihre Kontinuität mit der 1956 als verfassungswidrig verbotenen KPD. Im Schlußwort des 9. Parteitages sprach MIES von der »70jährigen Geschichte unserer Partei«. Nach Angaben der DKP waren etwa 57 % der auf diesem Parteitag gewählten Parteivorstandsmitglieder bereits in der illegalen KPD aktiv²⁵.

Differenziert waren die Diskussionen bei Erneuerern, sowohl bei jenen, die zunächst in der Partei blieben, als auch bei solchen, die ihr den Rücken kehrten. Namhafte Repräsentanten dieses Flügels bekundeten, es gebe in ihren Reihen viele, die sich kommunistische Politik besser als Teil der Grünen vorstellen könnten²⁶. Ein Großteil der Erneuerer versicherte, am revolutionären Anspruch festzuhalten²⁷, und bemühte sich um eine parteiübergreifende Sammlung von Kommunisten und Sozialisten. Andere begannen, sich von extremistischen Zielen der DKP zu lösen.

Erneuerer
uneins über
kommunistische
Politik

1.1.2 Organisation und Finanzierung

Auseinandersetzungen zwischen Traditionalisten und Erneuerern lähmten zusehends die Handlungsfähigkeit der DKP. Parteivorstandstagen häuften sich; sie beschäftigten sich vorwiegend mit internen Problemen. Von der Entwicklung in der DDR wurde die DKP überrollt. Ratlosigkeit, Verbitterung und Resignation führten zu weiteren deutlichen Mitgliederverlusten. Zum Jahresende dürften der DKP noch etwa 22.000 Mitglieder angehört haben (Ende 1988: fast 35.000).

Rückläufige
Mitgliederzahlen
der DKP



Politisch heimatlos geworden, bemühte sich ein großer Teil der Erneuerer bundesweit und regional um neue Diskussions- und Arbeitszusammenhänge revolutionärer Politik. Dabei wurde überwiegend nicht die Gründung einer neuen Partei, sondern eine Sammlungsbewegung von Kommunisten und Sozialisten angestrebt.



**Weitgehender
Stopp der
konspirativen
Finanzierung
durch die SED am
Jahresende**

Als die SED ab November ihre konspirative Finanzierung der westdeutschen Kommunisten mit bisher etwa 6 Millionen DM monatlich weitgehend einstellte – auch nach Bekundungen von Herbert MIES allerdings nicht vollständig²⁸ –, mußte die DKP ihren aufwendigen Apparat erheblich reduzieren. Mehreren Hundert hauptamtlichen Kadern wurde am Jahresende gekündigt, Büros wurden aufgegeben, Publikationen reduziert oder eingestellt. In Mitleidenschaft gezogen wurden auch solche Organisationen und Einrichtungen, die ihre Abhängigkeit von der DKP und DDR stets als »Verfassungsschutzlügen« bestritten hatten. Erstmals mußte MIES öffentlich eine »Kluft« zwischen Eigenaufkommen der Partei und »finanzieller Solidarität seitens der SED« einräumen²⁹.

Im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1988³⁰ wies die DKP Einnahmen in Höhe von 22,3 Millionen DM aus, davon 9,8 Millionen DM aus Mitgliedsbeiträgen und 10 Millionen DM aus Spenden. Die Angaben waren – wie schon der Zusammenbruch des hauptamtlichen Apparats nach dem Stopp der konspirativen Finanzierung zeigte – manipuliert. Für die (1988) mindestens 500 hauptamtlichen Funktionäre mußte die Partei im Schnitt jährlich 21 Millionen DM (500 x 12 x 3.500 DM) aufbringen. Öffentlich ausgewiesen hat sie für Personalausgaben nur 7 Millionen DM.

1.1.3 Schulung der DKP-Mitglieder

Überlagert vom Richtungsstreit, versandete die für 1989 geplante »marxistische Bildungsoffensive«³¹. Viele Mitglieder fühlten sich durch die Flut neuer Bildungsmaterialien (Titel: »Impulse«) überfordert.

Traditionalisten rügten ideologische Aufweichung. Verfehlte Kaderpolitik und unzureichende politisch-ideologische Arbeit in »befreundeten« Jugendverbänden, Zeitschriften, Verlagen, Instituten und weiteren Institutionen führten zu »teilweise katastrophalen Ergebnissen«³².

Die Zahl der Teilnehmer an Lehrgängen der parteieigenen »Karl-Liebknecht-Schule« in Leverkusen (etwa 40 Internatsplätze) ging drastisch zurück. Die eigens für die DKP in Berlin (Ost) eingerichtete »SED-Parteischule Franz Mehring« wurde am Jahresende geschlossen. Seit 1970 waren dort – bei zuletzt allerdings rückläufigen Teilnehmerzahlen – jährlich über 200 DKP-Funktionäre in Monats-, Dreimonats- und Jahreslehrgängen geschult worden. Funktionäre der DKP-Jugendorganisationen wurden auch 1989 an der FDJ-»Jugendhochschule Wilhelm Pieck« bei Bernau (DDR) ausgebildet. Einzelne Parteifunktionäre nahmen an Dreimonats- sowie Jahreslehrgängen am »Institut für Gesellschaftswissenschaften« beim ZK der KPdSU in Moskau teil.

1.1.4 Parteipresse

Vom Richtungsstreit zwischen Traditionalisten und Erneuerern waren auch die Medien der DKP, allen voran das Zentralorgan »Unsere Zeit« (UZ), betroffen. Der Erneuererflügel in der UZ-Redaktion wurde zunehmend isoliert; einige kündigten, andere wurden entlassen, nachdem sie aus der DKP ausgetreten waren.

Verkauf und Auflage der UZ gingen zurück. Im Spätherbst geriet die Tageszeitung in den Strudel des Zusammenbruchs der DKP-Financen, etwa 40 der rund 50 Mitarbeiter wurden entlassen. Seit 1. Januar 1990 erscheint sie nur noch wöchentlich.

Für die »Progress Presse Agentur GmbH« (PPA), die etwa 15 Redakteure und Korrespondenten beschäftigte, bedeutete der Finanzstopp aus der DDR im November das Ende.

Viel Kraft verwandten vor allem Erneuerer-Bezirke auf Mitgliederzeitungen, in denen Kontroversen mit Traditionalisten ausgefochten wurden. Darunter litt die Arbeit an Kleinzeitungen (1989: etwa 600; Auflagen von wenigen hundert bis zu 100.000 Exemplaren, teils mehr als 20 mal jährlich).

1.2 »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW)*

Das Scheitern des »realen Sozialismus« stürzte auch die SEW (kommissarischer Vorsitzender Dietmar AHRENS anstelle des im April verstorbenen Horst SCHMITT) in eine tiefe Krise. Der

* Die SEW hat sich auf einem außerordentlichen Parteitag am 28./29. April 1990 in »Sozialistische Initiative« (SI) umbenannt. Ihren Status als Partei will sie beibehalten.

Mißerfolg
»marxistischer
Bildungs-
offensive«

Krise des DKP-
Zentralorgans

Ab 4. Dezember: Weihnachtsbaumverkauf S.2

rathausreport
Zeitung der DKP für Nürnberg

Aus dem Inhalt

- CSU SPD Bunde spendieren 16 Baumfällern für Aufsiedler
- Moral nicht zu...

DÜSSELDORF LINKS
Zeitung der DKP Oberkassel, Heerdt, Lörlick.

Der Mühsal...
Die ist schon...
...die ist...

TOP-Eigentumswohnung
TOP-Miete
TOP-Adresse - für wen?

Interview: D. Oberkassel
Interview: D. Oberkassel über...
Interview: D. Oberkassel über...
Interview: D. Oberkassel über...

Neue Bremer Rundschau
Zentral
Kommunistisch
Zeitung der
DKP Bremen

Schluß mit der Bevorzugung
- Wohnen für alle

Die DKP zwischen Krise, Stagnation und Erneuerung

Blo...

Einmal...

NEUE BREMER RUNDSCHAU

Die DKP zwischen Krise, Stagnation und Erneuerung

Wen wählen am 18. Juni?

Wahlentscheid...

LINKS RHEINISCHE
ZEITUNG DER DKP FÜR LUDWIGSHAFEN

Wen wählen am 18. Juni?

Wahlentscheid...

PEGNITZ

BIRKENSEE WEITER

Der Birkensee ist ein beliebtes Naherholungsgebiet...
...die ist...

Allen Lesern a schöne Färder Kärwa

Fürther Kleeblatt

Dramatische Wohnungsnot
200 Mietwohnungen sofort bauen!
7 Millionen liegen auf Eis

Das Allerletzte

PARKPLATZE REICHEN NICHT AUS

TERMIN KALENDER

Freibäder

Freizeitgruppen

Das Allerletzte

Freizeitgruppen

Freibäder

Parkplätze reichen nicht aus

Umbruch in der DDR und der Stopp der konspirativen Finanzierung durch die SED trafen die SEW-Führung unvorbereitet. Der Parteivorstand erklärte: Die Kommunisten in Berlin (West) seien immer mit der Entwicklung in der DDR und der SED identifiziert worden. Die Öffnung der Mauer habe bei ihnen auch ein Gefühl der Niederlage hervorgerufen³³. Das »Büro« und das Sekretariat, die engeren Führungsgremien der Partei, traten zurück. Auf einer außerordentlichen Tagung am 6./7. Dezember empfahl der Vorstand, die SEW aufzulösen³⁴. Die Mitglieder wurden aufgefordert, Initiativen zu

Die Wahrheit

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG WESTBERLINS

Ab Seite 3 die NEUE ZEITUNG

C'est le Nouveau Journal de Berlin Ouest
 Про Новую Газету Берлина Запада
 Este, Das Berlin in West Gazetesini
 Es el nuevo periódico de Berlin oeste
 This is the New Newspaper of Berlin West

35. Jahrgang, Nr. 284
Mittwoch, den 18. November 1989
Preis - 50 DM
A 4204 A

Vorhang auf: 1. 12. 89 Neue Zeitung für neue Stadt Ab 1. 12. am Kiosk oder mit der Post. Sagt Christel

In eigener Sache

Warum diese zweite Nullnummer der künftigen „Neuen Zeitung“? **Erstens** ist es die Forderung aus der Leserschaft, vor dem Start des neuen Blattes nochmals prüfen zu können, was auf sie zu kommt. **Zweitens** ist es der Wunsch der „Neuen Zeitung“, einige Veränderungen an ihrem Gesicht erproben und die Redaktion trainieren zu können. **Drittens** ist es der Zwang der rasend schnell vor sich gehenden politischen Umwälzung der es einfach nicht erlaubt, bis zum 1. Dezember der der Schublade zu bleiben.

Seit dem Erscheinen der ersten Nullnummer in der Monatsmitte Oktober kamen zahlreiche Briefe, und es gab eine Menge öffentliche Gespräche. An kritischen Bemerkungen fehlte es nicht. Beispielsweise wurde in der Oktober-Ausgabe der NZ die **Hintergrundinformation** vermittelt. Wir werden uns um eine optimale Verbindung von Aktualität und Hintergrund bemühen. Einseitigkeit befrichtigen einige. So wollen wir in dieser zweiten Nullnummer wiederum durch **Interviews, Umfragen** und **Stimmzettel** viele Stimmen ins Blatt holen. Wir hoffen auf eine Diskussion darüber, welche Rolle die NZ als Zeitung für die Linke und den demokratischen Dialog in dieser Stadt spielen kann. Professor Bodo Zauner hatte gerade dies in der ersten Nullnummer angesprochen und viel Echo ausgelöst.

Gestaltlich hoffen wir, daß die Seiten übersichtlicher geordnet sind und ihre **graphische** Struktur leserfreundlicher ausgefallen ist. Die **Titelgestaltung** der NZ wurde verändert, der **Kopf** seiner neuen Schwarzweiss beruht – auch das ein uns herangekommener Wunsch. Das ist eine Ausgabe mitten in der Woche, ohne Magazin. Endgültige Gestalt wird die „Neue Zeitung“ erst annehmen, wenn sie ab 1. Dezember täglich erscheint – mit Hilfe aller, die daran mitarbeiten wollen. NZ



SEW vor
Neuanfang

einem Neuanfang revolutionärer Theorie und Praxis zu unterstützen. Die »Neue Zeitung Berlin West«, seit 1. Dezember Nachfolgerin des SEW-Zentralorgans »Die Wahrheit«, stellte ihr Erscheinen ein.

STRECKENDE BWA, WISSEN MIT DRUCKER GEM.

nz

Sonntag/Donnerstag, 2./5. Dezember 1989, 1. Jahrgang, Nr. 2

Preis 1,20 DM

Fahrtplan für den großen Abzug: Kabinen und Blicke. Die NZ gibt Tips für Weihnachts-geschenke

Vor 25 Jahren orakelte die BZ, ... nur noch Müll? Heute: werfen wir oben "Blick auf Utopia" Berlin DDR

Rehabilitiert: DEFA der Güte: Jahre: "Ein Funtur zur Vergangenheit und Gegenwart"

Möglich: das Tor! Reporter framen in den Nächten, warten auf seine Öffnung, das "historische Ereignis". Die NZ war dabei

NEUE ZEITUNG BERLIN WEST

Bürgerkriegshilfe vom Bundestag beschlossen

Bonn. Das Parlament im Bundestag hat am 2. Dezember eine Entscheidung über die Bürgerkriegshilfe für El Salvador beschlossen. Die Entscheidung wurde am 2. Dezember im Bundestag mit großer Mehrheit angenommen. Die Entscheidung wurde am 2. Dezember im Bundestag mit großer Mehrheit angenommen. Die Entscheidung wurde am 2. Dezember im Bundestag mit großer Mehrheit angenommen.

Die rechtsextreme Regierung in El Salvador bezieht sich häufig bundesdeutsche "Entwicklungsprojekte". Das Entschließen der Koalitionsregierung im Bundestag am Freitag.

Die Vorkosten insgesamt betragen 1,2 Milliarden DM. Die Entscheidung wurde am 2. Dezember im Bundestag mit großer Mehrheit angenommen. Die Entscheidung wurde am 2. Dezember im Bundestag mit großer Mehrheit angenommen.



Kohl sagt Hilfe zu, ohne die Beträge zu nennen

In den Sog des finanziellen Zusammenbruchs gerieten auch die SEW-Vorfeldorganisationen*.

Während sich die SEW unverändert als Dialog- und Bündnispartner akzeptiert sehen konnte, blieb der Zuspruch bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 29. Januar gering. Auf die Partei entfielen 6.873 (= 0,6 %) Zweitstimmen (1985: 7.731 = 0,6 %). Die Zahl der Erststimmen konnte sie hingegen von 8.002 auf 10.523 (= 0,9 %) steigern.

1.3 Nebenorganisationen der DKP

Der Richtungsstreit zwischen Erneuerern und Traditionalisten sowie die Finanzkrise wirkten sich auch auf die DKP-Nebenorganisationen aus. Diese sind zwar formell selbständig, jedoch personell und finanziell eng mit der DKP verflochten und verfolgen offen revolutionäre Ziele. Die wichtigsten dieser Organisationen sind die drei kommunistischen Jugendverbände.

Erneuerer stellten auch die konstitutiven Merkmale ihrer Verbände in Frage, nämlich das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und zur führenden Rolle der DKP. Die zentrale kommunistische »Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg« (Aurach/Kreis Ansbach) mußte im März 1990 ihre Pforten schließen, weil die Gelder aus der DDR versiegt sind³⁵.

* J. E. siehe Übersichten Seite 102 f.

1.3.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)

Die SDAJ will »Interessenvertreter der arbeitenden und lernenden Jugend« sein und besonders »Arbeiterjugendliche« als »Teil der gesellschaftsverändernden Hauptkraft, der Arbeiterklasse«, für sich gewinnen³⁶. Angesichts ihrer organisatorischen Schwäche tat sie sich sehr schwer, Aktivitäten zu entwickeln. Die »antimilitaristische« Arbeit ging weiter zurück. Junge Kommunisten und von ihnen beeinflusste örtliche Initiativen führten noch etwa 80 Störaktionen (1988: über 120) gegen die Bundeswehr durch (Agitation mit Flugblättern, Aktionen anlässlich Rekruteneinberufungen, Plakat- und Schmieraktionen). In Betrieben und Gewerkschaften – so beklagte die SDAJ selbst – sei der Verband deutlich geringer verankert als in den Vorjahren. Die Zahl der Betriebsgruppen sank unter 30 (1988: 90). Auch bei den Schülern nahm der Einfluß der SDAJ ab; die Zahl ihrer Schulgruppen verringerte sich auf etwa 20 (1988: 140). Nach wie vor sind jedoch SDAJ-Mitglieder in der »Bundeschülervertretung« (BSV) und in »Landeschülervertretungen« (LSV) tätig. Ebenso gehört die SDAJ weiterhin zahlreichen Stadtjugendringen sowie den Landesjugendringen Hamburg, Bremen und Saarland an. Junge Kommunisten sind ferner in Leitungsgremien der »Naturfreundejugend Deutschlands« (NFJD) vertreten. Seit Februar arbeitet die SDAJ im bundesweiten »Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus« mit. »Antifaschismus« stand auch im Mittelpunkt der politischen Arbeit des SDAJ-beeinflußten Verbandes der Motorradclubs »Kuhle Wampe«; mehrere dieser früher über 70 Clubs lösten sich auf.

Die Krise der SDAJ beeinträchtigte auch die Mobilisierung zu den 13. »Weltfestspielen der Jugend und Studenten« vom 1. bis 8. Juli in Pjöngjang/Nordkorea. SDAJ, MSB und JP entsandten jeweils eigene Funktionäre; im Gegensatz zu den 12. Weltfestspielen

**SDAJ-Aktivitäten
nehmen ab**



(1985 in Moskau) hatte es keine gemeinsamen Vorbereitungen mit demokratischen Jugendverbänden gegeben. Bei ihrer Freizeitarbeit führten nur noch 5 SDAJ-Landesverbände und ein Kreisverband die traditionellen Pfingstcamps durch, an denen etwa 650 Jugendliche teilnahmen.

Ihr 10. Bundeskongreß (17./18. Juni in Dortmund) brachte der SDAJ eine vorläufige Richtungsentscheidung zugunsten der Traditionalisten: Eine knappe Mehrheit der Delegierten entschied sich dafür, die SDAJ als revolutionäre, sozialistische Arbeiterjugendorganisation zu erhalten, die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in enger Verbundenheit mit der DKP arbeitet³⁷. Versuche der Erneuerer, eine bundesweite Opposition zu organisieren, scheiterten. Dagegen gelang es den Traditionalisten, mit der Gründung eines »Bundesarbeitsausschusses« (BAA, Vorsitzender: Patrik KÖBELE, DKP-Funktionär) und von »Landesarbeitsausschüssen« (LAA) ihre Position zu festigen. Ziel dieser dogmatischen und an der DKP orientierten SDAJ blieb eine »sozialistische Bundesrepublik«, gekennzeichnet durch die »politische Macht der Arbeiterklasse« sowie die »Vergesellschaftung der Banken und Schlüsselindustrien«³⁸. Noch im November (!) pries die SDAJ die DDR als die »größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung«³⁹.

**Konsolidierung
der SDAJ als
revolutionäre,
sozialistische
Arbeiterjugend-
organisation**



Die von der DKP völlig abhängige SDAJ mußte am Jahresende allen hauptamtlichen Mitarbeitern sowie ihre Büros kündigen⁴⁰. Als neues Organ der SDAJ erscheint seit Oktober die Monatsschrift »Treffpunkt Gruppe« (1990 zweimonatlich), sie löste die Anfang 1990 eingestellten »elan – Das Jugendmagazin« und »Jugendpolitische Blätter« ab.

1.3.2 »Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus« (MSB)*

Die DKP erwartet von ihren an Hochschulen studierenden und beschäftigten Mitgliedern, daß sie die Politik der Partei propagieren und umsetzen und daß sie den MSB anleiten. Die Zahl der DKP-Hochschulgruppen fiel auf etwa 60 (1988: 100). Eine Reihe von DKP-Funktionären im MSB weigerte sich, Parteaufträge und verbindliche Festlegungen von der DKP entgegenzunehmen⁴¹.

Der MSB will auch künftig eine »revolutionäre Studentenorganisation« bleiben, den Marxismus aber als kritische und offene Methode anwenden⁴². Die Entwicklungen in der DDR wertete der MSB als großen Erfolg der Volksbewegung und als historische Chance zur Erneuerung des Sozialismus⁴³. Der MSB glaubt, daß es in absehbarer Zeit mit der und um die DKP kein »gesellschaftlich relevantes revolutionäres Kraftzentrum« geben wird⁴⁴. Da nach seiner Ansicht eine Organisation, die sich ausschließlich über eine Weltanschauung konstituiere, keine Perspektive haben könne⁴⁵, will er sein »Außenbild« verändern. Das bedeutet, daß der MSB von der DKP-Orientierung sowie von organisatorischer und weltanschaulicher Geschlossenheit abgehen will. Er setzt sich nunmehr dafür ein, unter seiner maßgeblichen Beteiligung einen parteiunabhängigen Zusammenschluß der Studenten eines »bestimmten Spektrums links der SPD« zu schaffen⁴⁶. Die Neuorientierung des MSB führte zu tiefgreifenden Differenzen mit der DKP und Einschränkung der finanziellen Unterstützung.

Auch nach starkem Mitgliederschwund ist der MSB der stärkste linksextremistische Studentenverband geblieben.

Trotz der Krise der kommunistischen Bewegung sah sich der MSB als Garant der Einheit der Linkskräfte an den Hochschulen; er lobte insbesondere die »Aktionseinheit« mit den »Jungsozialisten-Hochschulgruppen« (JUSO-HG)⁴⁷. Mit dem weiterhin auf dogmatischem Kurs beharrenden SHB übte der MSB über die Allgemeinen Studentenausschüsse, an denen beide beteiligt sind, Einfluß auf den Zentralrat der »Vereinigten Deutschen Studentenschaften« (VDS) aus. Er rühmte sich, erfolgreich seine Position in die VDS-Mitgliederversammlung (11. – 13. März in Karlsruhe) eingebracht zu haben⁴⁸. Der MSB ist nach wie vor im »Koordinierungsausschuß«, dem VDS-Führungsgremium, vertreten, dem der SHB, die JUSO-HG, die »Radikaldemokratischen Studentengruppen« (RSG) und »Unabhängige« angehören. Der MSB beteiligte sich maßgeblich an den VDS-Veranstaltungen »Hochschule in der Gesellschaft« (3./4. Juni in Münster) und »Protestival« (24. – 26. November in Köln); diese fanden jedoch wenig Resonanz bei den Studenten.

Der neuen politischen Orientierung und erheblich geringeren Zahl an MSB-Gruppen trug der MSB organisatorisch Rechnung: Der Bundesvorstand wurde durch eine basisdemokratisch arbeitende

MSB für Reorganisation der linken Studentebewegung

MSB sieht sich als Garant für die Einheit der Linkskräfte an den Hochschulen

* Der MSB löste sich auf einem außerordentlichen Bundeskongreß am 23. Juni 1990 in Münster/Westf. auf.

»Gruppenvertreter-Innenkonferenz« abgelöst. Die Sprecherin des verkleinerten Sekretariats, Anja MASCHINSKY, und die meisten Mitglieder des Sekretariats gehören zu den Erneuerern in der DKP. Erstmals ist ein Mitglied der Partei »Die GRÜNEN« in diesem Gremium vertreten. Das MSB-Organ »rote blätter« stellte zum Jahres-



beginn 1990 sein Erscheinen ein. Der Verleger, die DKP-gesteuerte VVG-Verlags- und Vertriebsgesellschaft m.b.H., hatte den Vertrag bereits im Herbst gekündigt, was der MSB als »politische Zensur der ‚roten blätter‘«⁴⁹ interpretierte. Zu aktuellen Anlässen erschien die Zeitung »express« als Sonderausgabe des Verbandsorgans.

1.3.3 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)



Auch 1989 versuchten die JP, Kinder mit kindgerechten Mitteln für Ziele der kommunistischen Bewegung zu gewinnen. Mit Unterstützung der DKP und SDAJ veranstalteten die JP – wie im Vorjahr – etwa 50 Pfingstcamps, an denen etwa 70 Kinder je Camp teilgenommen haben sollen⁵⁰. Um Kindern einen positiven Eindruck von einer sozialistischen Gesellschaft zu vermitteln und sie gefühlsmäßig für die DDR zu gewinnen – so das Konzept vor dem dortigen Umbruch –, führten DKP und JP in den Sommerferien ihre traditionellen Kinderferienfahrten in die DDR durch⁵¹. An den preisgünstigen Reisen beteiligten sich insgesamt ca. 3.000 Kinder und Betreuer (1988: 3.500). Aus einzelnen Landesverbänden der JP wurde erstmals Kritik an der Ferienaktion laut. Bemängelt wurden u. a. eingezäunte Lager, militaristische Traditionen und Rahmenprogramme, die eine Mitbestimmung der Kinder unmöglich machten⁵². Auch die JP, in deren Leitungsgremien DKP und SDAJ dominieren, diskutierten 1989 über Identität und Aufgaben ihres Verbandes. Die Traditionalisten bekräftigten ihr Ziel, Kinder an »sozialistische Erkenntnisse heranzuführen und ... sozialistische Persönlichkeitseigenschaften und Haltungen« zu vermitteln⁵³; Erneuerer sahen die JP in einer »tiefen Krise« ihrer politischen, pädagogischen und praktischen Vorstellungen und Tätigkeit⁵⁴. Gerd HERTEL, der im Oktober als JP-Vorsitzender zurücktrat, kritisierte, daß die DKP der »Kinderarbeit« eine geringe Bedeutung beimesse.

»Junge Pioniere«
wollen Kinder für
kommunistische
Ziele gewinnen

JP diskutieren
Identität und
Aufgaben des
Verbandes

1.4 Kommunistisch beeinflusste Organisationen

Als Instrumente ihrer Bündnispolitik (vgl. Ziff. 2) benutzen Kommunisten von jeher Organisationen, die scheinbar unabhängig auftreten, tatsächlich aber kommunistisch gesteuert sind. Solche Gruppen wurden entweder auf kommunistische Initiative hin gegründet oder von Kommunisten unterwandert. Unter ihren Mitgliedern sind Kommunisten meist in der Minderzahl; sie besetzen aber die entscheidenden Funktionen, vor allem im organisatorischen Bereich. Die DKP will nicht, daß solche Organisationen offen für revolutionäre Ziele eintreten; denn sie sollen auch Nichtextremisten als Mitglieder oder als Bündnispartner gewinnen. Ihre wichtigste Aufgabe lautet daher, Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten abzubauen und kommunistische Nahziele zu fördern.

Von der Krise der DKP wurden die beeinflussten Organisationen unterschiedlich stark erfaßt. Die weitgehende Einstellung der konspirativen Finanzierung über DKP und SED traf auch viele DKP-beeinflußte Organisationen: Für einige stellte sich die Existenzfrage, andere mußten ihre Aktivitäten stark einschränken. Dadurch wurde die immer geleugnete Abhängigkeit von DKP und SED offenkundig.

Von den zahlreichen kommunistisch beeinflussten Organisationen sind nur einige aufgeführt:*

* Weitere dieser für die DKP wichtigen Organisationen s. Übersichten Seite 99 ff.

1.4.1 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland« (VVN-BdA)

In starker Abhängigkeit von der DKP agierte die VVN-BdA als Bündnisorganisation für die »Antifaschismus«-Kampagne (vgl. Ziff. 2.3). Alle Landesvorsitzenden gehören der DKP an, ebenso etwa zwei Drittel der Mitglieder des Bundesvorstandes und seines Präsidiums sowie fast alle – bis Ende 1989 hauptamtlichen – Sekretäre auf Bundes- und Landesebene.

VVN-BdA als Vorreiterin im Kampf gegen »Antikommunismus und Faschismus«

Unverändert agitierte die VVN-BdA gegen »Antikommunismus« und »Antitotalitarismus«. Ihre Mitglieder beteiligten sich – oft initierend und organisierend – an zahlreichen »antifaschistischen« Aktionsbündnissen. Dabei arbeiteten sie mit demokratischen Organisationen zusammen, suchten aber auch verstärkt Kontakte zu Gruppen der »Neuen Linken«, einschließlich der Autonomen⁵⁵. Mit ihrer Arbeit wollte die VVN-BdA dazu beitragen, das politische Kräfteverhältnis zu verändern und ein »antifaschistisches Klima« zu schaffen. Ihr Ziel blieb eine »antifaschistische Bundesrepublik«⁵⁶. Wie die DKP stellte sie die DDR vor dem dortigen Umbruch als Vorbild heraus. Dort sei eine antifaschistisch-demokratische Ordnung verwirklicht, in der Bundesrepublik Deutschland seien dagegen die alten Macht- und Besitzverhältnisse wiederhergestellt worden⁵⁷.

Interner Streit über die Taktik des »antifaschistischen Kampfes« sowie Mitgliederverluste beeinträchtigten die Aktionsfähigkeit der VVN-BdA. Als am Jahresende die Finanzierung über DKP und SED weitgehend ausfiel, mußte die Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt/M. aufgegeben und der Apparat mit bundesweit etwa 50 hauptamtlichen Funktionären aufgelöst werden. Die VVN-BdA-Führung hatte eine Fremdfinanzierung und Steuerung bis zuletzt abgestritten. Nun gaben auch leitende Funktionäre die vollständige Abhängigkeit von der DKP offen zu: Sämtliche Personalentscheidungen in der VVN-BdA seien von der DKP-Führung getroffen worden⁵⁸. Die Fremdfinanzierung an sich stieß nicht auf Kritik⁵⁹. Beanstandet wurde lediglich, daß sie verschwiegen worden sei⁶⁰. Die Landesverbände der VVN-BdA wollen ihre Arbeit fortführen.

1.4.2 »Deutsche Friedens-Union« (DFU)

Die DFU blieb auch 1989 die zentrale Bündnisorganisation der DKP. In einer nach fast zweijähriger Beratung im August vorgelegten »Programmatischen Erklärung« bekräftigte die DFU, prägendes Element ihrer Arbeit sei die Bekämpfung des Antikommunismus, der als totalitäres, verhetzendes Feindbild bereits den Weg in Faschismus und Krieg geebnet habe. Ein – später zurückgetretener – führender Funktionär vermerkte kritisch, die programmatische Orientierung der DFU habe nicht in Widerspruch zu programmatischen Aussagen der DKP geraten dürfen⁶¹. Ihrem Auftrag, zur Ent-

DFU auch 1989 zentrale Bündnisorganisation der DKP

wicklung und Stärkung von Bewegungen und Bündnissen beizutragen, kam die DFU auch 1989 nach. Dabei wirkte sie vor allem im »Friedenskampf« (vgl. Ziff. 2.4) und unterstützte weiterhin die Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst (vgl. Ziff. 2.5). Außerdem engagierte sie sich verstärkt in der »Antifaschismus«-Kampagne.

Von dem Richtungsstreit in der DKP blieb die DFU weitgehend unberührt. Um so härter traf sie die Einstellung der Finanzierung durch DKP und SED. Ende November gab DFU-Bundesgeschäftsführer Willi van Ooyen zu, was jahrelang als »Verfassungsschutzlüge« diffamiert worden war: »Durch die Entwicklung in der DDR ist eine entscheidende Finanzquelle überraschend versiegt«⁶². In einem Brief an alle Mitglieder lamentierte der DFU-Landesverband Bremen:

»Nun ist es an den Tag gekommen, daß die DFU zu rund 80 Prozent von Geldern aus der DDR abhängig war. Das haben uns unsere politischen Gegner immer vorgehalten, wir sind dieser angeblichen Verleumdung immer mit Entschiedenheit entgegengetreten ... Der Vorwurf besteht, wir seien in den vergangenen Jahren nichts anderes als die bezahlten Vorposten der SED gewesen.«

Die Organisation sah sich gezwungen, ihren umfangreichen Apparat – mehr als 50 hauptamtliche Mitarbeiter, Büros und technische Einrichtungen – aufzulösen. Zahlreiche Mitglieder verließen die DFU. Funktionäre legten – Selbstkritik übend oder heftig gegen die DFU-Führung protestierend – ihre Ämter nieder⁶³. Die politische Arbeit soll auf ehrenamtlicher Basis fortgesetzt werden.

1.4.3 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK)

Der Einfluß von Kommunisten und Mitgliedern anderer DKP-Vorfeldorganisationen in der DFG-VK blieb auch nach den Neuwahlen beim Bremer Bundeskongreß im Oktober unverändert. Zum Bundessprecherkreis (insgesamt sechs Mitglieder) gehören wie bisher Gregor WITT (DKP) und ein Mitglied einer anderen DKP-beeinflussten Organisation sowie – anstelle von Michael GEMS (DKP) – das DKP-Mitglied Walter BISCHOFF-STAUß als Bundesgeschäftsführer. Der kommunistische Einfluß in den Untergliederungen des Verbandes war weiterhin unterschiedlich; in einigen Gliederungen war er unbeachtlich. Schwerpunkt der Agitation blieb die »Kriegsdienstverweigerung«. Eine gemeinsam mit der IG-Metall-Jugend gestartete »Aufklärungs«-Kampagne unter dem Motto »Kriegsdienstverweigerung als Zukunftssicherung« bezeichnete der Verband als spektakulärste Aktion seit langem.

DFG-VK mit unverändertem kommunistischen Einfluß

2. Bündnispolitik

Bündnispolitik für DKP von zentraler strategischer Bedeutung

Entsprechend marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik bemühen sich die orthodoxen Kommunisten um Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften. Dabei unterscheiden sie:

- die »Aktionseinheit der Arbeiterklasse«, d. h. die Zusammenarbeit vor allem mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern;
- das »breite antimonopolistische Bündnis«, das – aufbauend auf der »Aktionseinheit« – Angehörige bürgerlicher Mittelschichten, Bauern, Intellektuelle, sogar mittlere (»nichtmonopolistische«) Unternehmer einbeziehen soll;
- im »Friedenskampf« eine »breite Koalition der Vernunft« aller am Frieden interessierten Kräfte, einschließlich »realistisch denkender Kreise« der »Großbourgeoisie und der Konservativen«.

Für Bündnisse setzten sich Kommunisten nach wie vor auf allen Aktionsfeldern ein. Vor allem im »Friedenskampf«, bei gewerkschaftlichen »Arbeiterkämpfen«, beim Umweltschutz, besonders aber im »antifaschistischen Kampf« waren sie aktiv. Zum Jahresende griffen sie als neues Kampagnenthema den Kampf gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands auf.

Aus taktischen Gründen berücksichtigen die Kommunisten bei ihrer Bündnisarbeit die Vorstellungen der potentiellen Partner und propagieren nur solche – vorgeblich gemeinsame – Forderungen, die auch bei Demokraten auf breite Zustimmung stoßen können. Jedoch geben Kommunisten – so bekräftigte ein DKP-Spitzenfunktionär – ihre Weltanschauung nicht an »irgendwelchen Garderoben« ab und haben »immer das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse« vor Augen⁶⁴, d. h. sie verfolgen ihre verfassungsfeindlichen Ziele.

Die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen innerhalb der DKP beeinträchtigten die Bündnisfähigkeit der Partei und ihres Vorfeldes nicht. Allerdings schlossen sich manche in Bündnissen engagierten Parteimitglieder, selbst hauptamtliche Funktionäre, den Erneuerern an und rückten von der traditionalistischen Parteiführung ab. Viele von ihnen verließen seit Herbst die DKP.

Wichtigstes publizistisches Bündnisorgan der DKP war bis November 1989 die »Volkszeitung«, die 1983 aus dem Zusammenschluß der »Deutschen Volkszeitung« (gegr. 1953) und der »antifaschistischen« Wochenzeitung »die tat« (gegr. 1950) entstanden war. Um neue Leserkreise zu erschließen und auch von Anhängern der Erneuerer akzeptiert zu werden, ging sie in Berichten und Kommentaren zunehmend auf Distanz zur SED und DKP-Führung. Obwohl die Zeitung ihre Verkaufsauflage erhöhen konnte, mußte sie Anfang Dezember ihr Erscheinen zunächst einstellen; denn der »Pahl-Rugenstein-Verlag«, in dem sie erschien, war zahlungsunfähig geworden. Herausgeber und Redakteure der Zeitung bemühten sich um neue Geldgeber.

Bündnisfähigkeit der DKP durch Krise nicht beein- trächtigt

2.1 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten

»Zentralen Stellenwert« behielt für die DKP die »Aktionseinheit der Arbeiterklasse«, vor allem die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten. Trotz Widersprüchen in der SPD – so der DKP-Vorsitzende Herbert MIES – seien die Möglichkeiten der Aktionseinheit gewachsen. Gezeigt hätten dies Äußerungen führender Sozialdemokraten, man wolle die DKP aus dem Dialog nicht ausgrenzen⁶⁵.

DKP sieht Möglichkeiten zu »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten auf kommunaler Ebene

Nach den Kommunalwahlen in Hessen (12. März) konnte die DKP erstmals förmliche Koalitionen mit der SPD abschließen. In der Stadt Langenselbold ging sie ein »Regierungsbündnis«⁶⁶ mit der SPD ein; ein langjähriges DKP-Bezirksvorstandsmitglied wurde stellvertretender Bürgermeister. In der Stadt Dietzenbach traf die DKP kommunalpolitische Sach- und Personalvereinbarungen mit der SPD und den GRÜNEN, obwohl diese beiden Parteien allein über die absolute Mehrheit verfügten.

Die Themen »Antifaschismus« und – wegen des Abflauens außerparlamentarischer Bewegungen vermindert – »Berufsverbote«, »Frieden« und »internationale Solidarität« boten Anlaß zu meist örtlich oder regional begrenzten Bündnissen, in denen es Kommunisten gelang, von den beteiligten Demokraten als gleichberechtigte Partner akzeptiert zu werden und häufig maßgebliche Funktionen auszuüben. Die DKP wertete es wieder als Erfolg und Anzeichen für eine »neue politische Kultur«, daß Kommunisten mit Sozialdemokraten bei »Ostermärschen« gemeinsam auftreten⁶⁷. Kommunistisch gesteuerte Organisationen (VVN-BdA, Arbeitsausschuß der Initiative »Weg mit den Berufsverboten«, »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ) ließen wie bisher einzelne Mitglieder der SPD in ihren Leitungsgremien mitwirken, um damit den Anschein der Überparteilichkeit und allgemeiner Akzeptanz zu erwecken.

An den Hochschulen setzte der »Sozialistische Hochschulbund« (SHB) die kommunistische Politik der »Aktionseinheit« fort. Er will »als Teil der Sozialdemokratie auf marxistischer Grundlage die klassenbewußten Kräfte in der SPD stärken«. Auch 1989 ist ein großer Teil seiner Mitglieder in der SPD organisiert gewesen⁶⁸. Der SHB orientierte sich als »sozialistische Kampforganisation«⁶⁹ auf die Auseinandersetzungen gegen die »jetzt herrschenden Kräfte, das Monopolkapital«⁷⁰. Dabei trat er unverändert für ein Bündnis aller »fortschrittlichen« Kräfte, insbesondere von Sozialdemokraten und Kommunisten, ein⁷¹. Unbeirrt von den politischen Entwicklungen ging der SHB von seinem dogmatischen Kurs nicht ab. Sein politisches Grundverständnis sowie seine Strategie und Taktik in enger Anlehnung an den Marxismus-Leninismus stimmen nach wie vor weitgehend mit denen orthodoxer Kommunisten überein.

Zusammenarbeit an Hochschulen

DKP will Gewerkschaften instrumentalisieren

2.2 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Gewerkschaften

Die Taktik der orthodoxen Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften blieb unverändert. Scheinbar uneigennützig setzen sie sich für gewerkschaftliche Forderungen ein; zugleich versuchen sie, ihren Einfluß zu erweitern und klassenkämpferische, systemverändernde Positionen in die Gewerkschaften hineinzutragen⁷². Dahinter steht das Ziel, die demokratischen Gewerkschaften langfristig als Werkzeuge (»Transmissionen«) kommunistischer Politik zu mißbrauchen. Im Hinblick auf den geplanten europäischen Binnenmarkt forderte die DKP vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften, ihre bisherige Distanz gegenüber den kommunistischen Gewerkschaften aufzugeben, die dem »Weltgewerkschaftsbund« (WGB) angehören⁷³.

Von »Unvereinbarkeitsbeschlüssen« nicht betroffen, setzten die – mehrheitlich traditionalistischen – orthodox-kommunistischen Gewerkschafter auch 1989 ihre Arbeit fort. DKP-Mitglieder sind nur vereinzelt in obersten Gewerkschaftsgremien vertreten, z. B. im geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Ihre Zahl ist aber in nachgeordneten Gliederungen einiger Gewerkschaften nicht unbeachtlich. Ein besonderes kommunistisches Infiltrationsobjekt bildet die neue IG Medien (Druck und Papier, Publizistik und Kunst). Kommunisten konnten dort viele gewerkschaftliche Funktionen erringen. So wurde das DKP-Mitglied Gisela KESSLER besoldetes Hauptvorstandsmitglied; der DKP-Funktionär Dr. Werner PETSCHICK gehört dem geschäftsführenden Bundesvorstand der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien an⁷⁴.

Als die UZ wegen des Ausbleibens der Gelder aus der DDR im Dezember in finanzielle Bedrängnis geriet, erklärten sich mehrere Gewerkschaftsfunktionäre öffentlich mit der DKP-Zeitung solidarisch und sprachen sich für ihr Weiterbestehen aus⁷⁵.

Erfolge der DKP-Gewerkschaftsarbeit

Als Erfolge ihrer Gewerkschaftsarbeit wertete die DKP erneut die Teilnahme von Gewerkschaftern an ihren »Parteiabenden«, die anlässlich von Gewerkschaftskongressen stattfanden⁷⁶. Dabei hätten Gewerkschafter gemahnt, der Liniestreit in der DKP dürfe deren Handlungsfähigkeit nicht schwächen⁷⁷. Mit der Aufforderung an die Partei, die Gewerkschaften bei den 1990 anstehenden Tarifaueinandersetzungen zu unterstützen, versuchte die DKP-Führung gegen Jahresende, den Parteimitgliedern eine strömungsübergreifende »Aktionsorientierung« zu geben⁷⁸.

Unterstützt wurde die kommunistische Gewerkschaftsarbeit wiederum von der »Nachrichten-Verlags-Gesellschaft m.b.H«, Frankfurt/M.; diese verlegte u. a. die Monatsschrift »NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik«, in deren Herausgeberkreis und Redaktionskollegium fast ausschließlich DKP-Mitglieder tätig waren. Als die DKP am Ende des Jahres den Verlag nicht mehr

finanzieren konnte, wurde die Zeitschrift eingestellt. Die am »Projekt NACHRICHTEN« Beteiligten kündigten an, ihre bisherige Arbeit als Gewerkschaftsmitglieder fortzuführen.

2.3 »Antifaschismus«-Kampagne

Die Kommunisten bezeichnen sich selbst als die konsequentesten »Antifaschisten«⁷⁹: Denn Faschismus wurzele im Kapitalismus⁸⁰ und könne letztlich nur durch eine sozialistische Revolution beseitigt werden. Ein Ziel der kommunistischen »Antifaschismus-Kampagne« ist, das antitotalitäre Demokratieverständnis des Grundgesetzes auf einen »antifaschistischen« Gehalt zu reduzieren und freiheitliche Demokraten, die den Kommunismus ablehnen, in die Nähe des Faschismus zu rücken. Erneut rühmte sich die DKP, daß es ihr gelungen sei, den instrumentellen Begriff »Antifaschismus« im politischen Sprachgebrauch zu verankern:

»Bei der Frage der bestmöglichen Beförderung des antifaschistischen Kampfes der DKP sei vielleicht die Bemerkung gestattet, daß allein die weitverbreiteten Begriffe Faschismus und Antifaschismus eine Terminologie darstellen, die denjenigen, der sie benutzt, eindeutig als Kommunisten klassifizierte. Wir haben diese Terminologie beibehalten und heute ist sie zum Allgemeingut weiter Teile der SPD und der GRÜNEN geworden.«
(UZ vom 15. 11. 1989)

Die Wahlerfolge rechtsradikaler und rechtsextremistischer Parteien trugen dazu bei, daß das allgemeine Interesse an der »Antifaschismus«-Kampagne wuchs. Im gesamten Bundesgebiet entstanden »antifaschistische« Bündnisse und Initiativen – teils kurzfristige, um Veranstaltungen rechtsgerichteter Gruppen zu verhindern, teils auf langfristige Zusammenarbeit angelegte. Wegen ihrer »Organisationskraft« kam der DKP und ihrer »antifaschistischen« Bündnisorganisation, der VVN-BdA (vgl. Ziff. 1.4.1), oft eine führende Rolle zu. Nicht selten wirkten in solchen Bündnissen auch Anhänger der »Neuen Linken« einschließlich der »Autonomen« mit, fast immer – und meist in großer Zahl – aber auch Angehörige demokratischer Organisationen.

Als einen beachtlichen Erfolg werteten die Kommunisten die erste bundesweite »Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus« Ende Januar in Bremen. Dem dort gebildeten »Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus« gehörten u. a. bekannte Vertreter der DKP und der VVN-BdA an. Das Gremium nahm seinen Sitz in der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA in Frankfurt/M. – Die orthodoxen Kommunisten erklärten, sie wollten den »antifaschistischen Kampf« trotz des Zusammenbruchs ihrer »Apparate« mit Vorrang fortsetzen⁸¹.

**Orthodoxe
Kommunisten als
Triebkraft des
»antifaschisti-
schen Kampfes«**

**Bundesweite
»Aktionskonferenz
gegen Neo-
faschismus und
Rassismus«**

DKP und Vorfeldorganisationen im »Friedenskampf« weiter aktiv

2.4 Einflußnahme auf die »Friedensbewegung«

Der »Friedenskampf« trat gegenüber anderen Themen, vor allem dem »antifaschistischen Kampf« (vgl. Ziff. 2.3), in den Hintergrund. Gleichwohl setzten sich die DKP und vor allem ihre Vorfeldorganisationen tatkräftig bei Aktionen der »Friedensbewegung« ein und bemühten sich, ihnen genehme Forderungen (z. B. Stopp der Modernisierung atomarer Waffen, Beseitigung aller chemischen Waffen, Rüstungskonversion) einzubringen⁸².

Die DFU setzte mit beträchtlichem Aufwand ihre Kampagne gegen den »Jäger 90« fort; für ihren Aufruf will sie 30.000 Unterschriften gesammelt haben⁸³.

Trotz des von Jahr zu Jahr abnehmenden Allgemeininteresses nutzte das DKP-Spektrum die »Ostermärsche« (1989: 75.000 Teilnehmer; Veranstalterangaben: 190.000), um seine »friedenspolitischen« Vorstellungen möglichst massenwirksam zu propagieren. In der DFU-Landesgeschäftsstelle Hessen in Frankfurt/M. befand sich wieder die bundesweite »Informationsstelle Ostermarsch' 89«, als ihr »Sprecher« fungierte DFU-Bundesgeschäftsführer Willi van Ooyen. Die meisten regionalen »Ostermarsch«-Büros waren maßgeblich mit Funktionären der DKP und ihres Vorfeldes besetzt und darüber hinaus in DFU-Geschäftsstellen untergebracht. Kommunisten sprachen auf Kundgebungen neben Repräsentanten demokratischer Organisationen; die DKP wertete dies als bündnispolitischen Erfolg⁸⁴.

»Krefelder Initiative« als Sammelbecken »berufsbezogener Friedensinitiativen«

Auch 1989 konnte die DFU die von ihr getragene »Krefelder Initiative« als Sammelbecken für »berufsbezogene Friedensinitiativen« fungieren lassen. Deren Mitglieder sind überwiegend Nichtextremisten; sie nehmen jedoch die Unterstützung durch das DKP-Spektrum als notwendig hin oder dulden sie zumindest. In besonderem Maß engagierten sich die DKP und vor allem die DFU für die »Internationale Sport-Friedensstaffette Paris-Moskau«, die – angeleitet und organisiert von der Initiative »Sportler und Sportlerinnen für den Frieden – gegen Atomraketen« – in der Zeit vom 9. Juli bis 6. August durchgeführt wurde. In der DFU-Bundesgeschäftsstelle in Köln befand sich das Organisationsbüro der Stafette. Dort war – neben der »Krefelder Initiative« – auch die Geschäftsstelle des Vereins »Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler Initiative e.V.« untergebracht. Der langjährige kommunistische »Friedens«-Funktionär Reiner BRAUN, Mitglied des DFU-Bundesvorstandes und der »Krefelder Initiative«, ist der Geschäftsführer dieses Vereins.

Seit Jahren arbeiteten Linksextremisten maßgeblich im »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« (KA) mit, der im Sommer seine Außenaktivitäten einstellte. Vertreter des DKP-Spektrums verhinderten die diskutierte Auflösung des KA und beteiligten sich an dessen Umwandlung in ein »Netzwerk Friedenskooperative«.

Nach Beginn der demokratischen Revolution in der DDR bemühte sich die DKP, Bündnisse gegen eine Wiedervereinigung Deutsch-

lands zustandezubringen und dafür besonders die »Friedensbewegung« zu gewinnen. Der DKP-Vorsitzende Herbert MIES erklärte, alle »Friedenskräfte« seien nun herausgefordert⁸⁵. Kommunisten und Mitglieder ihrer Vorfeldorganisationen waren bei den Protestaktionen maßgeblich beteiligt. Das fand bei der Parteizeitung der DKP ein positives Echo:

»In zahlreichen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin formiert sich in diesen Tagen der Widerstand. Unter dem Motto ›Wider die Vereinigung‹ findet sich allmählich das breite Spektrum der Friedensbewegung zusammen, um dem CDU-Kanzler mit seinem Zehn-Punkte-Plan zur Einverleibung der DDR entgegenzutreten.«

(UZ vom 12. 12. 1989)

**DKP nutzt
»Friedens-
bewegung« zu
Bündnissen gegen
Wieder-
vereinigung
Deutschlands**

2.5 Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst

Die entscheidend von der DKP gesteuerte bundesweite Initiative »Weg mit den Berufsverboten« (Sitz Hamburg) agitierte wie in den Vorjahren gegen angebliche »Berufsverbote« für orthodoxe Kommunisten. Sie übergeht – bewußt oder unbewußt –, daß es z. B. zur Feststellung der Verfassungstreue von Bewerbern für den Bundesdienst seit 1979 keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz mehr gibt, und initiierte und organisierte Protestaktionen und Unterschriftensammlungen; dabei stützte sie sich auf örtliche und landesweite Initiativen und hielt Kontakt zu den ausländischen »Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD«. Kommunisten und Funktionäre kommunistischer Vorfeldorganisationen, besonders der DFU, dominieren vor allem im »Arbeitsausschuß« der Initiative. Horst BETHGE, Mitglied des DFU-Bundesvorstandes, ist der Sprecher des Arbeitsausschusses. Da die DFU, die den »Arbeitsausschuß« seit seiner Gründung 1973 im wesentlichen finanziert hat, zum Jahresende selber kaum noch Gelder von der DKP/SED erhielt (vgl. Ziff. 1.4.2), geriet auch der Ausschuß in den Sog der Krise⁸⁶.

**Agitation gegen
Fernhaltung von
Kommunisten aus
dem öffentlichen
Dienst**

3. Betriebsarbeit

Die DKP verbrämt ihre Betriebsarbeit als »konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Menschen«. Unverhohlen propagierte sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele. Auf ihrer 3. zentralen Betriebsräte-, Personalräte-, Jugendvertreter- und Auszubildendenkonferenz am 20. Mai in Duisburg forderte sie vor mehr als 300 Teilnehmern, betriebliche und tarifliche Konflikte zu politisieren und zuzuspitzen. Es gehe darum, die Notwendigkeit des Sozialismus auch für die Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen. Ohne revolutionäre Brüche könne der Kapitalismus nicht überwunden werden⁸⁷.

**Betriebsarbeit
dient DKP zur
Politisierung
betrieblicher und
tariflicher
Konflikte**

WERBET
FOR
WUP - Betriebszeitung HAWW Kiel

Eine Chance für die Wertfren!

56 Schiffe aus der Sowjetunion

Die gewerkschaftliche Bewegung in der Sowjetunion ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Die Arbeiter haben sich für bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.

DER MOTOR

Kapital schieben sich auf die

Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.



DKP Die Kommune

Zeitung für die Arbeiter, Jugendlichen und Eltern der Stadt München

HERINNEN AKTIV FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.

DER FARBWERKER

Chemieproduktion von hinten verstopfen

Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.



Der Aufklärer

g'sund" oder "marod"?

Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.



Arbeitsplatz

1989 besser zuhause

Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.



DKP

Zeitung der DKP-Betriebs

Stand Pong vor

Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.

DKP DER AUTO SCHEINWERFER

"DIE HEILIGE RATIO DES HERBEN PITHO"



Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.

roter käfer

SEPTEMBER 1988

Umbau! Oder ab in die wirtschaftliche und ökologische Krise?

Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Gewerkschaften haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt. Die Arbeiter haben sich für die Rechte der Arbeiter eingesetzt.

Insgesamt litt auch die Betriebsarbeit der DKP unter dem Streit zwischen Traditionalisten und Erneuerern. Viele kommunistische Betriebsgruppen zerbrachen, ihre Zahl sank auf 350 (1988: etwa 400). Auch die Agitation ging zurück, etwa 220 kommunistische Betriebszeitungen wurden noch bekannt (1988: 290).

4. »Ideologischer Kampf«

Die Umbrüche im Ostblock belasteten die ideologische Arbeit der DKP. Noch zu Jahresbeginn sprach der Parteivorsitzende MIES von der »erfolgreichen Entwicklung« der DDR; der Kapitalismus sei überlebt⁸⁸. Am Jahresende mußte er die »Erschütterung bisheriger Überzeugungen« eingestehen, betonte jedoch zugleich, »Wendehälse« seien nicht gefragt⁸⁹. Dem »Schub nach rechts« – so das DKP-Präsidium – müsse eine deutliche Antwort von links entgegengesetzt werden⁹⁰.

»Ideologischer Kampf« der DKP durch Umbrüche im Ostblock belastet

4.1 Instrumente zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus

Das »Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.« (IMSF) mit dem »Zentrum für Marxistische Friedensforschung« (ZMF), Frankfurt/M., unterstützte auch 1989 die DKP durch Analysen und Veranstaltungen (u. a. zu den Themen »Westeuropäische Integration«, »Kapitalismus der 90er Jahre«, »Marxismus und Demokratietheorie«). Seine Ausstrahlung auf andere »Linke«, u. a. in Gewerkschaften, blieb beachtlich. Als die Gelder der SED ausblieben, mußte das Institut mit seinen etwa zehn wissenschaftlichen Mitarbeitern aufgeben.

Apparat für Propaganda und Agitation

Die »Marx-Engels-Stiftung e.V.« veranstaltete wiederum internationale Symposien und Kolloquien, u. a. zum Thema »Marxistische Revolutionstheorie heute«. Im Wuppertaler Zentrum des Vereins – alle Mitglieder des Vorstandes sind langjährige DKP-Funktionäre – befinden sich eine Bibliothek und eine vom »Deutschen Museum für Geschichte« der DDR überlassene Ausstellung.

Die »Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus« (MAB) soll unter Anleitung der DKP vor allem jungen und neu in die »Klassenauseinandersetzung« einbezogenen Arbeitern marxistisches Grundwissen vermitteln. Öffentliche Aktivitäten – z.T. unter dem Namen »Marxistische Abend-/Arbeiterschule« (MASCH) – wurden in 23 Städten bekannt.

4.2 Druckerei, Verlage, Buchhandlungen

Die Firma »Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH«, Neuss, druckte auch 1989 fast alle Publikationen der DKP, ihrer Nebenorganisationen und mehrerer kommunistisch beeinflusster Vereinigungen. Hohe Gewinne erzielte die Firma aus dem Anzeigengeschäft des »messe-magazin international« sowie der russischsprachigen Zeitschrift »TNTP – Technical Trends« (»Tendenzen des wissen-

Medien der Kommunisten von Finanzkrise betroffen

schaftlich-technischen Fortschritts«) und einer – 1989 erstmals erschienenen – gleichartigen tschechischen Zeitschrift mit Beiträgen meist bundesdeutscher Firmen über deren Technologieangebot. Nach dem Wegfall »schwarzer« Gelder aus der DDR mußte »Plambeck« ebenso wie das Tochterunternehmen »VVG-Verlags- und Vertriebsgesellschaft mbH« (zuständig für die verlegerische Betreuung und Abonnentenverwaltung der Zeitungen und Zeitschriften) einem großen Teil der Beschäftigten kündigen.

Auch andere Verlage, welche die orthodoxen Kommunisten bisher für ihre Arbeit eingesetzt hatten, waren vom finanziellen Zusammenbruch betroffen. Dazu gehörten die »Nachrichten-Verlags-Gesellschaft mbH« (Frankfurt/M.) mit gewerkschaftsbezogenen Publikationen (vgl. Ziff. 2.2) und die »Pahl-Rugenstein Verlag GmbH« (Köln) vor allem mit Publikationen zur Förderung der Bündnispolitik (u. a. »Volkszeitung« – vgl. Ziff. 2 – und »Blätter für deutsche und internationale Politik«). Der »Pahl-Rugenstein-Verlag« mußte Mitte Dezember Konkurs anmelden.

Die »Brücken-Verlags-GmbH«, Düsseldorf, verbreitete ein umfangreiches Sortiment aus der Sowjetunion, der DDR und anderen Staaten des Warschauer Paktes. Die »AKZENT Handelsgesellschaft mbH & Co. KG«, Düsseldorf, unterhielt bis Jahresende – als sie Vergleich anmeldete – noch mehr als 20 Buchhandlungen⁹¹. Um Gewinnquellen zu erschließen, beteiligte sie sich an einem Joint-Venture-Projekt in der Sowjetunion.

5. Teilnahme an Wahlen

5.1 Wahlen zum Europäischen Parlament

Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni kandidierte die DKP mit einer Bundesliste, auf die 57.704 = 0,2 % der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen. Bei den Europa-Wahlen 1984 hatte die DKP nicht unter eigenem Namen, sondern auf der von ihr gesteuerten »Friedensliste« kandidiert; diese hatte damals 1,3 % der Stimmen erhalten.

5.2 Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 12. März konnte die DKP ihren Stimmenanteil auf 0,8 % verdoppeln und die Zahl ihrer Mandate von 31 auf 51 erhöhen. Herausragende Ergebnisse (9,6 % bis 18,1 %) erzielte sie in Gersfeld, Langenselbold, Neuberg, Mörfelden-Walldorf, Hessisch-Lichtenau und Reinheim. Als Folge von Koalitionsvereinbarungen und Absprachen wurde ein Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes stellvertretender Bürgermeister der Stadt Langenselbold, drei DKP-Mitglieder wurden zu Stellvertretern von Stadtverordnetenvorstehern gewählt, ein DKP-Mitglied gelangte in einen Kreisausschuß.

Unterschiedliche Erfolge bei Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen im Saarland am 18. Juni erhielt die DKP landesweit 0,5 % der Stimmen (1984: 0,6 %) und wie bisher 4 Mandate. Bei den am selben Tag durchgeführten Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz kandidierte sie nicht eigenständig, sondern in verschiedenen Bündnissen. Dabei konnten 7 DKP-Mitglieder Mandate erringen. Außerdem seien – so der DKP-Bezirksvorsitzende – in zwei wichtigen Städten »sehr enge Freunde der DKP über grüne Listen in den Rat eingezogen«, darunter ein Mitglied des DFU-Bundesvorstandes. Das Netz der Zusammenarbeit mit anderen Kräften sei enger geknüpft worden⁹². Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 1. Oktober erhielt die DKP 0,3 % der Stimmen (1984: 0,4 %) und 33 Mandate (1984: 36).

In den meisten Schwerpunkten – z. B. Wülfrath (15,6 %), Bottrop (9,2 %), Gladbeck (8,0 %) – gewann sie Stimmen hinzu, durch Nichtkandidatur in anderen Bereichen büßte sie jedoch landesweit ein. An den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 22. Oktober nahm die DKP überwiegend in Bündnissen teil; 8 DKP-Mitglieder (1984: 10) errangen Mandate.

Nach Abschluß der Wahlserie hatten insgesamt – soweit bekannt – 122 DKP-Mitglieder (1988: 100) Mandate in 56 Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen sowie 18 DKP-Mitglieder Mandate in 16 Bezirks- oder Ortsbeiräten erhalten; 39 Mandate waren über Bündnislisten errungen worden. Gegen Jahresende verließen zahlreiche Mandatsträger die Partei.

III. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland

Seit mehr als 40 Jahren, bis zum Verlust ihres Machtmonopols, hat die »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (SED) – inzwischen umbenannt in »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) – die KPD, später die DKP sowie die SEW und deren Vorfeldorganisationen dirigiert und mit Millionen DM finanziert. Mit diesen der DDR-Wirtschaft und Bevölkerung entzogenen Geldern versuchte sie, die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kommunistisch zu beeinflussen.

Für ihre »Westarbeit« setzte die SED allein auf der Ebene des Zentralkomitees mehrere Hundert hauptamtliche Kader in den maßgeblichen Abteilungen »Internationale Politik und Wirtschaft« (IPW) und »Verkehr« (Tarnbezeichnung) ein. Die Abteilung IPW (Leiter: Gunter RETTNER, Mitglied des ZK der SED) kontrollierte und koordinierte die gesamte »Westarbeit« der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen der DDR und stützte sich vor allem auf die entsprechenden »Sektoren« bei den SED-Bezirksleitungen; diesen wiederum waren die einzelnen DKP-Bezirksorganisationen im Bundesgebiet als »Patenbezirke« zugewiesen.

Mit dem demokratischen Umbruch in der DDR wurde die uneingeschränkte Diktatur der SED beendet. Sie verlor ihre angemessene Rolle als »führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen«⁹³. Die SED, nunmehr PDS, ist zwar nicht mehr in der Lage, ihre »Westarbeit« wie bisher fortzusetzen; sie hat jedoch nach formeller Auflösung der bisherigen ZK-Abteilungen bereits wieder organisatorische Strukturen für solche Aktivitäten geschaffen.

1. Anleitung, Unterstützung und Kontrolle der DKP

**DKP – bisher
völlig abhängiges
Instrument bei
»Westarbeit« der
SED**

Das ganze Ausmaß der Abhängigkeit der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen von der SED wurde offenbar, als die SED deren konspirative Finanzierung im bisherigen Umfang stoppte:

»Eine ganze politische Infrastruktur von der DKP über die SDAJ, Anti-Berufsverbote-Initiativen und Kulturbünden bis zu Zeitschriften und Verlagen droht innerhalb weniger Wochen von der politischen Landschaft in der BRD zu verschwinden«.
(Offener Brief der »Deutschen Friedens-Union« – Landesverband Bremen vom 4. 12. 1989).

Die von der DKP stets bestrittene Steuerung und Finanzierung (vgl. Kap. II, Ziff. 1.1.2) durch die SED erfolgte bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend konspirativ. Die jeweiligen Bezirksorganisationen von SED und DKP vereinbarten innerhalb eines Rahmenplanes Einzelheiten für ihre Zusammenarbeit (z. B. Delegationsreisen, Entsendung von DDR-Reisekadern). Zahlreiche Arbeitsgespräche zwischen SED- und DKP-Funktionären, die Schulung von DKP-Kadern in der DDR (vgl. Kap. II, Ziff. 1.1.3) und die Aufbewahrung wichtiger Unterlagen (u. a. Kaderakten) in der DDR sicherten eine lückenlose Kontrolle der SED über ihre »Bruderpartei«. Selbstkritisch stellte der DKP-Vorsitzende Herbert MIES im Dezember fest:

»Daß es in einem engen und sehr helfenden Verhältnis, das von Hunderten DKP-Delegationen, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an unseren Lehrgängen in Bildungseinrichtungen der SED, in den Partnerschaften von Bezirken und Kreisen der DKP mit Bezirken und Kreisen der SED mitvollzogen worden ist, auch Spannungen gab, haben wir und ich persönlich der Partei nie bekanntgemacht. Diese Spannungen ergaben sich nicht zuletzt aus ... einer angemessenen Führungsrolle gegenüber der DKP.«
(UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 20. 12. 1989, S. 8)

Im Dezember bekräftigte der Vorsitzende der jetzigen PDS, Gregor GYSL, seine Partei werde die Erneuerung der Kommunisten in der

Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) unterstützen, ohne diese wie bisher zu dirigieren und zu gängeln. Sachliche Arbeitskontakte auf den verschiedenen Ebenen seien zu entwickeln. Seine Partei fühle sich verpflichtet, auch weiterhin internationale Solidarität zu üben, selbst wenn die finanzielle Situation kompliziert werde⁹⁴.

2. »Westarbeit« anderer DDR-Institutionen

Unter Führung der SED wurden bis Ende des Jahres auch »Massenorganisationen« und andere Institutionen der DDR in der »Westarbeit« eingesetzt, z. B. die »Freie Deutsche Jugend« (FDJ), der »Freie Deutsche Gewerkschaftsbund« (FDGB) und das »Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR« (IPW) in Berlin (Ost).

**Auch FDJ,
FDGB und IPW in
der »Westarbeit«
aktiv**

Die FDJ war vorrangig bemüht, die »Bruderorganisationen« SDAJ, MSB, JP und SJV-Karl Liebknecht bei ihrem »revolutionären Kampf gegen den Imperialismus solidarisch zu unterstützen« sowie das »antiimperialistische Potential« in demokratischen Jugendverbänden zu verbreitern. Die Zusammenarbeit zwischen FDJ und ihren »Bruderorganisationen« umfaßte – wie bei den besonderen Beziehungen zwischen SED und DKP – periodische Arbeitsvereinbarungen, Anleitungsgespräche, Schulungen in der DDR, materielle Hilfe und Delegationsaustausch. Noch Mitte September bekräftigten Funktionäre des Bundesarbeitsausschusses der SDAJ und des Sekretariats der FDJ nach einem Treffen in Berlin (Ost) übereinstimmend, die 40jährige erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus in der DDR beweise die Richtigkeit der Lehren von Marx, Engels und Lenin; keine Kraft könne den Lauf der Geschichte aufhalten⁹⁵. Die FDJ betreute wieder mehrere tausend Kinder aus der Bundesrepublik Deutschland, die bei den Ferienaktionen der DKP und JP in die DDR reisten (vgl. Kap. II, Ziff. 1.3.3). Auch für 1990 wurden der DKP – allerdings in verringertem Umfang – Plätze in Ferienlagern angeboten.

Bis Ende des Jahres veranstaltete das in der »Westarbeit« des FDGB eingesetzte »INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e.V.« der DDR unverändert »Studien- und Informationsreisen« in die DDR, insbesondere für Gewerkschafter aus der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde zunehmend bei Delegationsreisen der DKP für Mitglieder und Sympathisanten der Partei und ihres Umfeldes beteiligt. Das IPW, das mit der gleichnamigen ehemaligen ZK-Abteilung der SED eng zusammenarbeitete, wie auch die »Akademie der Wissenschaften der DDR« (AdW) entsandten zahlreiche Referenten zu Veranstaltungen der DKP und ihres Umfeldes, aber auch zu allgemeinwissenschaftlichen Tagungen. Vom IPW gewonnene Erkenntnisse nutzte auch das inzwischen aufgelöste »Ministerium für Staatssicherheit« (MfS) der DDR.

Eine besondere Rolle maß die SED der »kulturellen Westarbeit« zu. Auf Veranstaltungen der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen traten z. T. namhafte Theater-, Musik- und Kleinkunstensembles sowie Rock- und Singgruppen aus der DDR ohne Gage auf. Dazu der DKP-Vorsitzende:

»Wir haben aus dem gagenfreien Auftreten von Künstlerinnen und Künstlern und Ensembles aus den sozialistischen Ländern auf Veranstaltungen der DKP, auf Festivals und Pressefesten Gewinne für unsere Partei erreichen können.«
(UZ vom 7. 12. 1989)

3. Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-»Reisekader«

Die DKP, ihre Neben- und die von ihr beeinflussten Organisationen entsandten auch 1989 noch zahlreiche Funktionäre und einige hundert Delegationen in die DDR. Ein großer Teil der geplanten Reisen, konzipiert zur Anleitung der »Genossen« und zur Sozialismuspropaganda, fand jedoch nicht statt – eine Folge der drastischen Mitgliederverluste und des deutlich geringeren Interesses vor allem bei Erneuerern. Kritische Äußerungen an Verhältnissen in der DDR stießen zudem auf Unverständnis und Ablehnung bei SED- und FDJ-Funktionären.

Zu den zahlreichen »Reisekadern«, die mit politischen Aufträgen in die Bundesrepublik Deutschland kamen, gehörten gezielt ausgewählte hochrangige »Westarbeitsfunktionäre«. Von ihnen wurde erwartet, daß sie die dogmatische politische Linie der SED auch gegenüber Kritikern offensiv propagierten. Diese »Reisekader« wurden zuvor auf ihre Zuverlässigkeit überprüft, für ihre Einsätze besonders geschult und hatten nach Rückkehr über den Reiseverlauf und ihre Gespräche detaillierte Berichte zu erstellen.

IV. »Neue Linke«

1. Politischer Standort und Entwicklung

Ende der 60er Jahre bildeten sich in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche linksextremistische Organisationen heraus, die den orthodoxen, an der KPdSU und SED orientierten Kommunismus ablehnen. Diese Gruppen der »Neuen Linken« orientieren sich bei ihrem revolutionären Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung an unterschiedlichen Ideologien.

Marxistisch-leninistische Parteien und Bünde, trozistische Organisationen und sonstige revolutionär-marxistische Gruppen propagie-

ren »Klassenkampf« und »proletarische Revolution«, um den »bürgerlich-demokratischen Staat« zu zerschlagen. Die meisten nennen den Aufbau einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft als ihr Ziel. Anarchistische Gruppen wollen den demokratischen Staat zersetzen oder zerschlagen, um eine herrschaftsfreie Gesellschaft – die Anarchie – zu errichten. Die meisten Gruppen der »Neuen Linken« verkünden offen, sie würden revolutionäre Gewalt anwenden, sobald die Bedingungen dafür objektiv und subjektiv reif seien. Für viele anarchistische Gruppierungen ist eine solche Situation bereits heute gegeben: Sie halten gewalttätiges Vorgehen schon jetzt nicht nur für möglich, sondern auch für nötig!

Seit Jahren beklagt die »Neue Linke« ihre ideologische und organisatorische Zersplitterung. Versuche, diesen Zustand zu überwinden, versandeten jedoch meist in zähen Theoriediskussionen oder scheiterten, weil Funktionäre fürchteten, Autorität einzubüßen, oder Gruppen argwöhnten, von anderen bevormundet zu werden. Im Frühjahr gab es einen neuen Versuch, die Kräfte zu bündeln. Ungebundene und noch organisierte Marxisten-Leninisten, Anhänger autonomer und anarcho-kommunistischer Gruppierungen, Personen aus dem terroristischen Umfeld, Erneuerer aus den Reihen der DKP sowie Anhänger ökosozialistischer Strömungen in den GRÜNEN riefen dazu auf, eine »Radikale Linke« zu formieren, die den Parlamentarismus, den Kapitalismus und das Patriarchat bekämpft. Das Echo blieb geteilt. Vor allem Autonome fürchteten, in einer parteiähnlichen Organisation vereinnahmt zu werden. Ein herausragendes Aktionsthema – vergleichbar mit der Kampagne gegen den Internationalen Währungsfonds im Herbst 1988 – gab es 1989 nicht. Nach den Wahlerfolgen der »Republikaner« verstärkte auch die »Neue Linke« ihren »Antifaschismuskampf«. Das Interesse an Protesten der »Friedensbewegung« und der »Umweltschutzbewegung« ging weiter zurück. Die Zahl der Hausbesetzungen mit linksextremistischer Beteiligung nahm dagegen wieder zu. Zum Jahresende, nach den Umwälzungen in der DDR, mobilisierte auch die »Neue Linke« gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands. Trotzlisten und Anarchisten bemühten sich zugleich, Stützpunkte und neue Gruppen in der DDR aufzubauen. Die publizistischen Möglichkeiten der »Neuen Linken« blieben beachtlich. Ihre Gruppen gaben wieder etwa 200 verschiedene periodische Schriften heraus mit einer Jahresgesamtauflage von nahezu 7 Millionen Exemplaren.

**Zwei Lager der
»Neuen Linken«:
»Revolutionäre
Marxisten« und
»Anarchisten«**

**»Neue Linke«
propagiert revolu-
tionäre Gewalt**

**Bemühungen um
Zusammenschluß
der »Radikalen
Linken«**

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 Revolutionär-marxistische Gruppen

Mehr als 30 verschiedene Organisationen waren 1989 aktiv. Die Mitgliederzahl der marxistisch-leninistischen Gruppen, Bünde und Parteien (K-Gruppen) hielt sich bei etwa 3.000. Davon entfiel der

größte Teil (etwa 2.800) auf 5 bundesweit tätige Organisationen. Die Mitgliederzahl der trotzkistischen Gruppen stieg auf etwa 800. Die Zahl der Mitglieder sonstiger revolutionär-marxistischer Organisationen erhöhte sich auf mehr als 5.000.

**MLPD hält an
Lehren Mao
TSE-TUNGs und
STALINS fest**

2.1.1 »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)

Die 1982 gegründete MLPD, seit Jahren die mitgliederstärkste K-Gruppe, bekannte sich unbeirrt zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Mao Tse-Tung und auch Stalin: Diesem verdanke der Marxismus-Leninismus wichtige Errungenschaften⁹⁶. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bezeichnete die MLPD als Dokument der Diktatur des Monopolkapitals über die werktätige Bevölkerung⁹⁷. Zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung sei revolutionäre Gewalt erforderlich⁹⁸. Die Entwicklung in den osteuropäischen Ländern wertete die Partei nicht als Niederlage des »realen Sozialismus«, sondern als Bankrott des »bürokratischen Kapitalismus«, der dort entstanden sei⁹⁹. Kritik galt auch der KP Chinas; diese habe die Lehren MAOs verraten. Sie habe in Peking beim Einsatz des Militärs gegen die Studenten ein »sozialfaschistisches Massaker«¹⁰⁰ angerichtet.

Organisatorisch blieb die MLPD stabil. Die Zahl ihrer Mitglieder lag bei knapp 1.400. Auch ihre Nebenorganisationen für die Jugendarbeit blieben funktionsfähig. Zu ihrem traditionellen Pfingstjugendtreffen (12. – 15. Mai, diesmal in Duisburg-Rheinhausen) kamen wieder mehr als 2.000 Besucher.

Zum Jahresende räumte die MLPD aber Schwierigkeiten bei der eigenen Sozialismuspropaganda ein. Sie müsse gegen eine Flut von Antikommunismus ankämpfen, die mit den Mißständen in der DDR auch gleich den Marxismus-Leninismus beseitigen wolle. Auf viele neue Fragen müßten noch einleuchtende Antworten gefunden werden. Die Partei stehe vor der größten Herausforderung seit ihrer Gründung¹⁰¹.

Nach Jahren unternahm die MLPD wieder Anstrengungen, mit anderen Linksextremisten Aktionsbündnisse einzugehen. Der Parteivorsitzende Stefan ENGEL erklärte im Februar, die bisherige Selbstgefälligkeit sei aufzugeben; die MLPD müsse andere fortschrittliche Kräfte für eine antiimperialistische Einheitsfront gewinnen¹⁰². Erste Erfolge zeigten sich bei einer Kampagne gegen den europäischen Binnenmarkt, gegen die »imperialistischen Europa-pläne«. Gemeinsam mit einzelnen türkischen und deutschen revolutionär-marxistischen Organisationen, aber auch anarchistischen Gruppen, rief die MLPD dazu auf, den 17. Juni als »Tag der antiimperialistischen Einheit« zu begehen; zu Veranstaltungen in Bochum und Stuttgart kamen etwa 1.500 Personen. Zum »Antikriegstag« (1. September) verbreitete die MLPD, zusammen mit den neuen Bündnispartnern, einen Aufruf gegen die »Europapolitik des BRD-Imperialismus«.

**MLPD agitiert
gegen euro-
päischen Binnen-
markt ...**

Bei den Europawahlen am 18. Juni trat sie mit Kandidaten in allen Bundesländern an.

10. Juni 1990 20. Jg. Nr. 24 F 2583 C

Rote Fahne

Wochenzeitung der MLPD

1DM

Wählt Liste 19 — MLPD bei der Europawahl!

China blutet — Maos Warnung hat sich bestätigt

1981 Mit barbarischem Terror haben die chinesischen Machthaber in Deng Xiaoping den Widerstand der chinesischen Volksmassen niedergedrückt. Das ist der bisher brutale und offene Ausdruck der bürokratisch-kapitalistischen Diktatur des 4. Weltkongresses 1976. Eine Million Kommunisten wurde Deng aus der Partei verbannt, um sich nach oben zu kämpfen. In breiten Kreislagen hatte Mao Tse Tung bis zum Tode von 1976 das Volk gewarnt. Durch die Machtergreifung auf der Bundesebene vor Deng wird sich die kommunistische Partei in eine Jackentasche verwandelt.

Auf grausame Weise ist den jetzt festgelegt worden. Die MLPD setzt alle ihre Kräfte ein, die massiven Verlesungen im Westen entgegenzutreten, die von Mao Tse Tung, dem Totfeind Deng Xiaoping, dessen geringen Zeitraumen machen will. Der Sinn dieser Verlesungen ist allein, den sozialistischen Werte Terror dem Sozialismus in die Schuhe zu schieben. Die MLPD unterstützt den Kampf der demokratischen Weltöffentlichkeit und fordert: **Verweigerung der sozialistischen Maskerade! Sofortiger Abbruch aller wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den chinesischen Machthabern!** (Ausführliche Berichte auf den Seiten 6 und 7)



Die Entfremdung Europas (Widerstand gegen die Europäische Gemeinschaft)

17. Juni: Tag der antimperialistischen Einheit. Kommt zur Kundgebung: Bochum-Stiepel, 14 Uhr, Ruhrwiesen, hinter Haus Kenede. Stuttgart, Schloßplatz, 11 Uhr.

«Ich unterstütze es sehr, sich gegen ein Europa der Konzerne und Großbanken zusammenzutun. Wer von einem gemeinsamen Haus Europas redet, der überläßt mich stumm darüber weg, daß es kein gemeinsames Interesse der Werktätigen in der Imperialistenkrise kann.»
Erich Berger, ehemaliger Stadtverordneter der KPD in Wuppertal im des 50er Jahren.

«Starn-Bericht über MLPD verschoben
Für die Ausgabe des «Starn» vom 1. Juni war ein Bericht über die MLPD in Verbindung mit einem Interview mit Stefan Engel, dem Vorsitzenden der MLPD, vorgesehen. Aus welchen Gründen immer diese Berichte nun in dieser Nummer nicht erscheinen, wie der Verantwortliche der Redaktion mitteilte. Auch ein Interview mit Stefan Engel wurde in der jetzigen Ausgabe nicht veröffentlicht. Die Redaktion selbst möchte dabei wegen des vielen Ausganges keine Zeit gehabt.

1971 Nach langem Meinungsfrage stellt die Mehrheit der Werktätigen in der Bundesrepublik die Forderung auf, die Europawahl abzuhalten gegen 40 Prozent der Befragten wissen noch nicht, was sie von der Wahl zu erwarten ist, was die antiperialistischen Großkonzerne im Ende 1972 unterbreiten. Knapp 30 Prozent der Befragten sagten Nachhilfe für sich oder erwarten wenig Chancen. 10 Prozent wollen die Auflösung der EG, Nahe und Wandarbeit. Pakt, das fordert die MLPD.

Tödlicher Unfall auf Camphusen er mordet

Auf einem Steilhang am 19. Juni wurde Marcelino Pacheco von einem Kommando der Organisation Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) ermordet. Er war Bürgermeister von Anzures im Süden Perus. Mitglied in der vorkommunistischen LNHR und der marxistisch-leninistischen Partei Parta. Seine Arbeit galt besonders dem Kampf der Bauern. Bereits mehrfach hatte die Sendero einvernehmlich Ansicht an Marcelino Pacheco veröffentlicht. In der Zeitung «El Dia»

schlechte Witterung hat in der 30. zur Wahl vorbereitenden Parteien die Werbepartien für Europa, ohne überlegen zu können. So steht ein großer Teil der Wahlberechtigten zum Sinn darin, am 18. Juni ins Wahl zu gehen.
Doch das Nicht-Wählen ist nur die definitive Antwort auf die imperialistischen Europawahl. Dem Monopolparlament schadet das nicht einmal in wirtschaftlicher Hinsicht. MLPD hat für jeden Nichtwähler fünf dazu noch mehr in die Tasche der großen Monopolparlament.

Peru: UNIR-Bürgermeister ermordet

1971 Nach langem Meinungsfrage stellt die Mehrheit der Werktätigen in der Bundesrepublik die Forderung auf, die Europawahl abzuhalten gegen 40 Prozent der Befragten wissen noch nicht, was sie von der Wahl zu erwarten ist, was die antiperialistischen Großkonzerne im Ende 1972 unterbreiten. Knapp 30 Prozent der Befragten sagten Nachhilfe für sich oder erwarten wenig Chancen. 10 Prozent wollen die Auflösung der EG, Nahe und Wandarbeit. Pakt, das fordert die MLPD.

Die Wahrheit wird sich durchsetzen
Die bürokratischen Kapitalisten in China und Osteuropa haben geschafft, was das westliche Monopolkapital über viele Jahrzehnte trotz brutaler Unterdrückung und Hetze nicht fähig war: das Ansehen des Kommunismus in der Arbeiterklasse weltweit zu integrieren und auf einen Tiefpunkt zu bringen. Die brutale Abschichtung, Tausende Studenten und Arbeiter und die Pilgerfahrt Gorbatschow in die Zentrale des BRD-Kapitals in Florenz willkommen. 70 Jahre nach Lenin ist die kommunistische Ideologie am Ende.
Dabei werden in Osteuropa und China mit steigender Arbeitslosigkeit, Inflation, chronischer Umweltzerstörung, Korruption und Sozialismus die «Krisen» weitergeführt. Die Arbeiterbewegungen wie Walesa und Co. keine Veränderungen der Ausbeutung und Unterdrückung der politischen Arbeiter.
Die Krönung dieser Sentenzen ist nun die Einführung der bürgerlichen Parlamentarismus, über den hier ausreichend Erfahrungen vorliegen: daß er, gleich ob in Europa oder in Bonn, einzig der Durchsetzung der Monopolinteressen dient. Die ersten «freien» Wahlen in Polen brachten außer einigen Forderungen für verlorene Arbeitsplätze keine Veränderungen wie Walesa und Co. keine Veränderungen der Ausbeutung und Unterdrückung der politischen Arbeiter.
Martín Klöpffer, Vorsitzender des Marxistisch-Leninistischen Bundes (MLB) in Berlin

Das Zentralorgan »Rote Fahne« veröffentlichte eine gemeinsame Resolution der MLPD und ihrer »Bruderparteien« in Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Luxemburg und Griechenland »Gegen das Europa der Monopole«¹⁰³. Die MLPD erhielt 10.162 Stimmen. An den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 1. Oktober und in Baden-Württemberg am 22. Oktober beteiligte sie sich in ihren örtlichen Hochburgen; ihre Stimmenanteile lagen

jeweils unter 2 %. Auf eine eigene Kandidatur zur nächsten Bundestagswahl will die MLPD verzichten; sie erklärte sich jedoch bereit, in einem Wahlbündnis auf »antiimperialistischer« Grundlage mitzuwirken¹⁰⁴.

Nach den Umbrüchen in der DDR beschloß die Partei, ihre Anti-Europa-Kampagne zu erweitern. Die imperialistischen Europapläne hätten inzwischen mit dem Großdeutschlandkurs der Monopole Gestalt angenommen; jetzt gelte es, auch gegen die Wiedervereinigungsabsichten des deutschen Imperialismus zu kämpfen¹⁰⁵.

... und Wieder-
vereinigung

2.1.2 »Kommunistischer Bund« (KB)

Der 1971 gegründete KB – bundesweit etwa 400 Mitglieder mit Schwerpunkt in Hamburg – will revolutionäre Politik entwickeln, orientiert an den Lehren von Marx und Lenin. Er sah sich im Aufwind; die Auflage seiner zentralen Publikation »ak-Arbeiterkampf« stieg um mehrere hundert Exemplare.

KB für »Block-
bildung« der
revolutionären
Linken

Am 14./15. Januar fand in Hamburg der »3. Nationale Kongreß« des KB statt. KB-Funktionäre sprachen sich dort für eine »Blockbildung« der revolutionären Linken aus, damit marxistische Politik in der Bundesrepublik Deutschland noch Zukunft haben könne. Dazu müßten die ideologischen Standpunkte angenähert werden. Für den KB seien Unversöhnlichkeit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, gegenüber EG und NATO, Widerstand gegen Repression und die Unterstützung der Rebellion sozialer Minderheiten wesentliche Elemente¹⁰⁶. KB-Mitglieder beteiligten sich intensiv an den Bemühungen zur Formierung der »Radikalen Linken« (vgl. Ziff. 1).

Beachtlich blieben die Möglichkeiten des KB, in anderen Organisationen und Einrichtungen politisch zu arbeiten. So betätigten sich KB-Mitglieder weiterhin bei den GRÜNEN und bei Alternativen Listen; einzelne schrieben regelmäßig für bundesweit verbreitete Publikationen, z.B. die Monatszeitschrift »konkret«.

Auf das Scheitern des »realen Sozialismus« in der DDR reagierte der KB aggressiv: Sein »Leitendes Gremium« erklärte im Dezember, Deutschland müsse das Recht auf nationale Selbstbestimmung abgesprochen werden; das Streben nach Einheit sei der Versuch, eine Großmacht zu etablieren, die andere Länder bedrohe¹⁰⁷.

BWK für »proleta-
rische Revolution«

2.1.3 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

Der BWK, der 1980 aus einer Spaltung des damaligen »Kommunistischen Bundes Westdeutschland« (KBW) hervorgegangen ist, propagierte weiterhin die »proletarische Revolution«: Der bürgerliche Staatsapparat müsse zerschlagen, die Machtfrage im Sinne der Arbeiterklasse gelöst werden¹⁰⁸.

Die Organisation gewinnt seit Jahren kaum noch Nachwuchs. Die verbliebenen etwa 300 Mitglieder betreiben den Aufbau örtlicher Aktionsbündnisse und Arbeitsgemeinschaften z. B. für den »antifaschistischen Kampf«, für »revolutionäre Hochschulpolitik«, gegen

»staatliche Repression«. Für deren Agitation unterhält der BWK eine »Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH« (GNN). Diese verlegte – neben dem BWK-Organ »Politische Berichte« –



9 »Nachrichten«-Blätter zu berufs- und fachspezifischen Fragen und mehr als 30 örtliche Publikationen (»Lokalberichte«). Den Herausgeberkreisen dieser Blätter gehören oft auch Mitglieder anderer linksextremistischer sowie demokratischer Organisationen an. GNN druckte und verlegte weiterhin die Schriften der »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« (VOLKSFRONT). In deren Vorstand halten BWK-Mitglieder seit Jahren einflußreiche Positionen. Im GNN-Verlag erschienen außerdem ein »Kurdistan-Rundbrief«, an dem auch Anhänger der terroristischen »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) mitwirken, und das seit dem RAF-Hungerstreik von »Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD« herausgegebene »Angehörigen-Info«. Auf seiner Bundesdelegiertenkonferenz im März hatte sich der BWK mit dem Hungerstreik der RAF-Häftlinge und mit der Politik der PKK solidarisch erklärt.

**BWK-Einfluß in
der VOLKSFRONT**

Die Vorgänge in Mittel- und Osteuropa wurden von BWK-Funktionären als »Konterrevolution« verurteilt. Dies stieß auf Widerspruch u. a. bei der »Vereinigten Sozialistischen Partei« (VSP). Die seit Jahren mit der VSP geführten Gespräche über einen Zusammenschluß kamen ins Stocken und wurden zum Jahresende eingestellt.

2.1.4 »Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP)

Die VSP – 1986 durch Zusammenschluß der ehemaligen trotzkistischen »Gruppe Internationale Marxisten« (GIM) und der »Kommunisten«

nistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)« (KPD) entstanden – will in der Bundesrepublik Deutschland die »sozialistische Revolution« zum »Sturz der Kapitalherrschaft« herbeiführen¹⁰⁹. Die ehemaligen Mitglieder von GIM und KPD fügten sich auch im dritten Jahr nach der Fusion nicht zu einer handlungsfähigen Organisation zusammen. Die Zahl der Mitglieder bröckelte auf etwa 400 ab (1988: knapp 450).

Nach den Veränderungen in der DDR betonte die VSP, Sozialismus bleibe eine reale Utopie, auch wenn er noch nirgendwo existiere¹¹⁰. Die Partei agitierte gegen »Wiedervereinigungserpressung« und forderte die vorbehaltlose Anerkennung der DDR; die demokratische Revolution in der DDR müsse sozialistisch werden¹¹¹. Die VSP bot linken Gruppen in der DDR, vor allen der »Vereinigten Linken«, ihre Unterstützung an. Vertreter der »Vereinigten Linken« nahmen an einem VSP-Kongreß »DDR '89: Umbruch-Aufbruch-Aufkauf?« am 16./17. Dezember in Hamburg teil. Ihrem Ziel, die revolutionären Marxisten in der Bundesrepublik Deutschland zu erneuern, kam die VSP nicht näher. Die seit Jahren mit dem BWK geführten Verhandlungen brach sie Ende des Jahres ab. Neue Perspektiven erhoffen sich VSP-Funktionäre von dem Projekt »Radikale Linke«; an dessen Arbeitstreffen wirkten sie von Beginn an mit.

Fusionsverhandlungen zwischen VSP und BWK gescheitert

2.1.5 »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB)

Der marxistisch-leninistische AB (bundesweit etwa 250 Mitglieder) hat seinen organisatorischen Schwerpunkt seit Jahren in Bayern. Dort unterhält er auch Nebenorganisationen für die Arbeit unter Schülern und Studenten. AB-Stützpunkte bestanden weiterhin in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg.

Bertolt Brecht: Legende vom toten Soldaten

In Bitburg
wird der deutsche Soldat, der nach dem ersten Weltkrieg schon einmal ausgegraben wurde, wieder ausgegraben

Auf dem Rhein
wird der ausgegrabene und k. v. befundene Soldat zu „Siegfrieds Totenmarsch“ in die Bundeshauptstadt eskortiert

In Bonn
läuft er zu den Kriegsgegnern über, um sich ein für alle Mal eingraben zu lassen, damit er kein 3. Mal in den Krieg muß

Samstag, 2. September · 11⁰⁰ bis 16³⁰ · zum Antikriegstag 1989

Mit großem Aufwand agitierte der AB gegen den angeblichen »westdeutschen Imperialismus«. AB-Mitglieder und Anhänger inszenierten zum »Anti-Kriegstag« (1. September) an vier verschiedenen Schauplätzen Bertolt BRECHTs Legende vom toten Soldaten als »antiimperialistisches« Propagandastück. Regie führte ein Mitglied des AB-Zentralkomitees. AB-Funktionäre stellten heraus, daß auch »bürgerliche Prominente« das Spektakel unterstützt hätten.

AB agitiert gegen »westdeutschen Imperialismus«

Auf die Entwicklung in der DDR reagierte der AB mit Aufrufen »Nein! zur imperialistischen Wiedervereinigung«. Die SED sei bankrott, weil sie jahrzehntelang statt Kommunismus defätistischen Sozialdemokratismus betrieben habe¹¹².

2.1.6 Trotzistische Gruppen

Die Mitgliederzahl der etwa 15 trotzistischen Gruppen und Zirkel hat sich auf ungefähr 800 erhöht (1988: etwa 700). Die meisten Organisationen sind einer der konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzismus angeschlossen.

Trotzkisten streben die »Weltrevolution« zur Errichtung einer »sozialistischen Weltrepublik« an¹¹³. Diese soll über ein Räte-system gelenkt werden. Wichtigster Schritt sei zunächst der Aufbau der revolutionären Partei des Proletariats¹¹⁴; sie müsse die soziale Revolution im Westen und die proletarisch-politische Revolution im Osten herbeiführen¹¹⁵. Die regierenden kommunistischen Parteien in Osteuropa und der UdSSR seien bürokratisch entartet.

Trotzkistische Gruppen sahen sich im Aufwind. Sie nutzten ihre internationalen Verbindungen zu gemeinsamer Agitation gegen den geplanten europäischen Binnenmarkt. Der »Bund Sozialistischer Arbeiter« (BSA) und die »Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation« (ISA) beteiligten sich im Juni an den Wahlen zum Europäischen Parlament – die ISA unter dem Tarnnamen »Liste für ein Europa der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie«. Sie erzielten mit 7.813 (BSA) und 10.358 (ISA) Stimmen Achtungserfolge.

Trotzkisten sehen sich im Aufwind

Ideologisch bestätigt sahen sich die Trotzisten durch die Vorgänge im »realen Sozialismus«. Seit Öffnung der Mauer in Berlin propagierten die meisten Gruppen die »Einheit der deutschen Arbeiterklasse«¹¹⁶ und sahen Chancen für ein »rotes Rätendeutschland«¹¹⁷. Mehrere trotzistische Gruppen nutzten die neue Situation, um in der DDR politisch tätig zu werden. Sie verbreiteten Agitationsmaterial, beteiligten sich an Kundgebungen und bemühten sich um den Aufbau von Stützpunkten.

neue ARBEITER PRESSE
Nr. 588 17. November 1989

Die Mauer ist durchbrochen - Vorwärts zur politischen Revolution!

Erklärung des Politischen Komitees des Bundes Sozialistischer Arbeiter

Vierzehntägige Zeltung des Bundes Sozialistischer Arbeiter
T H 6999 D DM 1,-

Die Mauer in Berlin ist überfallen. Die überweltete Grenze über Grenzen an der Welt. Die ne-mens anderen Zweck hat die Arbeiterklasse in Deutsch-

Land und Europa zu wählen und sich für die Revolution zu entscheiden. Mit Freilassung

des Arbeiterkampfes in Deutschland und der Welt. Die Revolution ist durchbrochen. Die Mauer ist durchbrochen. Die Revolution ist durchbrochen. Die Mauer ist durchbrochen. Die Revolution ist durchbrochen.



Eine Million Arbeiter und Jugendliche demonstrieren am 4. November 1989 in Ost-Berlin gegen die autoritäre SED-Diktatur. Bericht und Fotos auf Seite 6-7

Das Werk der Arbeiterklasse

Die Öffnung der Grenze mit dem Fall der Mauer in Berlin ist ein historischer Tag. Die Revolution ist durchbrochen. Die Mauer ist durchbrochen. Die Revolution ist durchbrochen.

Sonderfonds zum Aufbau der Neuen Arbeiterpresse

25.000 DM

Stütz die SED-Bankrot!

Verleihe die staatliche Phantasiewelt gegen die Gefahr einer kapitalistischen Bankrott und erhalte sie von allen internationalen Fatigues und Schmeichelei.

Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit!

Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit! Verleihe Geld mit der Arbeit!

MG weiterhin größte Gruppe der »Neuen Linken«

2.1.7 »Marxistische Gruppe« (MG)

Die MG - Anfang der 70er Jahre aus revolutionär-marxistischen Diskussionszirkeln, den sogenannten »Roten Zellen«, an bayerischen Hochschulen entstanden - konnte ihre Position als bei weitem größte Gruppe der »Neuen Linken« ausbauen. Die Zahl ihrer Kader stieg auf etwa 5.000; zusätzlich vermochte die MG wieder mehrere Tausend Personen an sich zu binden, die an Sympathisantenschulungen, Teach-ins und Arbeitskreisen teilnahmen. Mit zahlreichem Agitationsmaterial und öffentlichen Veranstaltungen - 1989 mehr als 400 Veranstaltungen mit in Einzelfällen über 1.000 Teilnehmern - warb die MG für ihre Ziele. An Kampagnen und

Fortsetzung Seite 11

Veranstaltung des Bundes Sozialistischer Arbeiter

Der Zustand der Arbeiterklasse in der DDR und die Perspektiven der Vierten Internationale

- Frankfurt: Samstag, 25. November, 16 Uhr
Hans-Galle, Chibrown 2, Frankfurter 111
- Duisburg: Freitag, 24. November, 19 Uhr
Ravensbrunn-Hörsing, Duerkheim 213
- Stuttgart: Freitag, 24. November, 19 Uhr
Agrippahaus Mitte, Kreuzstr. 2, Stock, Hofheim
- Berlin: Samstag, 25. November, 18 Uhr
Gassstr. 50, Berlin, 7. Mitte U-Bahnhof Wedding
- Dortmund: Samstag, 2. Dezember, 18 Uhr
Dersch-Kunze-Platz (Der Ring) gegenüber Nordt. Chibrown 307



MAZ

8. November 1989

Marxistische Arbeiterzeitung

Was der SED hat -
Mehrwahlgeheimnis Marke 89

Über das Töten im Staatsdienst

„Zuerst werden die Arbeiter...“



„Jah“ begrüßt den neuen SED-Präsidenten Egon Krenz:

Ein Typ,
so mies wie
sein Staat

Ein Tarifrundenstreit tobte

Die Arbeiter...“

Wie bestellt!



Die Leistungs- gesellschaft

Die Leistungs-
gesellschaft

Öffentliche Diskussionsveranstaltung der
MARXISTISCHEN GRUPPE (MG)

Die SED gibt auf die DDR ist offen BRD triumphiert Volk dreht durch

Die Flüchtlinge nicht kapiert, das heißt

Demokratie die DDR

NEU

ERSCHEINUNG

Peter Tschern / Carl Hall
Zweidimensionale Diskussionen über „Abweichende Prognosen“

DDR kaputt Deutschland ganz

Eine Abrechnung
mit dem „Realen Sozialismus“
und dem Imperialismus
deutscher Nation

MHB

Abweichende Meinungen zur
„Abweichenden Prognose“

Marxistische Hochschulzeitung

8. November 1989

Gegen den deutschen Wahn

Wem gehört die DDR?

MARKSISTISCHE GRUPPE (MG)
Diskussions-
veranstaltungen

Eine Wende, wie wir sie
sehen!
Ostblock-Nationen dürfen
keine geschichtslosige
Bewertung

Wem gehört Europa?

Die Wende...“

Aktionsbündnissen anderer Linksextremisten beteiligte sie sich dagegen kaum. Mit ihrer »Marxistischen Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit« will die MG beweisen, daß die Welt eine einzige Ansammlung von unwiderleglichen Gründen für den Kommunismus darstelle¹¹⁸. Auf den öffentlichen Veranstaltungen und internen Schulungen der MG sollen »gestandene Kommunisten«¹¹⁹, »geschulte marxistische Agitatoren« Rede und Antwort über »alle guten Gründe für den Kommunismus« stehen¹²⁰. Dort würden auch praktische Perspektiven geboten, wie mit dem erworbenen Wissen das Nötige getan werden könne¹²¹.

Zu den Umbrüchen in den sozialistischen Staaten erklärte die MG: Ebenso wie der Kapitalismus müsse der reale Sozialismus und auch dessen Selbstkritik beanstandet werden. Gegen die Perestroika GORBATSCHOWs fand sie lobende Worte für Leonid BRESCHNEW¹²²; die Vorgänge in der Volksrepublik China kommentierte sie mit Sympathie für die Kulturrevolution Mao TSE-TUNGS¹²³. Die Krise der DDR sei für die dortigen Pseudokommunisten die gerechte Quittung¹²⁴. Die SED habe versäumt, eine konsequente Planwirtschaft einzuführen und die DDR kommunistisch zu organisieren. Statt dessen habe sie mit dem Kapitalismus um die Verwirklichung veralteter humanistischer Ideale der französischen Revolution gewetteifert¹²⁵. Damit habe sich die SED bloß »anpassungsgeile« Antikommunisten erzogen¹²⁶. An der Suche nach einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz wolle sich die MG nicht beteiligen¹²⁷.

Die MG arbeitet wie ein politischer Geheimbund und zeigt Merkmale einer Sekte. Sie fordert von ihren Anhängern revolutionäre Disziplin, Opferbereitschaft und Konspiration. Von Mitgliedern wird erwartet, daß sie in Wohngemeinschaften zusammenleben und auf Außenkontakte weitgehend verzichten. Bis auf eine kleine Zahl von Funktionären bekennen sich die Mitglieder nicht offen zur MG. Mitglieder, die in der Industrie, in Bildungseinrichtungen oder im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, ziehen Genossen unauffällig nach. In MG-Hochburgen – vor allem in Bayern und in Norddeutschland – gelang es der MG, Einrichtungen der Erwachsenenbildung mit ihren Anhängern zu besetzen.

2.2 Anarchisten, Autonome und sonstige Sozialrevolutionäre

Anarchistische Zusammenschlüsse hatten 1989 weiteren Zulauf. Auch die Anhängerschaft der Autonomen vergrößerte sich. Die meisten Anarchisten lehnen größere organisatorische Zusammenhänge und feste, gruppenübergreifende Strukturen ab. Deshalb haben für diese Szene »Infoläden« oder »libertäre Zentren« eine besondere Bedeutung. Es gibt sie inzwischen in mehr als 50 Städten. Sie verbreiten einschlägiges Schrifttum, dienen den örtlichen Gruppen als Verbindungsstellen und sind Anlaufadressen für Linksextremisten aus anderen Städten und aus dem Ausland. Sie tragen

**MG lobt
BRESCHNEW und
Mao TSE-TUNG**

**»Infoläden«
wichtig für
Kommunikation
der »autonomen
Szene«**

mit dazu bei, für örtliche, überregionale und bundesweite Demonstrationen zu mobilisieren.

Überregionale Bedeutung als Diskussions- und Informationsforum libertärer und autonomer Gruppen hatten Publikationen wie »schwarzer faden« (Grafenau), »Freiraum« (München), »direkte



aktion« (Hamburg), »SWING – autonomes rhein-main info« (Frankfurt/M.); »INTERIM« (Berlin), »Wildcat« (Karlsruhe) und die als »Zeitung aus dem Untergrund« erscheinende Schrift »radikal«.

2.2.1 Autonome

Die Zahl der militanten Linksextremisten, die sich als Autonome bezeichnen, ist auf mehr als 2.000 angewachsen. Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept. In der »autonomen Szene« sind verschiedene politische Strömungen präsent: anarchistische, sozialrevolutionäre, antikapitalistische, antifaschistische und antiimperialistische¹²⁸. Autonome kämpfen für ein »selbstbestimmtes« Leben, frei von Unterdrückung und vom »Zwang zur Arbeit«¹²⁹. Sie wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zerstören; denn dieses »System« sei die Ursache für Unmenschlichkeit, Ausbeutung und tagtägliche Monotonie¹³⁰. Aus diesem Grunde praktizieren Autonome militante »Antistaatlichkeit« und fordern, die militärische, politische und ökonomische Infrastruktur des kapitalistischen Alltags anzugreifen und zu beseitigen¹³¹.

Autonome finden sich oft in horden- und cliquenähnlichen Gruppierungen zusammen, weil das »Hausen in Horden« soziale Kontrolle verhindere¹³². Solche Zusammenschlüsse existieren inzwischen in den meisten größeren Städten, vor allem in den städtischen Ballungsgebieten Hessens, Nordrhein-Westfalens sowie in Hamburg

Autonome ohne einheitliches ideologisches Konzept



und Berlin (West). Die Gruppen sind oft nur kurzlebig, orientiert an aktuellen Themen, zusammengehalten durch gemeinsame Zwänge und Erfahrungen wie beispielsweise bei der Verteidigung besetzter Häuser.

Anhänger autonomer Gruppierungen befürworten und verüben Gewalt gegen Sachen und gegen Personen: nicht nur »Randale« bei Demonstrationen, sondern auch Brandstiftungen sowie Überfälle auf politische Gegner und auf Einrichtungen des »Systems«. Zu kontinuierlicher politischer Arbeit war die »autonome Szene« auch 1989 nicht imstande.

Die seit Jahren anhaltenden Diskussionen über gemeinsame Strukturen und Strategien blieben ohne konkrete Ergebnisse.

Erneut forderten einzelne Gruppen, endlich revolutionäre Organisationen nach marxistisch-leninistischen Prinzipien aufzubauen. Der Kampf um Freiräume sei nicht automatisch revolutionärer Kampf; selbstbestimmtes Leben könne es auch erst in einer sozialistischen Gesellschaft geben. Voraussetzung für dauerhafte Gegenmacht gegen das System sei eine straffe Organisation und Verankerung im Proletariat¹³³. Wirkungen zeigten solche Empfehlungen bisher nicht.

Die Zahl der örtlich oder regional verbreiteten Publikationen und Flugschriften nahm zu. Die »Info-Läden«, vielerorts die wichtigsten Anlauf- und Koordinierungsstellen der »Szene«, arbeiteten verstärkt untereinander zusammen und suchten internationale Verbindungen.

Auch 1989 fanden Autonome wieder zahlreiche Ansätze für militantes Vorgehen. Im Frühjahr beteiligten sie sich an »antifaschistischen« Aktionen gegen Wahlveranstaltungen und Versammlungen rechter und rechtsextremistischer Organisationen. Dabei versuch-

Autonome befürworten und praktizieren Gewalt

Autonome beteiligen sich an »antifaschistischen« Aktionen



ten sie, solche Veranstaltungen gewaltsam zu verhindern oder zu stören. Auf den Hungerstreik der inhaftierten RAF-Mitglieder (vgl. Kap. VI, Ziff. 2.2) reagierten Autonome nach anfänglichem Zögern mit breiter Solidarität. Sie beteiligten sich an Besetzungen, Kundgebungen und Demonstrationen, arbeiteten in Info-Büros mit und versuchten, den RAF-Forderungen mit Wandparolen und Sachbeschädigungen an öffentlichen Gebäuden und Bürohäusern wie auch mit Brandanschlägen Nachdruck zu verleihen. Das Verlangen der Gefangenen »aus RAF und Widerstand« müsse zu einer umfassenden »Anti-Knast-Kampagne« auch der Autonomen ent-



wickelt werden¹³⁴. Auf den plötzlichen Abbruch des Hungerstreiks reagierten sie vielfach enttäuscht, auch verärgert; die RAF habe die Solidaritätsbewegung ausgenutzt und ohne Orientierung gelassen¹³⁵.

In Berlin (West) nahmen Autonome, im Verein mit »Antiimpis« und auch jugendlichen Randalierern, eine »revolutionäre 1. Mai-Demo« zum Anlaß, Scheiben einzuschlagen, Kraftfahrzeuge umzustürzen, Geschäfte zu plündern und die Polizei mit Steinen, Knüppeln und Brandflaschen anzugreifen. Mehr als 300 Beamte wurden verletzt und Sachschäden in Höhe mehrerer Millionen DM angerichtet.



**Autonome
agitieren gegen
»kapitalistische
Wiedervereinigung«
Deutschlands**

Ausschreitungen verübten Autonome wiederholt auch in Hamburg bei Demonstrationen für den Erhalt der »Hafenstraße« und für andere besetzte Objekte, ferner bei einer »antifaschistischen« Demonstration in Göttingen am 25. November (vgl. Ziff. 3.2).

Die Zahl der Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung, für die als Täter zumeist Autonome in Betracht kamen, stieg auf mehr als 500 (Vorjahr etwa 400).

Den Umbruch in der DDR betrachteten die meisten Autonomen skeptisch. Sie agitierten gegen eine »kapitalistische Wiedervereinigung«, bei der die Bundesrepublik Deutschland die DDR kolonial ausbeute. Einige marxistisch orientierte Autonome warnten vor dem »Sieg des Kapitalismus im Weltmaßstab«. Der Zusammenbruch der Ostblockstaaten bedeute, daß weitere Millionen Menschen den Auspressungsstrategien multinationaler Konzerne preisgegeben würden. Auch fielen die letzten Schranken vor der Ausplünderung der Dritten Welt¹³⁶. Autonome befürchteten auch, der Übersiedlerstrom aus der DDR könne Konsequenzen für ihre Lebensgewohnheiten haben: Die Situation der sozialen Unterklassen werde sich verschärfen – vor allem bei der Wohnungssuche; der »Häuserkampf« werde schwieriger. Autonome in Berlin (West) nahmen frühzeitig Verbindung zu Gleichgesinnten in der DDR auf. Diese beteiligten sich bereits im Dezember an einer Demonstration für den Erhalt der »Kiezstrukturen« in Berlin-Kreuzberg. Autonome aus Berlin (West) reisten zu einer Demonstration »Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung« in den Ostteil der Stadt.

2.2.2 Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen«

**Anarchistische
»Gewaltfreie
Aktionsgruppen«
wollen Staats-
apparat beseitigen**

In der 1980 gegründeten »Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen« (FöGA) arbeiteten wieder etwa 80 Aktionsgruppen und Kollektive mit, die sich zur anarchistischen »Graswurzelbewegung« zählen. Diese will in einer »gewaltfreien sozialen Revolution« durch Macht von der Basis her (»Graswurzelrevolution«) alle Formen und Institutionen staatlicher Gewalt überwinden, den Staatsapparat beseitigen und durch eine herrschaftslose, auf Selbstbestimmung gegründete Ordnung ersetzen. Zu den gewaltfreien Mitteln rechnen die »Aktionsgruppen« u. a. Besetzungen, Blockaden, Sabotage und massenhafte Übertretung von Gesetzen.

Die FöGA unterhält als Informations- und Koordinierungsstelle eine »Graswurzelwerkstatt« mit Sitz in Köln. Diese mobilisierte im Frühjahr zu Protest- und Behinderungsaktionen gegen die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX '89. Sodann bemühte sie sich, eine neue Kampagne gegen Wehrpflicht und Zivildienst in Gang zu bringen. Im neugegründeten »Bund für Soziale Verteidigung« übernahm die FöGA einen Sitz im Trägerkreis. Sie unterstützt dort die Vorbereitungen zu einer Kampagne »BRD ohne Armee« (BoA).

Auf den Machtverlust der SED in der DDR reagierte auch die »Graswurzelbewegung« mit verstärkten Aktivitäten. »Gewaltfreie Aktionsgruppen« suchten Kontakte zu Gruppen in der DDR. Die

FöGA warb für den Aufbau eines »libertären Sozialismus«; die Bürgerproteste gegen das SED-Regime könnten, so erklärte die FöGA, Modellcharakter für eine antibürokratische Massenbewegung auch in der Bundesrepublik haben¹³⁷.

2.2.3 »Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen

Die anarcho-syndikalistische »Freie ArbeiterInnen-Union« (FAU) sieht in Betriebsarbeit und dem Aufbau einer parteiunabhängigen basisdemokratischen Gewerkschaft¹³⁸ die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer Revolution. Als deren Ziel propagiert sie eine herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft¹³⁹. Als Kampfmittel empfiehlt die FAU ihren Anhängern die »direkte Aktion«; darunter versteht sie u. a. Boykott, Streik, Fabrikbesetzungen und Sabotage. Jegliche parlamentarische Arbeit sei abzulehnen. Bundesweit unterhielt die FAU 20 Ortsgruppen oder Stützpunkte. Die Kölner Gruppe stellte das Sekretariat der anarcho-syndikalistischen »Internationalen Arbeiter-Assoziation« (IAA), die nach ihrem Statut den revolutionären Kampf in allen Ländern organisieren und unterstützen will.

Anarcho-kommunistische Gruppen wollen über eine sozialistische Revolution unter Führung des Proletariats die klassenlose freie Gesellschaft erreichen¹⁴⁰.

**Anarcho-Syndikalist
propagieren
»direkte Aktion«**

3. Aktionsfelder

3.1 »Internationalismusarbeit« – »Dritte Welt Solidarität«

Die Hoffnungen der »Neuen Linken«, aus der Kampagne gegen den Internationalen Währungsfonds werde sich ein »neuer Internationalismus« entwickeln, erfüllten sich nicht. Gruppen der »Neuen Linken« solidarisierten sich aber weiterhin mit Zielen und Methoden revolutionärer Organisationen in Ländern der »Dritten Welt«.

Einzelne K-Gruppen und Anarchisten befürworteten erneut den bewaffneten Kampf gegen die Apartheid in Südafrika.

In der Palästina-Solidaritätsbewegung drängten Gruppen mit hohem Anteil »Autonomer« und »Antiimpis« auf einen strikten Anti-Israel-Kurs. Eine Unterstützung des palästinensischen Widerstandes bedeute auch Kampf gegen die Grundlage des Staates Israel, gegen den Zionismus; die »Metropolen-Linke« dürfe sich nicht mit der Existenz dieses Staates abfinden¹⁴¹.

Die MLPD führte zugunsten einer peruanischen »Bruderpartei« eine Spendensammlung durch, die mehr als 90.000 DM erbrachte. Auch andere Linksextremisten unterstützten peruanische Revolutionäre: In mehreren Städten organisierten deutsche und türkische Sympathisanten der peruanischen Terrororganisation »Sendero Luminoso« Propagandaveranstaltungen und verbreiteten Agitationsmaterial.

**Gruppen der
»Neuen Linken«
mit revolutionären
Organisationen in
der »Dritten Welt«
solidarisch**

25. November 1989 20. Jg. Nr. 48 F 2583 C

Rote Fahne

Wochenzeitung der MLPD

Neue Erfahrungen im proletarischen Internationalismus

fre) Vom 7. Oktober bis 19. November führten die MLPD und ihre Nebenorganisationen eine Solidaritätskampagne mit dem Befreiungskampf des peruanischen Volkes durch. Nach einem ersten Überblick kann sich das Ergebnis sehen lassen: Bis zum 22. 11. 89 gingen 46.257,88 DM für die UNIR auf das Konto ein. Ob wir unser Ziel von 70.000 DM erreichen, wird sich erst mit den Einzahlungen in den nächsten Wochen zeigen. Schon jetzt ist das schon deshalb ein besonderer Erfolg, weil die In-

nenminister in den meisten Bundesländern die Sammlung bis zum Schluß nicht genehmigten.

Auf über 50 Veranstaltungen wurde über die Lage in Peru und den revolutionären Kampf der Werktätigen anschaulich berichtet. In mindestens zehn Städten wurden die Veranstaltungen von Aktions-einheiten getragen.

Neue Kontakte für die anti-imperialistische Arbeit wurden auch beim Sammeln in den Wohngebieten und in und vor Betrieben geknüpft und Inter-



esse an der MLPD geweckt.
Für viele war gerade die Entwicklung in der DDR ein Anknüpfungspunkt. Denn sie fanden es richtig, daß das Volk hier wie dort lernen muß, sein Geschick in die eigene Hand zu nehmen.

PERU -
SOLIDARITÄT



El Salvador-Solidaritätsgruppen, in denen Linksextremisten mitarbeiten, führten die Spendenkampagne »Waffen für El Salvador« fort¹⁴². Mehr als 200.000 DM flossen der Guerillaorganisation »Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional« (FMLN) zu. Seit Mitte November – nach der Verschärfung des Bürgerkriegs in El Salvador – beteiligten sich Linksextremisten in großer Zahl an Solidaritätskundgebungen für die FMLN.

Über die Entwicklung in Nicaragua zeigten sich linksextremistische »Internationalisten« und »Antiimperialisten« enttäuscht. Die Revolution dort komme nicht voran.

Die Regierung sei gegenüber imperialistischen Einflüssen zu gefügig; mit der Ankündigung freier Wahlen bediene sie sich bürgerlich kapitalistischer Herrschaftsmechanismen¹⁴³. Linksextremisten empfahlen, die Solidaritätsarbeit für die Sandinisten einzustellen. Internationalistische Politik solle sich auf den Widerstand in den Metropolen, den Kampf gegen das Ausbeutungssystem hier, gegen den westdeutschen/westeuropäischen Imperialismus konzentrieren.¹⁴⁴

Als Ansatzpunkte dazu nannten Gruppen der »Neuen Linken« den Widerstand gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik und den Kampf gegen den geplanten europäischen Binnenmarkt. K-Gruppen und Trotskisten begannen, für Frühjahr 1990 internationale antiimperialistische Konferenzen vorzubereiten. Autonome mobilisierten zu einer Kampagne gegen »EG 92« und suchten Kontakte zu Gesinnungsgenossen in Italien, Dänemark und den Niederlanden. Von dort übernahmen sie Impulse zu Aktionen gegen den Shell-Konzern (Zerstörungen an Tankstellen, Blockaden etc.). Eine Kampagne gegen diesen Multi sei bereits international, so erklärten Autonome, und könne in der Bundesrepublik Deutschland beispielhaft für den Widerstand gegen den europäischen Binnenmarkt werden. Endlich zeige sich die Perspektive eines neuen europäischen Internationalismus¹⁴⁴.

3.2 »Antifaschismusbearbeitung«

Nach den Wahlerfolgen der »Republikaner« verstärkte auch die »Neue Linke« den »antifaschistischen Kampf«. Der BWK und die VOLKSFRONT behaupteten, die Bundesrepublik Deutschland entwickle sich neofaschistisch.

Die VOLKSFRONT forderte, alle faschistischen Gruppen und Parteien, von FAP, NPD bis zu den Republikanern, aufzulösen und zu zerschlagen¹⁴⁵.

Betreiber des Projektes »Radikale Linke« erklärten, die »Republikaner« seien Ausdruck der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse; wer diese Partei verbieten wolle, müsse auch ein Verbot der großen im Bundestag vertretenen Parteien fordern.

Autonome »Antifa-Gruppen« betonten, ernstgemeinter Antifaschismus zwingt auch zu militantem Vorgehen¹⁴⁶. Ziel müsse sein, die Faschisten von der Straße zu kriegen, um der von ihnen ausgehenden Bedrohung zu begegnen. Wer sich im antifaschistischen Kampf auf den Staat, auf Polizei und Gesetz verlasse, sei kein Antifaschist¹⁴⁷. Gruppen der »Neuen Linken« versuchten – oft im Bündnis mit dem DKP-Spektrum und demokratischen Organisationen –, Parteitage und Kundgebungen rechter und rechtsextremistischer Parteien zu stören oder zu verhindern. Militante Autonome gingen dabei wiederholt gewalttätig vor. Sie griffen Teilnehmer sol-

Linksextremisten
für »Widerstand in
den Metropolen«

»Neue Linke«
verstärkt »anti-
faschistischen
Kampf«

cher Veranstaltungen, aber auch die Polizei mit Schlagwerkzeugen und Feuerwerkskörpern an.

Vermehrt kam es zu Schlägereien zwischen Linksextremisten und Rechtsextremisten sowie zu Überfällen auf einzelne Rechtsextremisten. Nach einer Schlägerei zwischen Autonomen und Skinheads am 17. November in Göttingen, bei der die Polizei eingreifen mußte, wurde eine Studentin, die sich der Personenfeststellung entziehen wollte und weglief, von einem Auto erfaßt und tödlich verletzt. Autonome behaupteten, die Polizei habe die »Antifaschistin« in den Tod getrieben, und mobilisierten zu Protestaktionen. In den folgenden Tagen kam es in mehr als 30 Städten zu Sachbeschädigungen an Kaufhäusern, Banken und öffentlichen Gebäuden. An einer Demonstration am 25. November in Göttingen (etwa



15.000 Demonstranten) beteiligten sich auch mehr als 2.000 meist verummte Anhänger autonomer und antiimperialistischer Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet und Berlin (West). Diese warfen Scheiben ein und griffen Polizeibeamte an; mehr als 90 Beamte wurden verletzt.

3.3 »Antimilitarismus- und Friedensarbeit«

K-Gruppen, Trotzlisten und Anarchisten agitierten weiterhin gegen die Bundeswehr und die NATO. An den Aktivitäten der »Friedensbewegung« zeigten sie jedoch kaum Interesse. Einrichtungen, über die sich Gruppen der »Neuen Linken« bisher in den Aktionskonferenzen der »Friedensbewegung« Gehör verschafft hatten, lösten sich auf, so die »Bundeskoordination Unabhängiger Friedensgruppen« (BUF) und die »Koordiniierungsstelle Ziviler Unge-

Nur noch geringes Interesse der »Neuen Linken« an Aktionen der »Friedensbewegung«

horsam« (KoZU). Die Bemühungen von Mitgliedern des KB, eine Kampagne »Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!« in Gang zu bringen, scheiterten. Die anarchistische FöGA mobilisierte im Frühjahr – mit nur geringem Erfolg – zu Protesten gegen die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX '89. Sie beteiligte sich sodann an Versuchen, eine Bewegung »BRD ohne Armee« (BoA) zu entwickeln.

Die Zahl der Störaktionen gegen die Bundeswehr mit Beteiligung der »Neuen Linken« (Blockaden vor Kasernen, Sachbeschädigungen durch Ansprühen von Parolen, Behinderungen bei Rekrutengelöbnissen etc.) ging weiter zurück: nur noch etwa 50 Aktionen (1988 mehr als 100) wurden bekannt. Auch die Zahl der Protest- und Störaktionen mit linksextremistischer Beteiligung gegen ausländische NATO-Streitkräfte verringerte sich auf weniger als 200 (1988 etwa 250).

3.4 Beteiligung an Aktionen der Umweltschutzbewegung und an Protesten gegen neue Technologien

Linksextremisten sehen Besorgnisse in der Bevölkerung vor neuen technischen Entwicklungen meist nur unter taktischen Aspekten – als Ansatzpunkt für ihre Agitation. Gruppen der »Neuen Linken« konzentrierten sich dabei 1989 wieder auf die Themen Datenerfassung, Gen-Forschung und Nutzung der Kernenergie. Sie stellen sich selbst als redliche Sachwalter von Bürgerinteressen heraus, in Wahrheit versuchen sie, Betroffenheit und Ängste zu schüren und das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat zu untergraben. Sobald sich größere Protestbewegungen entwickeln, drängen vor allem Autonome und andere militante »Neue Linke« auf »direkten Widerstand« gegen »das System«.

Mitglieder von K-Gruppen und anarchistischen Gruppierungen beteiligten sich, ebenso wie orthodoxe Kommunisten, an Aktionskonferenzen der »Anti-AKW-Bewegung« und an der letzten »Großdemonstration« am 3. Juni in München gegen den inzwischen aufgegebenen Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (WAA); Motto: »Gegen WAA, Atomprogramm und Repression«. Das Interesse der »Neuen Linken« an Behinderungen von Atommülltransporten ließ nach. Dagegen stieg die Bereitschaft, sich wieder in die Proteste gegen Lagerung und Bearbeitung von Atommüll in Gorleben (Niedersachsen) »einzumischen«.

3.5 Kampf um »Freiräume«

Die Zahl der Hausbesetzungen mit linksextremistischer Beteiligung stieg wieder an; etwa 70 Aktionen wurden bekannt. Die Autonomen sprechen vom »Häuserkampf«; Besetzung und Verteidigung solcher Objekte seien Schritte zum Aufbau revolutionärer Gegenmacht. Die Eroberung von Freiräumen, der Aufbau autonomer Zentren, sei unerlässlich für ein Leben ohne Unterdrückung. Sie seien Ausgangspunkt für die Kämpfe gegen die Herrschenden.

**»Häuserkampf«
als Schritt zum
Aufbau revolutionärer
Gegenmacht**

Erneut wandten sich Autonome und Anhänger sonstiger sozialrevolutionärer Gruppierungen gegen Maßnahmen zur Stadtsanierung und Strukturverbesserung innerstädtischer Wohnviertel. Dies seien Versuche, die selbstbestimmten, kollektiven Zusammenhänge in den Stadtvierteln zu zerstören¹⁴⁸ sowie die Ausbeutung und Kontrolle zu steigern. Erneut zerstörten Linksextremisten Baumaschinen und beschädigten Bauzäune und Planungsbüros.

3.6 Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Die meisten revolutionär-marxistischen Organisationen, Anarcho-Syndikalisten und -Kommunisten sehen in der Betriebsarbeit einen politischen Schwerpunkt. Sie bemühten sich auch 1989 um den Aufbau von Betriebsgruppen, verbreiteten eigene Betriebszeitungen und Flugschriften, um die Arbeiterklasse für die »Sache des Sozialismus« zu gewinnen und »revolutionäres Bewußtsein« zu entfachen.

Besonders aufwendig ist die Agitation der MG geblieben. Diese gab die »Marxistische Arbeiterzeitung« wieder mit mehr als 20 verschiedenen Ausgaben (Einzelaufagen bis zu 10.000 Exemplare) heraus. Die MLPD verfügte über mehr als 60 Betriebsgruppen, vor allem in der Automobilindustrie, im Bergbau und in der Stahlindustrie. MLPD-Mitglieder waren an der Herausgabe von mehr als 80 Betriebszeitungen beteiligt.

K-Gruppen und Trotzlisten bemühten sich unverändert um Mitarbeit in Gewerkschaften – vielfach ohne ihre politischen Überzeugungen offenzulegen. Funktionen, die ihre Mitglieder dort oder in Betriebsräten erlangen können, werden oft werbewirksam bei Aktionsbündnissen oder Wahlkandidaturen herausgestellt.

3.7 Tätigkeit an Hochschulen

Bei Wahlen zu Studentenparlamenten errangen anarchistische und sonstige undogmatisch-sozialrevolutionäre Zusammenschlüsse 1989 etwa 13 % aller Sitze (1988: knapp 14 %).

Die MG, die als einzige der revolutionär-marxistischen Organisationen an nahezu allen Hochschulen aktiv ist, beteiligte sich nur in Bayern an Wahlen zu studentischen Gremien. MG-Mitglieder gelangten wieder in München (2 Sitze) und in Erlangen (1 Sitz) in die studentischen Konvente.

Gruppen der »Neuen Linken« an Hochschulen solidarisierten sich während des Hungerstreiks mit den Zielen der RAF; sie agitierten gegen angebliche »Isolationshaft und Folter« und gegen »repressive Sicherheits- und Notstandsgesetze«. Zudem forderten sie die Abschaffung der angeblich patriarchalen, kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und warben um Unterstützung revolutionärer Organisationen u. a. in Lateinamerika.

V. Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten

DKP und SEW pflegten auch 1989 rege Kontakte zu kommunistischen Organisationen im Ausland. Da der Klassegegensatz zwischen Arbeitern und Bourgeoisie international sei, so ein DKP-Ideologe, sei proletarischer Internationalismus unverzichtbar¹⁴⁹.

Die größeren Vorfeldorganisationen der DKP und SEW arbeiten mit sowjetisch gesteuerten internationalen Tarnorganisationen (»Frontorganisationen«) zusammen. Deren Bedeutung ging zum Teil zurück, da die Sowjetunion stärker auf neue, weniger belastete Formen zur Unterstützung ihrer Politik setzt (z. B. »Volksdiplomatie«). Dem Präsidium des »Weltfriedensrats« (WFR, Sitz: Helsinki) gehörten zum Jahresende auch 5 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland an, darunter Martha BUSCHMANN (Mitglied des DKP-Parteivorstandes) als eine der Vizepräsidentinnen. Die VVN-BdA und die DFU sind dem WFR kooperativ angeschlossen; die DFG-VK entsendet einen Vertreter. Als »Filiale« des WFR in der Bundesrepublik Deutschland fungiert das »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«, in Berlin (West) der »Ständige Arbeitsausschuß für Frieden und internationale Verständigung«.

Verflechtung mit sowjetisch gesteuerten »Frontorganisationen«

Eine enge Zusammenarbeit besteht auch zwischen:

- der »Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer« (FIR) und der VVN-BdA bzw. der VVN-Westberlin – VdA;
- der »Internationalen Demokratischen Frauenföderation« (IDFF) und der DFI bzw. dem »Demokratischen Frauenbund Berlin« (DFB);
- der »Weltföderation der Wissenschaftler« (WFW) und dem kommunistisch beeinflussten »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V.« (BdWi);
- der »Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen« (IVDJ) und der VDJ.

VI. Deutscher linksextremistischer Terrorismus*

1. Entwicklung der Terroraktionen

Der Rückgang von Terrorakten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1987 hat sich 1989 weiter fortgesetzt. Mit einem Mord, sechs Sprengstoff- und 65 Brandanschlägen sowie 29 sonstigen Straftaten (14 gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr und 15 Anschläge

Zahl der Terrorakte weiter rückläufig

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

**Terroristische
Bedrohung
besteht weiter**

ge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft) hat die Zahl der links-extremistisch motivierten Terrorakte* (insgesamt 101) gegenüber dem Vorjahr um nahezu die Hälfte abgenommen (zum Vergleich 1988: 197, 1987: 329).

Ein Nachlassen der terroristischen Bedrohung für die Zukunft läßt sich hieraus nicht ableiten. Nach wie vor sind innerhalb des Spektrums des deutschen linksextremistischen Terrorismus Gruppen und (Einzel-)Personen dazu bereit, schwerste Gewalttaten zu begehen. Tragisches Zeugnis dieser Gewaltbereitschaft und krasses Beispiel für die verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung terroristischer Gewalttäter ist die Ermordung des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Dr. Alfred HERRHAUSEN, durch die »Rote Armee Fraktion« am 30. November in Bad Homburg. Auch die Höhe der angerichteten wirtschaftlichen Schäden blieb trotz des zahlenmäßigen Rückgangs der Terrorakte unverändert hoch (mehrstellige Millionenhöhe). In einigen Fällen konnten die mutmaßlichen Täter festgenommen werden.

**Dominierendes
Anschlagsthema
fehlt**

Die rückläufige Entwicklung der Terrorakte dürfte im wesentlichen auf das Fehlen eines »zugkräftigen« Reizthemas – wie es 1988 der Internationale Währungsfonds anlässlich seiner Tagung mit der Weltbank in Berlin darstellte – zurückzuführen sein. Das überwiegend aus dem anarchistischen und autonomen Spektrum stammende Gewalttäterpotential ist dagegen zahlenmäßig in etwa gleichgeblieben. Andere Problembereiche, die bisher zur Begründung von Anschlägen dienten, haben durch allgemeine aktuelle Entwicklungen an Bedeutung verloren. Dazu zählen die Angriffsrichtungen »Anti-Kernkraft« (2 Brandanschläge, 4 gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr und 15 Anschläge auf energieführende Anlagen) und »Anti-Militarismus« (1 Brandanschlag sowie eine Reihe von gegen Militärtransporte gerichtete Eingriffe in den Bahnverkehr). Der Rückgang der Anschlagstätigkeiten auf diesen Aktionsfeldern könnte mit dem Verzicht auf den Weiterbau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf – eines Symbols für militante Kernkraftgegner – und mit den zunehmenden Erfolgen in der Entspannungspolitik zusammenhängen. Offenbar hat auch die seit 1987 wirksame Verschärfung des §129 a StGB auf potentielle Täter abschreckend gewirkt.

**Hungerstreik löst
die meisten
Terrorakte aus**

Die meisten Terrorakte erfolgten im Zusammenhang mit dem 10. kollektiven Hungerstreik der Inhaftierten aus »RAF und Widerstand« vom 1. Februar bis 12. Mai, obwohl die Häftlinge bewußt nicht auf eine militante Unterstützung von außen abzielten (vgl.

* Terrorakte sind Anschläge, d.h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

Ziff. 2.2). Vorwiegend Täter aus dem militanten autonomen Bereich, aber auch des RAF-Umfeldes verübten neben 24 Brandanschlägen u. a. gegen Bankfilialen, Konzerne und Kaufhäuser eine Vielzahl von Sachbeschädigungen (z. B. Zerstören von Fensterscheiben, Farbschmierereien).

Die Anschläge des Jahres 1989 verteilen sich nach Tätergruppen und Ausführungsart wie folgt (Vergleichszahlen 1988 in Klammern):

	Mord- an- schläge	Spreng- stoff- anschläge	Brand- an- schläge	sonstige Straftaten	ins- gesamt
»Rote Armee« Fraktion	1* (1)**	0 (0)	0 (0)	0 (0)	1 (1)
RAF-Anhänger	0 (0)	1 (1)	7 (6)	0 (0)	8 (7)
»Revolutionäre Zellen«/ »RoteZora« (einschl. sog. Resonanz-RZ)	0 (0)	2 (1)	2 (5)	0 (0)	4 (6)
sonstige Gruppen/Einzel- täter	0 (0)	3 (9)	56 (116)	29 (58)	88 (183)
Summe	1 (1)	6 (11)	65 (127)	29 (58)	101 (197)

Neben dem Hungerstreik waren überwiegend Themen von meist nur lokaler Bedeutung Anlaß für Terrorakte: 12 Brandanschläge wurden u. a. gegen umstrittene regionale Planungs- und Bauprojekte (z. B. Autobahnausbau), gegen Maßnahmen im Sozialbereich (z. B. örtliche Abschiebepaxis bei Ausländern) sowie gegen die Räumung besetzter Häuser wegen Sanierungsvorhaben verübt. Hier waren in erster Linie beteiligte Bauunternehmen, Konzerne und kommunale Entscheidungsträger Ziel der Anschläge.

Zu 16 Anschlägen u. a. auf Einrichtungen von Polizei und Justiz sowie Banken gaben die Täter keine Begründungen ab. Aufgrund der Vorgehensweise und der Auswahl der angegriffenen Objekte ist ein linksextremistischer Hintergrund wahrscheinlich.

Die Anschläge zu ehemals dominierenden Themen, wie die Rassenpolitik der Republik Südafrika, die Solidarität mit (inhaftierten) linksextremistischen Gesinnungsgenossen im In- und Ausland, die

* Mord an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. Alfred HERRHAUSEN, in Bad Homburg.

** Mordversuch an dem Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Dr. Hans TIETMEYER, in Bonn am 20. September 1988.

Bisherige Anschlagsthemen verlieren an Bedeutung

Gentechnologie und feministische Reizthemen wie »Sextourismus«, gingen erheblich zurück. Dagegen hat die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Rechts- und Linksextremisten an Schärfe zugenommen. Dies belegen sechs Terrorakte auf Wohn- und Treffobjekte bzw. einen Verlag mutmaßlicher Rechtsextremisten.

Ein Beispiel für terroristische Aktionen aus aktuellem Anlaß waren die Ereignisse nach dem Unfalltod einer Göttinger Studentin im November, der in linksextremistischen Kreisen der Polizei angelastet wurde (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.2). Neben den daraufhin bundesweit spontan einsetzenden und z.T. gewaltsamen Protestaktionen kam es zu drei Brandanschlägen auf ein Polizeigebäude sowie Bankfilialen.

Regionale Schwerpunkte der Anschlagstätigkeiten des Jahres 1989 waren die Bundesländer Niedersachsen (24), Berlin und Nordrhein-Westfalen (jeweils 18).

2. »Rote Armee Fraktion« (RAF)

2.1 »Kommandobereich« und »Militante«

Mit dem Attentat auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Dr. HERRHAUSEN, und dessen Fahrer hat der »Kommandobereich« der RAF, dem etwa 15 bis 20 Personen angehören dürften, deutlich gemacht, daß er unbeirrt am Konzept des »bewaffneten Kampfs« festhält. Mit weiteren schwersten Terrorakten ist daher auch künftig zu rechnen.



RAF ermordet DR. HERRHAUSEN

Am 30. November verübte ein »Kommando Wolfgang BEER«* der RAF auf Dr. HERRHAUSEN in der Nähe seiner Wohnung in Bad Homburg einen Sprengstoffanschlag. Dr. HERRHAUSEN wurde

* Wolfgang BEER, selbst Angehöriger des »Kommandobereichs« der RAF, war bei einem Verkehrsunfall am 25. 7. 1980 ums Leben gekommen.

getötet, sein Fahrer überlebte den Anschlag. Als Sprengladung benutzte das Kommando eine Art Hohlladungsmine, die mit Hilfe einer Lichtschranke gezündet wurde. Damit hat die RAF gezeigt, daß sie ihre technischen Fertigkeiten seit dem ebenfalls mit einer Sprengfalle ausgeführten Mord an dem SIEMENS-Vorstandsmitglied Prof. Dr. BECKURTS am 9. Juli 1986 weiterentwickeln konnte. In einer Erklärung¹⁵⁰ wurde die Tat mit Dr. HERRHAUSENs Funktion als angeblich mächtigster Wirtschaftsführer in Europa begründet. Die Deutsche Bank stehe an der »Spitze der faschistischen Kapitalstruktur« und versuche, die von ihr praktizierte Ausplünderung der Länder der Dritten Welt langfristig zu sichern. Darüber hinaus bereite sie seit Jahren den Einbruch in die Länder Osteuropas vor, um auch diese dem Diktat kapitalistischer Ausbeutung zu unterwerfen.

Erstmals seit der Ermordung des MTU-Vorstandsvorsitzenden Dr. ZIMMERMANN am 1. Februar 1985 hat der »Kommandobereich« auch wieder die Forderung nach »Zusammenlegung der Inhaftierten aus RAF und Widerstand« aufgegriffen.

Während des 10. kollektiven Hungerstreiks, mit dem die Inhaftierten aus eigener Initiative ihre Zusammenlegung vornehmlich auf politischem Wege durchsetzen wollten, hatte der »Kommandobereich« erwartungsgemäß keine terroristischen Aktivitäten entfaltet, da dadurch die angestrebte politische Lösung von vornherein zunichte gemacht worden wäre. In einem Brief von Ende Oktober¹⁵¹ stellte Helmut POHL, einer der Wortführer der Inhaftierten, das Scheitern dieser Bemühungen fest. Gleichzeitig erklärte er, insoweit die Häftlinge in dieser Zeit die Initiative an sich gezogen hätten, sei diese »wieder abgegeben«. Der Brief kann zwar nicht als direkte Aufforderung zu einem Anschlag angesehen werden; er machte aber deutlich, daß die Inhaftierten eine weitere Rücksichtnahme der RAF auf ihre Bemühungen nicht mehr für erforderlich hielten.

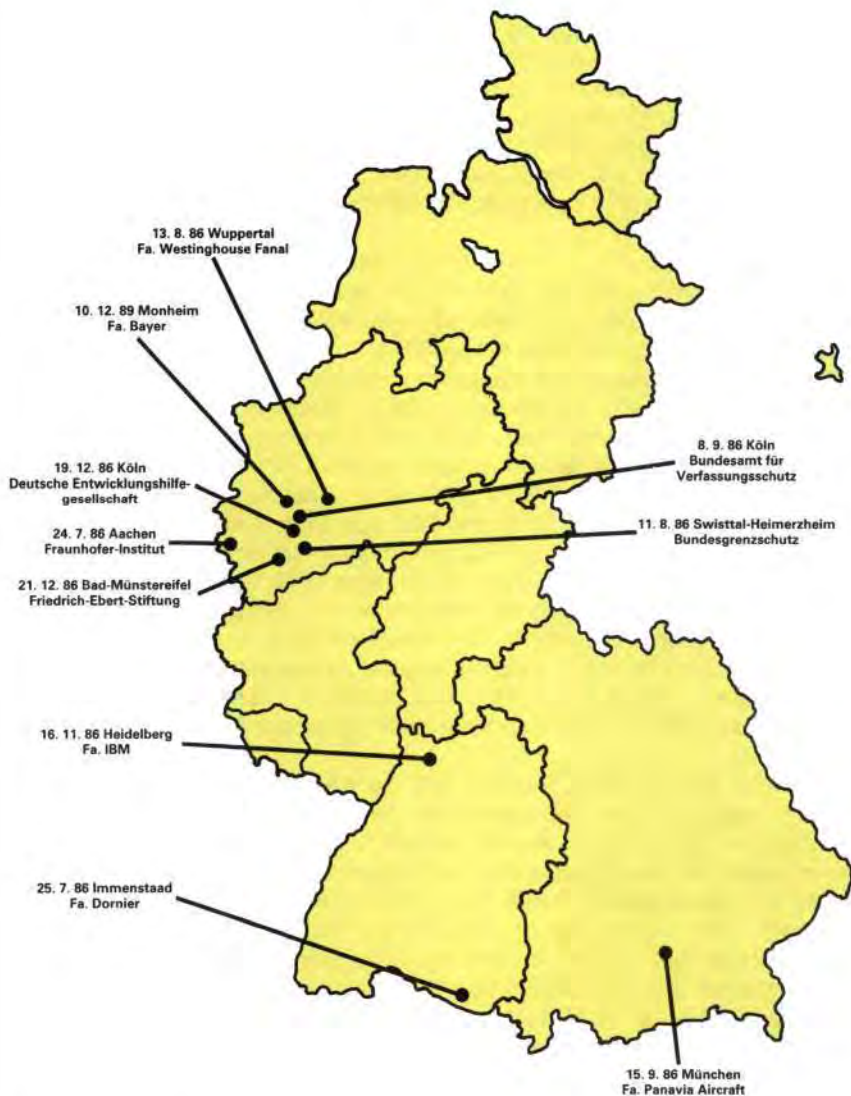
Mit dem Attentat auf Dr. HERRHAUSEN griff die RAF nunmehr wieder einen herausragenden Repräsentanten der Wirtschaft an. Die Aktion liegt auf der Angriffslinie, die die RAF und die italienische Terrorgruppe »Brigate Rosse – PCC« (»Für den Aufbau einer kämpfenden kommunistischen Partei«) in ihrem gemeinsamen Kommuniqué¹⁵² beschrieben hatten. Dieses Kommuniqué war anlässlich des versuchten Mordes an dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Dr. TIETMEYER am 20. September 1988 als einem Repräsentanten des staatlich-politischen Bereichs veröffentlicht worden. Weitere gleichwertige Angriffsrichtungen der RAF sind der militärische Bereich und der »militärisch-industrielle Komplex«, aber auch der »Repressionsapparat«, zumal die RAF ihn für den mangelnden Erfolg des Hungerstreiks der Inhaftierten verantwortlich machen dürfte.

Durch den Anschlag des »Kommandobereichs« motiviert, versuchten auch »Militante« der RAF erstmals seit Dezember 1986 wieder

**RAF greift
Forderung der
Inhaftierten nach
Zusammenlegung
auf**

**Alle Angriffs-
bereiche der RAF
bleiben gefährdet**

Sprengstoffanschläge von „Militanten“ der RAF von 1986 bis 1989*



* Die „Militanten“ haben ihre Anschlagstätigkeit im Jahr 1990 fortgesetzt.

einen Terrorakt. Am 10. Dezember legten sie am Pflanzenschutzzentrum der Fa. BAYER AG in Monheim wegen der dort betriebenen Forschungsmaßnahmen im Bereich der Bio- und Gentechnologie einen Sprengsatz ab, der allerdings rechtzeitig entdeckt und entschärft werden konnte. Mit dem Anschlag wollten die Täter auch die Schwäche »militanter Politik im Widerstand« durchbrechen¹⁵³. Zu dieser Schwäche, die zuletzt während des Hungerstreiks besonders deutlich geworden sei, hätten die zahlreichen Festnahmen von Militanten seit 1986 beigetragen. Vermehrte Anschlagaktivitäten der »Militanten« sind daher wahrscheinlich.

Im Zusammenhang mit der Fahndung nach RAF-Mördern wurden Anfang Dezember bei Husum zwei Personen festgenommen sowie zwei von ihnen genutzte konspirative Wohnungen in Schleswig-Holstein enttarnt. Dabei wurden umfangreiche Aufzeichnungen über Personen, Institutionen und Projekte aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Militär sichergestellt. Hinweise auf konkrete Anschlagsvorbereitungen oder für eine Beteiligung an dem Mordanschlag auf Dr. HERRHAUSEN ergaben sich daraus nicht. Die Festgenommenen waren in RAF-orientierten illegalen Strukturen eingebunden; ob sie Angehörige des »Kommandobereichs« waren, ist fraglich.

Nach drei Jahren wieder ein Anschlagversuch der »Militanten« der RAF

Festnahmen in Schleswig-Holstein

2.2 Inhaftierte der »Roten Armee Fraktion«

Am 1. Februar begannen die Inhaftierten aus der »Roten Armee Fraktion« und dem sogenannten antiimperialistischen Widerstand den »10. kollektiven Hungerstreik«. Daran beteiligten sich zeitweise und abwechselnd über 40 terroristische Gewalttäter sowie einige Häftlinge aus dem allgemeinkriminellen Bereich.

Durch die Inszenierung eines zeitversetzten Hungerstreiks sollte eine länger andauernde Konfrontation mit dem Staat erreicht werden.

Mit ihrem Hungerstreik wollten die Inhaftierten im wesentlichen drei Forderungen durchsetzen:

- Zusammenlegung aller Häftlinge aus RAF und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen;
- Freilassung von aus gesundheitlichen Gründen angeblich haftunfähigen Inhaftierten;
- freie politische Information und Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

Ein Angebot zur Zusammenlegung in Kleingruppen mit vier bis sechs Inhaftierten lehnten sie ab. Außerdem ließen sie erkennen, daß dieser Hungerstreik, wie es sich schon in der Erklärung Helmut POHLs vom 1. Februar¹⁵⁴ angedeutet hatte, im Gegensatz zu früheren eine eigenständige, nicht mit dem »Kommandobereich« und dem engeren RAF-Umfeld abgestimmte Aktion war. Vielmehr wollten die Inhaftierten ihre Forderungen diesmal allein »politisch«

10. kollektiver Hungerstreik der Inhaftierten aus »RAF und Widerstand«

Hungerstreik nicht mit dem »Kommandobereich« abgestimmt

durchsetzen und keine unterstützenden Gewaltaktionen initiieren. Tatsächlich blieben solche Begleitaktionen während des Hungerstreiks in der Zahl wie auch in der Schwere auf einem eher niedrigen Niveau.

Am 12. Mai beendeten die Häftlinge den Hungerstreik, nachdem ihnen mitgeteilt worden war, daß eine Entscheidung der Bundesländer zur Bildung von Inhaftiertengruppen endgültig nicht mehr zu erwarten sei. Später begründeten Eva HAULE¹⁵⁵, Karl-Heinz DELLWO¹⁵⁶ und Christian KLAR¹⁵⁷ den Abbruch damit, daß eine Fortsetzung des primär »politisch« geführten Streiks angesichts der Aussichtslosigkeit und des zu erwartenden Todes von Inhaftierten sinnlos gewesen wäre.

Mehrere Äußerungen ließen überdies Anzeichen dafür erkennen, daß sich einzelne Inhaftierte ansatzweise von ideologischen Grundpositionen der RAF entfernt hatten. So wollten sie über eine Diskussion mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und eine kritische Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte zu einer Neubestimmung revolutionärer Politik gelangen. Dabei hatte es den Anschein, daß sie den »bewaffneten Kampf« zumindest zeitweise zurückstellen wollten.

Die Erklärung von Helmut POHL von Ende Oktober¹⁵⁸ machte deutlich, daß die meisten Gefangenen sich bei ihren Bemühungen um eine Neuorientierung nicht tatsächlich von den Zielen der RAF gelöst haben. POHL bezeichnete den Versuch der Inhaftierten, aus eigener Initiative die Zusammenlegungsforderung auf »politischem« Wege durchzusetzen, als endgültig gescheitert. Er kündigte eine neue »Phase des Kampfs« für die Zusammenlegung an, wobei die Initiative wieder an die anderen Ebenen der RAF abgegeben sei. Daraus kann nur gefolgert werden, daß die Häftlinge in der Zusammenlegungsfrage künftig auch für gewaltsame Aktionen offen sind und generell den »bewaffneten Kampf« als ein Mittel betrachten, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. POHL kommt zu dem Schluß,

»dass veränderungen nur erreicht werden, wenn man in den mechanismus, nach dem das ganze system funktioniert, trifft, die kosten müssen höher getrieben werden als der profit, den sie sich versprechen«.

2.3 Umfeld der »Roten Armee Fraktion«

Dem engeren Umfeld der »Roten Armee Fraktion« gehören unverändert etwa 250 Personen an. Die politische Ebene des »revolutionären Widerstands«, wie sich das RAF-Umfeld selbst versteht, versuchte auch 1989, sich zu einer eigenständigen Kraft innerhalb der von der »Roten Armee Fraktion« propagierten »antiimperialistischen Front« zu entwickeln; sie bemühte sich, für dieses Ziel auch andere linksextremistische Gruppierungen zu gewinnen. Diese Bemühungen blieben ohne anhaltenden Erfolg.

**Inhaftierte halten
an den Zielen der
RAF fest**

Vom Beginn des Hungerstreiks am 1. Februar wurde das engere RAF-Umfeld überrascht. Der Streik löste die bis dahin vorherrschenden Diskussionen über eigene Struktur- und Organisationsprobleme ab und bestimmte die Aktivitäten. Nach regional unterschiedlichen Anlaufzeiten traten die Anhänger der RAF auf verschiedene Weise für die Ziele der Hungerstreikenden, insbesondere für die Zusammenlegung der Inhaftierten in ein oder zwei große Gruppen ein. Durch zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen – darunter eine zentrale Demonstration am 29. April in Bonn mit etwa 5.000 Teilnehmern – sowie durch Besetzung insbesondere von Kirchen, Parteibüros und Behörden, durch Pressekonferenzen und Publikationen bis hin zu einer Vielzahl von Schmier- und Plakataktionen gelang es ihnen, die Forderungen der Inhaftierten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die einzelnen Unterstützergruppen richteten in mehreren Städten »Hungerstreik-Büros« ein, wobei sie die Räumlichkeiten zum Teil besetzten und die vorhandenen technischen Einrichtungen nutzten.

Während sich das RAF-Umfeld im Jahr zuvor noch vergeblich bemüht hatte, die Zusammenlegungsforderung in die breite, von Linksextremisten maßgeblich mitbestimmte Protestbewegung gegen den Internationalen Währungsfonds einzubringen, stieß es während des Hungerstreiks weit über den linksextremistischen Bereich hinaus auf Resonanz. Besonders zwischen RAF-Unterstützern und Personen aus dem autonomen Spektrum kam es zu einer bis dahin in diesem Ausmaß nicht gekannten Zusammenarbeit, wobei oftmals die Autonomen das Geschehen bestimmten (vgl. III 2.2.1). Mit zunehmender Breite der Unterstützung fiel es den RAF-Anhängern allerdings immer schwerer, ihre eigenen Ziele und Aktivitäten im Sinne der Politik und Konzeption der RAF zu vermitteln und umzusetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen, die sich überwiegend aus humanitären Beweggründen für die Inhaftierten einsetzten, führte zum Teil zu einer euphorischen Betriebsamkeit, konnte sich jedoch inhaltlich nicht festigen.

Aufgrund der vorwiegend »politischen« Ausrichtung des Hungerstreiks blieben die Anschlagstätigkeiten der RAF-Anhänger weit hinter denen zur Unterstützung des Ende 1984/Anfang 1985 durchgeführten Streiks zurück. Sechs von den insgesamt 24 Brandanschlägen lassen sich Tätern aus dem RAF-Umfeld zurechnen. Dabei erregte der Brandanschlag auf die Frankfurter Wertpapierbörse am 12. April das meiste Aufsehen. Die mutmaßlichen Täter konnten festgenommen werden (vgl. Ziff. 6.1).

Der Abbruch des Hungerstreiks kam wie sein Beginn für den RAF-Unterstützerbereich überraschend. Die Erleichterung, daß keiner der Inhaftierten gestorben war, verband sich angesichts der Erfolglosigkeit des Streiks mit zunehmender Verunsicherung und Ratlosigkeit. Die kurz nach dem Abbruch vorherrschende Einstellung, der Hungerstreik sei zu Ende, der Kampf um die Zusammenlegung gehe weiter, ließ sich daher nur unzureichend umsetzen. Dazu trug

**Hungerstreik als
Aktionsschwer-
punkt der
RAF-Anhänger**

**Hungerstreik führt
zu breiter Zusam-
menarbeit mit
anderen Gruppen**

**RAF-Umfeld nur
für wenige
Anschläge zum
Hungerstreik
verantwortlich**

Nach dem
Hungerstreik
Verwirrung im
RAF-Umfeld

Unverhohlene
Freude des RAF-
Umfeldes über
den Mord an
Dr. HERRHAUSEN

RAF-Anhänger
unterstützen
militante
Palästinenser und
Kurden

auch die vielfältige Kritik bei, der das RAF-Umfeld ausgesetzt war. Insbesondere die Inhaftierten warfen dem sogenannten Widerstand Konzeptionslosigkeit und mangelndes Engagement während der Streikphase vor. Dieses Versagen beruhte offensichtlich auch auf den Schwierigkeiten des RAF-Umfeldes, die Forderung der Häftlinge nach einer Diskussion mit gesellschaftlichen Gruppen zur Neubestimmung revolutionärer Politik zu verstehen und umzusetzen. Die anderen Kreise und Gruppierungen, die sich ebenfalls den Forderungen des Hungerstreiks angeschlossen hatten, verloren dann auch nach dessen Abbruch größtenteils schon bald das Interesse an diesem Thema. Insbesondere die Autonomen fühlten sich durch die erfolglose Beendigung in ihrem Engagement mißbraucht. Die ratlosen und irritierten RAF-Unterstützer nahmen den Brief von Helmut POHL von Ende Oktober¹⁵⁹ (vgl. Ziff. 2.2) geradezu erleichtert auf. Die darin beschriebene neue »Phase des Kampfs« entsprechend der antiimperialistischen RAF-Tradition gab ihnen neue Orientierung. Dementsprechend reagierten sie mit unverhohlener Freude auf den Mord an Dr. HERRHAUSEN.

Neben dem für das RAF-Umfeld alles überlagernden Hungerstreik befaßte sich dieser Personenkreis wie bereits in den Vorjahren mit dem »palästinensischen Freiheitskampf«. Darüber hinaus engagierten sie sich zunehmend für den »Befreiungskampf des kurdischen Volkes« und die »kurdischen politischen Gefangenen in der BRD«. Ausschlaggebend dafür dürfte der am 24. Oktober vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf begonnene Prozeß gegen ehemals führende Funktionäre der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) gewesen sein, denen u. a. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird.*

3. »Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora«

Die »Revolutionären Zellen« verübten 1989 vier Terrorakte. Anschläge ihrer autonomen Frauengruppe »Rote Zora« sowie sog. Nachahmer- oder Resonanz-RZ sind in diesem Jahr ausgeblieben (1988: kein Anschlag der RZ; 5 Anschläge von Nachahmergruppen; ein versuchter Sprengstoffanschlag der »Roten Zora«). Gemessen an früheren Jahren waren das sehr wenige. Eine der Ursachen hierfür dürfte in den umfangreichen polizeilichen Maßnahmen vom Dezember 1987 liegen, von denen die RZ und besonders die »Rote Zora« sich offensichtlich noch nicht erholt haben. Andererseits zeigt die Anschlagentwicklung, daß die RZ den Tiefpunkt des Jahres 1988 überwunden haben sowie bereit und in der Lage sind, ihre terroristischen Aktivitäten fortzusetzen. Weitere Anschläge sind daher in Zukunft zu befürchten. Mit zwei Sprengstoff- und zwei Brandanschlägen setzten die RZ ihre 1986 begonnene

* vgl. Abschnitt »Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern«, Kap. II, Ziff. 2.2

Anschlagsserie zur Flüchtlings- und Asylantenproblematik fort. Am 9. Mai verübten sie Sprengstoffanschläge auf das Oberverwaltungsgericht Münster und das Verwaltungsgericht Düsseldorf. Den für Asylverfahren zuständigen Richtern warfen sie vor, ein »kleines, aber wirksames Rad im internationalen Klassenkrieg gegen die Armen der 3 Kontinente« zu sein, indem sie das Asylrecht gegen die Flüchtlinge aus der Dritten Welt als Waffe mißbrauchten¹⁶⁰. Am 12. und 14. November richteten sie zwei Brandanschläge gegen die »Informations- und Beratungsstelle der Stadt Köln für ethnische Minderheiten«¹⁶¹ sowie gegen die Hamburger Behörde für Arbeit und Soziales¹⁶². Sie begründeten ihre Anschläge mit der angeblich auf Abschiebung abzielenden Politik der beiden Städte gegen die Sinti und Roma, während gleichzeitig die Übersiedler aus der DDR großzügig aufgenommen würden. In Köln entwendeten die Täter einen Teil der Akten über Sinti und Roma, die sie später in Form einer Dokumentation veröffentlichten. Damit hat sich die Gesamtzahl der seit 1986 von den RZ verübten Terrorakte zur Flüchtlings- und Asylantenproblematik auf 17 erhöht.

In einem Diskussionspapier vom Februar¹⁶³, das auf Aussagen zum bewaffneten Kampf verzichtete, befaßten sich die RZ mit der Unterdrückung von Frauen allgemein und insbesondere in Südafrika. Das Thema Ausbeutung von Frauen in der Dritten Welt und in Südafrika hatte die RZ/»Rote Zora« bereits mehrmals zu Anschlägen bewegt. Es ist daher zu erwarten, daß dieser Themenbereich, aber auch die Bio- und Gentechnologie, die vorwiegend der »Roten Zora« als Vorwand für Anschläge diente, in Zukunft wieder aufgegriffen werden.

4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Die übrigen mit terroristischen Methoden agierenden Gruppen und Einzeltäter sind weitgehend dem autonomen und anarchistischen Spektrum zuzuordnen. Sie halten die Anwendung terroristischer Gewalt aufgrund eines von ihnen für sich reklamierten Widerstandsrechtes für gerechtfertigt. Die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, die sie als »kapitalistisch« und »imperialistisch« diffamieren, lasse sich nur gewaltsam verändern. Nach ihren diffusen politischen Vorstellungen sollen ihre Gewalttaten sie einem freien und selbstbestimmten Leben ohne staatliche Zwänge näherbringen. Im Gegensatz zur RAF oder zu den RZ verfügen sie über kein geschlossenes ideologisches Konzept und keine festen Organisationsstrukturen. Sie finden sich daher häufig erst aus zeitlich und lokal begrenzten Anlässen zu Kleingruppen zusammen, die schnell wieder zerfallen.

1989 nahmen solche Gruppen insbesondere den Hungerstreik inhaftierter terroristischer Gewalttäter (vgl. Ziff. 2.2) zum Anlaß,

Wieder Flüchtlingsproblematik als Angriffsthema

Hungerstreik bevorzugtes Anschlagsthema terroristischer Kleingruppen

**Terrorakte zielen
überwiegend
gegen
Wirtschaftssektor**

ihre Militanz auszuleben. Dazu verübten sie u. a. 18 Brandanschläge, die sich vorwiegend gegen Wirtschaftsunternehmen richteten. Für diese Gewalttäter ist die Wirtschaft für die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland bestimmend und hat alle vermeintlichen Mißstände zu vertreten. Bevorzugt wurden dabei multinationale Konzerne und (Groß-)Banken angegriffen, weil sich an ihnen – so eine Gruppierung bei einem Brandanschlag auf eine Niederlassung der Fa. Daimler Benz in Freiburg am 2. Mai – besonders deutlich die »Profit- und Machtinteressen, die den Lauf der Dinge bestimmen« darstellen ließen. Ähnlich begründeten Täter ihren Brandanschlag auf eine Filiale der Deutschen Bank in Hamburg Anfang März: Die »Deutsche Bank, Daimler Benz, Philipps ... eine Handvoll Monopole« seien die Unternehmen, von denen die Macht maßgeblich ausgehe. Folgerichtig machten die Urheber eines Brandanschlages auf das Bürogebäude der Arbeitgeberverbände in Hamburg am 13. April das »Kapital« für die »harte Haltung« des Staates gegenüber den Forderungen der Hungerstreikenden verantwortlich.

Oftmals versuchten die Täter, durch die Verknüpfung unterschiedlicher Begründungen oder durch eine originell klingende Gruppenbezeichnung für ihr kriminelles Wirken eine Akzeptanz innerhalb des linksextremistischen Spektrums zu erzielen. So bezichtigte ein »Kommando Rappelkiste« die Firma Daimler Benz bei einer versuchten Brandstiftung auf deren Vertretung in Uelzen am 6. Januar, ein Rüstungskonzern zu sein und vor allem »Unterdrückungstechnologie« herzustellen und zu exportieren. Darüber hinaus betonten sie die angebliche Rolle des Unternehmens während des Nationalsozialismus und die wirtschaftlichen Verbindungen zur Republik Südafrika.

Die Bedeutung des von diesen Gruppierungen und Einzeltätern praktizierten Terrorismus spiegelt sich auch in dem hohen Anteil ihrer Gewalttaten an der Gesamtzahl wieder. Es waren 1989 erneut nahezu 90 % aller Terrorakte mit zudem hohem wirtschaftlichen Schaden (vgl. Ziff. 1). So entstand bei einem Brandanschlag einer Gruppe »Zornige Viren« auf ein bio-chemisches Institut ein Sachschaden von mehreren Millionen DM. Dabei wurden außerdem wichtige Forschungsunterlagen vernichtet. Die Täter begründeten den Anschlag vor allem mit der Funktion der Gentechnologie als ein strategisch-technologisches Instrument des Kapitals. Sie diene dazu, Rassismus und Sexismus immer wieder neu durchzusetzen und das patriarchale und imperialistische System gegen den weltweiten Widerstand zu erhalten.

Vermutlich wird die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zunehmend als Anlaß für gewaltsame Protestaktionen aufgegriffen werden. Dafür sprechen die gegenwärtig geführten, intensiven Diskussionen der »revolutionären Linken« zu dieser Thematik.

5. Internationale Verflechtungen

Die italienischen »Brigate Rosse – PCC« (BR-PCC) sind nach der Zerschlagung der französischen »Action Directe« (AD) die einzige ausländische Terrorgruppe, die mit der »Roten Armee Fraktion« im Rahmen der angestrebten »antiimperialistischen westeuropäischen Front« Zusammenarbeit vereinbart hat. Das Bündnis war durch ein gemeinsames Kommuniqué bekannt geworden, das die RAF ihrer Taterklärung zu dem gescheiterten Anschlag auf Staatssekretär Dr. TIETMEYER im September 1988 beigefügt hatte. Obschon die BR-PCC diese Zusammenarbeit bisher entgegen ihren Ankündigungen nicht in eine Offensive umgesetzt haben, ist davon auszugehen, daß dieses Bündnis weiterhin Bestand hat.

Am 16. März, dem 11. Jahrestag der Entführung des italienischen Ministerpräsidenten Aldo MORO, verbreiteten die BR-PCC in Rom und Neapel eine Erklärung¹⁶⁴, in der sie die Mitverantwortung für den Anschlag der RAF auf Staatssekretär Dr. TIETMEYER übernehmen. Sie bestätigen zudem in inhaltlicher Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Kommuniqué vom September 1988 die künftige Zusammenarbeit. Dabei stellen sie noch einmal klar, daß ein organisatorischer Zusammenschluß mit der RAF nicht beabsichtigt sei. Es gehe vielmehr darum, die »antiimperialistische Front« voranzutreiben, und zwar durch den einheitlichen praktischen Angriff gegen die verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten auf wirtschaftlichem, politischem und »konterrevolutionärem« Gebiet. Die entscheidende Bedeutung des Bündnisses liege in der Bildung einer gemeinsamen Autorität zur Festlegung der Angriffsrichtungen der Front. Gleichzeitig räumten die BR-PCC ein, durch die zahlreichen Festnahmen im Jahr 1988 einen vorübergehenden Rückschlag in ihrer revolutionären Entwicklung erlitten zu haben. Damit lieferten sie eine mögliche Erklärung für das bisherige Ausbleiben eigener terroristischer Aktivitäten. Ihre Möglichkeiten dürften sich allerdings 1989 erneut verschlechtert haben, da weitere 17 mutmaßliche Angehörige der BR-PCC in Italien und Frankreich festgenommen und mehrere konspirative Wohnungen enttarnt werden konnten.

Zuletzt bestätigten in Rom und Florenz vor Gericht stehende Mitglieder der BR-PCC im Dezember das Bündnis mit der RAF. Sie begrüßten das Attentat auf Dr. HERRHAUSEN im Rahmen der »Offensive« gegen die »Zusammenschlußpolitik Westeuropas«.

Das Umfeld der RAF bemühte sich weiterhin um Verbindungen zu revolutionär eingestellten Gruppen und Personen in West- und Südeuropa. Hervorzuheben sind Besuchs- und Briefkontakte zu Inhaftierten ausländischer Terrorgruppen wie der französischen AD oder der BR-PCC in Italien. Während des 10. Hungerstreiks der Häftlinge aus der RAF kam es auf europäischer Ebene zu vereinzelten Solidaritätsaktionen. An der Besetzung des Büros der EG-Kommission in Brüssel am 11. Mai nahmen über 50 Personen des links-

**Zusammenarbeit
RAF/»Brigate
Rosse« besteht
fort**

**»Brigate Rosse«
bekräftigen
Bündnis mit der
RAF**

**Internationale
Aktivitäten des
RAF-Umfeldes**

extremistischen-/terroristischen Spektrums aus verschiedenen europäischen Ländern teil. Die sonstigen internationalen Aktivitäten des RAF-Umfeldes beschränkten sich weitgehend auf Solidaritätsbekundungen zugunsten inhaftierter AD-Mitglieder, die sich von April bis Juli ebenfalls in einem Hungerstreik befanden, sowie auf die Beobachtung von Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der BR-PCC. Anlässlich des Hungerstreiks in Frankreich verübten Anhänger der RAF am 28. Juni einen Brandanschlag auf die Niederlassung eines französischen Automobilkonzerns in Bielefeld.

Die niederländische Publikation »De Knipselkrant« stellte aufgrund interner Schwierigkeiten, die sich bereits im letzten Jahr angedeutet hatten, ihr Erscheinen ein. Ein Ersatz für die bisher einzige militant revolutionäre Zeitschrift mit einer konsequenten internationalen Ausrichtung ist zur Zeit nicht in Sicht.

»De Knipselkrant«
erscheint nicht
mehr

6. Strafverfahren

6.1 Anklagen

Am 23. November begann vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen einen mutmaßlichen »Militanten« der RAF aus dem Umkreis der Düsseldorfer Kiefernstraße wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Urkundenfälschung. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, Mitglied einer »Kämpfenden Einheit« der RAF zu sein.

Am 14. Oktober erhob der Generalbundesanwalt Anklage gegen vier Angehörige des engeren RAF-Umfeldes aus Frankfurt wegen des Verdachts der Unterstützung der terroristischen Vereinigung »Rote Armee Fraktion« und der Beteiligung an dem Brandanschlag auf die Frankfurter Wertpapierbörse am 12. April (vgl. Ziff. 2.3).*

6.2 Verurteilungen

Am 22. Juni verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt drei Personen wegen der Beteiligung an dem Brandanschlag auf die Deutschland-Niederlassung eines französischen Automobilkonzerns in Rosbach/Hessen am 1. März 1988 zu sechs bzw. fünf Jahren Freiheitsstrafe. Den Tatvorwurf der Mitgliedschaft in einer eigenständigen terroristischen Vereinigung und der Unterstützung der RAF sah das Gericht nicht als erwiesen an. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte am 9. Juni Dr. Ingrid STROBL wegen Unterstützung der terroristischen Vereinigung RZ/»Rote Zora« und wegen Beihilfe zu dem Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa AG Köln am 28. Oktober 1986 zu fünf Jahren Freiheitsstrafe. Die Mitgliedschaft in den RZ/»Rote Zora« konnte ihr nicht nachgewiesen werden.**

* Der BGH hat das Urteil am 8. Mai 1990 teilweise aufgehoben und zur erneuten Entscheidung an das OLG Düsseldorf zurückgewiesen.

** Der Betroffene wurde am 13. Mai 1990 wegen Unterstützung der RAF und Urkundenfälschung zu 2 1/2 Jahren Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

VII. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund*

1. Übersicht in Zahlen

Erneut brachen Linksextremisten Recht und Gesetz, um ihren politischen Zielen näher zu kommen. Sie verübten schwerste Straftaten: Mord, Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen und Zerstörungen an Sachen mit Schäden in Millionenhöhe. Die Zahl der Gewalttaten und sonstigen Gesetzesverletzungen**, bei denen Linksextremisten als Täter oder Tatbeteiligte bekanntgeworden sind oder nach den Tatumständen in Betracht kommen, ist 1989 wieder angestiegen.

Anders als die Statistik zu den Straftaten von Rechtsextremisten berücksichtigt die nachstehende Übersicht nicht die zahlreichen Sachbeschädigungen durch Farbsprüh- und Schmieraktionen mit linksextremistischem Hintergrund, da hierzu wegen der Menge der Taten keine zuverlässigen Zahlen zu erlangen sind.

Zeitraum	1988	1989
Morde/Mordversuche	1***	1****
Sprengstoffanschläge	11	6
Brandanschläge*****	144	68
Aktionen mit Körperverletzungen	83	88
Raubüberfälle/Diebstähle	1	3
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	99	136
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Schienenverkehr	43	18
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	408	517
Gewalttaten insgesamt	790	837
Gewaltandrohungen	38	40
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	127	206
Gesamt	955	1.083

* Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug ist nur teilweise möglich, da den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a StGB, die sich gegen nationalsozialistische Propaganda wenden, keine ebenso weitgehenden Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen.

** Jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung wurde nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde.

*** Mordversuch an Staatssekretär Dr. Tietmeyer und Fahrer

**** Mord an Dr. Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank

***** Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

2. Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten

Im Berichtsjahr wurden bei Protestaktionen mit linksextremistischer Beteiligung mehr als 950 Personen verletzt – nahezu das Dreifache der Zahl des Vorjahres –, darunter mehr als 850 Polizeibeamte. Die Zahl der Sachbeschädigungen – Farbsprühaktionen nicht mitgerechnet – an Kaufhäusern, Banken und Bürogebäuden hat sich auf mehr als 450 (Vorjahr etwa 350) erhöht. Noch kräftiger ist die Zahl der Sachbeschädigungen an Polizeifahrzeugen und Dienstgebäuden der Polizei angestiegen; mehr als 200 (1988: mehr als 80) Aktionen wurden bekannt.

Die Zahl der gefährlichen Eingriffe in Verkehrsanlagen und Transportmittel ist dagegen erneut spürbar zurückgegangen. Auch die Zahl der Sachbeschädigungen an Strommasten, Stromleitungen und Umspannwerken blieb gering; insgesamt 14 Aktionen wurden bekannt (1988: 20). Zu den 206 sonstigen Gesetzesverletzungen gehören insbesondere Verstöße gegen das Waffengesetz, Hausfriedensbrüche, Beleidigungen und Fälschungen amtlicher Schreiben.

3. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten

3.1 Verurteilungen (Überblick)*

	1988	1989	
insgesamt	488	266	
davon	12	14	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, davon 11 (1988: 11) ohne Bewährung
	29	11	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon 5 (1988: 3) ohne Bewährung
	296	176	Geldstrafen
	13	3	Jugendstrafen, davon keine (1988: 3) ohne Bewährung
	138	62	Geldbußen, Verwarnungen, Arbeitsauflagen, Arreste und sonstige Schuldsprüche

* Erfasst wurden nur Urteile, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl der Urteile dürfte insgesamt höher liegen, da erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Verfassungsschutzberichts bekannt werden. Die Vergleichszahlen für 1988 wurden entsprechend fortgeschrieben.

3.2 Anklagen: Insgesamt 283 (1988: 368)

Über die Zahl der gegen Linksextremisten ergangenen Durchsuchungen und Beschlagnahmeanordnungen liegen keine exakten Erhebungen vor.

VIII. Dokumentation

1. Eigenbeilage zum DKP-Zentralorgan »Unsere Zeit« (UZ) vom 20. 12. 1989, S. 3, 12
2. Vgl. Verfassungsschutzbericht 1988, S. 26
3. UZ vom 10. 1. 1989
4. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 30. 8. 1989, S. 10
5. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 30. 8. 1989, S. 11
6. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 25. 11. 1989, S. 12
7. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 30. 8. 1989, S. 21
8. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 11. 1989, S. 43 f.
9. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 20. 12. 1989, S. 15
10. Vgl. Robert STEIGERWALD (Mitglied des DKP-Parteivorstands): »Hat die DKP eine aktuelle Revolutionskonzeption?«, in UZ vom 16.8.1989
11. »Marxistische Blätter« Nr. 7/8 – 1989, S. 70; DKP-Information Nr. 34/November 1989, S. 12; UZ vom 16.8.1989
12. BVerfGE 5, S. 147, 195
13. BVerwG, Urteil vom 1. 2. 1989, Az.: 1 D 2.86 veröffentlicht in Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl) 1989 S. 763 ff.
14. UZ vom 30. 12. 1989; UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 20. 12. 1989, S. 15
15. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 11. 1989, S. 10
16. Nach der »Neubewertung« des Einmarsches durch den Warschauer Pakt (Konferenz in Moskau, 4. Dezember) bekannte MIES, es bereite ihm Schwierigkeiten, damit zurechtzukommen (UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 20. 12. 1989, S. 4 f.)
17. Entwurf des DKP-Präsidiums »Die Entwicklung in der DDR und die DKP«, UZ vom 16. 11. 1989
18. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 30. 8. 1989, S. 11
19. Entwurf des DKP-Präsidiums »Die Entwicklung in der DDR u. die DKP«, UZ v. 16. 11. 1989
20. Wolfgang GEHRCKE (Vorsitzender des DKP-Bezirks Hamburg)/Peter DEGKWITZ (Mitglied des Bezirksvorstandes Hamburg): »Gegen Anpassung – für Neubeginn«, o. O. und Jahrgang (November 1989)
21. z.B. »Marxistische Blätter« Nr. 12/1989, S. 25
22. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 20. 12. 1989, S. 8
23. Beschluß der a. o. Kreisdelegiertenkonferenz der DKP Hamburg Altona, zit. nach UZ vom 29. 11. 1989; GEHRCKE/DEGKWITZ, a. a. O.
24. UZ vom 19. 12. 1989
25. Der ehemalige Vorsitzende der DKP Schleswig-Holstein formulierte: »Als wir im September 1968 die kommunistische Partei in die Legalität zurückführten« (UZ vom 20. 9. 1989); der Vorsitzende der DKP Hessen bekannte, er schäme sich »für keinen Tag der 44 Jahre, die ich dieser Partei angehöre« (DKP-Informationen Nr. 24/Juni 1989, S. 25)
26. Dieter GAUTIER (Vorsitzender des DKP-Bezirks Bremen)/Heidi KNAKE-WERNER (Mitglied des Bezirkssekretariats Bremen): »Diskussionsvorschlag für die Delegiertenberatung am 12. 11. 1989 in Bonn« (Treffen von Erneuerern)
27. DKP-Informationen Nr. 29 – September 1989, S. 33; »Sozialistische Zeitung« (SoZ) vom 12. 10. 1989; vgl. auch »die tageszeitung« (taz) vom 23. 10. 1989. Teile der GRÜNEN sprachen sich dagegen aus, als »Recyclinganlage für ideologischen Schrott« mißbraucht zu werden (taz vom 26. 10. 1989)
Der Hamburger Bezirksvorsitzende Wolfgang GEHRCKE, ein führender Repräsentant der Erneuerer, betonte auf der 7. Parteivorstandstagung am 28. August Gemeinsamkeiten mit den Traditionalisten: Diese

- lägen in den Lehren von Marx, Engels und Lenin und im Konzept einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Bisweilen werden Begriffe mit traditionalistischen Inhalten belegt: »Demokratisierung bedeutet Kampfansage an die herrschenden Besitz-, Macht- und Gesellschaftsverhältnisse und zielt langfristig auf die Überwindung des Kapitalismus« (»Eine demokratische Alternative: Reformen für Hamburg, 2. Entwurf, Oktober 1989, hrsg. v. DKP-Bezirksvorstand Hamburg). Demokratisierung werde »revolutionär« (Reader zum »Kongreß Erneuerung«, 20.-22.10.1989 in Frankfurt/M., S. 12)
28. Brief von Herbert MIES an die Mitglieder des Präsidiums und des Parteivorstandes vom 30. 11. 1989 (auszugsweise veröffentlicht in: UZ vom 7.12.1989)
29. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 20. 12. 1989, S. 9; UZ vom 7.12. 1989
 Noch im August hatte die DKP Feststellungen des Verfassungsschutzes über die konspirative Finanzierung als »uralte Lüge« abgetan (UZ vom 12. 8. 1989). Die Basis der DKP zeigte sich vom Zusammenbruch der Finanzen teilweise überrascht. In seiner Rücktrittserklärung vom 30. November äußerte sich das Kreissekretariat Marburg-Biedenkopf »erschrocken über das Ausmaß der finanziellen Abhängigkeit der DKP«. Der Kreisvorstand Bremerhaven mußte erkennen, daß »offensichtlich doch beträchtliche Summen aus der DDR« geflossen seien (Einladung zur Kreismitgliederversammlung am 14. 12. 1989).
30. Rechenschaftsbericht gem. § 25 Parteiengesetz, Bundestagsdrucksache 11/5993 vom 7. 12. 1989
31. UZ vom 3.5.1989
32. DKP-Informationen Nr. 29/September 1989, S. 46
33. »Die Wahrheit« vom 20. und 21.11.1989
34. Vom 16. bis 18. Februar 1990 hielt die SEW einen außerordentlichen Parteitag ab. Die Empfehlung des Parteivorstandes, die SEW aufzulösen, fand nicht die erforderliche Mehrheit. Die Mitgliederzahl (Stand: Ende Januar 1990) wurde mit 2.840 angegeben
35. Die »Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg« war 1977 mit materieller Unterstützung der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) der DDR eingerichtet worden. Der Eigentümer der »Burg Wahrberg« ist Mitglied der DKP. Auf der Burg waren zumindest 5 Personen ständig beschäftigt, darunter die Leiterin und der Geschäftsführer der »Jugendbildungsstätte«; ein Teil der Referenten kam von auswärts
36. »Wesen, Entwicklung und Lehren des Streits in der SDAJ, hrsg. vom Bundesarbeitsausschuß der SDAJ, S. 5 und 6
37. Protokoll 10. SDAJ-Bundeskongreß am 17./18. Juni 1989 in Dortmund, S. 149 ff.
38. »Beitrag zur Strategiediskussion«, hrsg. vom Bundesarbeitsausschuß der SDAJ, S. 10
39. Erklärung der Geschäftsführung des BAA der SDAJ zu den Entwicklungen in der DDR vom 15. 11. 1989
40. »Treffpunkt Gruppe«, Nr. 3-12/89, S. 16
 Laut Rechnungslegung auf dem 10. SDAJ-Bundeskongreß (17./18. Juni 1989) finanzierte sich die SDAJ 1988 zu 85 % aus »Großspenden«, »vor allem von kommunistischen Persönlichkeiten und Menschen, die unserer Tätigkeit aufgeschlossen gegenüber stehen«. Nur 1,5 % der SDAJ-Gesamteinnahmen von 4.416.000 DM stammten 1988 aus Mitgliedsbeiträgen.
41. 5. Parteivorstandstagung der DKP am 27./28. Mai 1989, DKP-Informationen Nr. 24 vom Juni 1989, S. 40
42. Broschüre »Global denken – vor Ort handeln«, hrsg. vom

- MSB-Bundesvorstand, Januar 1989, S. 6
43. Pressemitteilung des MSB vom 13. November 1989
 44. Referat des MSB-Sekretariats auf dem 11. Bundeskongreß, S. 26
 45. Diskussionsprotokoll der Thesendiskussion auf der 11. MSB-Bundesvorstandstagung am 1./2. Juli 1989 in Frankfurt/M., abgedruckt in: MSB-Rundbrief »Kommunikation« vom 6. Juli 1989
 46. Referat des MSB-Sekretariats auf dem 11. Bundeskongreß, S. 28
 47. Thesen des MSB-Sekretariats, Juni 1989, S. 4
 48. »Zur Auswertung der 14. ordentlichen VDS-Mitgliederversammlung«, hrsg. vom MSB-Bundesvorstand, S. 4/5
 49. Pressemitteilung des MSB vom 5. Oktober 1989
 50. UZ vom 17. 5. 1989
 51. Beschluß der Bundesleitung der JP am 18. Dezember 1988 zur Konzeption der Kinderferienaktion 1989, veröffentlicht in: Diskussions-Info der JP-Bundesleitung vom Frühjahr 1989, S. 12
 52. UZ vom 12. 5. 1989
 53. Volker SPITZ, Landesvorsitzender der JP Ruhr-Westfalen, zum Redebeitrag von Gerd HERTEL (bis Oktober JP-Bundesvorsitzender) beim Parteitag der DKP, veröffentlicht in: Diskussions-Info der JP-Bundesleitung vom Frühjahr 1989, S. 29
 54. Diskussionsbeitrag von Gerd HERTEL und Ute PALM (Mitglied des JP-Bundessekretariats) auf der 8. JP-Bundesleitungssitzung (3./4. Juni 1989), veröffentlicht in: »Jugendpolitische Blätter« Nr. 9/89, S. 34
 55. »antifaschistische rundschau« (ar), Nr. 3/März 1989, S. 15
 56. Diskussionsthesen der VVN-BdA »Für eine antifaschistische BRD«, vorgelegt zum 8. Mai 1989: »Die Aktionen gegen das Auftreten von Neofaschisten sind dabei nur der erste Schritt. Sie sind einzubinden in ein langfristiges Konzept zur Veränderung des politischen Klimas. (...) Eine Veränderung der politischen Kultur unseres Landes ist nur durch eine breite, alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende soziale Bewegung zu erreichen. (...) So ist unsere Zukunft machbar, so erweist sich der Realismus unserer Perspektive: Von der Schaffung eines demokratischen Klimas über die Veränderung der politischen Kultur zu einer antifaschistischen Bundesrepublik Deutschland im gemeinsamen Haus Europa.«
 57. ar Nr. 10/Okttober 1989, S. 14; vgl. auch »Neues Deutschland« vom 11. 8. 1989
 58. Diskussionsbeitrag von Jörg EHRET, Organisationssekretär der VVN-BdA, für die Bundesvorstandssitzung am 13. 1. 1990:
»Alle Bewerbungsunterlagen von allen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Sekretärinnen gingen zunächst zum Parteivorstand der DKP, Abteilung Personalpolitik. Dort liegen sie auch heute noch. Erst wenn von dort grünes Licht kam, wurde in den Gremien der VVN-BdA die Diskussion darüber begonnen. In aller Regel war nur mit Zustimmung der DKP eine Einstellung bei der VVN-BdA möglich. Dies galt sowohl für Einstellungen auf der Bundes-, wie auch der Landesebene. Mir sind Beispiele bekannt, in denen sich letztlich die DKP gegenüber den Gremien der VVN-BdA durchgesetzt hat.«
 59. Schaumburger Nachrichten vom 12. 1. 1990.
 60. Schreiben von Präsidium und Sekretariat der VVN-BdA vom 14. 12. 1989 an die Mitglieder der Kreis- und Landesvorstände und des Bundesvorstandes; Diskussionsbeitrag von Jörg EHRET (DKP), Organisationsse-

- kretär der VVN-BdA, für die Bundesvorstandssitzung am 13. 1. 1990:
 »Wir haben in der Vergangenheit nicht über die Spenden geredet, die wir aus der DDR bekommen hatten. Ich bin der Meinung, daß es weder ein Verbrechen war noch ist, aus der DDR Geld anzunehmen. Im Gegenteil. Lange Jahre wäre in unserem Land antifaschistische Arbeit, eine konsequente Friedensarbeit unmöglich gewesen, wenn es diese Gelder nicht gegeben hätte.«
61. Wolf-Rüdiger WILMS in der Mitgliederzeitschrift der DFU-Baden-Württemberg, »Podium«, Nr. 20/Mai 1989:
 »Die programmatische Orientierung mußte so allgemein gehalten sein, daß sie auf Mitglieder und Adressaten unterschiedlichster weltanschaulicher Herkunft keinen ausschließenden Effekt ausübt, zweitens durfte sie nicht in Widerspruch zu programmatischen Aussagen der DKP geraten.«
62. taz – Ausgabe Bremen – vom 29. 11. 1989
63. Wolf-Rüdiger WILMS, zuletzt Mitglied des Arbeitsausschusses des DFU-Bundesvorstandes, in seinem Rücktrittsschreiben vom 7. 12. 1989:
 »Warum – so muß ich mir tatsächlich zum Vorwurf machen – habe ich nicht viel früher und energischer jenen zentralistischen, apparateorientierten Politikentwicklungsbürokratismus attackiert, als ich es tat? Warum verlangte ich nicht unnachgiebiger die Offenlegung von Abhängigkeitsverhältnissen politischer und materieller Art, die ich lange ahnte? Warum fegte ich nicht wütender, entschiedener, kompromißloser durch diesen in geschäftigem Daueraktionismus befangenen Apparat? Warum zerriß ich nicht diese flache bedeutungslose, kompromißlerische programmatische Erklärung und warf sie an die Wand, und warum stimmte ich ihr stattdessen müde und einlenkend zu?«
64. DKP-Informationen Nr. 24/Juni 1989, S. 32
65. Protokoll des 9. DKP-Parteitags, S. 74/75
66. UZ vom 6. 12. 1989
67. UZ vom 29. 3. 1989; vgl. auch Kap. II, Ziff. 2.4
68. Offensiv, Broschüre des SHB-Bundesvorstandes zur 14. ordentlichen VDS-Mitgliederversammlung, 11. – 13. 3. 1989 in Karlsruhe, S. 1
69. SHB-Rundbrief vom 12. 1. 1989, hrsg. vom SHB-Bundesvorstand, S. 2
70. Offensiv, a. a.O., S. 1
71. Offensiv, a. a.O., S. 1
72. UZ vom 29. 12. 1989
73. EntschlieÙung des 9. Parteitag der DKP, abgedruckt in UZ vom 10. 1. 1989:
 »Die DKP bleibt aktiv im begonnenen Austausch mit den kommunistischen Parteien des EG-Raumes. Wir initiieren stärkere Zusammenarbeit kommunistischer Organisationen in multinationalen Konzernen. Wir sind für einen gemeinsamen Kongreß von kommunistischen, sozialistischen, grün-alternativen und anderen demokratischen Kräften zu den Herausforderungen des EG-Binnenmarktes.«
74. »NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik« Nr. 5/89, S. 11; UZ vom 25. 11. 1989
75. UZ vom 15., 19., 20. und 22. 12. 1989
76. »NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik« Nr. 12/89, S. 10:
 »Fortan fanden auf allen Gewerkschaftstagen in der Bundesrepublik, wo Parteiabende vorgesehen waren, auch DKP-Treffen statt. Reger Besuch, teilweise bis zu 40 Prozent der Delegierten, konnte insbesondere bei den Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen und Holz und Kunst-

- stoff sowie der IG Medien (früher IG Druck und Papier) beobachtet werden.«
77. UZ vom 13. und 28. 10. 1989
78. DKP-Vorsitzender Herbert MIES auf der 8. Tagung des DKP-Parteivorstandes am 28./29. 10. 1989 in UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 4. 11. 1989, S. 13: »Vielmehr wollen und werden wir alle uns möglichen Kräfte mobilisieren, um einen maximalen Beitrag zur Vorbereitung der bevorstehenden Auseinandersetzung und zur Entwicklung einer breiten Solidaritätsbewegung mit der IG Metall und dem Kampf um die 35-Stunden-Woche, und nicht zuletzt zu den anstehenden Betriebs- und Personalratswahlen zu leisten. Das ist jetzt eine unmittelbar praktische Kampfaufgabe, zu der alle Parteiorganisationen – und keineswegs nur die Betriebsgruppen – ihren konkreten Beitrag bringen und organisieren sollten.«
79. UZ vom 3. 4. 1989
80. Definition der »Kommunistischen Internationale«, beschlossen auf dem VII. Kongreß im Sommer 1935; zitiert nach: »Kleines politisches Wörterbuch«, Berlin (Ost), Neuausgabe 1988, Art. »Faschismus«: Faschismus ist »die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«. Vgl. auch UZ vom 22. 8. 1989
81. Vgl. UZ vom 20. 7. 1989; Bundesvorstand der VVN-BdA, Brief »An die Mitglieder der Kreis- und Landesvorstände und des Bundesvorstandes« vom 14. 12. 1989
82. UZ vom 10. 1. 1989; PPA vom 14. 3. 1989
83. »Abrüstungs-Info« Nr. 11 (November 1989, S. 11)
84. »Beispielhaft für viele Ostermärsche ist die Rednerliste auf der Dortmunder Abschlussskundgebung: Dort sprachen u. a. der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt, Norbert Mann vom Bundesvorstand der Grünen und die stellvertretende DKP-Vorsitzende Ellen Weber.« (UZ vom 29. 3. 1989) »Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten und Christen treten ohne Scheu gemeinsam auf, eine neue politische Kultur sprießt allerorten.« (UZ vom 29. 2. 1989)
85. UZ vom 1. 12. 1989 und UZ vom 12. 12. 1989
86. Horst BETHGE, Sprecher des Arbeitsausschusses der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« in seinem Schreiben vom 21. 12. 1989 an die Mitglieder des Arbeitsausschusses: »Der zweite Tagesordnungspunkt ergibt sich daraus, daß die DFU nicht mehr wie bisher in den 18 Jahren in der Lage ist, bürotechnisch, organisatorisch und personell die Arbeit des Arbeitsausschusses zu unterstützen. (...) Wie bisher kann die DFU die Arbeit nicht mehr erledigen. Ich muß also den 1973 übernommenen Auftrag, für den Arbeitsausschuß die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, zur Disposition geben.«
87. DKP-Information Nr. 27/Juli 1989, S. 5
88. Protokoll des 9. DKP-Parteitag, S. 62
89. UZ-Eigenbeilage zur UZ vom 20. 12. 1989, S. 4
90. UZ vom 16. 11. 1989
91. Die Buchhandlungen wurden inzwischen im Januar 1990 geschlossen. In einigen Fällen versuchen Mitarbeiter, Buchhandlungen auf eigene Rechnung weiterzuführen.
92. DKP-Informationen Nr. 26/Juli 1989, S. 63 f.
93. Präambel zum Statut der SED, verabschiedet auf dem IX. Parteitag der SED vom 18. – 22. 5. 1976
94. »Neues Deutschland«, Zeitung der SED/PDS, vom 18. und 9./10. 12. 1989
95. »Junge Welt«, Organ der FDJ, vom 15. 9. 1989

96. »Rote Fahne« (RF), Wochenzeitung der MLPD, vom 23. 12. 1989
97. RF vom 13. 5. 1989
98. RF vom 2. 12. 1989
99. RF vom 23. 12. 1989
100. RF vom 10. 6. 1989
101. RF vom 23. 12. 1989
102. »Politischer Bericht 1989«, S. 71 ff.
103. RF vom 3. 6. 1989
104. RF vom 23. 12. 1989
105. »Lernen und Kämpfen«, Mitgliederrundbrief der MLPD, Nov./Dez. 1989
106. »ak-Arbeiterkampf«, Zeitung des »Kommunistischen Bundes«, Nr. 303 vom 3. 2. 1989
107. »ak-Arbeiterkampf« Nr. 313 vom 11. 12. 1989
108. Beilage – Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken – Nr. 3 vom 28. 9. 1989
109. »Sozialistische Zeitung – aktuell« (SoZ-aktuell), Organ der VSP, Mai 1989
110. SoZ aktuell, September 1989
111. SoZ vom 7. 12. 1989
112. Flugblatt, Dezember 1989
113. »Neue Arbeiterpresse«, Organ des BSA, vom 25. 8. 1989
114. »Internationale Tribüne«, Organ der ISA, vom 1. 7. 1989
115. »Spartakist«, Organ der »Trotzkistischen Liga Deutschlands«, vom 8. 12. 1989
116. »Internationale Tribüne« vom 12. 12. 1989
117. »Spartakist« vom 8. 12. 1989
118. »Marxistische Streit- und Zeitschrift« (MSZ) 5/1989, S. 3
119. Hamburger Hochschulzeitung Nr. 219 vom 28. 11. 1989
120. Münchener Hochschulzeitung vom 31. 10. 1989
121. Hamburger Hochschulzeitung Nr. 219 vom 28. 11. 1989
122. MSZ 3/1989, S. 23
123. MSZ 4/1989, S. 27
124. MG-Flugblatt vom September 1989
125. MSZ 5/1989, S. 6
126. MG-Flugblatt vom September 1989
127. Peter DECKER/Karl HELD, Abweichende Meinungen zur »deutschen Frage«, München 1989, Einbandtext Rückseite.
128. Dokumentation der »Marburger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen«, Okt. 1989
129. Aufruf zu einer Demonstration am 14. Okt. in Wuppertal
130. Flugblatt Autonomer in Wiesbaden, November 1989
131. »SWING – autonomes Rhein-Main-Info« Nr. 6/Mai 1989
132. Flugblatt autonomer Hausbesetzer, Hamburg, Dezember 1989
133. »AVANTI-Projekt undogmatische Linke«, Schleswig-Holstein, Oktober 1989
134. Diskussionspapier zum Hungerstreik, Bremen, April 1989
135. »INTERIM«, Berlin, Nr. 54 vom 25. Mai 1989
136. »INTERIM«, Berlin, Nr. 72 vom 28. September 1989
137. »graswurzelrevolution«, Monatsschrift der »Gewaltfreien Aktionsgruppen«, Nr. 138/November 89
138. »direkte aktion«, Nr. 77/Sept./Oktober 1989, S. 16
139. »Info-Rundbrief«, Nr. 5 vom Oktober 1989
140. 1. Mai-Aufruf der FAU/HD(A) und »Fanal«, Hochschulausgabe vom 19. 6. 1989
141. Thesenpapier einer Palästina-Solidaritätsgruppe, Hamburg, August 1989
142. Das Spendenkonto »Waffen für El Salvador« wird, wie aus Veröffentlichungen der Publikation »die tageszeitung« zu entnehmen ist, von Mitarbeitern dieses Zeitungsprojektes verwaltet.
- Die Spendenkampagne wurde von dieser Zeitung 1980 gestartet. Das Interesse an der Kampagne nahm Mitte der 80er Jahre ab. Auf Betreiben von Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, in denen auch Linksextremisten mitarbeiten, wurde die Spendenkampagne im Frühjahr 1988 reaktiviert. Für Spendengelder wirbt, neben Lateinamerika-Solidaritätsgruppen, auch ein Verein »El Salvador Libre e.V.«. Dem Verein gehören auch Linksextremi-

- sten an. Zum Vorstand gehörten zumindest 1988 u. a. die ehemalige Berliner Bundestagsabgeordnete Ellen Olms («Alternative Liste») und Hermann Gremliza (KONKRET). Die Spendengelder sind für die Guerilla-Gruppe »Frente Farabundo Marti para la Liberacion Nacional« (FMLN) in El Salvador bestimmt. Die Zeitschrift »ides-Informationendienst El Salvador« veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 7. Oktober 1988 ein »Dankschreiben« der FMLN.
- Als Kontostand wurde verschiedenen Veröffentlichungen zufolge für den 15. September 1988 4.108.311,74 DM und für den 28. November 1989 4.281.396,10 DM angegeben. (Vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Spranger vom 11. Dezember 1989 auf eine parlamentarische Frage gemäß Bundestagsdrucksache 11/6130).
143. »ides-Informationendienst El Salvador«, Nr. 458 vom 27. 10. 1989
 144. »radikal« Nr. 139, November 1989
 145. Antifaschistische Nachrichten, Organ der VOLKSFRONT, Nr. 9 vom 28. 4. 1989
 146. »radikal« Nr. 138, September 1989
 147. »Die Anarchie« Nr. 17/Juli – August 1989
 148. Flugblattaufruf in Karlsruhe, März 1989
 149. DKP-Informationen, Nr. 26/Juli 1989, S. 29
 150. Taterklärung des »Kommando Wolfgang BEER« der RAF vom 2. 12. 1989, veröffentlicht in der »tageszeitung« vom 6. 12. 1989
 151. Erklärung von Helmut POHL von Ende Oktober, veröffentlicht in der »tageszeitung« vom 17. 11. 1989
 152. Communiqué von RAF und BR-PCC vom September 1988, veröffentlicht in »Interniert« (»Interim«), Wöchentliches Berlin Info Nr. 22 vom 23. 9. 1989
 153. Taterklärung der »Kämpfenden Einheit Sheban Atlouf/Conny Wissmann« vom Dezember 1989
 154. Erklärung von Helmut POHL »für die Gefangenen aus der RAF« vom 1. 2. 1989 zum Beginn des Hungerstreiks, veröffentlicht in der »tageszeitung« vom 2. 2. 1989
 155. Erklärung von Eva HAULE vom 20.5.1989 zum Abbruch des Hungerstreiks, veröffentlicht in der »tageszeitung« vom 31. 5. 1989
 156. Erklärung von Karl-Heinz DELLWO von Mitte Mai 1989 zum Abbruch des Hungerstreiks, veröffentlicht in der »tageszeitung« vom 1. 6. 1989
 157. Erklärung von Christian KLAR vom 28. 5. 1989 zum Abbruch des Hungerstreiks, veröffentlicht in der »tageszeitung« vom 13. 6. 1989
 158. vgl. Ziffer 151
 159. vgl. Ziffer 151
 160. Taterklärung der RZ vom Mai 1989, veröffentlicht in »Konkret« Nr. 6/89
 161. Taterklärung der RZ vom November 1989 »Uneingeschränktes Bleiberecht für alle Sinti und Roma«
 162. Taterklärung der RZ zum »Anschlag auf die BAGS-Hamburg«
 163. »Südafrikanische Geschlechterordnung oder das Verschwinden der schwarzen Frauen« und »Das Verschwinden aller Frauen oder Was ist das Patriarchat?«, veröffentlicht in »Interim«, Wöchentliches Berlin Info Nr. 41 vom 2. 3. 1989
 164. Erklärung der »Brigate Rosse« vom März 1989

IX. Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1988) – z. T. geschätzt)
	1989	(1988)	
1. Orthodoxe Kommunisten			
1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) (12 Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen und Grundorganisationen) – Düsseldorf –	22.000	(unter 35.000)	Unsere Zeit (UZ) – sechsmal (ab 1990 einmal wöchentlich) – – Tagesausgabe: 20.000 (21.000) – – Wochenendausgabe: 34.000 (39.000) – Marxistische Blätter – elfmal jährlich (ab 1990 zweimonatlich) – – 7.300 (mehr als 7.000) – DKP-Informationen – unregelmäßig – DKP-Pressedienst – unregelmäßig – infodienst-Informationendienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen – monatlich – – 2.000 (2.000) –
Nebenorganisationen:			
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) (12 Landesverbände, Kreisverbände und Gruppen – Orts-, Stadtteil-, Schul-, Betriebsgruppen –) – Essen –	2.000	(6.500)	elan – Das Jugendmagazin* – monatlich – – 8.000 (14.000) – Jugendpolitische Blätter* – monatlich – – 1.800 (2.000) – Treffpunkt Gruppe – monatlich (ab 1990 zweimonatlich) –
Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) Orsverbände, Ortsgruppen) – Bonn –	1.800	(3.500)	rote blätter* – monatlich – – 6.500 (9.000) – express – unregelmäßig –

* Mit Jahresbeginn 1990 eingestellt

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989 (1988)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1988) – z. T. geschätzt)
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) (12 Landesverbände, Kreis- verbände, Pioniergruppen) – Essen –	800	(3.000)	pionier* – monatlich – – 4.000 (7.000) –
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) – Frankfurt/M. –			Marxistische Studien – Jahrbuch des IMSF – – ein- bis zweimal jährlich –
			Informationsberichte des ISMF – unregelmäßig –
Marx-Engels-Stiftung e. V. – Wuppertal –			
Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung des wissenschaft- lichen Sozialismus (MAB) (20 örtliche MAB-Gemein- schaften, z. T. als Marxistische Abend- bzw. Arbeiterschulen – MASCH –) – Wuppertal –			
beeinflusste Organisationen:			
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA) (10 Landes- vereinigungen, Kreis- und Ortsvereinigungen) – Frankfurt/M. –	unter 14.000	(14.000)	antifaschistische rundschau* – monatlich – – 12.000 (12.000) – antifaschistischer informations- und pressediens* – zehnmal jährlich –
Deutsche Friedensunion (DFU) (9 Landesverbände, Bezirks- und Ortsverbände) – Köln –	unter 1.000	(1.000)	Abrüstungs-Info* – monatlich – – 2.000 (4.000) –
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammen- arbeit (KFAZ) (arbeitet mit „Hundertern“ örtlicher Komitees und Initiativen zusammen) – Köln –			Friedensjournal – sechsmal jährlich –

* Mit Jahresbeginn 1990 eingeteilt

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989 (1988)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1988) – z. T. geschätzt)
Deutsche Friedensgesell- schaft – Vereinigte Kriegs- dienstgegnerInnen (DFL-VK) (9 Landesverbände, ca. 150 Ortsgruppen) – Velbert –	10.000	(11.000)	Zivil Courage – vierteljährlich – – 12.000 (11.500) –
Demokratische Fraueninitiative (DFI) (örtliche Frauengruppen ohne feste Mitgliedschaft) – Essen –			Wir Frauen – zweimonatlich (ab 1990 viertel- jährlich) – – 4.000 (4.500) –
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V. (VDJ) (28 Regionalgruppen) – Frankfurt/M. –	1.000	(1.000)	VDJ-Forum – vierteljährlich – – 1.500 (1.500) –
Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) – Frankfurt/M. –			Dritte Welt-Zeitschrift (AIB – Antimperialistisches Infor- mationsbulletin) – monatlich – – 4.000 (5.000) –
Initiative Weg mit den Berufs- verboten (Arbeitsausschuß) (koordiniert die Tätigkeit örtlicher und überregionaler Initiativen) – Hamburg –			Rundbrief für alle Bürgerinitiativen, Komitees und Organisationen, die gegen »Berufsverbote in der BRD kämpfen« – unregelmäßig –
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e. V. (BdWi) (34 regionale Sektionen) – Marburg/Lahn –	1.500	(1.500)	Informationsdienst Wissenschaft und Frieden – vierteljährlich – – etwa 1.500 (etwa 1.000) – Forum Wissenschaft – vierteljährlich – – 2.500 (über 2.000) –
1.2 Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) (12 Kreisverbände, Betriebs- und Wohngebietsgruppen) – Berlin (West) –	3.000	(4.500)	Die Wahrheit* – sechsmal wöchentlich – – 12.000 (12.000) – Konsequent – viermal jährlich – – 2.500 (2.500) –

* Ende November 1989 eingestellt

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989	(1988)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1988) – z. T. geschätzt)
-----------------------------------	---	--------	--

Nebenorganisationen:

Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht (SJV Karl Liebknecht) (12 Kreisverbände; eingliedert; Pionierorganisation Karl Liebknecht) – Berlin (West) –	200	(550)	Signal – Sozialistische Jugendschrift* – monatlich – – 1.000 (1.000) –
--	-----	-------	--

Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin (ADS-Westberlin) – Berlin (West) –			
--	--	--	--

Vorfeldorganisationen:

Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) – Berlin (West) –	500	(500)	Im Blickpunkt der Berlinerin** – monatlich – – 1.000 (1.000) –
--	-----	-------	--

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Berlin West (DSF Berlin West) – Berlin (West) –	500	(500)	DSF-Journal*** – vierteljährlich – – 1.200 (1.200) –
---	-----	-------	--

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/Verband der Antifaschisten (VVN Westberlin/VdA) – Berlin (West) –	500	(500)	antifaschistisches Magazin Der Mahnruf – vierteljährlich – – 2.000 (2.000) –
---	-----	-------	--

2. Sonstige Organisationen und Publikationen

Sozialistischer Hochschulbund (SHB) (Landesverbände, Ortsgruppen) – Bonn –	1.000	(2.000)	frontal – sechsmal jährlich – – 7.000 (11.000) –
--	-------	---------	--

Krefelder Initiative – Köln –			ZUR INFORMATION – unregelmäßig –
-------------------------------	--	--	-------------------------------------

			Volkszeitung – Deutsche Volkszeitung/die tat**** – wöchentlich – – 32.000 (26.000) –
--	--	--	--

			NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik** – monatlich – – 7.000 (7.000) –
--	--	--	--

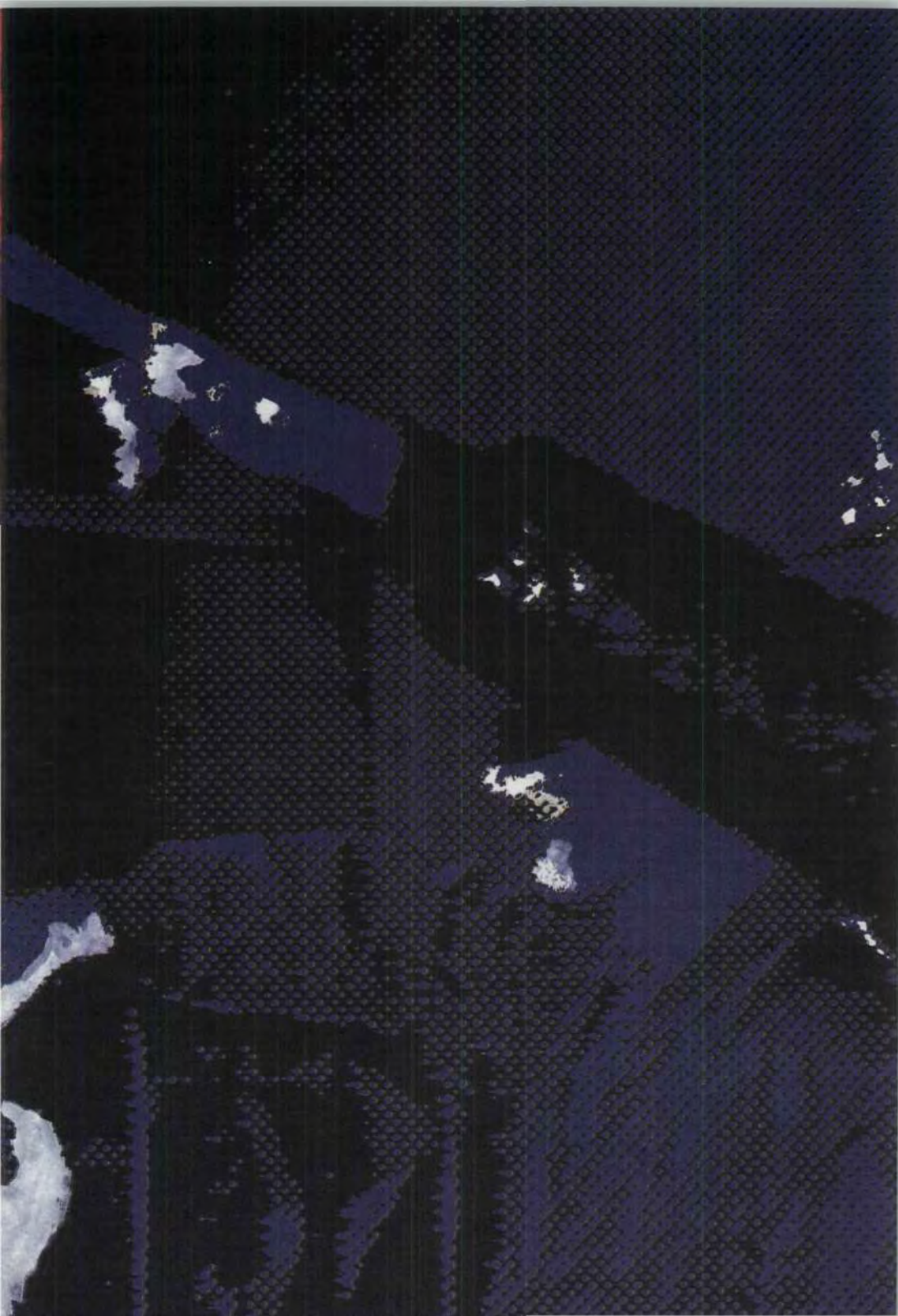
* Ende November 1989 eingestellt
*** Mit Jahresbeginn 1990 eingestellt

** Mit der Januar-/Februar-Ausgabe 1990 eingestellt
**** Dezember 1989 eingestellt

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989	(1988)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1988) – z. T. geschätzt)
3. »Neue Linke«			
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) – München –	250	(250)	Kommunistische Arbeiterzeitung – unregelmäßig –
AB- Nebenorganisationen:			
Kommunistischer Hoch- schulbund (KHB)			
Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend			Kämpfende Jugend – unregelmäßig –
Autonome	mehr als 2.000	(2.000)	– unregelmäßig erscheinende »Szene«-Blätter – u. a. SWING, INTERIM, radikal
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) – Essen –			Neue Arbeiterpresse – vierzehntäglich (ab 1990 wöchentlich) –
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) (8 Landesverbände) – Köln –	300	(300)	Politische Berichte – vierzehntäglich – – 1.200 (1.200) –
BWK-beeinflußte Organisation:			
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) – Köln –	600	(600)	Antifaschistische Nachrichten – vierzehntäglich – – 600 (700) – Volksecho – vierteljährlich – – 800 –
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) (Koordinierungsstelle der anarchistischen „Graswurzel- bewegung“ mit ca. 80 „Gewaltfreien Aktionsgruppen“ und „Kollektiven“)	500	(500)	graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesell- schaft – monatlich – – etwa 3.000 (etwa 3.000) –
Freie ArbeiterInnen-Union (FAU) (ca. 20 örtliche Gruppen) – Köln –			direkte aktion – zweimonatlich –
Freie Arbeiter-Union/ Anarchistische Partei (FAU/AP) – Heidelberg –			Fanal – unregelmäßig –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989 (1988)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise Auflagen (1988) – z. T. geschätzt)
Freie Arbeiter-Union (Räte- kommunisten (FAU/R) – Hamburg –			
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) – Köln –			Sozialistische Arbeiterzeitung – monatlich – Internationale Tribüne – La Verité – monatlich –
Kommunistischer Bund (KB) (Landesverbände) – Hamburg –	über 400	(über 400)	Arbeiterkampf – monatlich – – 5.000 (4.800) – Piranha – Sozialistischer Jugend- rundbrief (Publikationen der KB- Jugend u. a.) – unregelmäßig –
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten/ Leninisten) (KPD) (2 rivalisierende Gruppen)			Roter Morgen (2 Ausgaben) – monatlich –
Marxistische Gruppe (MG) – München –	5.000	(3.000)	MSZ-Marxistische Streit- und Zeit- schrift – Gegen die Kosten der Freiheit – sechsmal jährlich – – ca. 12.000 (ca. 12.000) – Marxistische Arbeiterzeitung (mehr als 20 Ausgaben) – vierzehntäglich – – bis zu 10.000 (bis zu 10.000) – Marxistische Hochschulzeitung (mehr als 10 Ausgaben) – semesterwöchentlich – – bis zu 14.000 (bis zu 14.000) – Marxistische Schulzeitungen (mindestens 7 Ausgaben) – unregelmäßig – – bis zu 7.000 (bis zu 10.000) –
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) (16 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte) – Essen –	1.400	(1.300)	Rote Fahne – wöchentlich – – 7.000 (10.000) – lernen und kämpfen (luk) – monatlich – – 1.500 (1.500) –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989 (1988)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise Auflagen (1988) – z. T. geschätzt)
<u>MLPD-Nebenorganisationen:</u>	zusammen 400 (300)		
ARBEITERJUGENDVERBAND/ Marxisten-Leninisten (AJV/ML) (mit der Kinderorganisation Rotfuchse)			
Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (MLSV)			
Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI)			
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) – Hannover –			Klassenkampf – monatlich –
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)			SPARTAKIST – unregelmäßig (ab 1990 wöchentlich)
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) – Köln –	400	(450)	Sozialistische Zeitung (SoZ) – vierzehntäglich – – 2.500 (2.500) – SoZ-Magazin – unregelmäßig –
VORAN zur sozialistischen Demokratie – Köln –			VORAN – monatlich – – 1.000 –
Rote Hilfe (linksextremistisch beeinflusst) – Kiel –	800	(600)	Die Rote Hilfe – viermal jährlich – – 1.800 –



Rechtsextremistische Bestrebungen



I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Weitere Zunahme der organisierten Rechtsextremisten, besonders bei den »National-Freiheitlichen«

Ende 1989 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 70* (1988: 71) rechtsextremistische Organisationen. Ihnen gehörten nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften rund 35.900 Personen als Mitglieder an. Das sind rund 7.600 Personen oder 26,9 % mehr als Ende 1988 (28.300). Diese Entwicklung ist wie im Vorjahr maßgeblich auf den weiteren Ausbau der »Deutschen Volksunion – Liste D« zurückzuführen. Die Zahl der Mitgliedschaften bei den »National-Freiheitlichen« stieg von rund 18.600 auf etwa 25.000.** Die »Nationaldemokraten« konnten ihre Mitgliedschaften auf rund 8.000 steigern (1988. 7.250).

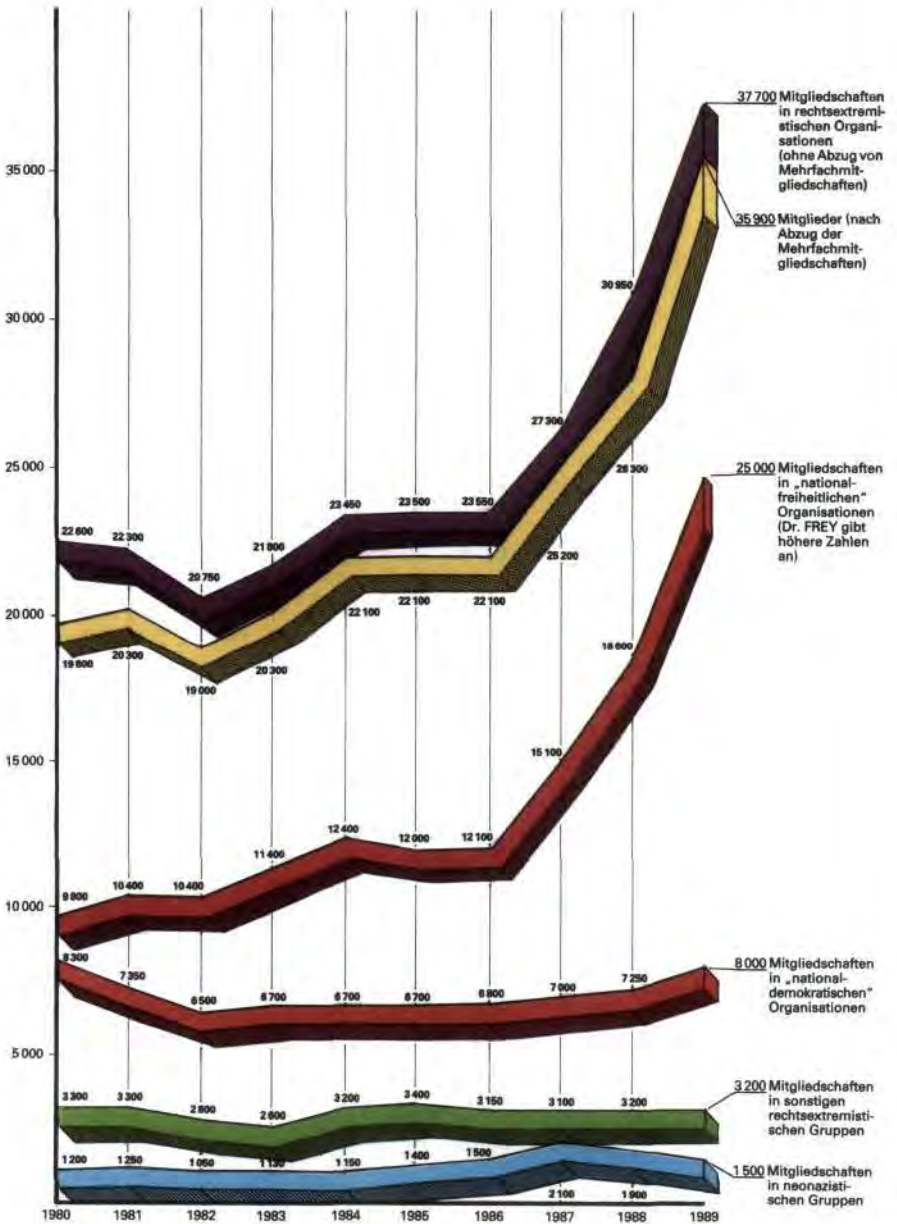
Die Zahl der Neonationalsozialisten ging auf 1.300 (1988: 1.480) zurück. Die Zahl der Mitgliedschaften in neonationalsozialistischen Gruppen sank um 400 auf 1.500. Die Differenz erklärt sich aus den Mehrfachmitgliedschaften.

Organisationen	1987 Anzahl der Org. Mitglied- schaften		1988 Anzahl der Org. Mitglied- schaften		1989 Anzahl der Org. Mitglied- schaften	
Neonational- sozialistische Gruppen	20	2.100	23	1.900	23	1.500
»National- freiheitliche« Organisationen	3	15.100	3	18.600	3	25.000
»National- demokratische« Organisationen	5	7.000	5	7.250	5	8.000
Sonstige	41	3.100	40	3.200	39	3.200
Summe	69	27.300	71	30.950	70	37.700
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfach- mitgliedschaften	25.200		28.300		35.900	

* Hierbei ist die Partei »Die Republikaner« nicht berücksichtigt. 1989 wurde nur der Landesverband Nordrhein-Westfalen von der dortigen Landesbehörde für Verfassungsschutz wegen des Verdachts rechtsextremistischer Bestrebungen mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet.

** Dr. Frey, der maßgebliche Führer der »Deutschen Volksunion e.V.« und der »Deutschen Volksunion – Liste D«, gibt dazu höhere Zahlen an.

Entwicklung der Zahl der Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Organisationen von 1980–1989



2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste sank 1989 auf 35 (1988: 40). Im einzelnen handelt es sich hierbei um 10 Buchverlage (1988: 11), 13 Zeitungs- und Zeitschriftenverlage (1988: 16) und 12 Vertriebsdienste (1988: 13).

3. Periodische Publikationen

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Publikationen sank von 96 auf 80. Davon erschienen 54 mindestens viermal im Jahr. Diese 54 Schriften erzielten 1989 eine Gesamtauflage von rund 8.985.000.

1988 wiesen 73 Publikationen eine Gesamtauflage von rund 8.882.000 auf. Dies bedeutet einen Rückgang der Schriftenvielzahl um über 16 % bei gleichzeitiger Gesamtauflagensteigerung um 1 %.

4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1989 waren den Verfassungsschutzbehörden 222 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst bekannt (1988: 225); von ihnen gehörten 113 der NPD an (1988: 117). Die bei Bundesstellen beschäftigten 108 Rechtsextremisten (1988: 113) sind bei nachgeordneten Behörden tätig. 39 von ihnen sind bei der Deutschen Bundespost und 15 bei der Deutschen Bundesbahn – überwiegend in mittleren Positionen – beschäftigt. Der Bundeswehr gehören 45 an: 29 als Zeit- oder Berufssoldaten, 16 als Zivilbedienstete.

Von den 75 bei Landesstellen beschäftigten Rechtsextremisten (1988: 73) sind an Schulen und Hochschulen 25, in der Justiz 10, in der Finanzverwaltung 6, bei der Polizei 7 und in anderen Verwaltungsbereichen 27 tätig.

Die im Kommunaldienst beschäftigten 39 Rechtsextremisten (1988: 39) sind überwiegend in mittleren Positionen tätig.

Von den 222 bekannten Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst sind 108 Beamte, 29 Soldaten, 40 Angestellte und 45 Arbeiter. Unter den 137 Beamten und Soldaten gehören 21 dem höheren Dienst bzw. den vergleichbaren Dienstgraden an.

Zahl der rechtsextremistischen Zeitschriften nimmt ab, Auflage steigt

II. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

1. Zielsetzung

Die Neonationalsozialisten unter den Rechtsextremisten fordern einen totalitären großdeutschen Staat auf der Grundlage des Führerprinzips, der »wahren Volksgemeinschaft« und der rassistisch ausgerichteten Ideologie des 25-Punkte-Programms der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) von 1920:

»Die praktische politische Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation beruht sowohl partei- wie gewerkschaftspolitisch auf unserem Bekenntnis zu einem nationalen, völkisch und nichtmarxistischen Sozialismus! ... Konkrete sozialistische Forderungen, wie sie im Parteiprogramm der NSDAP festgelegt sind – Brechung der Zinsknechtschaft, Beseitigung allen arbeits- und mühelosen Einkommens, Verstaatlichungen, Gewinnbeteiligung und Bodenreform. Alles in allem ist das ein radikaleres und konsequenteres Programm, als es je eine marxistische Gruppe gefordert hat. Und es steht nicht im Programm aus taktischen Gründen: Wir wollen das Programm erfüllen!«

(»Die Neue Front« (NF) – KÜHNEN-Gruppe – 65/89, S. 14)

Bis 1982 waren Adolf HITLER und sein »Drittes Reich« die unbestrittenen Leitbilder aller Neonationalsozialisten. Seitdem wird er von denen, die sich als »Nationalrevolutionäre« in der Nachfolge der Brüder STRASSER* sehen, kritisiert. Sie werfen ihm vor, er habe den Nationalsozialismus verraten. Die »Nationalrevolutionäre« sind lediglich eine Minderheit unter den Neonationalsozialisten.

2. Zahlen

Von den rund 1.300 Neonationalsozialisten (1988: 1.480) sind etwa 1.100 (1988: 1.320) organisiert. Rund 200 Neonationalsozialisten weisen keine Organisationszugehörigkeit auf.

Etwa 170 Neonationalsozialisten (1988: 200) sind militant; hinzu kommen rund 250 neonationalsozialistische Skinheads. Außerdem ist noch ein Dutzend militanter Rechtsextremisten bekannt, das nicht neonationalsozialistischen, sondern anderen rechtsextremistischen Organisationen angehört. Es handelt sich um Aktivisten, die in den letzten Jahren Gewalttaten begangen, sich an Gewalttaten

Neonationalsozialisten streben großdeutschen Führerstaat an

»Nationalrevolutionäre« werfen HITLER Verrat am Nationalsozialismus vor

Zahl der Neonazis geht zurück, ihre Gewaltbereitschaft hält an

* Die Brüder Strasser repräsentierten in der Frühzeit des Nationalsozialismus den linken Flügel der NSDAP. Gregor STRASSER wurde 1934 auf Befehl HITLERs anlässlich des sog. »RÖHM-Putsches« ermordet. Dr. Otto STRASSER, der Führer der »Schwarzen Front«, setzte sich 1933 nach Kanada ab. Er verstarb 1974.

oder deren Planung beteiligt haben, wegen ihrer Gewaltbereitschaft bekannt sind oder illegal Waffen, Munition oder Sprengstoff besessen haben.

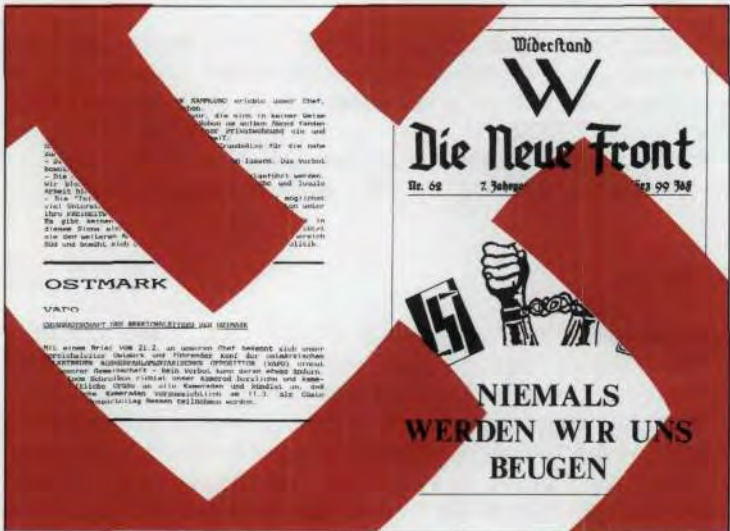
Von diesen militanten Rechtsextremisten (ohne Skinheads) ist 1 % 18 bis 20 Jahre alt, 47,5 % gehören der Altersgruppe 21 bis 30 Jahre an, 27,3 % sind 31 bis 40 Jahre alt.

3. Neonationalsozialistische Gruppen

3.1 Die »Bewegung«

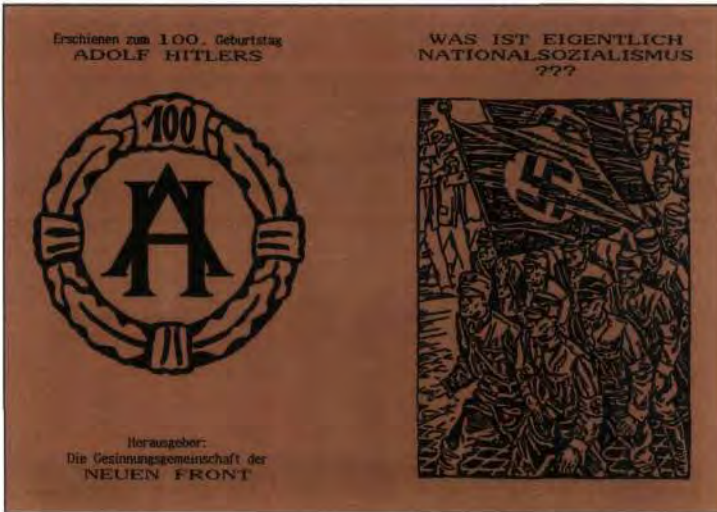
Der ehemals etwa 500 Personen umfassende Aktivistenkreis ohne eigene organisatorische Struktur fühlt sich uneingeschränkt dem Gedankengut und der Ideologie der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) verpflichtet. Trotz des gemeinsamen Bekenntnisses zum historischen Nationalsozialismus hat der seit 1986 anhaltende Streit um die Frage, ob Homosexuelle Führungsaufgaben in der »Bewegung« übernehmen dürfen, die »Bewegung« in zwei Gruppen gespalten. Die Anhänger Jürgen MOSLERS (34), die der Gruppe um Michael KÜHNEN (34) »Schwulentum« vorwerfen, konnten sich durchsetzen. Ende 1989 verfügte die Gruppe um MOSLER über rund 350 Mitglieder, diejenige KÜHNENs über etwa 130.

Die »Bewegung«
ist gespalten



Aktionen zur Feier des 100. Geburtstages von HITLER am 20. April wurden von beiden Gruppen propagiert, aber getrennt durchgeführt. Entgegen den Ankündigungen blieben diese Veranstaltungen auf nur wenige interne Feiern bzw. unbedeutende öffentliche Aktionen beschränkt. Das eigens zu diesem Zweck bereits vor Jah-

ren gebildete »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers« (KAH) trat in der Öffentlichkeit kaum hervor.



Nur sporadisch kam es zu gemeinsamen Aktionen beider Gruppierungen, z. B. bei einer Demonstration am 19. August in Wunsiedel zum Gedenken an den 2. Todestag von Rudolf HESS.

Zahlreiche Strafverfolgungsmaßnahmen sind gegen Angehörige der »Bewegung« gerichtet, u. a. Ermittlungsverfahren gegen Anhänger von MOSLER einerseits und KÜHNEN andererseits



wegen des Verdachts der Fortführung der 1983 durch den Bundesminister des Innern verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA).

Während sich die MOSLER-Gruppe innerhalb der »Bewegung« darauf konzentrierte, die Führung der neonationalsozialistischen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) an sich zu reißen, versuchte KÜHNEN, seine Anhänger als »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« zu formieren.

3.2 »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP)

Die FAP betont, sie stehe auf der Grundlage des nationalen Sozia-

FAP agitiert
gegen Ausländer
und »Besitzer«



Intern

Inneres Organ der FAP



**Der
Geburtstag**

April/89

lismus, der auf einer sauberen Ideologie beruhe¹. Die herrschenden Parteien seien eigennützig und im Grunde verkommener ... als viele politisch untätige Spießbürger². Nach Ansicht der FAP herrscht immer noch Kriegszustand in Deutschland. Hinsichtlich der hier stationierten Truppen fordert sie: »Besitzer raus!«³. Primäres Angriffsziel ihrer Agitationen bleiben Ausländer, insbesondere Asylanten. Die Hauptforderung lautet daher: »Ausländer raus«⁴. In ihrem fanatischen Sendungsbewußtsein sieht sich die FAP in einem »Kampf auf Leben und Tod«, um »das Überleben des deutschen Volkes vor dem Zustrom der Asylanten« zu sichern⁵.

Der politische Umbruch in der DDR veranlaßte die FAP in den letzten Monaten des Jahres 1989, ihre Forderung nach einem »für Europa richtungsweisenden vereinten deutschen Reich« mit noch stärkerem Nachdruck zu erheben. Es könne nicht das Ziel sein, die DDR zu reformieren. Sie müsse verschwinden. Im Falle der Neuvereinigung sei dann auch genug Platz für die vielen deutschen Aussiedler aus dem Osten vorhanden. Die FAP begrüßt die

FAP wirbt um Aus- und Übersiedler

»Blutauffrischung mit Deutschen aus Mitteldeutschland und dem Osten«, ... die »viele Kinder mitbringen ... So ist die Gefahr, zur Minderheit im eigenen Land zu werden, wohl zunächst einmal gebremst.« (»FAP-Intern« 11/89, S. 4 ff. u. 17).

Im übrigen erhoffen sich die FAP und die anderen rechtsextremistischen Parteien von den Übersiedlern zusätzliche Wähler und Mitglieder. An der innerdeutschen Grenze und in Über- und Aussiedlerlagern führte die FAP Propagandaaktionen durch. Gelegentlich wird in FAP-Kreisen – aber auch in anderen Gruppierungen des Rechtsextremismus – der Gedanke erörtert, einen Teil ihrer Akti-



FAP verliert weiter Mitglieder

vitäten in die DDR zu verlegen, dort Stützpunkte zu bilden und mit potentiellen Gesinnungsgenossen zusammenzuarbeiten.

Die FAP ist heute von der MOSLER-Gruppe als Teil der neonationalsozialistischen »Bewegung« unterwandert. In den Landesverbänden Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und in dem im September neugegründeten Landesverband Bayern haben die MOSLER-Anhänger mit einer Reorganisation der Partei- und Mitgliederstruktur begonnen.

KÜHNEN-Anhänger sind noch im Landesverband Hessen anzutreffen, der zum Streitobjekt der beiden verfeindeten Gruppierungen wurde. Die damit verbundene Ausgrenzung von KÜHNEN-Anhängern aus der FAP führte zu einem weiteren Rückgang des Mitgliederbestandes auf rund 330. Gegen Ende des Berichtsjahres wurde deutlich, daß MOSLER, dessen Amt als Generalsekretär der FAP bis auf weiteres ruht, gegenüber dem Aktivistenkreis um den Vorsitzenden Friedhelm BUSSE (60) immer mehr an Boden verliert.

Die FAP erzielte bei der Europawahl am 18. Juni nur 0,1 % (= 19.151 Stimmen), bei der Kommunalwahl in Baden-Württemberg am 22. Oktober sogar nur 0 %*.

Wiederum Gewaltakte durch FAP-Mitglieder

Im Jahr 1989 wiesen 125 (Vorjahr: 222) Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug nach ihrem äußeren Erscheinungsbild auf Täter aus FAP-Kreisen hin. In 35 dieser Fälle konnten FAP-Aktivisten als Täter ermittelt werden. 10 (1988: 19) der der FAP zurechenbaren Gesetzesverletzungen waren Gewalttaten (z. B. Brandanschläge, Überfälle, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen), 3 (5) Gewaltandrohungen und 88 (148) Propagandadelikte (z. B. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen oder sonstige Veröffentlichungen). Unter Hinweis auf zuvor begangene Gewalttätigkeiten verboten Ordnungsbehörden in mehreren Fällen von der FAP geplante Demonstrationen.

KÜHNEN-Anhänger gründen neue Neonazigruppen

3.3 »Deutsche Alternative« (DA)

KÜHNEN veranlaßte nach seiner Ausgrenzung aus der FAP die Gründung neuer Zusammenschlüsse.

Mit der »Nationalen Sammlung« (N.S.) wollte er an der Kommunalwahl in Hessen am 12. März teilnehmen. Dieses Vorhaben scheiterte, weil der Bundesminister des Innern am 9. Februar diese Gruppe verbot. Danach bildeten KÜHNEN-Anhänger Propagandainstrumente ohne organisatorische Struktur wie die »Initiative Volkswille«, um für die sogenannte »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« Mitglieder zu werben. Im März gründeten sie eine bislang auf Hamburg beschränkte »Nationale Liste« (N.L.), die sich als »Partei des neuen Nationalismus«⁶ bezeichnet. Im Mai folgte in Bremen die Gründung der »Deutschen Alternative« (DA), die sich als »Nationale Protestpartei« für eine »deutsch-alternative

* FAP-Kandidaten erhielten etwa 5.500 Stimmen. Die Anzahl der Wähler ist nicht ermittelbar, weil ein Wähler aufgrund des Wahlsystems bis zu 60 Stimmen abgeben konnte.

Wir können sie nicht zwingen,
die Wahrheit zu sagen,
aber wir werden sie zwingen,
immer dreister zu lügen!



Unsere Wahlkampfmannschaft: Kühnen, Reisz, Brehl, Sonntag, Hess;

Politik«, für »Ausländer-Rückführung« und »Förderung eines gesunden Nationalstolzes« einsetzt und »Deutsches Geld für deutsche Bürger! Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!« fordert⁷.

Ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus bekräftigten die KÜHNEN-Anhänger in einer Vielzahl von Veröffentlichungen, in denen sie z.B. einen »nationalen, völkischen und nichtmarxistischen Sozialismus« propagierten und »konkrete sozialistische Forderungen, wie sie im Parteiprogramm der NSDAP festgelegt sind«, erhoben⁸.

Die Auseinandersetzungen zwischen Neonationalsozialisten und ihren politischen Gegnern erreichten im Mai einen Höhepunkt, als mutmaßliche Angehörige der linken Antifaschisten-Szene in Hamburg – verkleidet als Polizeibeamte – nachts gewaltsam in die Wohnung von Hamburger KÜHNEN-Anhängern eindrangen und umfangreiche politische und persönliche Unterlagen raubten.

Auch unter den Neonationalsozialisten um KÜHNEN lösten die Ereignisse in der DDR lebhaftere Aktivitäten aus. Wie andere Neonationalsozialisten verteilten sie an der innerdeutschen Grenze und in grenznahen Städten der Bundesrepublik Deutschland Flugblätter an Besucher aus der DDR und warben für ihre politischen Ziele.

3.4 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG)

Die HNG wurde 1979 mit dem Ziel gegründet, sog. nationale Gefangene zu unterstützen. Sie gewährt vornehmlich an inhaftierte Neonationalsozialisten finanzielle Hilfe und veröffentlicht in ihren

HNG unterstützt
inhaftierte Neo-
nationalsozialisten

monatlich erscheinenden »Nachrichten der HNG« Leserbriefe dieses Personenkreises.

Die HNG, deren Mitgliederbestand bei etwas über 200 stagniert, brandmarkt die Strafverfolgung von Neonationalsozialisten als »politische Verfolgung«.

»Bevor Sie sich um politische Verfolgung in aller Welt sorgen, sollten Sie sich zuerst dafür einsetzen, daß in der BRD keine politische Verfolgung mehr herrscht und keine politischen Gefangenen mehr in Haft sind!«

(»Nachrichten der HNG«, 110/89, S. 7)

Die den Aktivistenkreis um KÜHNEN favorisierende Organisation sieht sich selbst wie folgt:

»Die HNG hat in den letzten 10 Jahren zahlreichen inhaftierten Kameraden moralische und materielle Hilfe geleistet. Sie wird das auch in Zukunft leider tun müssen. Solange Deutschland von fremden Mächten besetzt ist und diese willfährige Politiker in unserem Volk finden, werden deutsche Patrioten Hilfe brauchen, weil sie für die wahre Freiheit kämpfen.« (»Nachrichten der HNG«, 110/89, S. 6)

3.5 »Nationalistische Front« (NF)

Die von Meinolf SCHÖNBORN (34) geführte nationalrevolutionäre Organisation, deren Mitgliederbestand sich auf rund 60 Aktivisten beläuft, tritt mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen auf. Die wichtigsten Ortsgruppen bestehen in Bielefeld, Bremen und Berlin (West).



Neben dem sog. NF-Zentrum in Bielefeld steht der Gruppierung seit Anfang des Jahres ein weiteres Objekt in Pivitsheide bei Detmold zur Verfügung, das – ebenso wie das Haus in Bielefeld – Schauplatz für Kundgebungen politischer Gegner und für deren gewalttätige Auseinandersetzungen mit NF-Anhängern und der Polizei wurde.

Die NF propagiert rechtssozialistische, antiimperialistische, revolutionäre Vorstellungen in der Tradition der Brüder STRASSER aus der Weimarer Zeit. Mit einer »antikapitalistischen Sozialrevolution« und einer »antimaterialistischen Kulturrevolution«⁹ soll der Weg zum Aufbau eines gesamtdeutschen Volksstaates¹⁰ geebnet wer-



den. Leitbilder sind die sozialistische Volksgemeinschaft¹¹, die Wahrung der nationalen Identität vor Millionen Ausländern aus fremden Kulturkreisen sowie der nationalen Einheit des Deutschen Volkes in seinem gewachsenen Volksraum¹². Gefordert werden die »Rückführung aller Ausländer«¹³ und der »Abzug sämtlicher Besatzer« zur Sicherung der deutschen Souveränität¹⁴.



Ihr Ziel, an der Europawahl 1989 teilzunehmen, hat die NF nicht erreicht, weil sie bereits die für den Wahlvorschlag erforderlichen 4.000 Unterstützungsunterschriften nicht beibrachte.

»Stützpunkte« der NSDAP-AO verbreiten NS-Propagandamaterial aus den USA

3.6 »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO)

Der US-Bürger Gary Rex LAUCK (36), »Propagandaleiter« der NSDAP-AO, leistet seinen deutschen Gesinnungsgenossen Unterstützung durch die Herausgabe des zweimonatlich erscheinenden NSDAP-AO-Organs »NS Kampfruf«, in dem nach wie vor Artikel



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS - UND AUFBAUORGANISATION

Nummer 76
MAZ/APRIL 1989 (100)

100. FUEHRERGEBURT ST AG

– Andenken und Kampfauftrag –

Heute vor 100 Jahren, am 20.4.1889, wurde in der Ostmark der größte Führer des deutschen Volkes geboren: Adolf Hitler!

Er wurde in eine Zeit hinein geboren, die noch nachteilig von menschenlichen Toren und von einer verkorrupten adligen Schicht beherrscht wurde, die ihre große Zeit schon längst hinter sich hatte. Schon damals war klar, daß nur ein Mann aus dem Volk, wie Adolf Hitler es war, das deutsche Volk aus der Krise ins glückseligste Wohlbefinden führen konnte – es ist einer besseren und großen Zukunft entgegenzuführen.

Schon in seiner kleinen Heimat vor dem ersten Weltkrieg erkannte er die von Adl und Kapitalismus verursachte soziale Verelendung dristischer Volksschichten. Auch die nationale Verelendung durch die Verelendung deutscher Völker wurde von ihm schon damals richtig erkannt. Daraus formte sich schon damals in seinem Innern das Grundgerüst der Weltanschauung, die später die bestmögliche Lösung der nationalen und sozialen Frage in ganz Deutschland bringen sollte – der Nationalsozialismus!

Zu Beginn des 1. Weltkrieges wendete er sich freiwillig zur Front und bewies heldenhaft Seite an Seite mit seinen Kameraden gegen die feindliche Übermacht. Auch dort erkannte er, daß nicht die Vorherrschaft des Kaisers und Standesherren die Kameraden zusammenschweißte, sondern einzig und allein die für jeder Soldaten unvergänglich Frontkameradschaft über alle Dienstgrade hinweg – die sozialistische Kameradschaft!

Nach der Kapitulation im Jahre 1918 zog das deutsche Heer, in Feld umgeschlagen aber von der Reaktion verraten, zurück in die Heimat. Adolf Hitler kämpfte zu dieser Zeit, in Frankreich, verwannt, in einem Lazarett um sein Augenlicht.

Die dunkle Zeit brach in Deutschland an. Die monarchie basierte ihren verfallenden Sturz, einvergebliche Soldaten nutzten das Chaos aus, um die Frontkameradschaft auszubrechen und kommunistische Banden zu bilden. Bedrohlich war die dunkle Überwelt, die Leiche entstammten Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Sturz der Reaktion ein Schritt in die richtige Richtung, aber die verbotenen soziale, wirtschaftliche, politische, vieler Wehler in den Räten ließ Deutschland ertrinken – die Zeit des kommunistischen Terrors brach an.

Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führer des Nationalismus die Hand zur Ver-



Fortgesetzt auf Seite 2

KÜHNENS veröffentlicht werden. Die NSDAP-AO unterhält im Bundesgebiet weiterhin eine Vielzahl von meist aus Einzelpersonen bestehenden »Stützpunkten«, die auch 1989 umfangreiches neonationalsozialistisches Propagandamaterial von der »Auslandszentrale« der NSDAP-AO in Lincoln/Nebraska (USA) bezogen. Einer dieser Stützpunkte wurde am 27. Dezember in Hemer (Märkischer Kreis) ausgehoben.

Bei einem Brüderpaar wurden erhebliche Mengen von Propagandamitteln sowie Schußwaffen (darunter mehrere Karabiner und ein Revolver) sichergestellt.



Die mit einschlägigen Parolen versehenen und in den USA straf-frei hergestellten Aufkleber, Handzettel oder Flugblätter werden von den deutschen NSDAP-AO-Aktivisten bei ihren zahlreichen

Schmier-, Klebe- und Verteilaktionen verwendet. In dem namentlich nicht gekennzeichneten Leitartikel der Juli-August-Ausgabe des »NS Kampfrufes« mit der Überschrift »Die deutsche Frage« wird zum bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. Wörtlich heißt es dort:

»Trotz aller Dementis, ..., die sogenannten Verbündeten – in Ost und West – sind und bleiben nach gültigem Völkerrecht: Besatzer! ... Womit wir nach dem gleichen internationalen Recht die Pflicht und die moralische Berechtigung zum bewaffneten Kampf haben!«

(»NS Kampfruf« Nr. 78, S. 1)

1989 standen 60 Gesetzesverletzungen im Zusammenhang mit Aktivitäten der NSDAP-AO.

3.7 Neonationalsozialistenkreis um Curt Müller

Durch die alljährliche Ausrichtung von überregionalen »Führergeburtstags-« bzw. »Sonnwendfeiern« wurde das Anwesen der Eheleute Curt und Ursula MÜLLER (59/56) in Mainz zum zentralen Treffpunkt für Neonationalsozialisten aus verschiedenen Orten des Bundesgebietes und dem benachbarten Ausland. An der (Nach-)Feier am 22. April zum 100. Geburtstag HITLERs beteiligten sich rund 80 Neonationalsozialisten, an der Sommersonnwendfeier am 24. Juni etwa 60 Personen.

Wegen der von Ursula MÜLLER herausgegebenen Schrift »Die Kampfgefährtin« fanden im April eine Hausdurchsuchung bei den Eheleuten MÜLLER und im Juli bundesweit Hausdurchsuchungen bei Beziehern dieser Schrift statt. Diese staatliche Maßnahme wurde in der genannten Schrift als Schlag der »systemtreuen Geistesbehindertenlobby« angegriffen¹⁵.

3.8 »Bürger- und Bauerninitiative e.V.« (BBI)

Aktivitäten der BBI gingen weiterhin ausschließlich von ihrem Gründer und früheren langjährigen Vorsitzenden aus, dem 71-jährigen in Dänemark lebenden Neonationalsozialisten Thies CHRISTOPHERSEN. Sie beschränkten sich auf den Vertrieb seiner Schriften sowie auf gelegentliche Vorträge und Treffen mit Gesinnungsgenossen.

CHRISTOPHERSEN, gegen den seit Ende 1986 in der Bundesrepublik Deutschland ein Haftbefehl besteht, leugnet weiterhin die Morde an Juden im »Dritten Reich«. Die Herausgabe und Verbreitung seiner Schriften führte erneut zu mehreren Strafverfahren gegen ihn. Enge Verbindungen unterhält er zum dänischen Neonationalsozialistenführer Poul RIIS-KNUDSEN (40), der in seinem »Nordland Forlag« in Ålborg auch Schriften CHRISTOPHERSENS herausgibt.

Neonationalsozialisten-Treffen bei MÜLLER (Mainz)

CHRISTOPHERSEN betreibt weiterhin NS-Propaganda aus Dänemark



Die Bauernschaft

FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT

Mitteltung der „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“

Nr. 1/89
21. Jahrgang
März 1989

Zum Gedenken freie Gedanken



Ich bin nicht würdig,
über Adolf Hitler mit
lauter Stimme zu
sprechen und zu
irgendwelchen rührri-
gen Redereien laden
sein Leben und sein
Wirken nicht ein.
Er war ein Kämpfer für
die Menschheit und
ein Verkünder der
Botschaft vom Recht
für alle Nationen.
Er war eine reformato-
rische Gestalt von
höchstem Range, und
sein historisches
Schicksal war, daß er
in einer Zeit beispi-
eloser Niedertracht wir-
ken mußte, die ihn am
Ende zu Boden
schlug.

Knut Hamsun

Adolf Hitler geb. 20. 4. 1889 gest. 30. 4. 1945

3.9 »Deutsche Bürgerinitiative e.V.« (DBI)

Wie im Vorjahr beschränkten sich die Aktivitäten der DBI auf wenige »Freundestreffen«. Die nur für einen begrenzten Teilnehmerkreis zugänglichen Veranstaltungen finden regelmäßig auf dem Anwesen der Eheleute ROEDER in Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) statt. Sie werden von der Vorsitzenden, Gertraud ROEDER (50), organisiert.

Mit der Vierteljahresschrift »Deutscher Jahrweiser« und dem Mitteilungsblatt »Deutsche Bürgerinitiative e.V. – weltweit« versucht der seit 1982 wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung inhaftierte Gründer der DBI, Manfred ROEDER (60),* weiterhin, auf seine Anhängerschaft einzuwirken. Beide Schriften versuchen das NS-Regime und seine Führungspersonen zu rehabilitieren.

ROEDER agitiert weiter

3.10 »Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.« (DDF)

Im Juli wurde Georg Albert BOSSE (62) zum neuen Vorsitzenden der DDF gewählt. Er löste Otto-Ernst REMER (77) ab, der als »Ehrevorsitzender« weiterhin an der Spitze der von ihm 1983 gegründeten Organisation verbleibt. Auch nach dem Führungswechsel tritt die DDF im wesentlichen nur durch die Herausgabe ihres Mitteilungsblattes »Recht und Wahrheit« in Erscheinung. In

DDF glorifiziert das »Dritte Reich«

* ROEDER wurde aufgrund Beschlusses des Bundesgerichtshofes vom 15. Januar 1990 nach Verbüßung von etwas mehr als zwei Dritteln seiner 13jährigen Freiheitsstrafe am 12. Februar 1990 vorzeitig aus der Haft entlassen.

Beiträgen dieser Publikation, die zu Jahresbeginn noch unter der Bezeichnung »Der Bismarck-Deutsche« erschien, werden Führungspersonen des Dritten Reiches glorifiziert, NS-Verbrechen gelehrt und die deutsche Kriegsschuld bestritten. Herausgeber und für den Inhalt der Schrift verantwortlich ist BOSSE.

Neonational-
sozialistenführer
NAUMANN und
TAG in Straftat

3.11 Sonstige neonationalsozialistische Zirkel

Durch die Straftat des Anführers der neonationalsozialistischen »Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund«, Peter NAUMANN (37), und des Leiters des »Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige«, Ernst TAG (43), sind die Aktivitäten beider neonationalsozialistischer Zirkel nahezu eingestellt worden. NAUMANN verbüßt seit Januar, TAG seit Februar jeweils eine viereinhalbjährige Freiheitsstrafe wegen rechtsextremistisch motivierter Delikte. Das »NS-Hauptquartier« TAGs in Weidenthal/Pfalz steht zum Verkauf.

III. »National-Freiheitliche«/ »Nationaldemokraten«

1. Ideologische Standorte

Die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) des Martin MUSSGUG (53) und die »national-freiheitlichen« Organisationen des Dr. Gerhard FREY (56), allen voran die »Deutsche Volkunion – Liste D« (DVU-Liste D), bekämpfen trotz vieler Lippenbekenntnisse zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland weiterhin die freiheitliche demokratische Grundordnung. Ihre gleichartige ideologisch-politische Ausrichtung läuft – im Gegensatz zu der der Neonationalsozialisten – nicht zwangsläufig auf einen elitären Führerstaat nationalsozialistischer Prägung hinaus. »Nationaldemokraten« streben einen »lebensrichtigen« Staat mit einer von völkisch-kollektivistischen Vorstellungen bestimmten Volksgemeinschaft an, in dem die Gemeinschaftsinteressen betont Vorrang vor den Freiheitsrechten des einzelnen haben sollen. Systemvorstellungen der »National-Freiheitlichen« finden in den ständig wiederholten Agitationskampagnen und den Feindbildern der Zeitungen FREYs ihren Ausdruck.

»National-
demokraten« und
»National-
Freiheitliche«
verbündet

NPD und DVU-Liste D sind miteinander verbunden durch eine 1987 getroffene Wahlabsprache, die bis zur Bundestagswahl 1990 befristet ist. Deshalb verzichtete die NPD zugunsten der DVU-Liste D auf die Teilnahme an der Europawahl im Juni, während die DVU-Liste D zugunsten der NPD nicht an der Bundestagswahl 1990 teilnehmen wird. Die jeweils nicht antretende Partei soll mit Kandidaten auf der Liste der wahlwerbenden Partei vertreten sein und unterstützt diese im Wahlkampf. So kommen der NPD die Finanz-

kraft und das Propagandainstrumentarium Dr. FREYs zugute, während die DVU-Liste D bei der Europawahl aus der strafferen Organisation der NPD Nutzen ziehen konnte, die einen aktiveren Wahlkampf vor Ort ermöglichte. Auch Landtags- und Kommunalwahlen wurden wiederholt mit vereinten Kräften bestritten.

2. »Deutsche Volkunion – Liste D« (DVU-Liste D)

2.1 Zielsetzung

Die politischen Ziele der DVU-Liste D werden in erster Linie in den drei Wochenblättern Dr. FREYs formuliert und verbreitet. Schwerpunkte der Agitation der »Deutschen National-Zeitung« (DNZ), des »Deutschen Anzeigers« (DA) und der »Deutschen Wochen-Zeitung« (DWZ) bilden die Diffamierung von Ausländern, insbesondere der Asylanten, die Herabwürdigung demokratischer Parteien und Politiker, die angebliche »Geschichtsfälschung« und »Umerziehung« der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, die innere Sicherheit und die EG-Politik. So veröffentlichten die Zeitungen neben Schlagzeilen wie: »Kommen jetzt weitere Millionen Ausländer? – Gefahr durch multikulturelle Gesellschaft«¹⁶ und »Deutschland den Ausländern? Die Folgen von Asylbetrug und Überfremdung«¹⁷ eine Artikelserie zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, in der es u.a. heißt:

Der 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs sei von »Profis der Vergangenheitsbewältigung« dazu benutzt worden, »dem deutschen Volk erneut eine kräftige Dosis zu verpassen, damit es in den Rauschzustand von Kollektivschuld, Kollektivverantwortung, Kollektivhaftung und Kollektivscham verfällt.«
(»Deutsche National-Zeitung« 31/89, S. 6)

Die Ereignisse in der DDR veranlaßten Dr. FREY, einen dreistufigen »Fahrplan zur Wiedervereinigung« über Vertragsgemeinschaft (sofort), Föderation (Herbst 1990) und Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland nach Volksabstimmung (in 2 bis 3 Jahren) vorzustellen¹⁸. Dr. FREY rief zu Patenschaftsabonnements seiner Zeitungen für Deutsche in der DDR auf¹⁹.

2.2 Organisation

Nach Gründung ihres Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen im Februar besitzt die DVU-Liste D nun bundesweit Untergliederungen. Die Partei führte auch unterhalb der Landesebene ihren organisatorischen Ausbau fort. Mehrere Bezirksverbände, über 40 Kreisverbände und vereinzelt Ortsverbände ermöglichen ihr nun auch mehr Präsenz vor Ort. Auf ihrem Bundesparteitag am 4. März in Planegg (Kreis München) wurde der Bundesvorsitzende Dr. FREY in seinem Amt bestätigt.

Agitation der
DVU-Liste D
gegen Ausländer
und
»Umerziehung«

„Deutsche Einheit: Jetzt handeln!“
Aufruf an Bonner Politiker / S. 2, 3, 4

Deutscher Anzeiger

Freiheitliche Wochenzeitung

Gefahr für Wiedervereinigung?



Wiedervereinigung kein Traum mehr
National-Zeitung
Kriegsverbrechen der anderen

„Deutschland über alles“
Was die Mitteldutschen wollen

Verspielt Kohl die Wiedervereinigung?

National-Zeitung

freitlich | unabhängig | überparteilich

Der Massenmord an deutschen Soldaten

Geheim-Dokumente enthüllen Sieger-Verbrechen

Wer ist die neue deutsche Kraft? / Seite 3
6 Richtige am 18. Juni / Seite 4

DVU
SCHEINASYLANTEN STOPPEN!
DEUTSCHE WÄHLEN DEUTSCH!



Am 18. Juni: DVU ins Parlament

DVU
DEUTSCHE WOLKUNDE - Liste D

Freiheitliche Tatsachen
WIRD DEUTSCHES STEUERGELD VERSCHWENDET?
... 20 Milliarden Mark (5000 mal eine Million) an
... 30 Milliarden Mark (Kindergeld, Arbeitslosengeld,
... 30 Milliarden Mark (Geldgeschenke aus Ausland,
... 35 Milliarden Mark (20 000 mal eine Million)
... 100 Milliarden Mark (100 mal eine Million) an die
... 100 Milliarden Mark (100 mal eine Million) an die
... 100 Milliarden Mark (100 mal eine Million) an die

1989 konnte die DVU-Liste D ihren Mitgliederbestand mehr als vervierfachen. Die Partei hat nun rund 25.000 Mitglieder (1988: 6.000). Dr. FREY behauptet, es seien noch mehr. Der Zuwachs hat im wesentlichen zwei Gründe:

**Mitgliederzahl
der DVU-Liste D
vervierfacht**

- Die »Deutsche Volksunion e.V.« änderte im Dezember 1988 ihre Satzung insoweit, als alle Mitglieder über 16 Jahre gleichzeitig Mitglied der DVU-Liste D sind, sofern sie nicht ausdrücklich widersprechen. Damit konnte FREY die große Mehrheit der über 12.000 Mitglieder der DVU e.V. in die neue Partei überführen.
- Darüber hinaus haben die werbewirksamen Maßnahmen der DVU-Liste D im Europawahlkampf, insbesondere die bundesweiten Postwurfsendungen, dazu beigetragen, daß mehrere Tausend neue Mitglieder sich der Partei anschlossen.

2.3 Finanzen

Nach eigenen Angaben investierte Dr. FREY 18 Millionen DM in den Europawahlkampf. Die Partei hat jedoch lediglich rund 3,7 Millionen DM aufgrund des bei der Europawahl erzielten Ergebnisses als Wahlkampfkostenerstattung zu erwarten. Das Defizit dürfte die zukünftigen politischen Aktivitäten erschweren. Schon während des Wahlkampfes und auch nach der Wahl rief Dr. FREY seine Anhänger in noch stärkerem Maße als bisher in seinen Zeitschriften und in persönlich gefaßten Schreiben zu Spenden auf.

**Gewaltiger
Aufwand für den
Europawahlkampf**

2.4 Teilnahme an Wahlen

Die Aktivitäten der DVU-Liste D standen ganz im Zeichen des Europawahlkampfes, den sie mit Unterstützung der NPD bestritt. Das erklärte Ziel war der Einzug in das Europaparlament. Mit zahlreichen spektakulären Aktionen versuchte Dr. FREY, dieses Ziel zu erreichen. Mit Millionenaufwand verschickte er im Januar und Mai an jeweils 28 Millionen Haushalte Postwurfsendungen, um die DVU-Liste D bekannt zu machen und neue Mitglieder und Abonnenten zu gewinnen. Daneben übersandte Dr. FREY Informations- und Propagandamaterial an bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Apotheker, Landwirte und Winzer, Taxifahrer und Seeleute. An die Aussiedler wandte er sich in einem »Aussiedlerbrief«. Die Geburtsjahrgänge 1900 – 1930 schrieb Dr. FREY ebenfalls bundesweit an. Vom März bis Juni veranstaltete die DVU-Liste D mehrere hundert Wahlkundgebungen, darunter zahlreiche Großveranstaltungen mit Dr. FREY als Hauptredner. Viele Veranstaltungen waren von Störungen bzw. gewalttätigen Ausschreitungen politischer Gegner begleitet.

Die DVU-Liste D erzielte bei der Europawahl am 18. Juni 444.921 Stimmen = 1,6 %. Damit verfehlte sie ihr Wahlziel eindeutig. Gegenüber seinen enttäuschten Anhängern machte Dr. FREY vor allem die Medien für das schlechte Abschneiden der DVU-Liste D verantwortlich. Diese hätten die »Republikaner« hochgejubelt und die DVU-Liste D totgeschwiegen.

**Fiasko der
DVU-Liste D bei
der Europawahl**

An den zeitgleich mit der Europawahl bzw. später durchgeführten Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg nahm die DVU-Liste D nur ganz vereinzelt und ohne großen Aufwand teil. Dabei erzielte sie Stimmenanteile bis zu 1,6 %. Ausnahmen bildeten die Ergebnisse in zwei Landkreisen bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, wo die Partei über 3 % der Stimmen bekam.

3. »Deutsche Volkunion e.V.« (DVU)

DVU e.V. nahezu
inaktiv

Diese Vorläuferorganisation der Partei fristet nach der Überführung der Mitgliedschaften in die DVU-Liste D nur noch ein Schattendasein. Sie trat 1989 neben der Partei als eigenständige Organisation kaum mehr hervor. Ihr sind sechs Aktionsgemeinschaften angegliedert, von denen die »Aktion deutsche Einheit« (AKON) aufgrund der politischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa wieder etwas mehr in den Vordergrund getreten ist.

4. »National-Freiheitliche« Verlage

Die »Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH« (DSZ-Verlag) und die »Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH« (FZ-Verlag) gaben wie in den letzten Jahren eine Reihe von »Enthüllungsbüchern« heraus, wie u. a. »Deutschland stirbt nicht«, »Lexikon der Skandale« und »Verheimlichte Dokumente«. Darüber hinaus bieten die Verlage Medaillen, Anstecknadeln, Landkarten, Schallplatten sowie Videos mit übermäßiger Betonung des Deutschtums bis hin zu nationalsozialistischem Bezug an.

5. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

5.1 Zielsetzung

Im Berichtsjahr trat das Aufbegehren der innerparteilichen Opposition gegen die Zusammenarbeit der NPD mit der DVU-Liste D in den Hintergrund. Stattdessen war die Partei vorrangig mit ihrer Selbstbehauptung gegenüber den »Republikanern« beschäftigt. Auf dem Bundesparteitag in Rhaden (Kreis Minden-Lübbecke) im Februar bekräftigten die Delegierten mit großer Mehrheit das Wahlbündnis mit der DVU-Liste D. Die Partei unterstützte die DVU-Liste D im Europawahlkampf. Nach dem enttäuschenden Wahlausgang breitete sich unter den NPD-Mitgliedern tiefe Resignation aus. Die Partei unternahm verstärkte Anstrengungen, einer Abwanderung zu den »Republikanern« entgegenzuwirken. Sie rief zur Treue auf und versuchte zugleich, ihre Mitglieder für den Bundestagswahlkampf 1990 zu mobilisieren. Die Vorsitzenden der NPD

NPD versucht,
sich gegen die
»Republikaner« zu
behaupten

und der DVU-Liste D forderten ihre Mitglieder auf, alles zu tun, um diejenigen, die bei der Europawahl die »Republikaner« gewählt hätten, für das Wahlbündnis der »authentischen Rechten« zu gewinnen. Die Partei berief eine Strategiekommision und stellte ihre deutschland-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele in einem Flugblatt dar. Weitere Pläne zielen darauf ab, die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu lenken. Die NPD bot den »Republikanern« Zusammenarbeit an, was deren Vorsitzender Franz SCHÖNHUBER allerdings ablehnte.

Die NPD bestätigte auch 1989 durch ihre Agitation die in dem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. November 1987 (1 WB 105/86) getroffene Feststellung, daß ihre politischen Zielsetzungen mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind. Die NPD agitierte in ihren Propagandaschriften, zu denen maßgeblich die Parteizeitung »Deutsche Stimme« zählt, gegen Ausländer und Asylanten. Sie verleumdete systematisch Repräsentanten und Institutionen der freiheitlichen Demokratie.

NPD verfolgt weiter verfassungsfeindliche Ziele

Lesen und weitergeben! *Wir in NRW – wählen NPD!*

DEUTSCHE STIMME

NRW Kommunalwahl-Sonderausgabe 1990

Unsere Heimat muß deutsch bleiben!

Ausländerwahlrecht? Nein!

In NRW droht die Einführung des Ausländerwahlrechts. Die Grünen kündigten dieses Ziel für den Fall einer rot-grünen Koalition bereits an. Zunächst Ausländerbeirat, dann auf Landesebene Ausländerwahlrecht. „Multikulturell“ müsse NRW werden. So könnten sie natürlich auch mit Blüms CDU koalieren. Der fordert nämlich auch die „multikulturelle Gesellschaft“. Multikulturell? Vielvolkerheit könnte man auf deutsch sagen. Bei einem runden

schiebt. Denn es gibt da Stadtbezirke mit erheblich höheren Anteilen. Gegen die „multikulturelle“ Mode von der Grünen bis zur CDU hilft nur eins: NPD wählen! Die Nationaldemokraten sagen ganz klar und eindeutig: **Wahlrecht nur für Deutsche. Ausländer dürfen in Deutschland genauso wenig mitbestimmen wie auch Deutsche im Ausland nicht wählen dürfen!** Deutschland darf nicht zur multikulturellen Gesellschaft entarten, sondern muß ein



Wir Nationaldemokraten wollen für unsere Kinder eine drogenfreie, keine „multikulturelle“ Zukunft.

Nach Meinung der »Nationaldemokraten« ist »wohl selten ... ein Volk so an der Nase herumgeführt worden, wie wir in der letzten Zeit. Immer mehr Menschen sehen, daß sich die bundesdeutsche Politik kaum noch an normalen Maßstäben orientiert«.

(»Forum«, Ausgabe Mai)

Und: »Alles deutet darauf hin, daß das 20. Jahrhundert nicht im Zeichen einer naturgesetzwidrigen 'Integration', sondern unter

dem Vorzeichen der Wiedergeburt bisher fremdbestimmter Nationen steht.«

(»Neuer politischer Dienst«, Ausgabe 1/89)

Fluchtwelle und kein Ende?

Deutschlands Ehrlert kommt bestimmt
Lesen u d weisgen.

DEUTSCHE STIMME

14. Jahrgang Nr. 9/September 1989 Auflage 238 000
Nationaldemokratische Zeitung
Ausgabe E 8037 E Einzelpreis 2,- DM/15,- 05

Deutschlands „Alleinschuld“ – eine Lüge!

KfW. Der erste September dieses Jahres ist der 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs. Die Vergangenheits-„Bewältigung“ Welle läuft ihrem Höhepunkt zu. Politiker der etablierten Parteien und die Fernsehbehörden überschlagen sich fast in ihren Bekundungen zu deutscher Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Immer geht es dabei darum, den Deutschen einzureden, daß die Wiederherstellung Deutschlands als freier und souveräner Staat wieder möglich noch wahrscheinlicher sei. Dennoch, es treibt den Bewältigten fast die Tränen in die Augen, steigt sich nach 50 Jahren tiefer Ernüchterung noch immer eine Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland davon unbeeindruckt: Mehr als 50 % sind von der allseits beschworenen Alleinschuld keineswegs überzeugt. Dieser Mehrheit muß beachtet werden, daß ihre Meinung zutreffend und historisch gerechtfertigt ist – es gibt keine „Alleinschuld“ Deutschlands am Zweiten Weltkrieg!

Vertagene Geschichtsklärung: Das wahrgenommene Geschichtsbild, das heute vorliegt, ist das Ergebnis von 50 Jahren Vertagung. Die deutsche Bevölkerung hat sich im Laufe der Jahre an die Vorstellung gewöhnt, daß Deutschland die alleinige Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trägt. Diese Vorstellung ist historisch nicht gerechtfertigt. Die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs liegt bei mehreren Nationen, darunter auch Frankreich, England und den USA.



Nicht nur viele mehr sind, daß in Italien vor 1918 ein belarische Unruhe/Unruhe war. Krieg gegen Deutschland geführt wurde? 1939, war Italien ein Mitläufer. Anstatt war es kein „Krieg“ mit dem Deutschen wird es keine Unruhe gegen und Italien waren für menschliche Drogen? („Menschlichkeit“) Sollen die historischen Drogen, die in 1918 und 1919 vertagen, mit und richtig sein, wenn sie gegen Deutschland „Alleinschuld“ sprechen? Vor dem deutschen „Überfall“ auf Polen sagte der polnische Marschall Spychalski: „Polen will die Krieg mit Deutschland, daß Deutschland wird die nicht vertagen können, selbst wenn es die würde.“ Auch nach dem „Überfall“...

Die ersten Massenerschießungen Die geschichtsklärende Arbeit des „Bewältigung“ Welle... aber jede Welle... nicht durch... nicht durch...

NPD bemüht sich um Kontakte zur NDPD der DDR

Angesichts der grundlegenden politischen Veränderungen in der DDR startete die NPD im November eine Aktion »Volksabstimmung – Wiedervereinigung«, für die sie mit Demonstrationen und Propagandamittelverteilung auch unter DDR-Bürgern werben will. Die »Nationaldemokraten« haben einen Stufenplan vorgestellt, der eine Konföderation unter einer »Deutschen Nationalversammlung« vorsieht, die die Wiedervereinigung vorbereiten soll²⁰. Die Partei sieht die »National-Demokratische Partei Deutschlands« (NDPD) der DDR als ihren Gesprächs- und Aktionspartner an und bemüht sich um entsprechende Kontakte.

Mitgliederzahl nimmt zu

5.2 Organisation

Der Mitgliederbestand der NPD nahm 1989 kräftiger zu als in den letzten beiden Jahren. Er stieg von ca. 6.400 auf etwa 7.000. In Zukunft will sich die NPD auch verstärkt der Mitgliederwerbung widmen. Ihre Zielgruppen sind insbesondere »sozial Benachteiligte«, Jugendliche, Aus- und Übersiedler und Wähler der »Republika-ner«.

5.3 Finanzen

Da die NPD zugunsten der DVU-Liste D auf die Teilnahme an der Europawahl verzichtet hatte, mußte sie die hierfür gewährten

Wahlkampfkostenvorauszahlungen zurückerstatten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es ihr, mit Hilfe der Landesverbände diese Verbindlichkeit bis Ende September abzudecken. Hierbei wurden der Chancenausgleich, der der Partei für die Bundestagswahl 1987 zustand, und ein Abschlag auf die Wahlkampfkostenvorauszahlung für die Bundestagswahl 1990 verrechnet, so daß diese Finanzquellen für die Bestreitung des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 1990 ausfallen. Allerdings hat die DVU-Liste D der NPD aufgrund einer zwischen den Parteien geschlossenen Vereinbarung noch 1 Million DM Kostenersatz für deren Verzicht auf die Teilnahme an der Europawahl zu erstatten.

5.4 Teilnahme an Wahlen

Die NPD kandidierte bei allen Wahlen des Jahres 1989 außer bei der Europawahl und der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, an der sie aufgrund eines Verbots der Alliierten Kommandantur nicht teilnehmen durfte. An Kommunalwahlen nahm sie in ausgewählten Kreisen und Gemeinden teil.

Bei der Kommunalwahl in Hessen am 12. März erzielte sie punktuelle Erfolge. Wahlkampfschwerpunkt der Partei war Frankfurt am Main, wo mit 6,6 % der Stimmen allein sieben der landesweit 29 errungenen Mandate auf sie entfielen. Bei den Kommunalwahlen im Saarland am 18. Juni erzielte die NPD Stimmenanteile von 0,6 % bis zu 6,2 %. Hier wie bei den am selben Tage stattfindenden Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz erreichte die NPD jedoch keine Mandate. In Rheinland-Pfalz hatte die Partei nur im Kreis Südliche Weinstraße kandidiert. Sie bekam 4 % der Stimmen. Ferner nahm die NPD an den Wahlen zu einigen Kommunalparlamenten in Nordrhein-Westfalen am 1. Oktober teil. Außer in Wuppertal, wo sie einen »Schwerpunktwahlkampf« geführt hatte und mit 3,2 % der Stimmen abschnitt, erzielte sie fast nur Ergebnisse unter 1 %. Schließlich stellte sich die Partei bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 22. Oktober den Wählern. Hier konnte sie die herausragendsten Ergebnisse in Tuttlingen (9,3 %) und Villingen-Schwenningen (4,79 %) erzielen.

In diesen Orten hatten mit dem Parteivorsitzenden MUSSGNUM (53) bzw. dem Landesvorsitzenden Jürgen SCHÜTZINGER (36) bekannte Parteifunktionäre kandidiert. Obwohl die Partei den Wahlkampf in der Landeshauptstadt Stuttgart zum landesweiten Schwerpunkt erklärt hatte, stimmten dort nur 0,8 % der Wähler für sie. Bundesweit ist die NPD in Kommunalparlamenten nunmehr mit 48 Mandaten vertreten.

**Punktuelle Erfolge
bei
Kommunalwahlen**

Mitgliederzuwachs auch bei den »Jungen Nationaldemokraten«

6. »Junge Nationaldemokraten« (JN)

Die JN konnten die Anzahl ihrer Mitglieder von 800 auf 900 steigern. Im Juli wählte die Jugendorganisation der NPD auf ihrem Bundeskongreß in Herne Thilo KABUS (23), den ehemaligen Landesvorsitzenden von Berlin, zu ihrem neuen Bundesvorsitzenden. Er bekundete die Absicht, eine allumfassende Reformpolitik einzuleiten und mehr und bessere Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Obwohl die JN nach wie vor mehrheitlich in Opposition zum Wahlbündnis der NPD mit der DVU-Liste D stehen, unterstützten sie das Bündnis wohl mit der pragmatischen Erwägung, sich die finanziellen Möglichkeiten Dr. FREYs für ihre politischen Ziele zunutze zu machen.

GFP bleibt stärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung

IV. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Bei den rund drei Dutzend sonstigen rechtsextremistischen Gruppen handelt es sich um kleinere Zusammenschlüsse von geringer Bedeutung. Nennenswert ist die

»Gesellschaft für Freie Publizistik« (GFP).

Sie ist mit mehreren hundert Mitgliedern nach wie vor die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung. Sie führte auch 1989 zahlreiche Vortragsveranstaltungen durch mit bekannten Rechtsextremisten wie Dr. Rolf KOSIEK (55), dem ehemaligen »Chef-Ideologen« der NPD, und Rechtsanwalt Jürgen RIEGER (43), dem Vorsitzenden der rechtsextremistischen »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV). Auf dem Jahreskongreß der GFP im Oktober in Planegg bei München traten u. a. der frühere Vorsitzende der NPD, Adolf von THADDEN (68), und der ehemalige NPD-Funktionär Günter DECKERT (49) als Redner auf.

V. Jugendgruppen

1. Überblick

Mitgliederzahl rechtsextremistischer Jugendgruppen nimmt zu

1989 waren 7 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen bekannt. Ihre Mitgliederzahl stieg von 1.400 im Jahre 1988 auf etwa 1.500. Neben den »Jungen Nationaldemokraten« (JN), der Parteijugend der NPD, ist die »Wiking-Jugend« von einer gewissen politischen Bedeutung.

Die Führer dieser Jugendgruppen sind überzeugte Rechtsextremisten. Dies gilt jedoch – von den JN abgesehen – nicht für alle Mit-

glieder. Jugendliche dürften sich oft weniger von der rechtsextremistischen Ideologie und Propaganda dieser Gruppen als vielmehr von der erwarteten Kameradschaft, den Sport- und Freizeitangeboten sowie der Zelt- und Lagerfeuerromantik angezogen fühlen. Die Führer setzen dies bewußt ein, um Halbwüchsige als Mitglieder zu gewinnen, die sie dann politisch indoktrinieren können.

2. Rechtsextremistische Randgruppen

Etwa 250 der rund 2.500 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Skinheads können – wie im Vorjahr – zum politischen Gewaltpotential des deutschen Rechtsextremismus gezählt werden. Sie sind bereit, sich für ihre politischen, gelegentlich auch rein provokativen Ziele mit Gewalt einzusetzen.

Extremistische Motive dürften der Tötung eines Stadstreichers im Juli durch zwei in die örtliche rechtsextremistische Szene in Gelsenkirchen eingebundene Skinheads zu Grunde liegen (vgl. Kap. IX, Nr. 2). In der Nacht zum 10. September kam es in Hannover zu Schlägereien zwischen Skinheads und Türken, in deren Verlauf die ersteren mit Stahlruten und Schlagstöcken auch auf Unbeteiligte einschlugen sowie mit Messern auf sie einstachen. Einer der Angegriffenen mußte nach einem Messerstich in den Rücken in ein Krankenhaus eingeliefert werden (vgl. Kap. IX, Nr. 2).

10 % der Skinheads zählen zum rechts-extremistischen Gewaltpotential

3. »Wiking-Jugend e.V.« (WJ)

Die WJ ist eine nach dem Führerprinzip geleitete, einer »Nordlandideologie« anhängende Jugendorganisation mit rund 400 Mitglie-



»Wiking-Jugend«
weiter Hand in
Hand mit Neo-
nazis

dern. Sie empfindet sich in der Tradition der ehemaligen »Hitler-Jugend«. In dem Publikationsorgan der WJ, dem »Wiking«, wird Hitler als einer »der größten Männer, welche die Weltgeschichte aufzuweisen hat« sowie als »Heiliger« glorifiziert²¹.

Auch 1989 arbeitete die WJ eng mit der neonationalsozialistischen FAP zusammen. Zugleich verfestigte sich der neonationalsozialistische Kurs der WJ.

Ihre Führungsmannschaft nimmt mehr und mehr den Charakter eines neonationalsozialistischen Kaderzirkels an. Auf dem Sonderparteitag der FAP am 13. Mai in Eversen (Kreis Celle) betonte der Bundesführer der WJ, Wolfgang NAHRATH (60), die Gemeinsamkeiten des politischen Auftrages beider Organisationen. Vom 11. bis 16. Mai führte die WJ in Hetendorf (Kreis Celle) ihre »35. Tage Volkstreuer Jugend« durch. Unter den rund 200 Teilnehmern befanden sich erneut zahlreiche FAP-Aktivisten. Sie bildeten den »Sicherungsdienst« des Lagers. Zum Jahreswechsel 1989/1990 trafen sich WJ- und FAP-Aktivisten – wie seit Jahren – wiederum im hessisch-bayerischen Bereich der innerdeutschen Grenze. 50 von ihnen wurden vorübergehend festgenommen, als sie sich anschickten, trotz bestehenden Versammlungsverbotes Mahnfeuer am Grenzzaun abzubrennen.

VI. Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Computerspiele

Die organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlage und Vertriebsdienste gaben auch 1989 beträchtliche Mengen rechtsextremistischer Druckerzeugnisse heraus.

1. Zeitungs- und Schriftenverlage

Die Zahl der organisationsungebundenen Zeitungs- und Schriftenverlage ging von 16 auf 13 zurück. Die Themen ihrer Veröffentlichungen haben sich kaum verändert. Neben dem Bestreiten der deutschen Kriegsschuld wurden weiterhin HITLER sowie sein Stellvertreter HESS verherrlicht. Außerdem wurde die These der sogenannten Revisionisten, daß es in den Konzentrationslagern keine Vergasungen gegeben habe und die Massenvernichtung von Menschen, besonders Juden, während des Nationalsozialismus eine Erfindung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sei, weitverbreitet. Ausländerfeindliche und antisemitische Inhalte waren auch in diesem Jahr charakteristisch für eine Vielzahl veröffentlichter Artikel.

2. Buchverlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der organisationsungebundenen Buchverlage und Vertriebsdienste ging von 24 auf 22 zurück.

3. Computerspiele

Die im Vorjahr festgestellte Verbreitung von Computerdisketten mit oft primitiven rassistischen, ausländerfeindlichen und dem Führerkult huldigenden Spielen setzte sich fort. Die Anzahl der von der Bundesprüfstelle indizierten »Spiele« dieser Art ist inzwischen auf 16 gestiegen. Einige wurden bundesweit beschlagnahmt, darunter die Titel »Anti-Neger-Test«, »Anti-Türken-Test« und die »Hitler-Show«. Die Nachforschungen nach den Herstellern und den Vertriebern dieser Machwerke stoßen nach wie vor auf große Schwierigkeiten. Nach dem vorliegenden Erkenntnisstand wird solches Material zumeist unter der Hand zwischen Jugendlichen weitergegeben und von Jugendlichen, die über entsprechende technische Ausstattung verfügen, kopiert.

Verbreitung
rechtsextremi-
stischer
Computerspiele
hält an

VII. Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten

1. »Revisionisten«

Im internationalen Rechtsextremismus trat 1989 ein Personenkreis besonders hervor: die sogenannten Revisionisten, die beweisen wollen, daß es die Massenvernichtung von Menschen, besonders von Juden, während des Nationalsozialismus (Holocaust) nicht gegeben habe.

»Revisionisten«
leugnen Holocaust

Zu den Vertretern dieser Auffassung gehören u. a.

- der umstrittene englische Schriftsteller David IRVING (51),
- Thies CHRISTOPHERSEN (71) (»Die Bauernschaft«),
- Ernst ZÜNDEL (50) und
- die Österreicher Walter OCHENSBERGER (48) (»Sieg«) und
- GERD HONSIK (48) (»Freispruch für Hitler?«).

Der internationale Neonationalsozialistenkreis »Europäische Neu-Ordnung« (ENO) mit Sitz in Lausanne, der sich als Verteidiger der »arischen Rassengemeinschaft«²² versteht, wandte sich im März in Lyon in einer Resolution gegen den »Mythos der sechs Millionen und der Gaskammern«. Dieser Mythos solle nicht nur finanziell, sondern auch politisch und psychologisch als Mittel zu einer »weltweiten Erpressung« benutzt werden²³.

2. Veranstaltungen zum 100. Geburtstag HITLERS

Die Zahl und der Umfang der Veranstaltungen im europäischen Ausland zum 100. Geburtstag HITLERS am 20. April 1989 blieben weit hinter den Erwartungen zurück, die die Gründung des »Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers« (KAH) fünf Jahre zuvor in Neonationalsozialistenkreisen geweckt hatte. Die einzige größere Kundgebung fand mit 200 bis 300 Teilnehmern am 23. April in Madrid statt. Der Präsident der

HITLER-
Geburtstagsfeier
in Madrid

spanischen Neonationalsozialisten-Gruppe »Círculo Español de Amigos de Europa« (CEDADE), Pedro VARELA GEISS (32), und CHRISTOPHERSEN hielten Lobreden auf HITLER.

3. Propagandamaterial aus dem Ausland

Hauptproduzent des NS-Propagandamaterials, das aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust wird, ist der amerikanische Staatsbürger Gary Rex LAUCK (36). Er bezeichnet sich als »Propagandaleiter« der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO) und gibt als Kontaktadresse ein Postfach in Lincoln in Nebraska an. Er verlegt und verbreitet die Zeitschrift »NS Kampfruf« und große Mengen an Plakaten, Flugblättern und Aufklebern mit Hakenkreuzen und NS-Parolen. Dies unterliegt in den USA keinen strafrechtlichen Sanktionen (vgl. Kap. II, Nr. 3.6).

4. Internationale Treffen

Außer den genannten Treffen in Lyon und Madrid sind noch folgende Begegnungen zwischen deutschen und ausländischen Rechtsextremisten im Jahre 1989 erwähnenswert:

Die Großkundgebung der DVU – Liste D am 27. Mai in Passau, an der wie in den Vorjahren viele Österreicher teilnahmen, und die Rechtsextremistentreffen am Rande der Yser-Wallfahrt am 26. und 27. August bei Diksmuide in Westflandern. Die Zahl der Teilnehmer an den letztgenannten Treffen geht infolge des scharfen Durchgreifens der belgischen Gendarmerie immer mehr zurück. 1984 waren es noch fast tausend, diesmal nur noch wenige hundert Teilnehmer.

VIII. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus*

1. Anschläge

1989 wurden 12 Brandanschläge** (1988: 12) bekannt, bei denen eine rechtsextremistische Motivation angenommen werden kann oder wahrscheinlich ist. Dafür sprechen die Begleitumstände, vor allem aber die Auswahl der Zielobjekte:

- Am 4. Januar legten unbekannte Täter einen Brand in der Garage des Pfarrers der evangelischen Kirchengemeinde Bochum-

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Von diesen 12 Brandanschlägen ordnet die Polizei 6 dem Bereich des Rechtsextremismus zu. Die vom Bundesamt für Verfassungsschutz abweichende Angabe hängt mit dem unterschiedlichen Erfassungszeitraum und den unterschiedlichen Erfassungsmodalitäten zusammen.

Langendreer. Ein Pkw und der Garageninnenraum brannten aus. Der Sachschaden beträgt ca. 40.000 DM. An der Außenfassade der Garage wurden drei Hakenkreuze festgestellt.

- In der Nacht zum 5. Februar verübten in Berlin (West) zwei junge Männer einen Brandanschlag auf einen mit dem Schriftzug »SJD-DIE FALKEN« versehenen Kleintransporter. Bei den Tätern wurden Aufkleber der FAP gefunden.
- In der Nacht zum 29. März zündeten unbekannte Täter im Eingangsbereich zu einem als Asylantenunterkunft vorgesehenen Hotel in Hofkirchen (Kreis Passau) einen Brandsatz. An der Außenfassade des Hotels waren Hakenkreuze und die Aufschrift »Keine Asylanten« angebracht.
- Am 7. Mai setzten in Augsburg unbekannte Täter einen PKW eines jüdischen Mitbürgers in Brand. Durch das Feuer wurden auch Einrichtungen des Parkhauses beschädigt. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 35.000 DM. In der Nähe des Brandherdes sprühten die Täter auf eine Betonwand die Parole »Juda verrecke« sowie zwei SS-Runen. Bereits am Tage zuvor hatte der Fahrzeughalter an seinem Fahrzeug ein Blatt mit antisemitischem Text vorgefunden.

Außerdem wurden 1989 den Sicherheitsbehörden noch 41 (1988: 27) weitere Anschläge bekannt, bei denen angesichts der Tatausführung bzw. der Anschlagziele rassistische Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus bzw. »Haß auf Linke« zumindest mitursächlich gewesen sein können. Dabei entstanden Sachschäden in Höhe von mehreren 100.000 DM.

2. Justizmaßnahmen

Die Staatsanwaltschaft Amberg hat am 11. Oktober bei dem dortigen Landgericht Anklage gegen einen 20jährigen Neonationalsozialisten wegen besonders schwerer Brandstiftung erhoben. Er ist verdächtig, am 17. Dezember 1988 einen Brandanschlag auf ein überwiegend von Ausländern bewohntes Haus in Schwandorf verübt zu haben. Dabei waren eine dreiköpfige türkische Familie und ein Deutscher ums Leben gekommen.

Das Oberlandesgericht Bamberg hat – unter Aufhebung einer Entscheidung des Landgerichts Bayreuth – am 14. Juli beschlossen, die Vollstreckung des letzten Drittels der gegen den ehemaligen Leiter der 1980 verbotenen neonationalsozialistischen »Wehrsportgruppe HOFFMANN«, Karl-Heinz HOFFMANN (52), verhängten 9 1/2jährigen Freiheitsstrafe zur Bewährung auszusetzen. HOFFMANN – so das Gericht – habe sich von seinen früheren Absichten losgesagt. HOFFMANN erklärte später im Fernsehen²⁴, es sei völlig falsch zu behaupten, er habe seine Gesinnung geändert. Lediglich seine Interessenlage habe sich geändert.

HOFFMANN
freigelassen

IX. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug

1. Überblick

Zahl der Gesetzesverletzungen nimmt zu

1989 wurden 1853 Gesetzesverletzungen* mit rechtsextremistischem Bezug (1988: 1607) erfaßt, davon 103 Gewaltakte (1988: 73). Sie gliedern sich wie folgt:

	1988	1989
Tötungsdelikte	0	1
Brandanschläge	12**	12
Körperverletzungen	36	52
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	25***	38
Gewalttaten insgesamt	73	103
Gewaltandrohungen	83	102
Propagandadelikte, die den Tatbestand der §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a Strafgesetzbuch erfüllen (u. a.) Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen)	1222	1483
Sonstige Gesetzesverletzungen	229	165
Insgesamt	1607	1853

* Gesetzesverletzungen in dem hier verstandenen Sinne sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Terrorakte, Gewaltandrohungen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen sowie Beleidigungen und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener im Zusammenhang mit der Verfolgung durch die Nationalsozialisten gem. den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a, 185 ff i.V.m. 194 Abs. 1 und 2 Strafgesetzbuch. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzelteilen bestand, mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde. Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Bezug ist nur teilweise möglich, weil den vorgenannten Strafvorschriften, die sich gegen die nationalsozialistische Propaganda wenden, keine vergleichbaren Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen. Anders als bei der »Polizeilichen Kriminalstatistik – Staatsschutzdelikte« (PKS-S) beziehen sich die Zahlenangaben – ungeachtet des Standes der Ermittlungsverfahren – auf den Tatzeitpunkt im Kalenderjahr.

** Davon ein besonders schwerer Fall mit 4 Todesopfern.

*** 1988 wurden lediglich die Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung gezählt.

2. Gewalttaten

Über die im Überblick genannten 12 Brandanschläge wird im Vorkapitel VIII, Nr. 1, berichtet.

1989 kam es zu einem Tötungsdelikt mit rechtsextremistischem Bezug. Am Morgen des 27. Juli wurde in Gelsenkirchen-Erle ein 59-jähriger, dem Stadstreichermilieu zuzurechnender Mann mit schwersten Kopf- und Brustverletzungen aufgefunden. Er verstarb kurze Zeit später. Als Tatverdächtige wurden zwei 19 und 20 Jahre alte Brüder aus dem gleichen Ortsteil ermittelt, die zur Skinhead-Szene gehörten und in der örtlichen rechtsextremistischen Szene eingebunden waren. Einer der Täter ist geständig.

Von 52 1989 festgestellten Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug richteten sich 19 gegen Asylbewerber bzw. sonstige Ausländer und ebenso viele gegen politische Gegner.

Beispiele:

- So drangen am Abend des 10. Februar in Witten etwa ein Dutzend Anhänger der FAP gewaltsam in ein überwiegend von Angehörigen der Punker-Szene bewohntes Haus ein. Es kam zu Gewalttätigkeiten zwischen den mit Kanthölzern und Reizgas-sprüngeräten ausgerüsteten Neonationalsozialisten und den Hausbewohnern, in deren Verlauf der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FAP, Christian S. (28), mit einer Gaspistole auf einen Gegner schoß. Bei dem Überfall wurden ein Hausbewohner und ein Neonazi verletzt.
- Am 10. April stürten ca. 30 Angehörige der rechtsextremistischen Szene in der Aula der Universität Lüneburg eine unter dem Motto »Darf Faschismus wählbar sein?« durchgeführte Veranstaltung der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«. Es kam zu Handgreiflichkeiten, in deren Verlauf die Störer auf die Veranstaltungsteilnehmer einschlugen und 6 von ihnen verletzten.
- Am 6. Mai fuhr ein FAP-Mitglied in Nörten-Hardenberg (Kreis Northeim) mit seinem PKW gezielt auf einen libanesischen Asylbewerber zu, der sich auf dem Gehweg befand. Der Asylant konnte nur durch einen Sprung zur Seite verhindern, daß er von dem PKW erfaßt wurde. Einer der anderen Insassen des Fahrzeugs sprühte dem Libanesen anschließend Tränengas ins Gesicht.
- Am 17. August griffen in Bielefeld Skinheads und Gleichgesinnte eine Gruppe von Punkern an und schlugen mit Schlagwerkzeugen auf sie ein. Vier Punker wurden mit z.T. erheblichen Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

- Am 15. Oktober verletzte ein 26jähriger Mann in Essen einen Türken mit einer Gaspistole. In seiner Wohnung wurden eine Bombe, selbstgebaute Waffen, Munitionsteile, Chemikalien, ein Stahlhelm mit Hakenkreuz und ein Aufkleber einer rechtsextremistischen Organisation sichergestellt.

Die 38 Sachbeschädigungen verübten Rechtsextremisten überwiegend gegen Objekte von Ausländern (18 Fälle). Unter den Angriffszielen waren auch jüdische Gedenkstätten sowie Einrichtungen politischer Gegner.

Auch 1989 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Linken bzw. Linksextremisten einerseits und Rechtsextremisten andererseits.

3. Gewaltandrohungen

Von den 102 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 59 (57,8 %, 1988: 38,5 %) gegen ausländische Personen bzw. Objekte.

In 16 Fällen (15,7 %, 1988: 30 %) waren die Drohungen begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen jüdischer Personen.

4. Sonstige Gesetzesverletzungen

Von den 1.648 (1988: 1.451) Gesetzesverletzungen ohne Gewaltbezüge waren 1.021 (61,9 %) Schmier-, Klebe-, Plakataktionen nach den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a Strafgesetzbuch.

5. Beweggründe/Zielrichtungen

267 (1988: 314) Gesetzesverletzungen (14,4 %, 1988: 19,5 %) hatten antisemitischen Charakter. Bei 36 (1988: 36) der insgesamt 56 (1988: 62) bekanntgewordenen Schändungen jüdischer Friedhöfe und Einrichtungen liegen Hinweise auf eine rechtsextremistische Motivation vor.

516 (1988: 371) Gesetzesverletzungen (27,8 %, 1988: 23 %) waren durch eine ausländerfeindliche Motivation gekennzeichnet.

Im April ereigneten sich die mit Abstand meisten Gesetzesverletzungen des Jahres (332). 141 hatten einen konkreten Bezug zum 100. Geburtstag HITLERs am 20. April. Die meisten dieser Gesetzesverletzungen erfolgten in Berlin (West) und Nordrhein-Westfalen.

X. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

1. Verurteilungen

Eine Gliederung der Verurteilungen nach dem Strafmaß ergibt folgendes Bild (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

4	(19)	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, davon 2 (5) ohne Bewährung;
45	(38)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon 22 (2) ohne Bewährung;
20	(47)	Geldstrafen;
12	(39)	sonstige, wie Verwarnungen mit Strafvorbehalt, Geldbußen, Arbeitsauflagen, Arreste.

Von den insgesamt 81 (143) im Jahre 1989 ergangenen Verurteilungen wurden 40 (56) in diesem Jahr auch rechtskräftig.

2. Anklagen

1989 wurde gegen 73 (1988: 194) Personen Anklage erhoben.

3. Veranstaltungsverbote

Im Vergleich zu den letzten Jahren haben die Ordnungsbehörden 1989 erheblich mehr Veranstaltungen der Rechtsextremisten verboten*. Von den insgesamt 62 Verbotsmaßnahmen betrafen 36 die DVU – Liste D und 13 die NPD. Eine Reihe von Verboten wurde durch die Verwaltungsgerichte aufgehoben.

* Hierbei wurde nicht unterschieden, aus welchen ordnungsbehördlichen Gesichtspunkten heraus das Verbot ausgesprochen wurde.

XI. Dokumentation

1. »FAP-Intern« 1/89, S. 8
2. »FAP-Intern« 1/89, S. 6
3. »FAP-Intern« 1/89, S. 7
4. »FAP-Intern« 1/89, S. 8
5. »FAP-Intern« 2/89, S. 6
6. Programm der »Nationalen Liste«
7. Programm der »Deutschen Alternative«
8. »Die Neue Front« – KÜHNEN-Gruppe, 65/89, S. 14
9. Grundsatzprogramm, Ziff. 5 und 6
10. Grundsatzprogramm, Ziff. 7 und 2
11. Aktionsprogramm, Ziff. 2
12. Grundsatzprogramm, Ziff. 3 und 2
13. Flugblätter
14. Flugblätter
15. »Die Kampfgefährtin« 46/47, S. 15
16. »Deutsche Wochen-Zeitung« 20/89, S. 1
17. »Deutsche National-Zeitung« 25/89, S. 1
18. »Deutsche National-Zeitung« 49/89, S. 3
19. »Deutsche National-Zeitung« 52/89, S. 3
20. »Deutsche Stimme« 1/90, S. 2
21. »Wikinger« 2/89, S. 3
22. »Courrier du Continent« 302, S. 10
23. »Courrier du Continent« 302, S. 9
24. SAT 1 vom 24. Juli 1989

XII. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
	1989	(1988)	
1. Neonazistische Gruppen			
Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI) – Hannover –	100	(100)	
Deutsche Alternative (DA) – Bremen –	80		
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) – Schwarzenborn/ Schwalm-Eder-Kreis –	120	(120)	Der Fackelträger – unregelmäßig –; Deutsche Bürgerinitiative e. V. – weltweit – zweimonatlich –; Deutscher Jahrweiser – vierteljährlich – (zusammen mehrere Tausend)
Die Deutsche Freiheits- bewegung e. V. (DDF) – Bad Bocklet –	über 100	(über 100)	„Recht und Wahrheit“ – monatlich – (mehrere Tausend)
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) – Stuttgart –	330	(450)	Der Volksgenosse – monatlich – (mehrere Hundert); Deutscher Standpunkt – monatlich – (mehrere Tausend) FAP-Intern – monatlich – (700)
Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, auch; – Antizionistische Aktion – Antikommunistische Aktion – Initiative Volkswille – Volksbund Rudolf HESS	130	(200)	„Die Neue Front“ – monatlich – (400)
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) – Frankfurt –	210	(220)	Nachrichten der HNG – monatlich – (300)

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
	1989	(1988)	
Nationalistische Front – Bielefeld –	60	(80)	Nachrichten aus der Szene – unregelmäßig – (2.000)
Neonazikreis um Curt MÜLLER – Mainz –			
NSDAP-Auslands- und Aufbau- organisation (NSDAP-AO) (Stützpunkte in der Bundes- republik Deutschland)			NS Kampfruf – zweimonatlich – (mehrere Tausend)

2. „National-Freiheitliche“ Organisationen

Deutsche Volkunion – Liste D (DVU – Liste D) – München –	rund* 25.000	(über 6.000)	
Deutsche Volkunion e. V. (DVU) – München – einschließlich: – Aktion deutsche Einheit (AKON) – Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) – Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur – Ehrenbund RUDEL – Initiative für Ausländer- begrenzung (I. f. A.) – Volksbewegung für Generäl- amnestie (VOGA)	rund* 12.500	(über 12.500)	Deutscher Anzeiger (DA) – wöchentlich –
Druckschriften- und Zeitungs- verlag GmbH (DSZ-Verlag) – München –			Deutsche National-Zeitung (DNZ) – wöchentlich –; Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) – wöchentlich –; (DA, DNZ und DWZ zusammen über 110.000)

* Dr. Frey gibt höhere Zahlen an

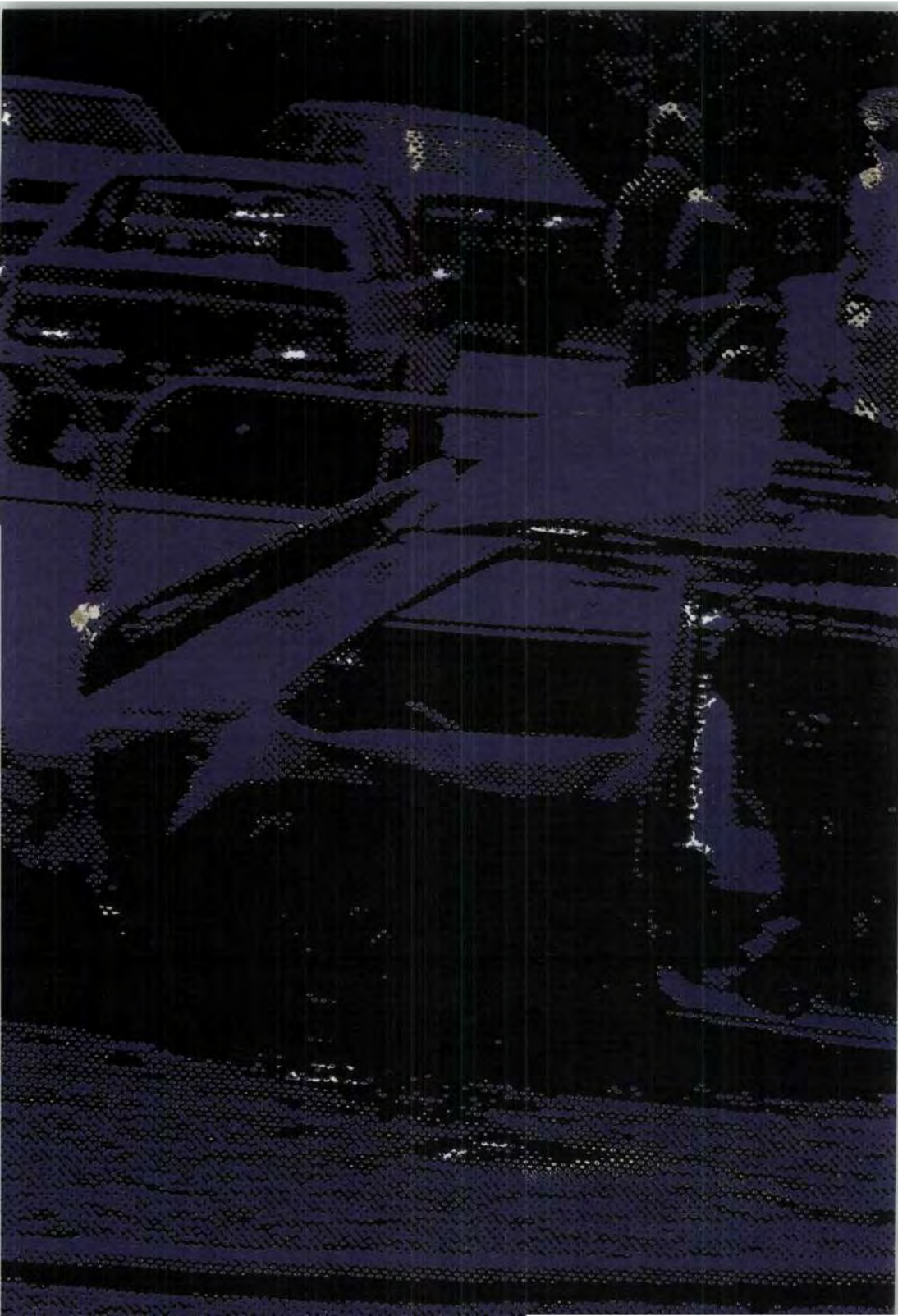
Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
	1989	(1988)	

3. „Nationaldemokratische“ Organisationen

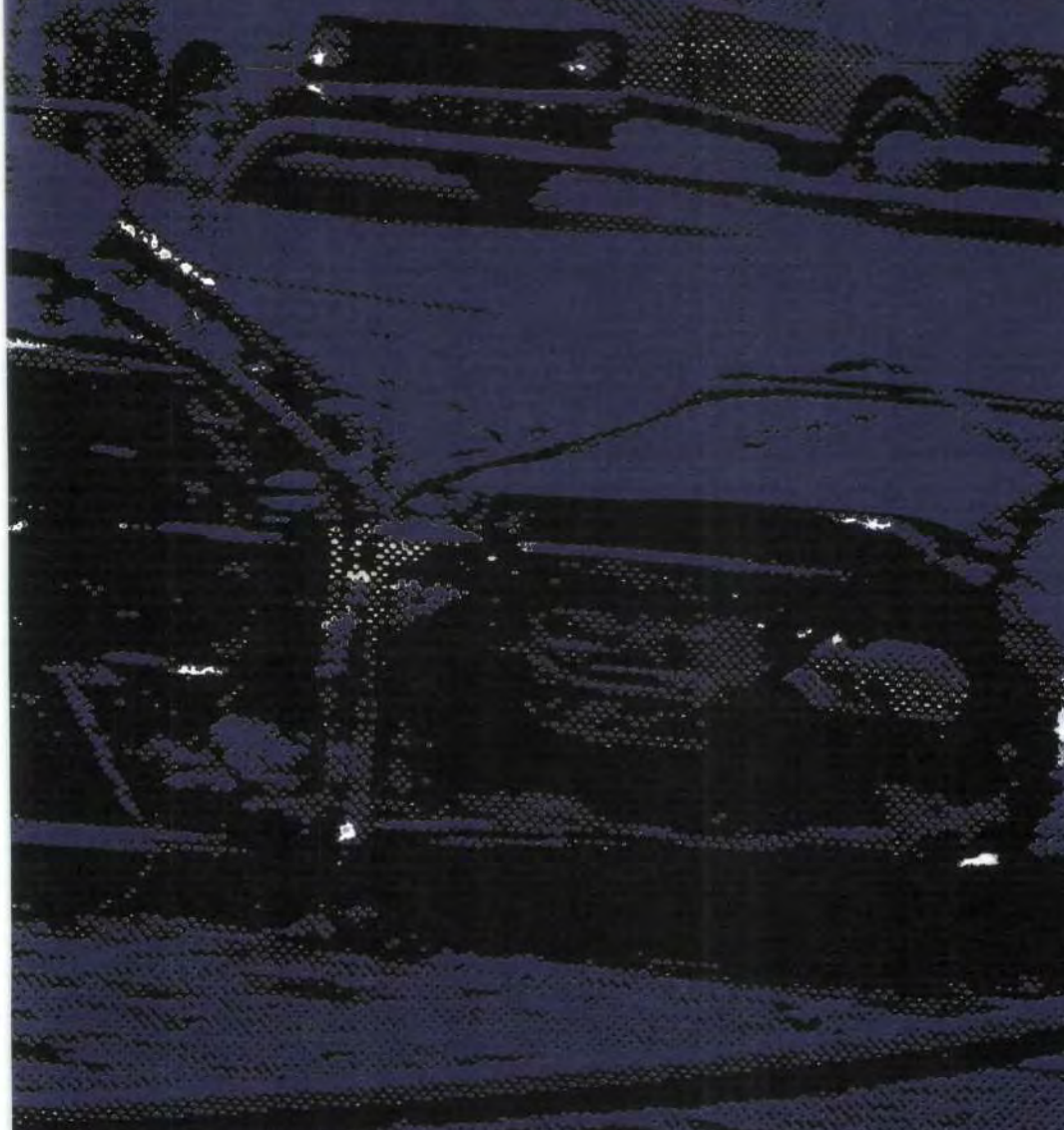
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – Stuttgart –	7.000	(6.400)	Deutsche Stimme – monatlich – (über 190.000)
Junge Nationaldemokraten (JN) – Stade –	900	(800)	Junge Stimme – unregelmäßig – (über 1.000)

4. Sonstige Organisationen

Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) – München –	mehrere hundert	(mehrere hundert)	Das freie Forum – vierteljährlich – (über 600)
Wiking Jugend e. V. (WJ) – Stolberg –	400	(400)	Wiking – vierteljährlich – (weniger als 1.000)



Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern



I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

1.1 Überblick

Im Bundesgebiet leben über 4,8 Millionen (geschätzt) ausländische Staatsangehörige; davon waren Ende 1989 3,95 Millionen 16 Jahre und älter. Von diesen sind nach Schätzungen der Behörden für Verfassungsschutz 97.250 Personen (ab 16 Jahre) in extremistischen oder extremistisch beeinflussten Vereinigungen* organisiert. Das sind 4.350 Personen weniger als im Jahr 1988.

**Gesamtstärke
ausländischer
Extremisten
nimmt ab**

Tabelle 1

Mitglieder (ab 16 Jahren) in im Bundesgebiet aktiven extremistischen und extremistisch beeinflussten Ausländervereinigungen (Vergleichszahlen 1988 in Klammern).**

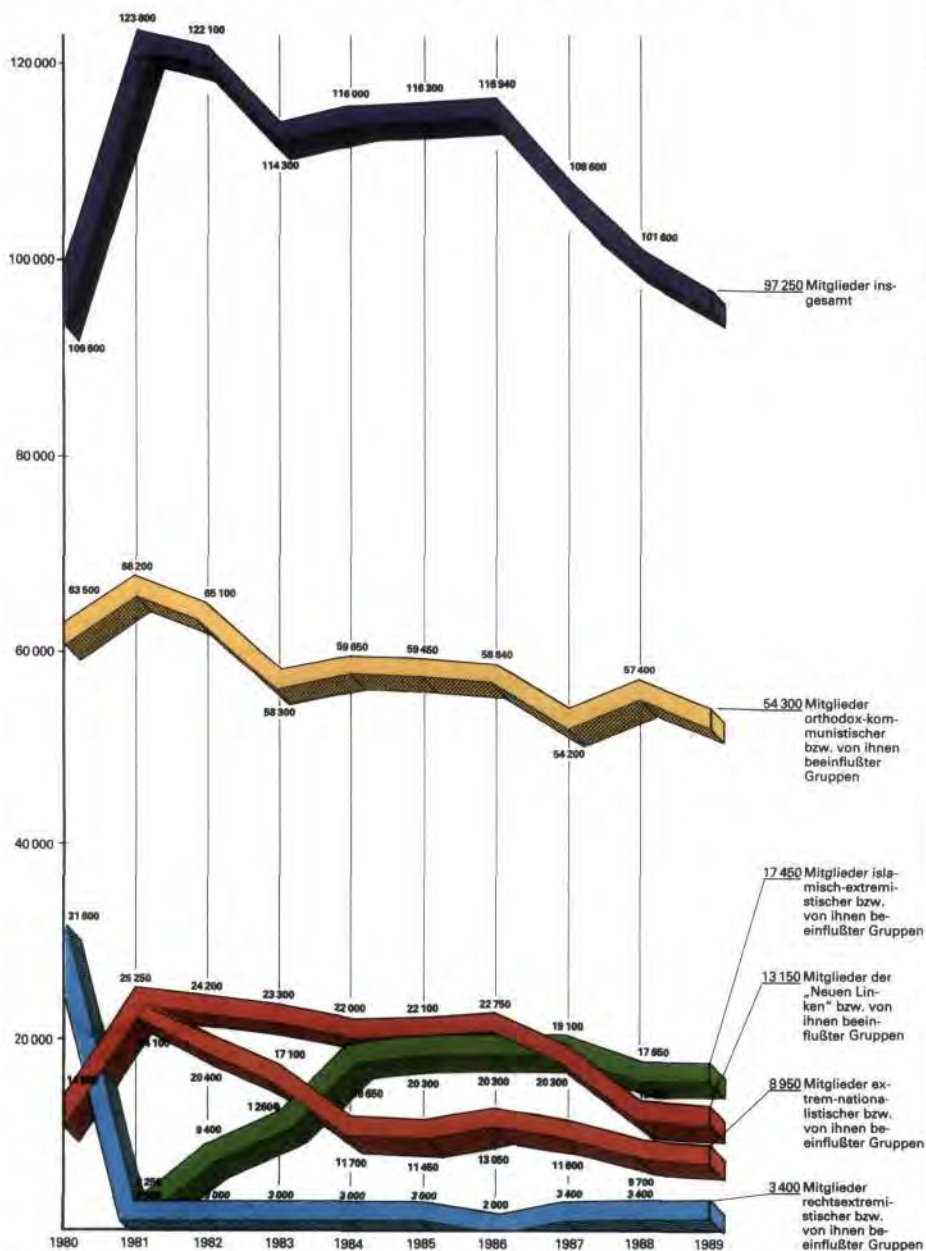
Staats- angehörigkeit bzw. Volks- zugehörigkeit	Kern- organi- sationen	Neben- organi- sationen	beeinflusste Organi- sationen	Ins- gesamt
Kurden	2.475 (2.150)	475 (600)	– (–)	2.950 (2.750)
Araber	3.460 (2.800)	80 (100)	110 (100)	3.650 (3.000)
Türken	25.780 (27.500)	3.570 (4.000)	– (–)	29.350 (31.500)
Iraner	2.700 (2.800)	50 (50)	500 (600)	3.250 (3.450)
Sonstige***	15.485 (18.190)	2.325 (2.950)	40.240 (39.760)	58.050 (60.900)
Insgesamt	49.900 (53.440)	6.500 (7.700)	40.850 (40.460)	97.250 (101.600)

* Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (sog. Bundesverfassungsschutzgesetz) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

** Wegen fehlender Organisationsstruktur können keine Angaben über Mitgliederzahlen der Iren gemacht werden.

*** Bei folgenden »Sonstigen« Nationalitäten liegen Erkenntnisse über extremistische bzw. extremistisch beeinflusste Organisationen vor: Armenier, Äthiopier, Afghanen, Bulgaren, Chilenen, Griechen, Inder, Italiener, Jugoslawen, Pakistani, Portugiesen, Spanier, Tamilen, Vietnamesen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.

Mitgliederentwicklung bei ausländischen Extremistengruppen und extremistisch beeinflussten Gruppierungen



Anzahl der Organisationen ausländischer Extremisten nimmt geringfügig zu

1.2 Organisationen

1989 nahm die Zahl der sich aus ausländischen Extremisten zusammensetzenden oder von ihnen erheblich beeinflussten Organisationen geringfügig zu. Am Jahresende waren den Behörden für Verfassungsschutz 121 Organisationen (1988: 112) bekannt, die nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger in diesem Sinne als extremistisch oder extremistisch beeinflusst einzuschätzen sind.

Tabelle 2

Anzahl der im Bundesgebiet aktiven extremistischen und extremistisch beeinflussten Ausländervereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1988 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	»Neue Linke« u. sozial-revolutionäre Gruppen*	Rechts-extremistische Gruppen**	Extrem-nationalistische Gruppen***	Islamisch-extremistische Gruppen****	Ins-gesamt
Iren	– (–)	1 (1)	– (–)	– (–)	– (–)	1 (1)
Kurden	8 (9)	9 (1)*****	– (–)	– (–)	– (–)	17 (10)
Araber	2 (2)	13 (13)	– (–)	– (–)	3 (3)	18 (18)
Türken	5 (5)	18 (18)	– (–)	1 (1)	6 (3)	30 (27)
Iraner	3 (3)	6 (6)	– (–)	1 (1)	1 (1)	11 (11)
Sonstige	16 (18)	14 (14)	2 (2)	8 (8)	4 (3)	44 (45)
Insgesamt	34 (37)	61 (53)	2 (2)	10 (10)	14 (10)	121 (112)

1.3 Mitglieder

Von den etwa 97.250 Mitgliedern und Anhängern extremistischer und entsprechend beeinflusster Ausländerorganisationen gehörten 67.450 linksextremistischen Gruppen an. Von ihnen zählten 54.300 (1988: 57.400) zu orthodox-kommunistisch orientierten und 13.150 (1988: 13.450) zu Vereinigungen der »Neuen Linken«. Rechtsextremistische Gruppen zählten wie in den Vorjahren 3.400 Mitglieder, islamisch-extremistische Vereinigungen 17.450 (1988: 17.650) und extrem-nationalistische Organisationen 8.950 (1988: 9.700).

Mitgliederrückgänge sind im türkischen Extremismus sowie bei den orthodox-kommunistischen Gruppen festzustellen.

* Zur »Neuen Linken« werden hier solche linksextremistischen Gruppen gezählt, die den orthodoxen Kommunismus ablehnen, einschließlich der Gruppen mit sozialrevolutionär nationalistischer Einstellung.

** Unter rechtsextremistischen Gruppen werden hier die ausländischen Vereinigungen verstanden, die demokratische freiheitliche Grundwerte aus nationalistischen Gründen ablehnen und bekämpfen.

*** Extrem-nationalistische Gruppen sind Vereinigungen, die nationalistische Ziele in aktiv kämpferischer, aggressiver Haltung verfolgen.

**** Islamisch-extremistische Gruppen sind Vereinigungen, die ein islamisch fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen.

***** Die Zunahme der Zahl der Organisationen im Bereich der kurdischen »Neuen Linken« beruht auf neueren Erkenntnissen, wonach mehrere bisher als Gliederung einer Gesamtorganisation geführte Vereinigungen im Bundesgebiet über eine eigene Organisationsstruktur verfügen.

2. Publizistik

Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften von Organisationen ausländischer Extremisten sank 1989 von 205 auf 174; hiervon werden 150 im Ausland gedruckt. Etwa 75% der Schriften verbreiten linksextremistisches Gedankengut, davon mehr als die Hälfte solches der »Neuen Linken«. Die restlichen 25 % sind rechtsextremistisch bzw. extrem-nationalistisch oder islamisch-extremistisch ausgerichtet.

Anzahl der
Publikationen
ausländischer
Extremisten-
Organisationen
nimmt ab

3. Gewaltaktionen und sonstige Gesetzesverletzungen

Die Gesamtzahl der politisch motivierten Gewaltaktionen und sonstigen Gesetzesverletzungen ausländischer Extremisten im Bundesgebiet lag mit 113 nur knapp unter der des Vorjahres (1988: 120). Deutlich angestiegen ist allerdings die Zahl der ausgeführten bzw. versuchten oder vorbereiteten Tötungsdelikte auf 8 (1988: 1). Allein fünf Mordanschläge sind der »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) zuzurechnen. Dabei kamen 4 Menschen durch Autobomben oder Schußwaffen ums Leben. In zwei Fällen fielen Angehörige der Religionsgemeinschaft der Sikhs Attentaten zum Opfer. Ein Angehöriger der »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) verletzte bei einem Mordversuch einen Türken mit Messerstichen schwer.

Zahl der
Gewaltaktionen
ausländischer
Extremisten
annähernd auf
Vorjahresniveau

Irische und vermutlich iranische Extremisten waren für Sprengstoffanschläge in Köln und Osnabrück verantwortlich. Im arabischen Beobachtungsfeld gelang es in einem Fall, bereits vorbereitete Attentate zu vereiteln. Vier Brandanschläge ereigneten sich im Bereich des türkischen Extremismus.

Für die sonstigen Gewaltakte waren überwiegend türkische, kurdische (unterschiedlicher Nationalitäten) und iranische Extremistenverantwortlich.

Im Zusammenhang mit den Protesten aus Anlaß des Strafprozesses vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gegen ehemals führende PKK-Funktionäre kam es bei Besetzungsaktionen zu insgesamt 30 Fällen von Hausfriedensbruch.

Vornehmlich iranische und kurdische Extremisten bedrohten 1989 wieder vielfach andersdenkende deutsche und ausländische Staatsangehörige, Industrieunternehmen und diplomatische Vertretungen mit Terror- und Gewaltankündigungen.

Tabelle 3

Übersicht zu politisch motivierten Gewaltaktionen und sonstigen Gesetzesverletzungen von Ausländern im Bundesgebiet 1989 (Vergleichszahlen 1988 in Klammern).*

Terrorakte** und andere schwere Gewalttaten	ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Aktionen		angedrohte Aktionen		Insgesamt	
Tötungsdelikte	8	(1)	7	(5)	15	(6)
Sprengstoffanschläge	3	(5)	13	(12)	16	(17)
Brandanschläge	4***	(3)	-	(-)	4	(3)
Geiselnahme, erpresserischer Menschenraub	-	(3)	-	(-)	-	(3)
Zwischensumme	15	(12)	20	(17)	35	(29)
Sonstige Gewaltakte						
Freiheitsberaubungen	1	(-)	-	(-)	1	(-)
Raub/Erpressungen	3	(-)	-	(-)	3	(-)
Körperverletzungen	16	(13)	-	(-)	16	(13)
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung****	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Nötigung u.ä.	4	(-)	-	(-)	4	(-)
Zwischensumme	24	(13)	-	(-)	24	(13)
Sonstige Gesetzesverletzungen*****						
	54	(78)	-	(-)	54	(78)
Insgesamt	93	(103)	20	(17)	113	(120)

* In der Übersicht ist jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen eingetreten, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitig Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerer wiegenden Verstoßes gezählt.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

*** In einem Fall handelt es sich um ein spontanes »Demonstrationsereignis« im Zusammenhang mit einer Blockadeaktion.

**** Sachbeschädigungen ohne weitere Gewaltanwendung wurden im Bericht für das Jahr 1988 noch gesondert aufgeführt. Diese Zahl wie auch die Zahlenangaben für 1989 sind nunmehr unter »Sonstige Gesetzesverletzungen« mitgezählt.

***** Sonstige Gesetzesverletzungen in diesem Sinne sind Verstöße gegen Straf- oder Bußgeldvorschriften in erkennbarem Zusammenhang mit politisch-extremistischer Tätigkeit (z. B. Verstöße gegen das VersammlungsG, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung u. ä.). Anders als bei der »Polizeilichen Kriminalstatistik – Staatsschutzdelikte« (PKS-S) beziehen sich die Zahlenangaben – ungeachtet des Standes der Ermittlungsverfahren – auf den Tatzeitpunkt im Kalenderjahr.

II. Mitgliederentwicklung* und Aktions- schwerpunkte einzelner Ausländergruppen

1. Iren/Nordiren

Die »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) führt seit ihrer Abspaltung von der »Irish Republican Army« (IRA) im Jahre 1969 den bewaffneten Kampf gegen die britische Armee und die nordirischen Sicherheitsbehörden mit terroristischen Mitteln.

Um ihr Fernziel, die Errichtung eines vereinten sozialistischen Irlands zu erreichen, verübt die PIRA Mord- und Sprengstoffanschläge, die die britische Regierung zwingen sollen, ihr Engagement in Nordirland aufzugeben und sich von dort zurückzuziehen.



Die PIRA besitzt – im Unterschied zu vielen anderen westeuropäischen Terror-Gruppen – einen starken Rückhalt in der katholischen Bevölkerung Nordirlands. Das macht es der PIRA trotz beachtlicher Erfolge der Sicherheitsbehörden bei der Terrorbekämpfung immer wieder möglich, sich zu regenerieren und neue Aktivisten zu gewinnen. Diese Besonderheit des nordirischen Terrorismus hat ihre Ursachen in den gesellschaftlichen Folgen des Jahrhunderte schwelenden britisch-irischen Konfliktes. Deren Beseitigung, zumindest aber spürbare Veränderung, dürfte Voraussetzung für eine Bewältigung des nordirischen Terrorismus sein.

Die PIRA setzte 1989 ihre Serie von Terrorakten gegen britische Ziele auf dem europäischen Kontinent mit unverminderter Bruta-

Irische Nationalisten setzen ihre Anschlagsserie im Bundesgebiet fort

* Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs bzw. -verlust.

lität fort. Sie war in diesem Jahr die gefährlichste Terrororganisation im Bundesgebiet; bei Mord- und Bombenanschlägen wurden vier Personen getötet, und es gab zahlreiche Verletzte.

Am 19. Juni detonierte im Unteroffizierswohnheim einer britischen Kaserne in Osnabrück ein Sprengsatz. Kurz vor der Explosion hatten die Bombenleger auf einen dort beschäftigten Zivilangestellten einen fehlgegangenen Schuß aus einer Langwaffe abgegeben und ihn anschließend niedergeschlagen. Der Gebäudekomplex wurde so rechtzeitig geräumt, daß Opfer verhindert werden konnten.



In Hannover kam am 2. Juli ein britischer Soldat bei der Explosion einer Autobombe ums Leben; seine Ehefrau und seine vier Kinder wurden zum Teil schwer verletzt. In der Nähe des Tatorts fand die Polizei unter dem Pkw eines anderen britischen Armeeinghörigen einen weiteren Sprengsatz.

Am 28. August wurde in einer Soldatensiedlung in Hannover-Bothfeld unter dem Pkw eines britischen Soldaten eine Sprengvorrichtung entdeckt. Sie war von den Tätern – ebenso wie bei den Anschlägen zuvor – mittels Haftmagneten am Fahrzeugboden befestigt worden. Zwei britische Soldaten erlitten am 1. September in Münster-Gremmendorf schwere Verletzungen, als PIRA-Terroristen aus einem Pkw heraus das Feuer auf sie eröffneten und mindestens 25 Schüsse abgaben. Am Abend des 7. September fand die deutsche Ehefrau eines britischen Soldaten in Unna-Massen bei einem Schußwaffenanschlag den Tod. Die Täter hatten sie angeblich irrtümlich für eine Angehörige der britischen Rheinarmee gehalten. Angehörige eines PIRA-Kommandos gaben am 26. Oktober in Wegberg-Wildenrath mehrere Gewehrscüsse auf den Pkw eines britischen Soldaten ab. Dabei wurden der Soldat und seine

**Auch deutsche
Staatsangehörige
und Kleinkind
unter den
Anschlagsopfern**

sechs Monate alte Tochter getötet; die Ehefrau erlitt einen schweren Schock.

Die bei Festnahmen sichergestellten Unterlagen zeigen, daß die Terrorkommandos nicht mehr nur kurzfristig zum Anschlag einreisten (»hit and run«). Sie mieteten vielmehr auch für Monate Wohnungen (z. B. Ferienwohnungen) und für Wochen Fahrzeuge an. Nach längerem Aufenthalt in der Nähe ihrer Operationsgebiete bewegten sie sich selbstsicher und unauffällig. Sie führten so ihre Ausspähungen in Ruhe durch und bereiteten Anschläge gründlich vor.

Mitte Juli gelang es der irischen bzw. französischen Polizei, insgesamt fünf mutmaßliche PIRA-Mitglieder festzunehmen, die sich über einen längeren Zeitraum im Bundesgebiet aufgehalten hatten. Eine Analyse der sichergestellten Asservate ergab, daß offenbar Anschläge auf britische Kasernen und Einkaufszentren sowie auf Schulen und Wohnsiedlungen in über 30 Städten der Bundesrepublik Deutschland geplant wurden.

2. Kurden

2.1 Mitgliederentwicklung

in Kern- organisationen	in Neben- organisationen	in beeinflussten Organisationen	Insgesamt 1989 (1988)
2.475	475	–	2.950 (2.750)

2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) war 1989 unter den Vereinigungen extremistischer Kurden die aktivste und militanteste Gruppierung.

Ihr terroristischer Kampf in der Türkei für ein »befreites« Kurdistan hielt unvermindert an. Bevorzugte Anschlagopfer sind dort u. a. Dorfwächter, Bürgermeister und Lehrer, die für die PKK das türkische Regierungssystem repräsentieren. In 8 südostanatolischen Provinzen herrscht deshalb der Ausnahmezustand.

Die PKK stellt sich als straff organisierte und konspirativ arbeitende Organisation dar. Sie wird, wie es sonst überwiegend nur bei orthodox-kommunistischen Organisationen üblich ist, von einem »Zentralkomitee« (ZK) geleitet. Dieses hat seinen Sitz in Damaskus. Generalsekretär Abdullah ÖCALAN ist unumschränkter Führer der gesamten PKK. Das »ZK-Europa« lenkt auch die PKK-Sektionen im Bundesgebiet. Der Kampf in der Türkei wird von hier aus propagandistisch, personell und materiell unterstützt.

In der Türkei wie in der Bundesrepublik Deutschland ist es der PKK gelungen, ihre Zusammenarbeit mit türkischen und kurdischen Organisationen auszuweiten.

**PKK setzt
Verfolgung
»Abtrünniger«
fort**

Die noch bis 1987 zu verzeichnenden Gewalttaten von PKK-Angehörigen gegen konkurrierende Kurdenorganisationen setzten sich nicht fort. Abtrünnige Mitglieder werden jedoch unvermindert hart verfolgt. Bei Mordanschlägen auf Angehörige einer PKK-internen Oppositionsgruppe in Frankreich und den Niederlanden wurde eine junge Türkin getötet; zwei Männer erlitten schwere Verletzungen. Im Rahmen einer Bestrafungsaktion schlugen PKK-Anhänger am 27. März in Amberg einen Türken mit Stahlruten und Holzknüppeln krankenhausreif. Am 25. April fügte ein PKK-Anhänger in Celle einem türkischen Staatsangehörigen durch Messerstiche schwere Verletzungen zu. Dieser war zuvor mehrfach von Mitgliedern der PKK erfolglos zu Geldspenden und aktiver Mitarbeit gedrängt worden.

**Strafprozeß gegen
PKK-Funktionäre
löst Welle von
Solidaritätsaktionen
von Gesinnungs-
genossen aus**

Vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf begann am 24. Oktober der Strafprozeß gegen 19 ehemals führende Funktionäre der PKK. Die Anklage wirft ihnen u. a. Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Mord und gefährliche Körperverletzung vor. Bereits im Vorfeld des Prozesses führten PKK-Anhänger zahlreiche Solidaritätsaktionen für ihre inhaftierten Gesinnungsgenossen durch, darunter auch Besetzungen im In- und Ausland. Wie schon im Vorjahr, kam es am 21. Januar erneut zu offenkundig zentral gesteuerten Protestaktionen an deutschen Grenzübergängen nach Belgien, Frankreich und den Niederlanden. Die PKK-Teilorganisation »Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.« (FEYKA-Kurdistan) organisierte am 13. Mai in Düsseldorf eine Solidaritätskundgebung, an der sich etwa 4.000 Personen beteiligten. In den Aufrufen zur Teilnahme hieß es u. a., die Anklageschrift des Generalbundesanwalts quelle über von haarsträubenden Verleumdungen¹. Etwa 5.000 Personen nahmen am 21. Oktober in Düsseldorf an einer von der FEYKA-Kurdistan aus Anlaß des Prozeßbeginns veranstalteten Kundgebung teil.

**PKK feiert
Jahrestage des
bewaffneten
Widerstands und
ihres Bestehens
mit Großveranstaltungen**

Parallel zu ihren Protestveranstaltungen agitierte die PKK in Flugschriften und Presseorganen unablässig gegen den Strafprozeß².

Wie in den Vorjahren führte die PKK Großveranstaltungen durch, mit denen sie an den am 15. August 1984 in der Türkei aufgenommenen bewaffneten Widerstandskampf ihrer »Volksbefreiungsarmee Kurdistans« (ARGK) erinnerte. An einer Veranstaltung am 5. August in Wuppertal nahmen etwa 2.500 Personen teil, eine Kundgebung am 12. August in Hannover hatte etwa 2.800 Teilnehmer.

Etwa 9.000 Personen besuchten eine Veranstaltung der PKK am 9. Dezember in der Kölner Sporthalle und feierten das elfjährige Bestehen der Organisation.

**»Kurdistan-
Komitee« fordert
die Unterlassung
von Türkei-Reisen**

Das »Kurdistan-Komitee«, eine Teilorganisation der PKK, unterstützte überwiegend publizistisch deren politische Ziele. In einer im Sommer veröffentlichten Flugschrift rief die Gruppe dazu auf, von Urlaubsreisen in die Türkei abzusehen. Der Tourismus stelle eine

PKK IM 11. KAMPFJAHR!
PKK 11. SAVAŞ YILINDA!
PKK DI 11. SALIYA ŞERÊ XWE DE!



HALK DEMOKRASISİNİN İNŞASI YOLUNDA İLERİ!
PKK

wichtige Einnahmequelle für die türkische Regierung dar, die auf diese Weise Massaker und Unterdrückungen finanziert³.

Die orthodox-kommunistische »Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V.« (KOMKAR) erinnerte am 16. März in Köln mit einem Protestmarsch an den Giftgaseinsatz gegen Kurden im Irak im Jahre 1988. Es beteiligten sich etwa 80 Personen. 900 Veranstaltungsteilnehmer konnte die KOMKAR für eine Demonstration gegen Folterungen und Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei am 16. September in Duisburg mobilisieren.

**Orthodox-
kommunistische
KOMKAR prote-
stiert gegen
Unterdrückung
des kurdischen
Volkes**

3. Araber

3.1 Mitgliederentwicklung

in Kern- organisationen	in Neben- organisationen	in beeinflussten Organisationen	Insgesamt 1989 (1988)
3.460	80	110	3.650 (3.000)

**Aktivitäten
palästinensischer
Organisationen
sind rückläufig**

3.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die Aktivitäten der in der Bundesrepublik Deutschland vertretenen palästinensischen Widerstandsorganisationen blieben 1989 trotz des zahlenmäßigen Anstiegs der Mitgliedschaften hinter denen des Vorjahres zurück. Ursache dafür waren die schlechte Finanzlage einzelner Organisationen sowie das überwiegend schwach ausgeprägte politische Engagement ihrer Mitglieder. Soweit Veranstaltungen stattfanden, befaßten sie sich fast ausschließlich mit der Aufstandsbewegung der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (Intifada).

Die »Demokratische Front für die Befreiung Palästinas« (DFLP) war Veranstalterin einer Kundgebung am 4. März in der Kölner Universität mit etwa 550 Teilnehmern. An zwei von der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) organisierten Kundgebungen am 31. März in Wuppertal und Ludwigsburg beteiligten sich jeweils etwa 550 Personen.

Angehörige des »Palästinensischen Studentenverbandes in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.« (PSV) waren die Initiatoren einer symbolischen Besetzung des Gebäudes der »Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.« in Bonn am 19. Juli. Die Aktion war vorher mit der Gesellschaft abgesprochen worden.

3.3 Gewalttaten

Auch 1989 beeinträchtigten terroristische Aktivitäten schiitischer und palästinensischer Extremisten die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland erheblich:

**Deutsche im
Libanon entführt**

Unbekannte entführten am 4. Mai bei Sidon/Südlibanon drei Mitarbeiter einer privaten deutschen Hilfsorganisation. Die Freilassung eines der Entführten verbanden die Geiselnnehmer mit der Forderung, daß die Strafe für den zum damaligen Zeitpunkt vor Gericht stehenden Mohamed Ali HAMADI, Mitglied der schiitisch-extremistischen »Hizb Allah« (Partei Gottes), nicht über fünf Jahre liegen



aus: »AL-AHD«, Organ der »Hizb Allah«; Aufschrift am Halse RUSHDIES: »In der Vergeltung ist Leben«.

dürfe*. Nach der Freilassung der drei Geiseln wurden am 16. Mai erneut drei Mitarbeiter der Hilfsorganisation entführt. Zwei von ihnen befinden sich noch in Geiselhaft.

Am 22. Juni wurde der libanesischer Student und Hizb Allah-Angehörige Bassam Gharib MAKKI in Darmstadt verhaftet. Er hatte einer Stelle in Beirut/Libanon 13 Fotos von israelischen bzw. jüdischen Einrichtungen in München zukommen lassen, auf die offenbar Sprengstoffanschläge geplant waren. Bei der Durchsichtung seiner Wohnung fand die Polizei Unterlagen, die u. a. auch Hinweise auf geplante Anschläge gegen amerikanische Ziele lieferten**.

Im Zusammenhang mit der Festnahme von Angehörigen eines Terrorkommandos der »Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando« (PFLP-GC) im Oktober 1988 stellte die Polizei im April 1989 in Neuss zwei Radiotuner und einen Computer-Monitor sicher. In diese Geräte waren geschickt getarnte Sprengvorrichtungen eingebaut, die mit einem auf Luftdruckveränderungen reagierenden Zünder gekoppelt waren. Bei der Delaborierung im Bundeskriminalamt explodierte die Sprengladung in einem der Tuner, wobei ein Beamter getötet und ein weiterer sehr schwer verletzt wurde. Offenbar waren die Geräte von der PFLP-GC für Anschläge auf den Luftverkehr vorgesehen.

* HAMADI wurde am 17. Mai 1989 vom Landgericht Frankfurt wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes, Eingriffs in den Luftverkehr, Geiselnahme, Körperverletzung in drei Fällen sowie unerlaubter Einfuhr von Sprengstoff zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

** MAKKI wurde am 22. Dezember 1989 von der 1. Strafkammer des Landgerichts München I wegen der Verabredung eines Sprengstoffverbrechens zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

**Anschlags-
vorbereitungen
schiiischer
Extremisten
aufgedeckt**

**Bei palästinensischen
Terroristen der
PFLP-GC sicher-
gestellte Spreng-
vorrichtung
explodiert**

4. Türken (ohne Kurden)

4.1 Mitgliederentwicklung

	Kern- organi- sationen	Neben- organi- sationen	Insgesamt	
			1989	(1988)
Orthodox- kommunistische Gruppen	310	2.670	2.980	(3.550)
»Neue Linke« und sozialrevolutionäre Gruppen	3.320	900	4.220	(4.850)
Extrem- nationalistische Gruppen	6.450	–	6.450	(7.100)
Islamisch- extremistische Gruppen	15.700	–	15.700	(16.000)
Insgesamt	25.780	3.570	29.350	(31.500)

4.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

4.2.1 »Neue Linke«

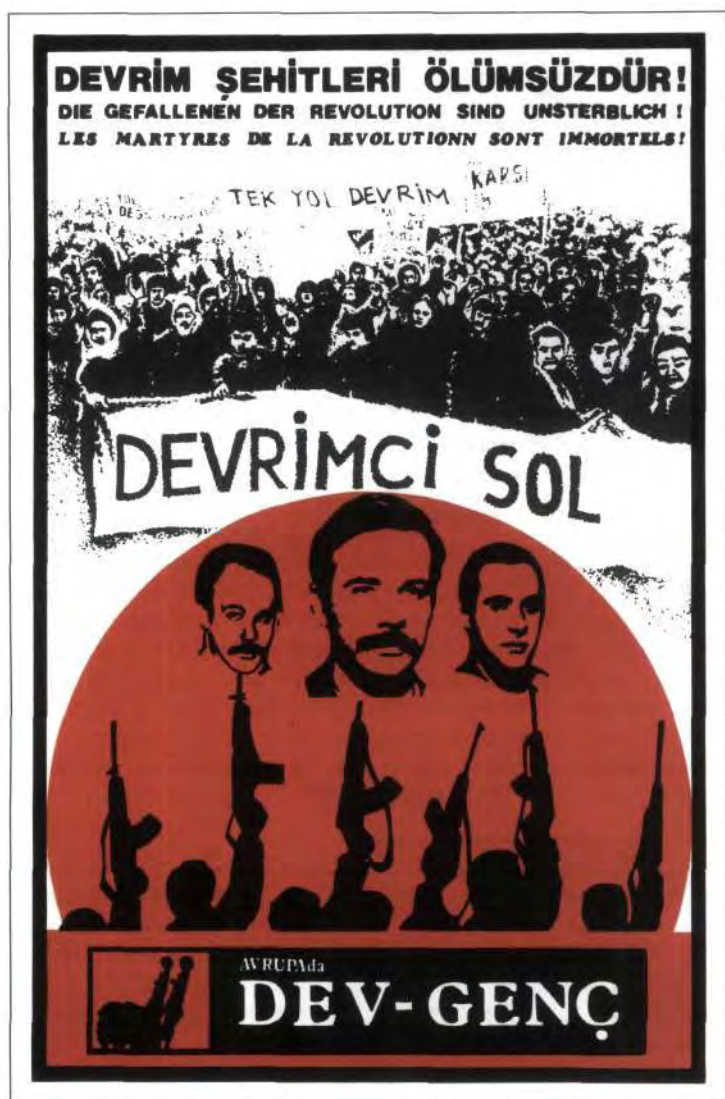
Die Anhänger der 1983 vom Bundesminister des Innern verbotenen türkischen Extremistengruppe »Devrimci Sol« (Revolutionäre Linke) führten ihre politischen Aktivitäten weiterhin unter der Tarnbezeichnung »Avrupa' da Dev Genc« fort. Die besondere Bereitschaft dieser Gruppe zur Gewaltanwendung wurde 1989 erneut deutlich: Am 26. Januar nahm die Polizei am Grenzübergang Metz ein in Frankreich lebendes türkisches Ehepaar fest, das im Besitz von mehreren Schußwaffen war. Die Festgenommenen gaben an, im Auftrag der »Devrimci Sol« unterwegs zu sein, um ein Waffenlager anzulegen.

In der Märzausgabe ihres in der Türkei erscheinenden Organs »Yeni CÖZÜM« bekannte sich »Devrimci Sol« zur Tötung eines früheren Mitglieds, das den Sicherheitsbehörden die Aufenthaltsorte weiterer Gesinnungsgenossen verraten haben soll⁴.

Die gewaltorientierte und in Teilen der Türkei terroristisch operierende »Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/M-L) rief in Flugschriften zur Fortsetzung und Erweiterung des Guerillakampfes im Heimatland auf⁵. Weiter behauptete die Gruppierung, der westdeutsche Imperialismus sei einer der Todfeinde der Völker der Türkei. Es gelte daher die Parole »Tod dem westdeutschen Imperialismus!«⁶.

**Verbotene
Extremisten-
organisation
»Dev Sol« ist
weiterhin aktiv**

**TKP/M-L ruft zur
Fortsetzung des
Guerillakampfes
im Heimatland auf**



Vier Anhänger der TKP/M-L erpreßten Ende Oktober »Geldspenden« von einem türkischen Geschäftsmann für den Kampf im Heimatland. Sie drohten, ihn zu erschießen, falls er sich zukünftig weigere, für die Partei zu spenden. Die 1981 von der TKP/M-L abgespaltene Gruppe »Bolshevik Partizan« (BP) griff in Flugblättern die Bundesrepublik Deutschland scharf an und behauptete, der § 129 a StGB sowie Notstands- und Ausländergesetze zeigten faschistischen Charakter; mit ihnen würden die Grundrechte abgeschafft⁷.



DIDF veranstaltet Solidaritätsdemonstration für politische Gefangene in der Türkei

Ziel der »Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V.« (DIDF) ist die Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges. Sie ist Basisorganisation der »Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei« (TDKP). Anfang Mai organisierte die DIDF in Duisburg eine Protestkundgebung wegen des Vorgehens türkischer Sicherheitskräfte gegen Demonstranten am 1. Mai in der Türkei. Daran beteiligten sich etwa 3.000 Personen. Eine Solidaritätsdemonstration für in der Türkei inhaftierte politische Gefangene am 12. August in Bonn hatte 2.000 Teilnehmer.

4.2.2 Orthodoxe Kommunisten

GDF führt ihren ersten Jahreskongreß durch

Die im Mai 1988 gegründete »Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei« (GDF), ein Zusammenschluß der »Föderation der Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.« (FIDEF) und der »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie« (DIBAF), hielt am 18./19. Februar ihren 1. Jahreskongreß ab. An der Veranstaltung nahmen etwa 400 Personen teil. Der Bundesvorsitzende der Organisation trat Anfang September von seinem Amt zurück. Er begründete seine Entscheidung mit dem fehlenden Engagement der GDF zur Bildung einer einheitlichen Immigrantensorganisation mit allen fortschrittlichen türkischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die übrigen orthodox-kommunistischen türkischen Gruppierungen zeigten 1989 keine nennenswerten Aktivitäten. Es wurden auch – anders als bei den deutschen orthodoxen Kommunisten – keine maßgeblichen Grundsatzdiskussionen über mögliche Auswirkungen durch die Reformbestrebungen in der Sowjetunion und die Veränderungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf eigene Positionen bekannt.

4.2.3 Islamische Extremisten

Der von Cemalettin KAPLAN geführte »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln« (ICCB) will über eine Revolution eine islamische Republik in der Türkei nach iranischem Vorbild erreichen. Er stand 1989 weit weniger im Interesse der Öffentlichkeit als in den Vorjahren.

Das Verbandsgeschehen wurde im wesentlichen von internen Auseinandersetzungen beherrscht, in deren Folge sich eine Opposition bildete, die schließlich zur Spaltung der Organisation führte. Die neue Gruppierung mit der Bezeichnung »Islamische Bewegung« wurde bislang öffentlich nicht aktiv.

In seinem Verbandsorgan »Ümmet-i Muhammed« (Die Nation Mohammeds) propagierte der ICCB weiterhin Gewalt. Es sei eine göttliche Aufgabe, alle Kräfte, die sich den Muslimen in den Weg stellten, zu stürzen und »sie in tausend Stücke zu zerschlagen«⁸.

Am 4. März demonstrierten in Bonn etwa 5.000 überwiegend türkische Muslime gegen die Veröffentlichung des Buches »Satanische Verse« von Salman RUSHDIE. Im Rahmen der Abschlussskundgebung rechtfertigte KAPLAN das Todesurteil Ayatollah KHOMEINI gegen RUSHDIE.

Zur Jahreshauptversammlung des ICCB am 28. Oktober in Köln erschienen etwa 8.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland.

Die »Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V.« (AMGT) ist ein Sammelbecken von Anhängern der in der Türkei verbotenen »Nationalen Heilspartei« (MSP) bzw. deren Nachfolgeorganisation »Wohlfahrtspartei« (RP). Die AMGT strebt an, ein islamisches türkisches Staatsgefüge auf parlamentarischem Wege zu schaffen. Sie führte am 4. Juni in Köln ihren 5. Jahreskongreß durch. Zu der Veranstaltung waren etwa 8.000 Personen auch aus dem benachbarten Ausland angereist. Hauptredner war der RP-Vorsitzende Necmettin ERBAKAN.

4.2.4 Extreme Nationalisten

Die »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.« (ADÜTDF) konnte die infolge der 1987 vollzogenen Spaltung eingetretene Schwächung auch im vergangenen Jahr nicht überwinden.

Die Ideologie der ADÜTDF vereinigt militanten Nationalismus mit striktem Anti-Kommunismus. Von der türkischen Jugend in Deutschland fordert sie Distanz zu »westlich-dekadenten« Einflüssen und die Betonung ihrer türkischen Identität.

Am 20. Mai führte die ADÜTDF in Lüttich/Belgien ihren 12. Jahreskongreß durch. Hauptredner vor etwa 3.500 Veranstaltungsteilnehmern war Alparslan TÜRKES, der früher die in der Türkei verbotene rechtsextremistische »Partei der nationalistischen Bewegung« (MHP) leitete und jetzt deren Nachfolgeorganisation »Nationalistische Arbeiterpartei« (MCP) vorsitzt. Die ADÜTDF hatte Lüt-

**KAPLAN-Verband
hat sich
gespalten ...**

**... und propagiert
Gewalt**

**ADÜTDF bleibt
auch im 2. Jahr
nach der Spaltung
geschwächt**

tich als Veranstaltungsort gewählt, da sie für TÜRKES in der Bundesrepublik Deutschland ein Auftrittsverbot befürchtete.

5. Iraner

5.1 Mitgliederentwicklung

in Kern- organisationen	in Neben- organisationen	in beeinflussten Organisationen	Insgesamt 1989 (1988)
2.700	50	500	3.250 (3.450)

5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

5.2.1 Anhänger der iranischen Regierung

Die religiös-politischen Ziele der Islamischen Republik Iran werden in der Bundesrepublik Deutschland durch die »Union islamischer Studentenvereine in Europa« (U.I.S.A.) vertreten. Die U.I.S.A. unterstützte die iranischen Aktionen gegen den Autor des Buches »Satanische Verse«, Salman RUSHDIE, und billigte ausdrücklich das von Ayatollah KHOMEINI gegen ihn ausgesprochene Todesurteil*. Anlässlich des Todes von KHOMEINI am 3. Juni hielt die U.I.S.A. mehrere Trauerkundgebungen ab. An einer Veranstaltung im »Islamischen Zentrum Hamburg« am 4. Juni nahmen etwa 400 Personen teil. Vor dem Gebäude kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit KHOMEINI-Gegnern. Mehrere Personen wurden durch Messerstiche und Schläge mit Holzplatten verletzt. An einer Trauerkundgebung am 9. Juni in Bonn beteiligten sich etwa 800 Personen.

Regimetreue
U.I.S.A. billigt
Todesurteil gegen
Salman RUSHDIE

Die Urheberschaft eines Sprengstoffanschlags auf das Hauptgebäude der Universität Köln am 11. Februar ist bislang ungeklärt. Zum Zeitpunkt der Explosion hatten sich dort ca. 2.000 Anhänger der oppositionellen »Iranischen Moslemischen Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.« (MSV) zu einer Kundgebung versammelt. Zwei iranische Staatsangehörige wurden verletzt; es entstand erheblicher Sachschaden. Die MSV macht regimetreue Kräfte für das Attentat verantwortlich.

Urheberschaft
eines Bomben-
anschlags auf
Regimegegner
am 11. Februar
ungeklärt

5.2.2 Gegner der iranischen Regierung

5.2.2.1 Insgesamt über 1.000 MSV-Anhänger demonstrierten am 25. Februar in 23 Städten des Bundesgebiets gegen KHOMEINIs Befehl zur Tötung RUSHDIEs und gegen die Islamische Republik Iran.

MSV-Anhänger
demonstrieren
gegen das
iranische Regime

* Auch nach dem Tode KHOMEINIs hat sich diese Einstellung nicht geändert. Presseberichten zufolge bekräftigte Irans neuer Religionsführer CHAMENEI den Tötungsaufruf ebenso wie der iranische Staatspräsident RAFSANJANI.

Die der »Neuen Linken« zuzurechnende MSV war auch Veranstalterin einer Protestkundgebung am 2. Juni in Bonn mit etwa 400 Teilnehmern. Die Demonstranten forderten internationale Maßnahmen gegen den Iran, so u. a. den Ausschluß aus der UNO und die Verhängung eines Erdöl- und Waffenembargos. Daneben machten sie auf die Hinrichtungswelle im Iran und Schreckens-taten in den dortigen Gefängnissen aufmerksam.

Angehörige der »Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der

**Es lebe der 8. Februar
Jahrestag der Gründung
der Guerillaorganisation
der Volksfedayin Irans**



**und
11. Feb. -Jahrestag des
Aufstands der iranischen Völker**

کرامی باد خاطره
۱۹ بهمن سالروز حماسه ساهاکل
۲۲ بهمن سالگرد قتلها قهرمان ایران



**O.I.P.F.G.-
Anhänger stürmen
Büro der
iranischen Flug-
gesellschaft**

Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf DEGHANI-Anhänger)« (O.I.P.F.G.) traten wie in den Vorjahren mit Besetzungsaktionen hervor. Am 10. Januar drangen zehn Iraner gewaltsam in das Büro der »Iran Air« in Frankfurt/M. ein, überwältigten eine Angestellte, verletzten einen weiteren Angestellten durch Fußtritte und Boxhiebe und beschädigten die Einrichtung. Nachdem die Besetzer die Büroräume von innen verriegelt hatten, forderten sie von der Polizei, die Anwesenheit von Medienvertretern zuzulassen. Die Aktion wurde von der Polizei beendet.

**»Tudeh-Partei
Iran« prangert
Massenhinrich-
tungen im Heimat-
land an**

5.2.2.2 Der orthodox-kommunistischen »Tudeh-Partei Iran« gelang es erstmals seit ihrer Spaltung im Juni 1986 wieder, größere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchzuführen. Dabei machte die Partei die Hinrichtungswelle im Iran zu ihrem zentralen Agitationsthema. An einer Gedenkveranstaltung am 11. März in Köln für die Opfer der Massenhinrichtungen nahmen etwa 500 Personen teil.

Zum Tode KHOMEINIs gab die Partei ein Kommuniqué heraus, in dem sie zum gemeinsamen Kampf gegen das Regime im Iran aufrief. Auffällig war, daß die sonst übliche Abgrenzung zu den Monarchisten fehlte.

**Iranische
Monarchisten
treten verstärkt in
der Öffentlichkeit
auf**

5.2.2.3 Iranische Monarchisten, im Bundesgebiet im Dachverband »Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (R.K.M.I.) und deren Mitgliederverbänden organisiert, traten 1989 verstärkt durch Demonstrationen und Versammlungen an die Öffentlichkeit. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß ihre Leitfigur, der Schah-Sohn Reza PAHLEWI, seine politische Arbeit intensiviert hat und auch nach außen hin entschiedener auftritt.

Über 250 R.K.M.I.-Anhänger beteiligten sich am 28. Juli an einer Protestdemonstration vor dem iranischen Generalkonsulat in Frankfurt/M. gegen die iranischen Präsidentschaftswahlen und das dortige Regime. Die Kundgebung verlief störungsfrei. Auf Funktionärsversammlungen beschlossen die Monarchisten, ihren Verband neu zu organisieren und zu stärken.

6. Sonstige

6.1 Jugoslawen

Der Nationalitätenkonflikt in Jugoslawien bezüglich der Republik Serbien und ihrer autonomen Provinz Kosovo (Anteil der Albaner über 85 %) spitzte sich 1989 weiter zu.

Anders als in Jugoslawien selbst verliefen im Bundesgebiet die Protestkundgebungen marxistisch-leninistischer und nationalistischer Kosovo-Albaner gegen die Unterdrückung ihrer Volksgruppe im Kosovo-Gebiet (Amsfeld) gewaltfrei. Zahlreiche Demonstrationen

nen der »Volksbewegung für die Republik Kosovo« (LPRK) und der »Nationaldemokratischen Liga der Albanischen Treue« (N.D.SH.) richteten sich gegen die Unterdrückung der Kosovo-Albaner durch die Serben. Anschläge oder besonders hervorzuhebende extremistische Einzelaktivitäten waren jedoch nicht zu verzeichnen.

6.2 Sikhs

Die militanten Sikh-Organisationen setzten in Indien ihre terroristischen Aktivitäten fort. Sie streben dort die Gründung eines unabhängigen Staates »Khalistan« an. Bislang unterstützten im Bundesgebiet lebende Sikhs den dortigen Terror durch Geldspenden, die für den Kauf von Waffen verwendet werden. Vermutlich Rivalitätskämpfe zwischen hier aktiven Sikh-Gruppierungen haben 1989 zu zwei Morden an Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft geführt. Am 11. Juli und 9. September wurden Sikhs in Heusenstamm bei Offenbach bzw. in der Nähe von Ansbach Opfer von Schußwaffenanschlägen. Beide waren Anhänger der »International Sikh Youth Federation« (ISYF). Etwa 50 Angehörige konkurrierender ISYF-Fraktionen beteiligten sich am 21. Mai in Frankfurt an einer Massenschlägerei; es gab mehrere Verletzte.

Angehörige der Religionsgemeinschaft der Sikhs fallen Schußwaffenanschlägen zum Opfer

6.3 Tamilen

Die wichtigste tamilische Extremistenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland ist die deutsche Sektion der »Liberation Tigers of Tamil Eelam« (LTTE). Diese will in Teilen der Insel Sri Lanka einen unabhängigen Staat »Tamil Eelam« gründen, der »sozialistisch und antiimperialistisch« geprägt sein soll. Führende Funktionäre dieser Gruppierung wurden am 6. März wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach fast zweijährigem Strafprozeß zu Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren verurteilt.

Nach Beendigung des Prozesses setzte die LTTE ihre politische Agitation fort und steigerte ihre Aktivitäten. Am 29. Juli veranstaltete die Tarnorganisation der LTTE, die »World Tamil Movement«, in Bonn eine Demonstration gegen die indische Regierung. Der Protest der etwa 1.100 Teilnehmer richtete sich gegen das Vorgehen der indischen Armee auf Sri Lanka.

LTTE steigert öffentliche Aktivitäten

III. Dokumentation

1. Flugschrift der FEYKA-Kurdistan vom Mai 1989 mit dem Titel »Aufruf an die fortschrittlich-demokratische Öffentlichkeit! Beteiligt Euch an der Solidaritätsdemonstration mit den politischen kurdischen Gefangenen in der BRD!«: »... Schließlich befinden sich insgesamt 14 kurdische Politiker in bundesdeutschen Gefängnissen. Zusammen mit ihnen soll gegen 17 kurdische Politiker u. Patrioten ein § 129 a-Prozeß eröffnet werden; mit einer haarsträubenden und mit Verleumdungen überfüllten Anklageschrift. Auf diese Weise soll der legitime nationale Befreiungskampf Kurdistans als 'terroristisch' abgestempelt werden. ... Die seit nunmehr fast ein- und einhalb Jahren inhaftierten politischen kurdischen Gefangenen werden einer gewaltigen Unterdrückung und der psychologischen Folter ausgesetzt ...«.
2. »Kurdistan-Rundbrief, Prozeß-Sondernummer 1 gegen die Kurdenverfolgung der Bundesanwaltschaft mit dem Mittel des § 129 a StGB« vom Juni 1989, herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD: »... Während sich der BRD-Imperialismus wieder zu einer weltweit operierenden imperialistischen Ordnungsmacht aufzuschwingen versucht, während westdeutsche Konzerne in der Türkei zunehmend investieren und die Militärhilfe für die Türkei seit dem Militärputsch 1980 noch reichlicher fließt, soll der Befreiungskampf eines ganzen Volkes, des kurdischen Volkes, gegen den türkischen Kolonialismus und die ihn stützenden NATO-Mächte, allen voran die BRD, vor dem OLG Düsseldorf als «terroristisch» angeklagt und verurteilt werden. ... Ein Agent des Bundeskriminalamtes hat trotz juristischer Hierarchie mehr Kompetenz als ein gewöhnlicher Richter und Staatsanwalt, niemand kann sich einmischen. Unter der juristischen und demokratischen Decke werden Gestapo-Methoden praktiziert ...«.
3. Flugschrift des Kurdistan-Komitees in Europa vom Mai 1989 mit dem Titel: »Jede D-Mark wird zur Waffe gegen die Völker Kurdistans und der Türkei! Geht nicht zum «Tourismus-Paradies» des faschistischen türkischen Staates!«: »... Jede D-Mark, Franc oder Dollar wird zu Waffen gegen die Völker Kurdistans und der Türkei umgewandelt und bei Massakern eingesetzt. Deshalb sagen wir: Fahren Sie zum Urlaub nicht in die Türkei oder nach Kurdistan! Keine Devisen für eine faschistische Militärjunta!! Verhindern Sie, daß eine faschistische Diktatur für ihre Massaker und Unterdrückungen Einnahmequellen findet. Sprechen Sie jeden Freund, Kollegen und Bekannten an, sagen Sie »Nein zum Urlaub in einem faschistischen Land!, «Keine D-Mark für die Massaker an das kurdische und türkische Volk!» Erheben Sie Solidarität mit unseren Völkern im Kampf gegen die faschistische türkische Diktatur! ...«.
4. »YENI CÖZÜM« vom März 1989: »... Einer dieser Verräter ist Engin KAYA. ... Er wurde durch unsere Bewegung Devrimci Sol festgenommen, als er, nachdem sein wahres Gesicht entblößt wurde, seinen Wohnsitz wechseln wollte. Er wurde vernommen und hat seinen Verrat gestanden. Im Namen der Völker der Türkei und aller Demokraten, Revolutionäre und Patrioten ... wurde er zum Tode verurteilt. Seine Todesstrafe wurde durch Erhängen vollstreckt ...«.
5. »Kurzbeschlüsse« des Zentralkomitees der TKP/M-L vom Juni

- 1989 unter der Überschrift: »Die 3. Konferenz der TKP/M-L hat alle unter der Decke «ML» stehenden Bourgeoisie-Ideologien verurteilt!«: »... Als wahre und legale Konferenz der TKP/M-L zeigt die 3. Konferenz unserer Partei den folgenden Weg: Die zentrale Aufgabe ist die Erweiterung und Vertiefung des Guerilla-Kampfes in den ländlichen Gebieten und die Anwendung der Angriffstaktiken ... Es ist nicht möglich, den Feind mit einer Waffe zu besiegen, daher rüstet Euch aus und macht Euch zu einem gut ausgebildeten Soldaten. Als ein Armeeangehöriger sollt ihr versuchen, die Zahl eurer Waffenbrüder und Lebensgefährten zu steigern. Jeden Tag macht ihr einen Schritt vorwärts und greift den Feind an. Das Angreifen und Vorwärtsbewegen sind die einzigen Kräfte, die die Armee und den Soldaten mit Kampfkraft und Kampfgeist aufladen ...«.
6. Flugschrift der TKP/M-L (Bolshevik) Auslandsbüro vom August 1989 unter der Überschrift: »Die blutigen faschistischen Diktaturen des Imperialismus und seiner Handlanger werden durch die Revolution gestürzt werden!«: »... Der westdeutsche Imperialismus ist einer der Hauptunterstützer der faschistischen Juntas, er ist einer der Todfeinde der Völker der Türkei, Chiles und der ganzen Welt! Tod dem westdeutschen Imperialismus! ... Die Aufgabe ist: In dem Land, in dem wir leben, in West-Deutschland die Militarisierung des westdeutschen imperialistischen Staates nach außen, und die Entwicklung der Faschisierung im Innern zu entlarven und anzuprangern, und in diesem Punkt mit allen inländischen und ausländischen revolutionären Organisationen solidarisch zu sein ...«.
7. Im März 1989 im Bundesgebiet festgestelltes Flugblatt der »Bolshevik Partizan« unter der Über-

schrift »Kampf dem faschistischen Coburger Convent! Den Kampf gegen den Coburger Convent verbinden mit dem Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!«, ohne Datum: »... Der westdeutsche Imperialismus und sein Staat, vertreten durch die verschiedenen Regierungen von SPD und CDU, haben in den letzten Jahren eine zunehmende Faschisierung durchgeführt. Seien es die Notstandsgesetze oder die sogenannten «Anti-Terror-Gesetze», seien es die Paragraphen 129 a oder die zunehmende Militarisierung von Polizei, die Ausländergesetze etc. – all das sind Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, bürgerlich-demokratische Grundrechte nicht nur einzuschränken, abzubauen, sondern abzuschaffen und mit faschistischen Maßnahmen zu ersetzen ...«.

8. »Ümmet-i Muhammed«, Nr. 15 vom 1. Februar 1989: »... Die Muslime haben die ihnen von ihrem Glauben erteilte Aufgabe, Gewalt anzuwenden und sich zu verteidigen, wer es auch immer sei, der diese Aufforderung behindert. Um die Glaubensfreiheit zu sichern und die Sicherheit der Personen zu gewährleisten, die Allah auf den richtigen Weg geführt hat, ist die Anwendung von Gewalt eine völlig legale Aufgabe. Es ist eine göttliche Aufgabe, alle Mächte, die sich den Muslimen in den Weg stellen, die diese göttliche Aufforderung in Freiheit verkündigen, oder die ihre Glaubensfreiheit bedrohen, in tausend Stücke zu zerschlagen und sie zu stürzen ...«.

IV. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989	(1988)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
1. Iren			
Provisional Irish Republican Army (PIRA)			
2. Kurden			
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	2.950	(2.750)	Berxwedan (Widerstand) – vierzehntäglich – Serxwebun (Unabhängigkeit) – monatlich –
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e. V. (FEYKA-Kurdistan)			FEYKA-Info – unregelmäßig –
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)			Kurdistan Report – zweimonatlich –
Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e. V. (KOMKAR)			Denge KOMKAR (Stimme KOMKAR) – monatlich – Informationsbulletin Kurdistan – zweimonatlich –
3. Araber			
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) – Bochum –	3.650	(3.000)	Al Hadaf (Das Ziel) – wöchentlich – Democratic Palestine – zweimonatlich –
Hisb Allah (Partei Gottes)			Al-Ahd (Die Verpflichtung) – wöchentlich –
Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando (PFLP-GC)			

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989 (1988)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
4. Türken	29.350	(31.500)
4.1 »Neue Linke«	4.220	(4.850)
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)		Partizan – unregelmäßig –
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) – Duisburg –		
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)		Mücadele (Kampf) – monatlich –
Bolshevik Partizan (BP)		Bolshevik Partizan – unregelmäßig –
Türkische Volksbefreiungs- partei-/Front (THKP/C)		
Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) – Hannover –		Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) – zweimonatlich – Türkei Information – zweimonatlich –
Avrupa da Dev Genc (Revolutionäre Jugend in Europa) – Tarnorganisation der 1983 verbotenen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) –		
4.2 Orthodoxe Kommunisten	2.980	(3.550)
Föderation der Immigranten- vereine aus der Türkei (GDF)		
Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKB)		
4.3 Islamische Extremisten	15.700	(16.000)
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln (ICCB) – Köln –		Ümmet-i Muhammed (Die Nation Mohammeds) – 15täglich –
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT) – Köln –		

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989 (1988)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
4.4 Extreme Nationalisten	6.450 (7.100)	
Föderation der türkisch- demokratischen Idealisten- vereine in Europa e. V. (ADÜTDF) – Frankfurt/M. –		
5. Iraner	3.250 (3.450)	
5.1 Anhänger der iranischen Regierung		
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U. I. S. A.)	400 (400)	Ghods – unregelmäßig, Deutsch/ persisch/arabisch –
5.2 Gegner der iranischen Regierung		
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutsch- land e. V. (MSV) – Köln –	800 (700)	Freiheit für Iran – unregelmäßig Nashriyeh'e Ettehadieyeh'e Anjomanha'ye Daneshjuyan'e Mosalman Kharej'e Kheswar (Veröffentlichung der Union der Moslemischen Studentenvereine im Ausland) – unregelmäßig – Najmu'e Khabari az Iran (Nachrichtenspiegel aus dem Iran) – unregelmäßig/deutsch –
Organisation der iranischen Studenten in der Bundes- republik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf DEGHANI-Anhänger) (O. I. P. F. G.)	100 (100)	Iran im Kampf – unregelmäßig – Iran Rundschau – unregelmäßig – Resistance – unregelmäßig/deutsch – GUJA – unregelmäßig/persisch –
Tudeh-Partei Iran einschl. Organisation iranischer Studenten Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) (O. I. S.)	400 (400)	Nahmeh Mardom (Botschaft des Volkes) – wöchentlich- Tudeh-News – monatlich – Tudeh-Bulletin – unregelmäßig/deutsch –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1989 (1988)		Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (R. K. M. I.) – Frankfurt/M. –	1.000	(1.000)	Nejat Iran (Die Befreiung Irans) – unregelmäßig –



Spionageabwehr



1. Spionageabwehr, Schwerpunktaufgaben der Verfassungsschutzbehörden von bleibender Aktualität

Ungeachtet des politischen Umbruchs in kommunistisch regierten Ländern Osteuropas haben die Geheimdienste dieser Staaten auch im Jahre 1989 mit einer den Vorjahren vergleichbaren Intensität die Bundesrepublik Deutschland in allen wesentlichen Bereichen von Politik, Verteidigung und Wirtschaft nachrichtendienstlich aufzuklären versucht.

**Politische
Umwälzungen im
Osten:
Konsequenzen für
die »Staatssicherheit«**

Allerdings wurden im Zuge der z. T. grundlegenden Veränderungen in Osteuropa auch und gerade die jeweiligen nationalen Geheimdienste einer kritischen öffentlichen Diskussion ausgesetzt. In der DDR wurde im November 1989 das bis dahin allgegenwärtige Ministerium für Staatssicherheit (MfS), einige Zeit darauf auch die Nachfolgeorganisation, das Amt für Nationale Sicherheit, aufgelöst. Das gleiche Schicksal ereilte einige Zeit später auch die rumänische Securitate. Doch darf dabei nicht übersehen werden, daß es im wesentlichen die Verfehlungen und Mißstände der »Staatssicherheit«, nämlich des innerstaatlichen und in der Bevölkerung verhaßten Überwachungsapparates waren, die Wut und Empörung auslösten und auch in Gewaltaktionen mündeten. Die offensive Auslandsaufklärung hingegen war nie öffentlich Gegenstand einer nachhaltigen Kritik. Der Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit der DDR, der Nachfolgebehörde des MfS, verkündete noch Ende November 1989 in einem Interview, daß die Auslandsaufklärung unverzichtbar bleibe und kein moderner Staat in Mitteleuropa ohne sie auskommen könne*. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Chef des sowjetischen zivilen Nachrichtendienstes KGB.

**Aktualität der
Auslands-
aufklärung ...**

Ob sich die derzeitigen Veränderungen in den Ostblockstaaten nachhaltig auf die Tätigkeit der dortigen Auslandsnachrichtendienste auswirken werden, bleibt abzuwarten.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben aber gezeigt, daß auch in Zeiten militärischer Abrüstung und voranschreitender politischer Kurs- oder gar Systemänderungen nachrichtendienstliche Aufklärungsaktivitäten nicht nachließen. Dies wurde z. B. durch Aussagen eines sowjetischen Überläufers belegt, nach denen der sowjetische Nachrichtendienst KGB im Anschluß an die KSZE-Konferenz von Helsinki im Jahre 1975, und damit in einer Phase internationaler Entspannung, angewiesen wurde, seine Bemühungen, US-Bürger für eine Verratstätigkeit anzuwerben, noch zu verstärken.

Aus der Sicht der betroffenen Regierungen bargen s. Zt. Veränderungen im Gefolge der KSZE-Konferenz ein erhöhtes politisches wie unter Umständen auch militärisches Risikopotential in sich.

* Diese These behält im Grundsatz ihre Gültigkeit, trotz der vollständigen Auflösung des DDR-Spionageapparates.

Deshalb zeigten sie ein noch stärkeres Interesse an möglichst zuverlässigen und umfassenden (Hintergrund-)Informationen über die Staaten des Westens, deren politische und militärstrategische Positionen sowie ihre möglichen Reaktionen auf politische, wirtschaftliche und militärische Veränderungen in Osteuropa. Es bedarf genauer Beobachtung, ob sich diese Erfahrung erneut bestätigt und auch künftig mit einer gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten intensiven Auslandsaufklärung zu rechnen ist. Bis andere Fakten vorliegen, ist mit weiter anhaltender Spionage zu rechnen.

... im politischen,
militärischen
und ...

Besonderes Augenmerk verdient die Wirtschaftsspionage. Angesichts der nicht mehr zu verbergenden und weithin eingestandenen desolaten Wirtschaftslage der Staaten des Warschauer Pakts steht zu erwarten, daß die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme mit Nachdruck verfolgt wird. Sofern die Lösung dieser Probleme nicht durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit westlichen Ländern erreicht werden kann, ist mit einem Anhalten der Wirtschaftsspionage zu rechnen. Denn durch die illegale Beschaffung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, technischem »know how« über Produktionsverfahren sowie von fertigen Endprodukten der Industrie bis hin zur Hochtechnologie lassen sich sowohl lange Forschungs- und Entwicklungszeiten wie auch Kosten in beträchtlicher Höhe einsparen. Vor allem zur Beschaffung embargogeschützter Ware (dem sog. illegalen Technologietransfer), aber nicht nur hierzu, wurden die gegnerischen Nachrichtendienste bisher gezielt eingesetzt.

... wirtschaftlichen
Bereich

Während 1989 insgesamt noch eine starke Aufklärung der oppositionellen Emigrantenszene in der Bundesrepublik Deutschland festgestellt werden konnte, wird in diesem Bereich als Folge der Demokratisierungsbemühungen und der veränderten politischen Lage in den Heimatländern künftig eine Umorientierung der gegnerischen Nachrichtendienste erwartet werden können.

Emigration

2. Kontaktpunkte/Werbungsmethoden

Werbung und Führung von Agenten sind klassischer und stetiger Bestandteil der Arbeit aller gegnerischen Nachrichtendienste. Die Gewinnung von Agenten wird daher als Schwerpunktaufgabe betrieben und mit erheblichem personellen, materiellen und organisatorischen Aufwand und großer Sorgfalt geplant und durchgeführt.

Die Ansätze für die Auswahl und nachrichtendienstliche Bearbeitung einer Zielperson wie auch die Anlässe für die Ansprache zum Zweck der sofortigen oder späteren Anwerbung können ganz unterschiedlicher Art sein.

Anbahnung bei
Reisen in den
kommunistischen
Machtbereich

Werbungsansatz:
»Zufalls«-
Bekanntheit

2.1 Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland

Privaten und geschäftlichen Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in den kommunistischen Machtbereich wurde auch 1989 von den gegnerischen Nachrichtendiensten besonderes Interesse entgegengebracht. Wie die festgestellten Werbungen und Werbungsversuche zeigten, nutzten vor allem die Nachrichtendienste der DDR und der CSSR, aber auch der UdSSR, Polens und Rumäniens solche Reisen als günstige Ansatzpunkte.

Bemerkenswert hinsichtlich der Auswahl der Zielpersonen ist, daß selbst eher zufällige Kontakte zur nachrichtendienstlichen Ansprache genutzt wurden. Dies zeigt z. B. folgender Fall, in dem die Ermittlungen im Frühjahr 1989 abgeschlossen wurden.

Der Schüler C. fuhr anlässlich eines Aufenthalts in Berlin (West) mit einem Tagesvisum über den Bahnhof Friedrichstraße nach Berlin (Ost). Bei einem Kneipenbummel lernte er einen Roland kennen. Wie es schien, zeigte dieser bald ein persönliches Interesse an C., und es entwickelte sich ein Gespräch in einer von C. als locker und freundschaftlich empfundenen Atmosphäre. Dabei erwähnte Roland, daß er Friseur sei und bei seiner kranken Mutter wohne. Er bot C. an, sowohl jetzt als auch bei künftigen Aufenthalten in Berlin (Ost) bei ihm zu übernachten. Im Laufe des Gesprächs erkundigte Roland sich dann nach C.s Herkunft, seinen Lebensumständen und Zukunftsplänen. Schließlich erwähnte er, daß es in der Nähe von C.s Heimatstadt doch militärische Einrichtungen gäbe. In diesem Zusammenhang fragte er dann unumwunden, ob C. bereit sei, solche militärischen Anlagen auszuspähen und ihm Fotografien zu liefern. Er gab zu verstehen, daß eine solche Tätigkeit selbstverständlich angemessen entlohnt würde.

Bei der Verabschiedung schlug Roland ein weiteres Treffen zwei Tage später vor, das C. jedoch nicht mehr wahrnahm.

Sorgfältige
Vorbereitung
der Werbungs-
versuche

Werbungsansatz:
Visumantrag

Anders als in diesem Fallbeispiel werden nachrichtendienstliche Ansprachen in der Regel jedoch über einen meist längeren Zeitraum und – wie insbesondere beim zivilen Auslandsnachrichtendienst der DDR, der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des früheren Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), festzustellen war – mit besonderer Sorgfalt vorbereitet. Die bisher generell üblichen Reiseformalitäten, insbesondere die Beantragung eines Visums unter Angabe einer Vielzahl personenbezogener Daten, brachten manchen Bundesbürger ins Visier der im Verwaltungsapparat osteuropäischer Staaten zumindest 1989 noch allgegenwärtigen »Staatssicherheit«. Bis es dann zu Kontaktierungsversuchen kam, verging oft eine lange Zeit, während der die Zielperson umfassend abgeklärt wurde. Die Ansprache erfolgte manchmal erst nach mehrmaligen Einreisen in das betreffende Land, z. T. sogar erst nach mehre-

ren Jahren. Die dann angesprochenen Bundesbürger waren meist erstaunt, daß ihnen bereits im ersten Gespräch mit den Werbern vor allem der DDR-Dienste detaillierte Erkenntnisse aus ihrem privaten und beruflichen Umfeld präsentiert wurden. In Fällen, in denen Bundesbürger sich zu Verwandtenbesuchen im Osten aufhielten, wurde das erste Gespräch mit einem Mitarbeiter des gegnerischen Nachrichtendienstes vielfach sogar von den Gastgebern selbst oder ihrer näheren Umgebung vermittelt:

**Kontakt-
herstellung über
Gastgeber**

Der im Januar 1989 vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten auf Bewährung sowie einer Geldstrafe verurteilte Fotosetzer K. pflegte häufiger mit seiner Familie zu Verwandten seiner Ehefrau nach Karl-Marx-Stadt/DDR zu reisen. Bei einem dieser Besuche Ende der siebziger Jahre machte ihn ein Vetter seiner Ehefrau mit einem angeblichen Freund der Familie namens »Rainer« bekannt. Nach zahlreichen langen Gesprächen, zu denen später noch ein »Steffen« hinzukam, gaben die beiden sich als Mitarbeiter des MfS zu erkennen und versuchten, K. für den »Dienst als Friedenskundschafter« zu gewinnen. Schließlich gab K. nach und erklärte sich mündlich zur Mitarbeit bereit. Er erhielt eine erste nachrichtendienstliche Schulung und kehrte in die Bundesrepublik Deutschland zurück mit dem Auftrag, Personen aus dem Hochschulbereich oder mit qualifizierter technischer Ausbildung aus sonstigen Bereichen zu »tippen«, d. h. er sollte seinem Führungsoffizier Personen benennen, die im Hinblick auf eine nachrichtendienstliche Mitarbeit interessant erschienen, und nähere Informationen über diese Zielpersonen beschaffen. In den folgenden Jahren kam es zu mindestens 15 Treffreisen in die DDR und nach Berlin (Ost) sowie zu weiteren Treffs mit einem Instrukteur im Raum Frankfurt/M. und Offenbach. K. wurde dabei wiederholt nachrichtendienstlich geschult und mit nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln ausgerüstet, u. a. mit einer als Container gearbeiteten Herrenhandtasche, einem Füllfederhalter für Geheimschreibverfahren sowie einem Zifferncode zur Entschlüsselung des Agentenfunks, für dessen Empfang K. sich weisungsgemäß ein Radiogerät mit KW-Empfangsteil kaufte. »Für den Notfall« nannte man ihm eine konspirative Telefonnummer in Karl-Marx-Stadt. K. wurde immer wieder zur Intensivierung seiner dem MfS-Führungsoffizier zu unergiebig erscheinenden Verratsaktivitäten angehalten. Zusätzlich erhielt er den Auftrag, Bürger der Bundesrepublik Deutschland als Agenten anzuwerben. Weisungsgemäß versuchte er 1984, einen ihm bekannten Ingenieur der Nachrichtentechnik, der den nachrichtendienstlichen Hintergrund nicht erkannte, unter einer Legende für eine Mitarbeit zu gewinnen und ihn zu einer Bewerbung beim Bundesnachrichtendienst zu veranlassen. Beide Vorhaben scheiterten.

**Kontaktierung
bei polizeilicher
Anmeldung**

In anderen Fällen erfolgte die Ansprache von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bei der obligatorischen polizeilichen Anmeldung nach der Einreise am Aufenthaltsort. Nach den vorliegenden Erkenntnissen wurde diese Situation bevorzugt von den tschechoslowakischen Nachrichtendiensten zum Anlaß für eine Ansprache genommen. Ansatz für die nachrichtendienstliche Bearbeitung der potentiellen Zielpersonen war jeweils die vorangegangene Beantragung des erforderlichen Einreisevisums für die CSSR. Die Anträge bestimmter, in nachrichtendienstlicher Hinsicht interessanter Personengruppen – zu ihnen gehören u. a. Soldaten, Journalisten, Polizeibeamte sowie Personen, die vormalig in der CSSR lebten – werden nicht von der Konsular- und Visaabteilung der tschechoslowakischen Botschaft, sondern vom Innenministerium in Prag bearbeitet. Nachrichtendienstlich interessante Personen wurden dort aus der Vielzahl der Anträge herausgefiltert und unter operativen Gesichtspunkten bearbeitet. Der nachrichtendienstliche Erstkontakt wurde dann überwiegend nach der Einreise im Zusammenhang mit der polizeilichen Anmeldung bei der örtlich zuständigen Paß- und Visastelle geknüpft. Hierzu wurden die Zielpersonen nach Abschluß der melderechtlichen Formalitäten zumeist unter einem Vorwand in ein Nebenzimmer gebeten und dort von Angehörigen des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes zunächst eingehend befragt. Einstieg für den anschließenden nachrichtendienstlichen Werbungsversuch waren u. a. die berufliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Kontakte zu tschechoslowakischen Emigranten im Bundesgebiet sowie verwandtschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen in die CSSR, die als Vorwand für gelegentliche Treffreisen herhalten konnten. Dabei nutzten die Werber geschickt die Zwangssituation des Besuchers aus, indem sie z. B. mit einem künftigen Einreiseverbot oder Repressalien gegen Verwandte oder Bekannte in der CSSR drohten. Oftmals wurde auch durch das Versprechen von Vorteilen (Familienzusammenführung, Befreiung vom Zwangsumtausch) das Ziel der nachrichtendienstlichen Anwerbung erreicht. Das nachfolgende Beispiel verdeutlicht das methodische Vorgehen des gegnerischen Dienstes:

**Werbungsmittel:
Nötigung,
Versprechen von
Vorteilen**

O. führte seit Jahren regelmäßig Besuchsreisen zu Verwandten in der CSSR durch, wobei er lange Zeit von behördlichen Nachstellungen unbehelligt blieb. Bei einer weiteren Besuchsreise wurde O., der im Entwicklungslabor eines Elektronikunternehmens arbeitete, anläßlich der Anmeldung bei der Paß- und Visastelle am Wohnort der Verwandten in ein Nebenzimmer geführt und dann zu einem Gespräch außerhalb der Dienststelle gebeten. O. kam diesem Ansinnen nach und wurde bei dem Treff von seinem Gesprächspartner ohne Umschweife zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit aufgefordert. Dabei zeigte der Angehörige des gegnerischen Nachrichtendienstes ein beson-

deres Interesse an Geräten und Planungsunterlagen aus dem Arbeitsbereich des O. Darüber hinaus wurde O. angehalten, für die Vereinbarung weiterer Treffs in Prag und Berlin (Ost) eine Deckadresse in der CSSR zu notieren. Obwohl sich O. strikt weigerte, die erteilten Aufträge auszuführen und dies unmißverständlich äußerte, beharrte der ND-Angehörige auf seinem Verlangen.

O. blieb jedoch bei seiner konsequenten Ablehnung und offenbarte sich nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland den zuständigen Sicherheitsbehörden.

Nicht nur Reisen in den kommunistischen Machtbereich, sondern auch Besuchsreisen von Staatsangehörigen osteuropäischer Länder und aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland wurden von den gegnerischen Nachrichtendiensten dazu benutzt, eine spätere Anwerbung von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland vorzubereiten. Beispielhaft dafür sind zahlreiche Fälle, in denen DDR-Bürger vor ihren Reisen in das Bundesgebiet von MfS-Angehörigen kontaktiert und aufgefordert wurden, bestimmte Personen ihres engeren oder auch weiteren Verwandten- und Bekanntenkreises im Bundesgebiet zu einem Besuch in die DDR oder nach Berlin (Ost) einzuladen. Bezeichnend dabei ist, daß das MfS dem reisenden DDR-Bürger in manchen Fällen eine in der Bundesrepublik Deutschland lebende Zielperson aus der entfernteren Verwandtschaft vorher genau benannte und beschrieb, während er selbst diese Person oder ihren Beruf noch gar nicht kannte. Diese Vorgehensweise läßt darauf schließen, daß die hier lebende Verwandtschaft und deren Umfeld von den Aufklärungsdiensten der DDR, vor allem aber dem früheren MfS, sehr sorgfältig abgeklärt wurden. Diese bis ins Detail gehende Abklärung der verwandtschaftlichen Beziehungen läßt den Schluß zu, daß das MfS hinreichend in der Lage war, auch im Bundesgebiet zu ermitteln und zu observieren. Daß solche Aktivitäten einen hohen personellen Einsatz und finanziellen Aufwand im Operationsgebiet erfordern, liegt auf der Hand.

Anwerbung von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland

durch Besuchsreisende aus dem Osten

2.2 Nachrichtendienstliche Gefährdung von Übersiedlern, Ausiedlern und Asylsuchenden aus dem kommunistischen Machtbereich

Der Zustrom von Übersiedlern aus der DDR hat sich 1989 dramatisch erhöht. Mit dieser größten Übersiedlerwelle seit dem Mauerbau 1961 kamen rd. 350.000 DDR-Bürger in das Bundesgebiet.

Aufgrund freiwilliger Offenbarungen von Übersiedlern gegenüber den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder hat sich gezeigt, daß das MfS auch 1989 DDR-Bürger, die einen Antrag auf Ausreise gestellt hatten, für nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland genutzt hat. Um ihren Ausreisewunsch nicht zu gefährden, haben sich Übersiedlungswillige

Anwerbung von Übersiedlern

vielfach bereiterklärt, zunächst eine Spitzeltätigkeit in der DDR im persönlichen und beruflichen Umfeld zu verrichten. Diese einmal hergestellte Verstrickung diente dann bei der bevorstehenden Ausreise als Anknüpfungspunkt, um den Übersiedler auch für eine künftige nachrichtendienstliche Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Zahlreiche Übersiedler konnten auf diese Weise von den DDR-Nachrichtendiensten angeworben werden.

Weitere, auch bei Ost-West-Reisen häufig angewandte Methoden, eine Verpflichtungserklärung zu erwirken, waren das Versprechen von Vorteilen verschiedener Art, insbesondere die Zusage, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, oder aber auch die Drohung mit Nachteilen. Vor ihrer Ausreise aus der DDR wurden manche der angeworbenen Übersiedler lediglich in allgemeiner Form auf die künftige Zusammenarbeit hingewiesen, in anderen Fällen wurden bereits konkrete nachrichtendienstliche Aufträge gegen Personen und Objekte im Bundesgebiet erteilt.

Agenten im Flüchtlingsstrom

Die DDR-Nachrichtendienste nutzten nicht nur das förmliche Übersiedlungs- bzw. Ausreiseverfahren. Auch unter den unkontrollierten Flüchtlingsstrom (z. B. über Ungarn) mischte das MfS seine Agenten, um andere Übersiedler, das Aufnahmeverfahren sowie Objekte im Bundesgebiet abzuklären.

Anwerbung von Aussiedlern

Auch die Nachrichtendienste der anderen osteuropäischen Staaten blieben bemüht, Ausreisewillige für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit zu gewinnen. Die hierbei angewandten Methoden der Anwerbung gleichen denen der DDR-Nachrichtendienste, wobei allerdings unterschiedliche Akzente erkennbar wurden. Bei den polnischen und rumänischen Nachrichtendiensten kam es nach den 1989 erfaßten Aussagen von betroffenen Aussiedlern und Asylsuchenden häufiger vor, daß mit Nachteilen für den Fall einer Verweigerung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit gedroht wurde.

Der nachfolgend geschilderte Fall, in dem die nachrichtendienstliche Kontaktierung erst 20 Jahre nach der Aussiedlung aus der UdSSR erfolgte, demonstriert, daß Aussiedler auch nach langer Zeit, wenn sie bereits beruflich und persönlich im Bundesgebiet etabliert sind, noch im Blickfeld gegnerischer Nachrichtendienste stehen können. Darüber hinaus zeigt der Fall beispielhaft, wie eine Ansprache in vielen vorausgehenden Schritten und über einen längeren Zeitraum vorbereitet wird:

Der 1956 in der Sowjetunion geborene T. kam 1966 zusammen mit seinen Eltern und Geschwistern als Aussiedler in das Bundesgebiet. Im November 1988 erhielt T. den Telefonanruf eines Dr. M., der ihm ankündigte, ein Paket aus Lwow/Weißrußland überbringen zu wollen. T., der hinter dem Anruf zunächst einen Scherz vermutete, erhielt erst 4 Monate später, im März 1989, einen erneuten Anruf von Dr. M., wobei dieser an das zuvor

erwähnte Paket erinnerte. Den langen Zeitraum zwischen den beiden Anrufen entschuldigte Dr. M. mit einer angeblichen Reise in die USA. Auf den Einwand des T., keinerlei Beziehungen nach Lwow zu unterhalten, erklärte Dr. M., sich damals geirrt zu haben, das Paket komme nicht aus Lwow, sondern von Verwandten aus Süddeutschland. Dr. M. sagte eine erneute telefonische Kontaktaufnahme für Ende des Monats zu. Mitte Mai 1989 meldete sich schließlich bei T. telefonisch ein Gert SCH., der sich als ein Bekannter von Dr. M. ausgab und in dessen Auftrag ein Paket übergeben wollte. Nachdem sich T. bereit erklärt hatte, den Anrufer zu empfangen, erschien dieser schon wenige Minuten später und übergab T. ein in Geschenkpapier eingewickelttes Paket. Auf Nachfrage des T. konnte SCH. keine näheren Angaben zu Dr. M. machen und gab vor, diesen nur flüchtig zu kennen. T. öffnete das Paket, fand aber keine weiteren Nachrichten, insbesondere keine Hinweise auf den Absender. Der Inhalt bestand aus einer braunen Holzdose mit Deckel sowie einem ikonenhähnlichen Bild. Als T. nach einigen Tagen den Inhalt des Paketes genauer untersuchte und dabei die Rückwand des Bildes löste, fand er dort einen maschinengechriebenen Brief in russischer Sprache sowie fünf 100 DM-Scheine. Der Absender – »ein Landsmann und uralter Bekannter, Peter« – forderte T. in dem Brief zu einem Treffen in Berlin (Ost) auf und äußerte den Wunsch, von T. »als Spezialisten eine qualifizierte Konsultation über interessierende Fragen zu bekommen«. Der Briefschreiber stellte eine sofortige Bezahlung sowie auch künftig weiteres Einkommen in Aussicht. T. vermutete, daß es sich um einen Anbahnungsversuch eines sowjetischen Nachrichtendienstes handelte. Er meldete den Sachverhalt sofort den Sicherheitsbehörden. Erst Anfang Juni 1989 erhielt T. dann einen weiteren Anruf des SCH., der nun erstmals auf die in dem Paket versteckte Nachricht hinwies und bat, diese zu entnehmen und zu lesen, nicht ahnend, daß T. sie bereits entdeckt hatte. Einige Wochen später meldete sich schließlich ein weiterer Anrufer, ein Peter, der sich als Verfasser des Briefes ausgab und nur gebrochenes Deutsch sprach. Er erklärte, daß sowohl der Paketüberbringer SCH. als auch Dr. M. mit dem »eigentlichen Geschäft« nichts zu tun hätten und lediglich Bekannte von ihm seien. Sodann wollte er von T. wissen, ob dieser zu dem vorgeschlagenen Treff nach Berlin (Ost) kommen werde. Als T. erwiderte, er habe kein Interesse an dem Angebot und darüber hinaus bereits die Sicherheitsbehörden eingeschaltet, reagierte Peter enttäuscht mit der Bemerkung, daß er T. »etwas mehr Verstand zugetraut« hätte. Das Interesse des gegnerischen Nachrichtendienstes war damit jedoch noch nicht verflogen. Einige Zeit später fragte Peter erneut an, ob man nicht doch noch ins Geschäft kommen könne, was T. jedoch weiterhin ablehnte.

3. Zielrichtungen/Zielobjekte

Die gegnerischen Nachrichtendienste versuchen entsprechend ihrem Aufklärungsauftrag ein möglichst umfassendes Bild über alle für die Regierungen ihrer Staaten wesentlichen Bereiche der westlichen Gesellschaften zu gewinnen. Sie stützen sich dabei sowohl auf jedermann zugängliche Quellen wie auch auf konspirativ gewonnene Informationen. Unverändert sind die Felder Politik, Militär sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Technik Ziele gegnerischer Ausspähungsbemühungen.

3.1 Politische Spionage/Ausspähung von Emigranten

Die den Verfassungsschutzbehörden 1989 bekanntgewordenen Spionageaufträge zeigen deutlich, daß der politischen Spionage nach wie vor eine herausragende Bedeutung zukommt. Auch die bereits vor Jahren begonnene Reformpolitik GORBATSCHOWs und die in ihrem Gefolge eingetretene Wandlung der politischen Systeme in den Staaten Ost- und Mitteleuropas haben 1989 ein Nachlassen der Spionagetätigkeit sowjetischer oder anderer osteuropäischer Nachrichtendienste in diesem Bereich nicht erkennen lassen. Bevorzugte Ziele gegnerischer Ausspähungsbemühungen waren Regierungs- und Verwaltungsstellen – einschließlich der Sicherheitsbehörden – von Bund und Ländern sowie andere politisch und gesellschaftlich aktive Kräfte, wie z. B. Gewerkschaften, Medien und vor allem die politischen Parteien. Nicht nur die etablierten Parteien waren dabei von nachrichtendienstlichem Interesse, sondern gerade auch die in der politischen Landschaft neu auftauchenden Kräfte. Deren Struktur, Standort in der hiesigen Parteienlandschaft, propagierte und wirkliche Ziele, gegenwärtiger und zu erwartender Einfluß auf die politischen Entscheidungsprozesse sowie Rückhalt in der Bevölkerung stellten für die osteuropäischen Regierungen wichtige Faktoren dar, die aus ihrer Sicht der besonderen Beobachtung und nachrichtendienstlichen Aufklärung bedürfen. Durch Angaben von Übersiedlern konnte in Erfahrung gebracht werden, daß z. B. das MfS bemüht war, Übersiedler sowie deren Verwandte und Bekannte in der Bundesrepublik Deutschland für eine Ausspähung der »Republikaner« zu gewinnen. Die in diesem Zusammenhang erteilten nachrichtendienstlichen Aufträge zielten zunächst nur auf die Sammlung offener Publikationen. Sie ließen jedoch erkennen, daß das MfS letztlich direkte Zugänge in dieser Partei über dort einzuschleusende Agenten anstrebte.

Ein Ziel gegnerischer Nachrichtendienste waren wie schon in den vorausgegangenen Jahren die im Bundesgebiet lebenden Aussiedler und Asylsuchenden aus Staaten des Ostblocks. 1989 kamen über 430.000 Angehörige dieses Personenkreises in die Bundesrepublik Deutschland. Mit den hiesigen Lebensgewohnheiten zunächst wenig vertraut, suchen viele von ihnen Anschluß und Unterstützung bei ehemaligen Landsleuten, die bereits hier leben

**Ausspähungs-
objekte:
Regierungs- und
Verwaltungs-
stellen, Parteien**

**Aufklärungs-
objekte:
Neue Parteien**

**Aufklärungs-
objekt:
Emigration**

und sich in Vereinen oder sonstigen Organisationen zusammengeschlossen haben. Oftmals als Hort der politischen Opposition zu den Regierungen ihrer Herkunftsländer verdächtigt, wurden sie von deren Nachrichtendiensten sorgfältig beobachtet und ausgespäht. Es waren immer wieder Bemühungen der gegnerischen Nachrichtendienste zu verzeichnen, unter Aussiedlern und Asylsuchenden Agenten zu werben. Aber auch im Heimatland verbliebene Personen wurden, wenn sie Reisen ins Bundesgebiet beantragten, von den gegnerischen Nachrichtendiensten angegangen und beauftragt, hier Kontakt zu solchen Gruppierungen aufzunehmen und diese abzuklären:

Nach Abschluß seines Studiums war Jaroslav Z. als Dozent an einer Hochschule in der CSSR tätig. Im Zusammenhang mit einer geplanten Dienstreise ins westliche Ausland wurde er im Rahmen des Reisegenehmigungsverfahrens von dem für die Hochschule zuständigen Angehörigen des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes StB angesprochen. Ihm wurde bei dem Gespräch bedeutet, daß die Reisegenehmigung von seiner Bereitschaft zur Mitarbeit abhänge. Z., der auf die Reise nicht verzichten wollte, unterschrieb daraufhin eine Erklärung, in der er sich zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit verpflichtete. Z. wurde anschließend beauftragt, im Westen lebende tschechoslowakische Asylanten abzuklären. Daneben sollte er auch militärische Objekte aufsuchen. Z. hatte der Zusammenarbeit allerdings nur zum Schein zugestimmt. Nach der Einreise ins Bundesgebiet offenbarte er sich den deutschen Sicherheitsbehörden und blieb im Westen.

3.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Der enorme Rückstand der Volkswirtschaften des Ostblocks im Verhältnis zu den westlichen Staaten erklärt das Bestreben, alle Möglichkeiten zu nutzen, um diesen Abstand zu verringern. Lange Forschungs- und Entwicklungszeiten wie auch Kosten in beträchtlicher Höhe lassen sich durch die illegale Beschaffung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, technischem »know how« sowie von fertigen Endprodukten der Industrie bis hin zur Hochtechnologie einsparen. Vor allem zur Erlangung embargogeschützter Waren, deren Ausfuhr das Koordinierungskomitee für den Ost-West-Handel (COCOM) wegen ihrer militärischen Nutzbarkeit gesperrt hat, wurden gezielt die gegnerischen Nachrichtendienste eingesetzt.

Welch hohe Bedeutung die osteuropäischen Staaten der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage beimessen, läßt sich schon an der Organisationsstruktur der hierbei besonders aktiven Nachrichtendienste erkennen. Sowohl das sowjetische KGB als auch das frühere MfS (bzw. dessen Nachfolgebehörde) in der DDR verfügten bzw. verfügten über größere Arbeitseinheiten mit besonders

**Gezielter Einsatz
gegnerischer
Nachrichtendienste
beim illegalen
Technologie-
transfer**

ausgebildeten Mitarbeitern, deren einzige Aufgabe die Beschaffung und Auswertung von technischem Wissen und Gerät ist. Die Bedarfsbestimmung, zum Teil auch die Erteilung konkreter Beschaffungsaufträge, waren Sache eigens hierfür eingerichteter Koordinierungsstellen. Diese waren den Nachrichtendiensten vorgeschaltet und sollten eine ständige Anbindung an die staatlichen Produktionsstätten sicherstellen. Mit den Beschaffungsaktivitäten der Nachrichtendienste im Bereich der Wirtschaftsspionage sollten die Defizite des eigenen Wirtschaftssystems möglichst gezielt ausgeglichen werden. Folgender Fall ist typisch für die Arbeitsweise der gegnerischen Nachrichtendienste:

Zielgruppe:
Erfolgreiche
Unternehmer

Der Bundesbürger K. führte als Selbständiger ein kleines Unternehmen, das sich u. a. mit dem Vertrieb elektronischer Güter befaßte. Der geschäftliche Erfolg blieb aus, und K. erwirtschaftete schon bald erhebliche Verluste. Diese als Ansatzpunkt gegnerischer Nachrichtendienste »klassische« Konstellation war Anlaß und Gelegenheit für einen sowjetischen Nachrichtendienst, K. für eine perspektivisch ausgerichtete Zusammenarbeit zu gewinnen. In der Anbahnungsphase erhielt K. von einem Vertreter der in Berlin (West) mit einem Büro vertretenen sowjetischen Außenhandelsvereinigung lediglich Bagatellaufträge. Dabei wurden auch, um K. an unübliche Bestellungen zu gewöhnen, branchenfremde Aufträge, z. B. die Beschaffung einer bestimmten Dokumentation über Kernkraftwerke, erteilt. Die Bezahlung erfolgte ausschließlich in bar und wurde stets ohne Hinweis auf den Käufer quittiert. K.s Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde entscheidend dadurch gefördert, daß ihm bereits bei Auftragserteilung erhebliche Gewinnspannen eingeräumt wurden. Etwa zwei Jahre später stellte sich K. ein weiterer sowjetischer Vertreter als künftiger Auftraggeber vor. Anhand mitgebrachter Warenlisten bat er K., hierzu Angebote westlicher Firmen einzuholen. Erstmals sollten nun auch militärisch nutzbare und damit embargogeschützte Güter beschafft werden. Die Geschäftsabschlüsse bis dahin und die dabei erzielten Gewinne hatten bei K. bereits zu einer völligen geschäftlichen Abhängigkeit geführt, so daß er finanziell auf die weitere Zusammenarbeit angewiesen war und diese ungeachtet der damit verbundenen Gesetzesverstöße fortsetzte. Weitere Aufträge, deren Erfüllung in der Regel Verstöße gegen Embargobestimmungen darstellten, folgten. Sie reichten von der Beschaffung von Transistoren und Horchmikrosendern bis hin zur Lieferung von IBM-Computern, von Publikationen über Messeneuheiten bis zu detaillierten Systembeschreibungen diverser technischer Anlagen. Gegenüber den Herstellern oder Lieferanten verschleierte K. den wahren Endabnehmer, indem er z. B. angab, die Ware werde in ein westeuropäisches Land geliefert oder er könne aus Verbraucherschutzgründen keine

Angaben über den Kunden machen. Als ein namhaftes deutsches Unternehmen auf Vorlage der vorgeschriebenen Endnutzer-Bescheinigung bestand, wurde die Bestellung kurzerhand zurückgezogen und stattdessen nicht embargogeschützte Ware geordert. Die zunehmende Verlagerung der Auftragsrichtung auf spezielle Wehrtechnik erschwerte schließlich die Beschaffungsmöglichkeiten K.s. Andererseits wollte er nicht mehr auf die lukrativen Geschäfte verzichten. Auch die ungewöhnlichen Geschäftspraktiken wie Übergabetreffs auf Parkplätzen in Berlin (Ost) oder an der Transitstrecke sowie die Nutzung eines Privatkontos zur Verschleierung der jeweils in bar erfolgten Zahlungen konnten ihn nicht mehr abschrecken. Um weiterhin die Beschaffung der von dem sowjetischen Nachrichtendienst in Auftrag gegebenen Güter sicherzustellen, suchte K. einen geeigneten Partner, dessen Geschäftsverbindungen ihm die benötigten Zugangsmöglichkeiten eröffnen sollten. Er fand ihn in der Person des Betriebswirts G., den er als Mitgesellschafter in das Elektronikunternehmen aufnahm, ohne ihn allerdings im einzelnen in die Hintergründe der Geschäfte einzuweißen. Die weiteren Aufträge des sowjetischen Nachrichtendienstes betrafen u. a. die Beschaffung eines Rundumblickperiskops für den Kampfpanzer Leopard II sowie von hülsenloser Munition für ein neuentwickeltes Infanteriegewehr.

Insgesamt dürften in dem Zeitraum von 1984 bis 1988 Lieferungen im Wert von mindestens 3 Millionen DM erfolgt sein. Die von K. erzielten Gewinnspannen betragen in der Regel ca. 20 %, teilweise bis zu 35 % des Einkaufspreises. Der Nettogewinn K.s wird auf etwa 650.000 DM geschätzt.

Auch wenn es darum ging, an Arbeitsergebnisse wissenschaftlich-technologischer Forschung des Westens heranzukommen, wurden häufig gegnerische Nachrichtendienste aktiv. Dabei wurden vornehmlich wissenschaftliche Reisekader, d. h. Personen, die aus wissenschaftlichem oder sonstigem beruflichen Anlaß in den Westen reisten, eingesetzt. Diese verfügten entweder bereits über die von den Nachrichtendiensten geschätzten guten Zugangsmöglichkeiten zu nachrichtendienstlich interessanten Personen und Einrichtungen oder konnten sie aller Voraussicht nach im Verlauf ihres Westaufenthalts erlangen. Ihr regelmäßig hohes Ausbildungsniveau erleichterte ihnen die Gewinnung entsprechender Erkenntnisse.

Der Fall des tschechoslowakischen Wissenschaftlers T. zeigt, wie der tschechoslowakische Nachrichtendienst T.s wissenschaftliche Interessen geschickt auszunutzen verstand, um seine Zustimmung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit zu erlangen:

T. hatte nach langen Bemühungen die Zusage für ein Stipendium in der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Bereits kurz nach Erhalt des positiven Bescheids wurde er von einem ange-

**Ausspähung
durch wissen-
schaftliche
Reisekader**

lichen Angehörigen des tschechoslowakischen Innenministeriums aufgesucht. Dieser stellte sich als zukünftiger Kontaktmann vor und erläuterte T., man erwarte von ihm, daß er während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland die von ihm zu besuchende Forschungseinrichtung ausspähle, geeignete Unterlagen sammle und abliefern. Um den Westaufenthalt und das Stipendium nicht zu gefährden, erklärte T. sich dazu bereit und durfte reisen. Die nachrichtendienstliche Verpflichtung war T. allerdings nur zum Schein eingegangen. In der Bundesrepublik Deutschland angekommen, offenbarte er sich und kehrte nicht mehr in seine Heimat zurück.

Computer-Spionage

Eine hochaktuelle Variante der Spionage wurde erstmals in einem Fallkomplex aufgedeckt, bei dem im März 1989 mehrere Festnahmen erfolgten. Die Verfassungsschutzbehörden konnten nachweisen, daß ein gegnerischer Nachrichtendienst über Jahre gezielt westliche Datenbanken ausgeforscht hatte. Dem sowjetischen KGB war es durch die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit deutschen »Hackern« gelungen, Erkenntnisse über zahlreiche westliche Rechnersysteme und darin gespeicherte Daten zu erlangen. Mit Computern vertraute Angehörige der »Hacker-Szene« waren dabei unbefugt und unter Überwindung vielfältig vorhandener Zugangssperren in fremde DV-Systeme und dort geführte Datenbanken eingedrungen und hatten Daten abgerufen.

Der arbeitslose Croupier D., der kein »Hacker« war, sondern lediglich über Kontakte zu solchen verfügte, hatte sich 1986 an die sowjetische Handelsvertretung (SHV) in Berlin (Ost) gewandt und dem dort als Mitarbeiter der SHV getarnten KGB-Angehörigen SERGEJ angeboten, gegen Bezahlung Informationen u. a. darüber zu liefern, wie man die Zugangssperren von wissenschaftlich und militärisch genutzten Rechnern in der Bundesrepublik Deutschland und im westlichen Ausland überwinden könne. Da SERGEJ zunächst primär daran interessiert war, bereits beschaffte und ausgedruckte Dateiinhalte von D. zu bekommen, sagte D. auch dies zu. In der Folgezeit kam es zu mindestens 25 weiteren Treffs in Berlin (Ost), die überwiegend von D. wahrgenommen wurden und bei denen SERGEJ stets neues von D.s »Hacker-Komplizen« zusammengetragenes Material bekam. Als Gegenleistung zahlte das KGB insgesamt über 90.000 DM. Die Bezahlung erfolgte jeweils, nachdem Experten der Moskauer Zentrale des KGB die Lieferungen überprüft und ihren Wert eingeschätzt hatten.

D. und zwei weitere »Hacker« wurden wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen verurteilt.

3.3 Militärspionage

Die Militärspionage ist eines der klassischen und stets aktuellen Betätigungsfelder gegnerischer Nachrichtendienste. Auftrag, Stär-

ke und Ausrüstung der Bundeswehr sowie der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte von NATO-Partnern waren auch 1989 von Interesse für die Regierungen des Warschauer Pakts und daher beständig Ausspähungsziel ihrer zivilen und militärischen Nachrichtendienste. Ein neues Terrain nachrichtendienstlicher Aufklärung eröffnete sich in neuerer Zeit im Zuge internationaler Abrüstungsverhandlungen und Abrüstungsinitiativen. Ergänzend zur Arbeit der offiziellen Überwachungskommissionen sollte auch die Militärspionage ihren Beitrag zur Kontrolle der Abrüstungsschritte liefern.

Die gegnerischen Nachrichtendienste bemühten sich im Rahmen der Aufklärung militärischer Ziele nicht nur um direkte Zugänge zu den Streitkräften durch »Agenten im Objekt«. Vielmehr wurden immer wieder auch Außenstehende dazu herangezogen. Dies zeigt einmal mehr der Fall eines RU-Agentenehepaars, das im Mai 1989 enttarnt und im November 1989 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen von je zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt wurde. Bei RU (Razvedivatelnoje Upravleniye = Aufklärungsverwaltung) handelt es sich um nachrichtendienstliche Einheiten, die u. a. bei den im Ausland stationierten sowjetischen Truppenteilen angesiedelt sind. Ihre Aufgabe ist vornehmlich die militärisch-taktische Aufklärung. Die den in der DDR stationierten sowjetischen Truppen, der »WESTLICHEN ARMEEGRUPPE«, zugehörige RU-Einheit konzentrierte sich demgemäß auf die Aufklärung solcher Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland, die im Falle eines bewaffneten Konflikts als Operationsgebiet dieser Armeegruppe vorgesehen sind. Typische Aufträge für RU-Agenten waren daher die Erkundung von Kasernen, Depots, Flugplätzen und sonstigen militärischen Einrichtungen sowie von Truppenbewegungen der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Streitkräfte. In Spannungs- und Kriegszeiten hat der RU-Agent dann zusätzlich die Aufgabe, mit Hilfe eines Funkgeräts Verbindung zu seiner Führungsstelle zu halten und über Truppenbewegungen und militärische Einsatzvorbereitungen zu berichten. Außerdem ist davon auszugehen, daß RU-Agenten insbesondere zu Beginn der Kampfhandlungen auch zu Sabotageakten eingesetzt werden können.

Das oben angesprochene Agentenehepaar B. hatte seit Anfang der achtziger Jahre für die RU gearbeitet. Der Ehemann, ein gelernter Kfz-Mechaniker, war 1961 aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt. Während eines Verwandtenbesuchs in der DDR zum Jahreswechsel 1982/83 machte ihn sein dort lebender Bruder mit »German«, einem angeblichen Studenten der Pädagogik, bekannt. Unter dem Vorwand, für seine Studien vergleichende Informationen aus dem Westen zu benötigen, unterhielt er sich mit B. über politische und soziale Fragen allgemeiner Art. Bei einem der folgenden Besuche stell-

te German dem B. in Aussicht, ihm bei der geplanten Eheschließung und anschließenden Übersiedlung seiner Ehefrau, die B. 1982 in der DDR kennengelernt hatte, behilflich zu sein. Als Gegenleistung forderte er von B., schriftlich eine Zusammenarbeit mit dem »sowjetischen Informationsdienst« zu versprechen. Es handelt sich dabei um eine nachrichtendienstliche Verpflichtungserklärung, die B. unterschrieb.



Während B. anschließend lediglich eine Unterweisung im Geheimschriftverfahren mit Kontaktpapier erhielt, wurde seine Frau, nachdem sie sich vor ihrer Übersiedlung ebenfalls zur Mitarbeiter verpflichtet hatte, einige Monate lang intensiv nachrichtendienstlich ausgebildet, u. a. im Agentenfunkverkehr, im Chiffrieren und Dechiffrieren, im Anlegen und Benutzen Toter Briefkästen sowie in der Bedienung eines Funkgeräts. Von der Bundesrepublik aus berichtete das Ehepaar in den Folgejahren auftragsgemäß u. a. über Stationierung, Bewegungen und Manöver von Truppen im süddeutschen Raum, insbesondere der französischen Streitkräfte. In der Wohnung der Eheleute fand man später diverse nachrichtendienstliche Hilfsmittel wie Funkpläne, Umsetztabelle zum Entschlüsseln des Agentenfunks sowie ein Radiogerät zum Empfang dieser Sendungen. Das typischerwei-



se zur Ausstattung von RU-Agenten gehörende Funkgerät fand sich vergraben in einem nahen Waldgelände. Es handelte sich um ein Fabrikat neuerer sowjetischer Bauart und war den Eheleuten erst Ende 1987, nach einigen Jahren der »Bewährung«, zur Verfügung gestellt worden. Nachdem die Eheleute seinerzeit vereinbarungsgemäß einen verschlüsselten Test-Funkspruch abgesetzt hatten, war es umgehend wieder vergraben worden, um erst in eventuellen Krisenzeiten eingesetzt zu werden.

Spionageaufträge ähnlichen Inhalts hatte über viele Jahre hinweg auch ein sogenannter Illegaler ausgeführt, der im April 1989 wegen über 35jähriger geheimdienstlicher Agententätigkeit in einem besonders schweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren verurteilt wurde. Die nachrichtendienstliche Laufbahn des polnischen Staatsbürgers R. hatte 1948 in Polen begonnen.

**Illegale:
Agenten unter
falscher Identität**

R. war damals vom früheren zivilen polnischen Nachrichtendienst UB kontaktiert worden und hatte aus Angst, daß andernfalls seine deutschstämmige Mutter von den polnischen Behörden verfolgt werden könnte, eine nachrichtendienstliche Verpflichtungserklärung unterzeichnet. Erst 4 Jahre später wurde er erneut angesprochen und nachrichtendienstlich ausgebildet. Er erfuhr dann, daß geplant sei, ihn als »Illegalen« in die Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen.

Bei »Illegalen« handelt es sich um Agenten, die unter einer falschen Identität und mit entsprechend gefälschten Ausweisdokumenten in das Operationsgebiet eingeschleust werden. Die Nutzung der biographischen Daten anderer, tatsächlich existierender Personen dient dazu, den Agenten mit einer möglichst

unverfänglichen Legende zu tarnen. Häufig werden zu diesem Zweck die Daten von Personen übernommen, die früher einmal in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen westlichen Land gelebt haben und dann in den Ostblock übergesiedelt sind.

Im Falle des R. nutzte man die Personendaten des Alfred K., der einige Zeit in der Bundesrepublik Deutschland gewohnt hatte und zu jener Zeit ahnungslos mit Frau und Kindern in Stettin lebte. Mit allen erforderlichen Dokumenten ausgestattet, reiste R. 1953 in die Bundesrepublik Deutschland und ließ sich schließlich in Hamburg nieder, wo er sich als K. auch behördlich anmeldete. Er fand alsbald eine Arbeitsstelle bei einem großen Unternehmen, zu dessen Produktionspalette auch Rüstungsgüter zählten. In der Folgezeit lieferte er seinen Führungsoffizieren Informationen über innerbetriebliche Vorgänge sowie über Kollegen. Darüber hinaus erstreckte sich sein Spionageauftrag auf die Abklärung militärischer und militärisch interessanter ziviler Einrichtungen im gesamten Gebiet Hamburgs und Schleswig-Holsteins, der Stationierung und Verlagerung von Truppen sowie auf die Beobachtung von Schiffsbewegungen. Sein Verratsmaterial ließ er seinen Führungsoffizieren über Deckadressen in Berlin (Ost) und Warschau oder mittels Toter Briefkästen zukommen. Als Gegenleistung erhielt er insgesamt etwa 17.000 DM.

4. Methoden gegnerischer Nachrichtendienste

4.1 Nachrichtendienstliche Schleusungen über die innerdeutsche Grenze

Bei den Spionageaktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste ist das nachrichtendienstliche Führungs- und Verbindungswesen von elementarer Bedeutung und unverzichtbarer Bestandteil nachrichtendienstlicher Operationen, um die Gewinnung und Weiterleitung der von der Zentrale des Geheimdienstes gewünschten Informationen sicherzustellen.

Die Nachrichtendienste der DDR, insbesondere das MfS, machten sich in diesem Zusammenhang die Besonderheiten der innerdeutschen Grenze zunutze. Sie schleusten Agenten und Inoffizielle Mitarbeiter (dies sind DDR-Bürger, die vom gegnerischen Dienst zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit geworben wurden und zwischen der Zentrale und dem Agenten als Kuriere und Instruktoren fungieren) sowie Material sowohl in die eine als auch in die andere Richtung über die sogenannte Grüne Grenze. Für derartige Schleusungsoperationen hatte das MfS im gesamten Grenzverlauf der innerdeutschen Grenze Schleusungsstellen eingerichtet.

Im Jahre 1989 – noch vor Öffnung der Grenze am 9. November – gelang es, einen IM des MfS in Bayern festzunehmen. Offensichtlich sollte der aus der DDR stammende P., der sich, als er von der

Polizei gestellt wurde, zunächst mit einem gefälschten behelfsmäßigen Westberliner Personalausweis auswies, an einer bestimmten Stelle an der innerdeutschen Grenze in die DDR zurückgeschleust werden. Die bei ihm vorgefundenen Unterlagen deuten darauf hin, daß er im Bundesgebiet nachrichtendienstliche Abklärungsaufträge durchgeführt hatte.

Ein gleichgelagerter Fall ereignete sich im Juni 1988. Beamte der Grenzpolizeiinspektion Ludwigstadt überprüften seinerzeit einen Radwanderer, der in Richtung innerdeutsche Grenze unterwegs war. Dieser wies sich mit einem Bundespersonalausweis aus, der auf den Namen Ingo D., wohnhaft in Bielefeld, lautete. Er gab an, früher bei der Deutschen Bundesbahn beschäftigt gewesen zu sein, nunmehr sei er arbeitslos und unternehme eine Radwanderung entlang der Grenze. Eine Überprüfung seiner Personalien ergab jedoch, daß das benutzte Personaldokument gefälscht war. Auf Vorhalt räumte er ein, tatsächlich der in der DDR wohnhafte Reiner Franz S. zu sein. Anlässlich seiner Festnahme konnten in den Gepäcktaschen seines Fahrrads schriftliche Unterlagen sichergestellt werden, die u. a. technische Zeichnungen und Konstruktionspläne eines süddeutschen Industrieunternehmens enthielten. Die weiteren Ermittlungen über die Herkunft des Materials führten zur Festnahme eines Abteilungsleiters dieses Betriebs und dessen Ehefrau, deren Fingerabdrücke auf dem Verratsmaterial nachgewiesen werden konnten.

Die Eheleute P. wurden am 11. Juli 1989 durch das Bayerische Oberste Landesgericht wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen von 3 Jahren bzw. von 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Kurier S. erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten.

4.2 Einschleusung von Agenten durch die Einrichtung von Wohnstützpunkten

Die Einschleusung von Agenten unter Verwendung falscher biographischer Daten (Illegale) gehört seit jeher zu den klassischen Arbeitsmethoden gegnerischer Nachrichtendienste; sie wird bis in die Gegenwart hinein praktiziert. Dabei sind die östlichen Dienste ständig *darum bemüht, ihre Schleusungsmethoden zu perfektionieren und zu variieren, um Gegenmaßnahmen der Spionageabwehrbehörden nach Möglichkeit zu unterlaufen.*

Eine dieser Varianten ist die Einrichtung von Wohnstützpunkten, die gegnerische Nachrichtendienste seit Mitte der sechziger Jahre bis heute erfolgreich anwandten. Mit falschen Personaldokumenten ausgestattete Agenten mieteten im Einsatzgebiet eine Wohnung bzw. ein möbliertes Zimmer, ohne sich behördlich anzumelden. In den bekanntgewordenen Fällen umgingen die Agenten die behördliche Anmeldung meist dadurch, daß sie diese dem Wohnungsgeber gegenüber vortäuschten. Sie legten ihm zwar ein Mel-

Wohnstützpunkte

Behördliche
Anmeldung wird
umgangen

**Abwesenheit von
der Mietwohnung**

deformular zur Unterschrift vor, gaben dieses dann aber nicht bei der zuständigen Meldebehörde ab. Auch wurde versucht, den Vermieter entweder davon zu überzeugen, daß eine Anmeldung nicht nötig sei, weil z. B. noch ein weiterer Hauptwohnsitz bestehe, oder ihn zu überreden, nicht auf einer Anmeldung zu beharren, da die Ehefrau von der Nebenwohnung nichts erfahren dürfe. Weiteres Charakteristikum für einen nachrichtendienstlichen Wohnstützpunkt ist in aller Regel, daß der Mieter die Wohnung nicht kontinuierlich bewohnt, sondern häufig für mehr oder weniger lange Zeiträume abwesend ist. Dem Vermieter gegenüber erklärten die Agenten die wiederholte Abwesenheit mit ihrer angeblichen beruflichen Tätigkeit, die häufige Reisen erforderlich mache. In den aufgedeckten Fällen hatten die Agenten z. B. angegeben, Student, freier Journalist, Übersetzer, Historiker, Politologe, Chemiker, selbständiger Gutachter oder Doktorand zu sein. Ähnlich vielfältig wie die Palette der angegebenen Berufe war die Vorgehensweise der Agenten bei der Suche nach einem geeigneten Wohnobjekt. So wurden Makler und Zimmervermittlungen eingeschaltet, Zeitungsinserate aufgegeben oder beantwortet. Auch Nachfragen in Geschäften und bei Anwohnern in der Umgebung führten zum gewünschten Erfolg. Es ist auch schon vorgekommen, daß ein Agent seinem Vermieter einen anderen Agenten als »Nachmieter« seines Wohnstützpunktes »vermittelte«. Die Mehrzahl der bisher entdeckten Wohnstützpunkte befand sich in Großstädten, aber auch kleinere Orte blieben nicht ausgespart. Die Aufenthaltszeit eines Agenten an einem solchen Wohnsitz war sehr unterschiedlich. In manchen Fällen betrug sie nur wenige Tage oder Wochen, in anderen hingegen erstreckte sie sich über mehrere Jahre.

Den Verfassungsschutzbehörden sind Fälle bekannt, in denen sich erst nach einer Festnahme herausstellte, daß Wohnstützpunkte unterhalten wurden. In anderen Fällen führte die Tatsache, daß eine Wohnung aus für den Vermieter unerklärlichen Umständen aufgegeben worden war, zu nachträglichen Ermittlungen und zum Erkennen des Wohnstützpunktes. So verhielt es sich auch in einem erst Mitte 1989 bekanntgewordenen Fall:

Der Vermieterin eines Zimmers in Düsseldorf war wegen ausbleibender, sonst stets bar entrichteter Mietzahlungen aufgefallen, daß ihr Mieter G. ungewöhnlich lange Zeit der Wohnung fernblieb. Sie schickte daher einen Brief an seine ihr beim Einzug mitgeteilte weitere Adresse nach Berlin. Der Empfänger G., sehr verwundert darüber, daß er angeblich in Düsseldorf eine Zweitwohnung habe, wandte sich an die Polizei. Die Ermittlungen ergaben, daß Ende Juni 1988 eine andere Person unter den Personalien des G. das zuvor in einer Regionalzeitung angebotene Zimmer in Düsseldorf angemietet hatte. Diese Person hatte vorgegeben, Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Düsseldorf und Berlin zu sein und sich künftig

abwechselnd jeweils 3 Wochen in beiden Städten aufzuhalten. Laut Zeugenaussagen hatte der Mieter ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel benutzt und keine Post, Anrufe oder Besuche empfangen. Ende April 1989 hatte er dann übereilt und unter Zurücklassung seiner persönlichen Habe seine Wohnung verlassen und der Vermieterin erklärt, dringend nach Frankfurt/M. fahren zu müssen. Anfang Juni 1989 hatte er sich schließlich telefonisch bei seiner Vermieterin wieder gemeldet und das Zimmer gekündigt, da er in ein Entwicklungsland reisen wolle. Absprachegemäß hatte er 2 Tage später von Berlin aus die Wohnungsschlüssel zurückgesandt.

Dieses Ermittlungsergebnis legte den Verdacht nahe, daß hier ein Agent eines gegnerischen Nachrichtendienstes einen Wohnstützpunkt unterhalten hatte. Als der angebliche G. dann überraschend, entsprechend einer vorherigen telefonischen Ankündigung, im September 1989 seine im April zurückgelassene Habe bei seiner früheren Vermieterin abholen wollte, wurde er festgenommen. Er führte u.a. einen totalgefälschten Reisepaß der Bundesrepublik Deutschland sowie einen ebenfalls totalgefälschten behelfsmäßigen, in Berlin (West) ausgestellten Personalausweis mit sich, die jeweils auf Namen und Daten tatsächlich existenter Bürger der Bundesrepublik Deutschland lauteten. Er gab an, in Wirklichkeit nicht G., sondern Peter H. und Staatsbürger der DDR zu sein.

5. Legale Residenturen gegnerischer Nachrichtendienste

Ein großer Teil der von gegnerischen Aufklärungsdiensten beschafften Informationen wurde durch die in den Zielländern unterhaltenen sogenannten Legalen Residenturen dieser Dienste gewonnen. Als Legale Residenturen bezeichnet man die getarnten Stützpunkte von Nachrichtendiensten in den amtlichen und halbamtlichen Auslandsvertretungen ihrer Staaten. So unterhalten alle Nachrichtendienste der Staaten des Warschauer Paktes in ihren Botschaften, Konsulaten und z. T. auch in den Handelsvertretungen Stützpunkte ihrer für die Auslandsaufklärung zuständigen Abteilungen. Dies bedeutet, daß ein Teil der in diesen offiziellen Einrichtungen tätigen Diplomaten und sonstigen Angehörigen der Vertretung nicht – wie offiziell dargestellt – für das jeweilige Außenhandels- oder Außenministerium tätig ist. Vielmehr unterstehen 30 % bis 50 % der Mitarbeiter solcher offiziellen Vertretungen allein und unmittelbar dem Auslandsnachrichtendienst ihres Landes.

Ihre Aufgabe ist es, überwiegend durch offene Abschöpfung, aber auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden Gegenstände und Informationen zu beschaffen. Hierbei genießen die meisten Nachrichtendienst (ND)-Offiziere den Schutz des Wiener Übereinkommens über diplomatische und konsularische Beziehun-

**Getarnte
Stützpunkte
gegnerischer
Nachrichtendienst
in offiziellen
Vertretungen**

**Spionage durch
offene und
konspirative
Informations-
gewinnung**

Spionage unter diplomatischem Schutz

gen und können somit für ihre illegalen nachrichtendienstlichen Aktivitäten strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden. Derartige Rahmenbedingungen bieten eine gute Ausgangsposition für nachrichtendienstliche Aktivitäten. So können ND-Offiziere als Diplomaten getarnt und ohne eine strafrechtliche Verfolgung befürchten zu müssen, Agenten anbahnen, werben und mittels konspirativer Treffs führen.

Perestroika erleichtert die Anbahnung

Auch 1989 unternahmen die Angehörigen der Legalen Residenturen fast aller Staaten des Warschauer Pakts intensive Aufklärungsbemühungen. Selbst bei den Residenturen derjenigen Staaten, in denen Demokratisierungsbestrebungen bereits weiter fortgeschritten sind, konnten bei nachrichtendienstlicher Tätigkeit im Einsatzland gegenüber früheren Jahren keine nennenswerten Änderungen festgestellt werden. Insbesondere waren auch im Personalbestand der Legalen Residenturen keine auffallenden Änderungen, etwa Rückrufe, zu verzeichnen. Auch die Arbeitsmethoden sind unverändert geblieben. Nach wie vor klärten die Führungsoffiziere der Legalresidenturen mit klassischen nachrichtendienstlichen Mitteln auf, pflegten den Kontakt zu nachrichtendienstlich interessanten Personen, versuchten Agenten zu werben und führten geworbene Agenten in konspirativer Weise. Es konnte zudem festgestellt werden, daß die Reformbestrebungen der osteuropäischen Staaten auch methodisch genutzt werden. Während in der Vergangenheit bei nachrichtendienstlichen Aktivitäten die Anbahnungsphase in den meisten Fällen für den Führungsoffizier besonders problematisch war, da gegenüber Diplomaten aus Ostblockstaaten Zurückhaltung oder Mißtrauen bestand, hat sich dies wegen der Popularität von »Glasnost« und »Perestroika« gründlich gewandelt. Zum einen eigneten sich Gespräche über die Reformbemühungen der Ostblockländer hervorragend zum Herstellen eines unverfänglichen Erstkontakts mit einer Zielperson, zum anderen waren Zurückhaltung und Mißtrauen vieler Zielpersonen weitgehend geschwunden. Nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden nutzten insbesondere die sowjetischen ND-Offiziere diese Chance verstärkt, um Kontaktpersonen zu »kultivieren«, d. h. sie zur Fortsetzung eines aufgenommenen Kontakts zu motivieren und das Verhältnis nach und nach enger und vertrauter zu gestalten.

5.1 Struktur der Legalen Residenturen

KGB-Struktur als Vorbild

Die Legalen Residenturen der gegnerischen Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland gleichen einander in ihrer organisatorischen Gliederung, ihren Aufgaben und Arbeitsmethoden. Ihre Organisationsstruktur ist in der Regel ein Abbild der Organisation der Zentrale des jeweiligen Dienstes, die sich ihrerseits in ihrer Gliederung meist eng an die des KGB angelehnt hat.

Entsprechend der herausragenden Bedeutung, die die politische Aufklärung der Bundesrepublik Deutschland auch 1989 für die gegnerischen Dienste hatte, waren die mit diesem Aufgabenbe-

reich befaßten Organisationseinheiten, bei der KGB-Residentur »Linie PR« (Politische Aufklärung) genannt, regelmäßig personell am stärksten besetzt. Ein besonderes Interesse der ND-Offiziere dieser Linie richtete sich in neuerer Zeit auf die Beschaffung von Informationen über die aktuelle Verteidigungsstrategie der NATO als Reaktion auf die Abrüstungsvorschläge des Warschauer Paktes. So versuchten sie verstärkt, an Unterlagen und geschützte militärpolitische Informationen über die neue Konzeption der Bundeswehr und über die Abrüstungs- und Sicherheitspolitik der NATO zu gelangen.

»Linie PR«

Daneben gibt es Organisationseinheiten für die wissenschaftlich-technische Aufklärung, bei der KGB-Residentur »Linie X« (Wissenschaftlich-technische Aufklärung) genannt. Die meisten Mitarbeiter dieser Einheiten waren in den Handelsvertretungen bzw. -abteilungen, abgedeckt auf Tarndienstposten bei den dort repräsentierten Außenhandelsorganisationen, tätig. Hier ergaben sich für die ND-Offiziere mit wissenschaftlich-technischen Beschaffungsaufgaben naturgemäß die besten Möglichkeiten, nachrichtendienstlich wertvolle Kontakte zu knüpfen.

»Linie X«

Die Residenturen des KGB und des zivilen tschechoslowakischen Dienstes StB verfügen des weiteren über sehr aktive Organisationseinheiten, die sich u. a. mit der Aufklärung der »Emigration« und der Bekämpfung »ideologischer Subversion« befassen (vgl. Ziff. 5.2). Die hierfür zuständige »Linie KR« (Abwehr) der KGB-Residentur, die auch für die Sicherheit der gesamten »sowjetischen Kolonie« in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich ist, hatte darüber hinaus die »Betreuung« der sowjetischen Austauschwissenschaftler übernommen und wurde dabei von Angehörigen der Linie X unterstützt (vgl. Ziff. 5.4).

»Linie KR«

5.2 Aufklärungsschwerpunkt Politik

Der Bereich der politischen Aufklärung hatte, gemessen an der Zahl der hier operativ tätigen ND-Offiziere, den mit Abstand höchsten Stellenwert im Aufgabenspektrum der Legalen Residenturen. Daher soll im folgenden am Beispiel der Linie PR der KGB-Residentur in der sowjetischen Botschaft deren Arbeitsweise näher erläutert werden.

Ihre Aufträge zur Berichterstattung erhält die Linie PR von der 4. Abteilung der Ersten Hauptverwaltung der Zentrale des KGB. Da es sich letztlich um Informationsbedürfnisse der sowjetischen Regierung handelt, erhalten auch tatsächliche Diplomaten, allerdings auf dem Weg über das sowjetische Außenministerium, gleichlautende Aufträge. Diplomaten wie auch ND-Offiziere versuchen, die geforderten Informationen u. a. durch Gespräche mit Politikern, Beamten, Repräsentanten von Verbänden usw. zu erlangen. Von den Nachrichtendiensten wird dieses Vorgehen »offene Gesprächsaufklärung« genannt, eine bewährte Methode der Informationsbeschaffung, über die der größte Teil der von den Residenturen gelie-

Konkurrierende
Informations-
sammlung»Offene
Gesprächs-
aufklärung«

**Hintergedanke
des ND-Offiziers:
Anwerbung eines
Agenten**

ferten Nachrichten gewonnen wird. Damit scheint sich auf den ersten Blick die Arbeit der ND-Offiziere nicht von der legalen Tätigkeit des Diplomaten zu unterscheiden.

Der ND-Offizier ist jedoch im Gegensatz zu den Mitarbeitern des sowjetischen Außenministeriums außer an Sachinformationen, die er von seinem Gesprächspartner erhält, vor allem auch an dessen Person interessiert, da er zusätzlich das Ziel verfolgt, Agenten zu werben.

Bis zur Werbung eines Agenten durch einen Offizier der Legalen Residentur ist es jedoch ein langer Weg, der sorgfältig vorbereitet wird. Die Arbeit beginnt zunächst mit der Auswahl der Zielperson. Aus einer Vielzahl von Kontakten, die ein ND-Offizier der Linie PR als angeblicher Diplomat der politischen Abteilung der sowjetischen Botschaft unterhält, wählt er solche aus, die für das KGB aufgrund ihrer Zugangsmöglichkeiten interessant sein könnten. Von besonderem Interesse sind natürlich Personen mit Zugang zu Verschlusssachen oder einer guten beruflichen Perspektive. Daher sind auch Studenten, selbst wenn sie gegenwärtig noch keine wichtigen Informationen beschaffen können, interessante Zielpersonen. Bei der Auswahl der Zielperson werden aber auch die möglichen Motive berücksichtigt, die diese ggf. veranlassen könnten, für den gegnerischen Nachrichtendienst zu arbeiten. So achtet das KGB darauf, daß die Zielperson eine grundsätzlich positive Einstellung zur Sowjetunion hat. Die Reformpolitik der sowjetischen Führung wirkt sich hier als Hilfe aus. Ferner sollte die Zielperson für Geldzuwendungen empfänglich sein. Immer wieder hat sich auch gezeigt, daß die Herstellung einer vom ND-Offizier vorgeäuschten engen freundschaftlichen Beziehung zwischen ihm und der Zielperson sehr wichtig ist. Erfahrungsgemäß entscheidet häufig gerade dieser Umstand, ob die Zielperson sich auf eine Zusammenarbeit einläßt. Folglich versucht der Führungsoffizier zunächst, die Sympathie der Zielperson zu gewinnen. Er bietet ihr das »Du« an, wendet sich ihren privaten Interessen zu, stärkt ihr Selbstbewußtsein und »kultiviert« sie, d. h. bereitet sie auf eine spätere nachrichtendienstliche Werbung vor. Er bittet zunächst nur um geringe Gefälligkeiten und steigert seine Beschaffungswünsche erst allmählich. In gleichem Maße gewöhnt er die Zielperson langsam an die Annahme von Geldzuwendungen. So zahlten ND-Offiziere Studenten anfänglich nur gelegentlich für Übersetzungen geringe Beträge und bauten diese Zahlungen später zu einem regelmäßigen Einkommen (ca. 500 DM pro Monat) für den Studenten aus. Sie gewährten diese Beträge schließlich auch dann noch, als der Student, z. B. examensbedingt, vorübergehend keine Gegenleistungen erbringen konnte. Auf diese Weise wird die Zielperson zunehmend in die Lage gebracht, sich dem ND-Offizier gegenüber verpflichtet zu fühlen. Auf ein offenes Werbungsgespräch mit einer eindeutigen nachrichtendienstlichen Verpflichtung wird in der Regel verzichtet.

**»Kultivierung« der
Zielperson**

Diese vor allem von Angehörigen der Linie PR angewandten Methoden gleichen sich häufig, wobei sie im Einzelfall sorgfältig auf die Bedürfnisse und die Möglichkeiten der Zielperson abgestimmt werden.

Die Häufigkeit der Treffen (oft in regelmäßigen Abständen von 2–6 Wochen) und das intensive Bemühen des ND-Offiziers um die Zielperson sind die wohl auffälligsten Anzeichen für die nachrichtendienstlichen Absichten eines »Diplomaten« bei der Pflege eines Kontakts. Andere deutliche Indizien sind Anrufe des Diplomaten aus Telefonzellen heraus, um die Treffen zu vereinbaren, oder die Bitte an die Zielperson, den »diplomatischen Freund« nicht in der Botschaft anzurufen, weil er meistens unterwegs sei oder die Telefonistin angeblich nicht deutsch spreche.

Solche Sicherheitsmaßnahmen werden von einem tatsächlichen Diplomaten nicht getroffen. Er besucht seine Kontaktpersonen für jeden erkennbar an deren Arbeitsplatz, trifft seine Terminabsprachen telefonisch aus der Botschaft heraus und beschränkt die Diskussionen mit seinen Gesprächspartnern im wesentlichen auf seinen fachlichen Zuständigkeitsbereich. Intensivere Kontaktbemühungen eines Botschaftsangehörigen, insbesondere im privaten Bereich, sollten jeden Betroffenen hingegen mißtrauisch machen. Ein beratendes Gespräch mit den Verfassungsschutzbehörden hat schon manche Kontaktperson eines unter diplomatischer Flagge auftretenden ND-Offiziers einer Legalen Residentur davor bewahrt, unversehens in eine strafbare Verstrickung zu geraten.

Indizien für einen nachrichtendienstlichen Hintergrund

5.3 Aufklärungsziel »Emigration« und Bekämpfung »ideologischer Subversion«

Ende 1988/Anfang 1989 konnte durch die Selbstgestellung eines Agenten eine Operation des tschechoslowakischen Auslandsnachrichtendienstes gegen die hier lebende tschechoslowakische Gemeinschaft sowie den Münchener US-Sender »Radio Freies Europa« (RFE) enttarnt werden. Sie war unter maßgeblicher Beteiligung der Legalen Residentur in der Bonner Botschaft der CSSR geführt worden. Der US-Sender, der Radioprogramme in alle kommunistisch regierten Staaten Ost- und Südeuropas ausstrahlt, ist seit vielen Jahren als vorrangiges Ausspähungsziel der östlichen Nachrichtendienste bekannt. So war dieses der zweite innerhalb eines Jahres bekanntgewordene Fall, der sich gegen RFE richtete. Bei dem Agenten, der im Juni 1989 vom Bayerischen Obersten Landesgericht zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren auf Bewährung verurteilt wurde, handelt es sich um den tschechoslowakischen Musiker V., der mehrere Jahre als freier Mitarbeiter bei dem Sender tätig gewesen war:

»RADIO FREE EUROPE« als Zielobjekt

V. hatte sich, offenbar aus Abenteuerlust, 1978 freiwillig dem tschechoslowakischen Geheimdienst für einen Spionageeinsatz in der Bundesrepublik Deutschland angeboten. Als Vorbereitung

für seinen Einsatz erhielt er eine umfassende Funkausbildung sowie eine Einweisung in die Anwendung geheimer Schreibverfahren. Um eine erfolgversprechende Legende zu »stricken«, nutzte V. Westreisen seines Orchesters, um unter Vorspiegelung seiner angeblichen Gegnerschaft zum kommunistischen Regime in der CSSR im Bundesgebiet Kontakte zu Emigranten herzustellen. 1982 wurde er dann als Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust. Hier gelang es ihm, sich bald Zugang zur tschechoslowakischen Emigrantenszene zu verschaffen und diese abzuklären. 1984 fand er schließlich eine Anstellung als freier Mitarbeiter bei RFE. Im Verlauf seiner über vierjährigen Tätigkeit dort lieferte er dem tschechoslowakischen Nachrichtendienst Informationen über Mitarbeiter des Senders und interne Unterlagen. Unmittelbar geführt wurde er nacheinander durch zwei Angehörige der Legalresidentur in der Bonner Botschaft der CSSR, die offiziell als Mitarbeiter der Konsular- und Visaabteilung akkreditiert waren und mit denen er bei zahlreichen konspirativen Treffs zusammenkam. V.s letzter Führungsoffizier wurde unmittelbar nach Aufdeckung des Falles aus der Botschaft abgezogen.

5.4 Aufklärung durch Austauschwissenschaftler

Seit einigen Jahren bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und verschiedenen Ostblockstaaten Kulturabkommen, die die Grundlage für den Austausch von Wissenschaftlern und Studenten bilden. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden wurde dies von gegnerischen Nachrichtendiensten, insbesondere vom sowjetischen Nachrichtendienst KGB, für nachrichtendienstliche Zwecke mißbraucht. In den letzten Jahren wurde eine Vielzahl von Fällen bekannt, in denen in der Bundesrepublik Deutschland tätige sowjetische Wissenschaftler und Studenten als sogenannte Kooptierte intensiv von ND-Offizieren der Legalresidentur »betreut« worden sind. So hatten diese Kooptierten u. a. die Aufgabe, das KGB über alle Sachverhalte zu informieren, die in nachrichtendienstlicher Hinsicht relevant sein könnten. Die betroffenen Austauschwissenschaftler sammelten Informationen über Forschungsvorhaben und Forschungsergebnisse. Sie berichteten den KGB-Offizieren aber auch detailliert über ihre deutschen oder ausländischen Kollegen, über deren Persönlichkeit, ihre charakterlichen Eigenschaften und Schwächen, ihre Einstellung zur Sowjetunion, eventuelle Neigungen, finanzielle sowie familiäre Probleme. Dieses Wissen über eine Person ist Grundlage für die Entscheidung, ob ein Anwerbungsversuch hinreichende Erfolgsaussichten bietet. Darüber hinaus liegen Erkenntnisse darüber vor, daß als Kooptierte tätige sowjetische Austauschwissenschaftler und Studenten im Auftrag ihres Führungsoffiziers gezielt Kontakt zu Kollegen oder Kommilitonen aufnahmen und auch privaten Umgang mit diesen pflegten in der Absicht, diese persönlich dem KGB-Offizier

**Wissenschaftler
und Studenten als
»Kooptierte«**

**Austausch-
wissenschaftler
als Tipgeber**

zuzuführen. Dies zeigt auch der nachfolgende Fall aus dem Jahre 1988/1989, der exemplarisch für eine Vielzahl gleichgelagerter Fälle steht:

1988 war der sowjetische Austauschwissenschaftler Dr. N. im Rahmen eines wissenschaftlichen Austauschprogramms an einer Universität in der Bundesrepublik Deutschland tätig. Im Zusammenhang mit dieser wissenschaftlichen Tätigkeit suchte Dr. N. Kontakt zu einem Studenten. Dr. N. bot dem Studenten an, über wissenschaftliche Arbeiten zu diskutieren und auch die Freizeit gemeinsam zu gestalten. Schließlich bat Dr. N. den Studenten, der über Fremdsprachenkenntnisse verfügte, für einen sowjetischen Freund einige Übersetzungen zu erledigen. Er schlug vor, sich auch einmal mit dem sowjetischen Freund zu treffen, um nähere Details der Übersetzungstätigkeit besprechen zu können. Einige Wochen später kam es zu diesem Treffen in einem Restaurant. Der sowjetische Freund stellte sich lediglich mit seinem Vornamen vor und gab an, russischer Geschäftsmann zu sein. Nachdem er den Studenten über dessen persönlichen Hintergrund eingehend ausgefragt hatte, wurden dem Studenten gegen entsprechende Bezahlung Übersetzungsaufträge erteilt und weitere Trefftermine vereinbart. Erst nach längerer Zusammenarbeit zwischen dem Studenten und seinem sowjetischen Auftraggeber gab sich letzterer als sowjetischer Diplomat zu erkennen. Die Aufträge wurden dann allmählich auf andere Bereiche ausgedehnt und bekamen vom Inhalt her eine deutlich nachrichtendienstliche Zielsetzung. Gleichzeitig stellte der Diplomat dem Studenten bei weiterer Auftrags Erfüllung »viel mehr Geld« in Aussicht.

6. Festnahmen und Verurteilungen

Im Jahre 1989 wurden 36 Personen wegen des Verdachts geheimgendienstlicher Agententätigkeit von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen. Gegen 23 Personen wurde Haftbefehl erlassen. Von den mit Haftbefehl Festgenommenen waren 11 Personen von einem Nachrichtendienst der DDR, 6 von einem sowjetischen, 3 von einem rumänischen, 2 von einem polnischen, die übrigen von sonstigen Diensten angeworben worden. Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) insgesamt 19 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich »Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit« (§§ 93 – 101 a StGB).

Abkürzungsverzeichnis

AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AD	Action Directe
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.
AKON	Aktion deutsche Einheit
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten
ARGK	Volksbefreiungsarmee Kurdistans
BBI	Bürger- und Bauerninitiative e.V.
BdWi	Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V.
BP	Bolshevik Partizan
BR-PCC	Brigate Rosse – PCC
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BUF	Bundeskoordination Unabhängiger Friedensgruppen
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
CEDADE	Círculo Español de Amigos de Europa
DA	Deutscher Anzeiger
DBI	Deutsche Bürgerinitiative e.V.
DDF	Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.
DFB	Demokratischer Frauenbund Berlin
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFI	Demokratische Fraueninitiative
DFLP	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas
DFU	Deutsche Friedens-Union
DIBAF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DVU-Liste D	Deutsche Volksunion – Liste D
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
ENO	Europäische Neu-Ordnung
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAU	Freie ArbeiterInnen-Union
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FEYKA-Kurdistan	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.
FIDEF	Föderation der Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
FIR	Internationale Föderation der Widerstandskämpfer
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
GDF	Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei

GfbAEV	Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GNN	Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR
IRA	Irish Republican Army
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
ISYF	International Sikh Youth Federation
IVDJ	Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
JN	Junge Nationaldemokraten
JP	Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation
KAH	Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KOMKAR	Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.
KoZU	Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (1956 verboten)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)
LPRK	Volksbewegung für die Republik Kosovo
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MAB	Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
MASCH	Marxistische Abend-/Arbeiterschulen
MCP	Nationalistische Arbeitspartei
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe
MHP	Partei der Nationalistischen Bewegung
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MSB	Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus
MSP	Nationale Heilspartei
MSV	Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.

N.D.SH.	Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue
NF	Nationalistische Front
N.L.	Nationale Liste
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
N.S.	Nationale Sammlung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
O.I.P.F.G.	Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-DEGHANI-Anhänger)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PFLP-GC	PFLP-Generalkommando
PIRA	Provisional Irish Republican Army
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PPA	Progress Presse Agentur GmbH
PSV	Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.
RAF	Rote Armee Fraktion
R.K.M.I.	Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran
RP	Wohlfahrtspartei
RZ	Revolutionäre Zellen
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SI	Sozialistische Initiative
TDKP	Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei
TKP/M-L	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
U.I.S.A.	Union Islamischer Studentenvereine in Europa
UZ	Unsere Zeit
VDJ	Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.
VOLKSFRONT	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland
WFR	Weltfriedensrat
WFW	Weltföderation der Wissenschaftler

WGB	Weltgewerkschaftsbund
WJ	Wiking-Jugend e.V.
ZMF	Zentrum für Marxistische Friedensforschung

Sachwortregister

A

- Action Directe (AD) 87
 AHRENS, Dietmar 29
 ak-Arbeiterkampf 56
 Aktion deutsche Einheit (AKON) 128
 Aktionseinheit 40, 41
 Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) 114
 Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus 43
 AKZENT Handelsgesellschaft mbH & Co. KG 48
 Anarchisten 20, 53, 62, 69, 72
 Anarcho-kommunistische Gruppen 69
 Anarcho-syndikalistische Gruppen 69
 »Antifaschismus« 33, 38, 39, 41, 43, 71
 antimonopolistische Demokratie 25
 antimonopolistisches Bündnis 40
 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 58 f.
 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 57, 84, 151, 155 ff.
 Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus 33, 43
 Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund 124
 Autonome 38, 43, 53, 62 ff., 69, 71, 73 f.
 Avrupa'da Dev Genc 160

B

- beeinflusste Organisationen der »Neuen Linken« 20
 beeinflusste Organisationen, orthodox-kommunistische 20, 23, 52
 »Berufsverbote« 41, 45
 BETHGE, Horst 45
 Bewegung 112 f., 116
 BISCHOFF-STAUW, Walter 39
 Blätter für deutsche und internationale Politik 48
 Bolsevik Partizan (BP) 161
 BOSSE, Georg Albert 123

- Brand- und Sprengstoffanschläge 77 f., 78, 83, 84, 86 ff., 88 f., 116, 136 f., 138 f., 152, 164
 BRAUN, Reiner 44
 Brigade Rosse – PCC (BR-PCC) 79, 87 f.
 Brücken-Verlags-GmbH 48
 Bruderparteien 50, 55
 Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. (BdWi) 75
 Bund für Soziale Verteidigung 68
 Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 59
 Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 56 ff., 71
 Bundeskoordination Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) 72
 Bündnispolitik 37, 40
 Bürger- und Bauerninitiative e.V. (BBI) 122
 BUSCHMANN, Martha 75
 BUSSE, Friedhelm 116

C

- CHRISTOPHERSEN, Thies 122, 135 f.
 Círculo Español de Amigos de Europa (CEDADE) 136
 Computer-Spionage 188

D

- De Knipselkrant 88
 DECKERT, Günter 132
 DELLWO, Karl-Heinz 82
 Demokratische Fraueninitiative (DFI) 75
 Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) 158
 Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) 75
 Der Bismarck-Deutsche 124
 Deutsche Alternative (DA) 116
 Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI) 123
 Deutsche Bürgerinitiative e.V. weltweit 123
 Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) 39, 75
 Deutsche Friedens-Union (DFU) 38 f., 44 ff., 49, 75

- Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 20, 22 ff., 24 ff., 32, 34 ff., 40 ff., 42 ff., 48 ff., 53, 71, 75
- Deutsche National-Zeitung (DNZ) 125
- Deutsche Stimme 129
- Deutsche Volksunion e.V. 127, 128
- Deutsche Volksunion – Liste D (DW-Liste D) 108, 124 ff., 130, 132, 136, 141
- Deutsche Volkszeitung 40
- Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 125
- Deutscher Anzeiger (DA) 125
- Deutscher Jahrbuch 123
- Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) 160
- Die Bauernschaft 135
- Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) 123
- Die Kampfgefährtin 122
- die tat 40
- Die Wahrheit 32
- Diktatur des Proletariats 25 f.
- direkte aktion 63
- Dritte Welt Solidarität 69
- Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) 128
- E**
- elan - Das Jugendmagazin 34
- ENGEL, Stefan 54
- ERBAKAN, Necmettin 163
- Europawahl 48, 55, 116, 119, 124 f., 127, 128, 130
- Europäische Neu-Ordnung (ENO) 135
- express 36
- F**
- FDJ - Jugendhochschule Wilhelm Pieck 29
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie (DIBAF) 162
- Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V. (KOMKAR) 157
- Föderation der Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FIDEF) 162
- Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF) 162
- Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V. (FEYKA-Kurdistan) 156 f.
- Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) 163
- Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V. (DIDF) 162
- Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) 68 f., 73
- Freie ArbeiterInnen-Union (FAU) 69
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) 51 f. S. F 1
- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 51
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 114 ff., 134, 139
- Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) 128
- Freiraum 63
- FREY, Dr. Gerhard 124 ff., 132
- »Friedensbewegung«, Mitwirkung von Linksextremisten in der 44, 45, 53, 72
- »Friedenskampf« 40, 44
- Friedensliste 48
- Frontorganisationen 75
- G**
- GEMS, Michael 39
- Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) 132
- Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 132
- Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH (GNN) 57
- Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund 89
- Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug 116, 138, 140 f.
- Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front 114, 116
- Gewalt 53, 65, 68, 76, 85, 89, 111, 116, 133, 138 ff., 151 f., 156, 158, 160, 163

Gewaltfreie Aktionsgruppen 68
 Gewerkschaftsarbeit, kommunistische 42
 Graswurzelbewegung 68
 Graswurzelrevolution 68
 Graswurzelwerkstatt 68
 Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 57
 GYSI, Gregor 50

H

HAMADI, Mohamed Ali 158
 HAULE, Eva 82
 HERTEL, Gerd 37
 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 117
 Hizb Allah (Partei Gottes) 158
 HOFFMANN, Karl-Heinz 137
 HONSIK, Gerd 135

I

Illegaler Technologietransfer 177, 185
 Initiative Volkswille 116
 Initiative »Weg mit den Berufsverböten« 41, 45
 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU 29
 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) 51
 Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF) 47
 INTERIM 63
 INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e.V. 51
 International Sikh Youth Federation (ISYF) 167
 Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) 69
 Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) 75
 Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) 75
 Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) 59
 Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) 75
 Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige 124
 Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (MSV) 164 f.

Irish Republican Army (IRA) 153
 IRVING, David 135
 Islamische Bewegung 163

J

Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg 32
 Jugendhochschule Wilhelm Pieck 29
 Jugendpolitische Blätter 34
 Junge Nationaldemokraten (JN) 132
 Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) 33, 36 f., 51

K

K-Gruppen 53 f., 69, 72 f., 74
 KABUS, Thilo 132
 Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst 39, 45
 KAPLAN, Cemaleddin 163
 Karl-Liebknecht-Schule 29
 Kernorganisationen der »Neuen Linken« 20
 Kernorganisationen, orthodoxkommunistische 20
 KESSLER, Gisela 42
 KLAR, Christian 82
 KÖBELE, Patrik 34
 Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) 41, 75
 Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) 113, 135
 Kommunalwahlen
 – Baden-Württemberg 49, 55, 116, 128, 131
 – Hessen 41, 48, 116, 131
 – Nordrhein-Westfalen 49, 55, 128, 131
 – Rheinland-Pfalz 49, 128, 131
 – Saarland 49, 128, 131
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (1956 verboten) 26, 27, 49
 Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) 57

Kommunistischer Bund (KB) 56, 73
 Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 56
 Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (KA), Mitwirkung von Linksextremisten in dem 44
 Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam (KoZU) 72, 73
 KOSIEK, Dr. Rolf 132
 Krefelder Initiative 44
 Kuhle Wampe 33
 KÜHNEN, Michael 112 f., 116 ff., 120
 Kurdistan-Komitee 156
 Kurdistan-Rundbrief 57

L

LAUCK, Gary Rex 120, 136
 Legale Residenturen 195, 196
 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) 167
 Linksextremisten im öffentlichen Dienst 22 f.
 Liste für ein Europa der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie 59

M

MAKKI, Bassam Gharib 159
 Marx-Engels-Stiftung e.V. 47
 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 54 ff., 69, 74
 Marxistische Abend-/Arbeiterschule (MASCH) 47
 Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) 47
 Marxistische Arbeiterzeitung 74
 Marxistische Gruppe (MG) 23, 60, 62, 74
 Marxistische Streit- und Zeitschrift gegen die Kosten der Freiheit 62
 Marxistischer StudentInnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) 23, 33, 35, 36, 51
 MASCHINSKY, Anja 35
 messmagazin international 47
 MIES, Herbert 24, 27, 41, 45, 50
 Militärspionage 188

Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 26, 51, 176, 178 f., 181, 182, 184, 185, 192
 Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen 148 f., 150, 153, 155, 158, 160, 164
 Mitgliederzahlen, Linksextremismus 20, 53 f., 56, 58 ff.
 Mitgliederzahlen, Rechtsextremismus 108
 MOSLER, Jürgen 112 f., 116
 MÜLLER, Curt 122
 MÜLLER, Ursula 122
 MUSSGNUG, Martin 124, 131

N

Nachrichten der HNG 118
 Nachrichten-Verlags-Gesellschaft mbH 42, 48
 NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 42
 Nachrichtendienste
 – CSSR 178, 180, 185, 187, 199
 – DDR 178, 178, 182 f., 192
 – Polen 178, 182, 191
 – Rumänien 176, 178, 182
 – UdSSR 176, 178, 185, 188, 200
 NAHRATH, Wolfgang 134
 National-Freiheitliche 108 f., 124
 Nationaldemokraten 108 f., 124, 130
 Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue (N.D.SH.) 167
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 124 ff., 127, 128 ff.
 Nationale Heilspartei (MSP) 163
 Nationale Liste (N.L.) 116
 Nationale Sammlung (N.S.) 116
 Nationalistische Arbeitspartei (NCP) 163
 Nationalistische Front (NF) 118
 Nationalrevolutionäre 111
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 111, 112, 117
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 120 f., 136
 NAUMANN, Peter 124
 Nebenorganisationen der »Neuen Linken« 20, 54, 58

Nebenorganisationen, orthodox-kommunistische 20, 23, 32, 52
 Neonationalsozialisten 108 f., 111 f., 117 f., 122, 139
 »Neue Linke« 20 f., 22 f., 38, 43, 52 f., 60, 69, 71, 74
 Neue Zeitung Berlin West 32
 Nordland Forlag 122
 NS-Kampftruf 120 f., 136

O

OCHENSBERGER, Walter 135
 ÖCALAN, Abdullah 155
 OOYEN, Willi van 39, 44
 Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-DEGHANI-Anhänger) (O.I.P.F.G.) 165, 166
 Ostermärsche 1989, Beteiligung von Linksextremisten 41, 44

P

Pahl-Rugenstein Verlag GmbH 40, 48
 Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V. (PSV) 158
 Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) 163
 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 22, 49 f.
 Partei des neuen Nationalismus 116
 PETSCHICK, Dr. Werner 42
 Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH 47
 POHL, Helmut 79, 81, 82, 84
 Politische Berichte 57
 Politische Spionage 184, 197
 Progress Presse Agentur GmbH (PPA) 29
 Provisional Irish Republican Army (PIRA) 151, 153 ff.
 Publikationen ausländischer Extremistenorganisationen 151
 Publikationen, linksextremistische 22
 Publikationen, rechtsextremistische 110

R

»radikal« 63
 Radikaldemokratische Studentengruppen (RSG) 35
 Radikale Linke 53, 56, 58, 71
 Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (R.K.M.I.) 166
 Recht und Wahrheit 123
 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst 110
 Reisekader 52
 REMER, Otto-Ernst 123
 RETTNER, Gunter 49
 Revisionisten 134, 135
 revolutionär-marxistische Gruppen 52, 53, 74
 Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP) 162
 Revolutionäre Marxisten 20
 Revolutionäre Zellen (RZ) 77, 84 f., 88
 RIEGER, Jürgen 132
 RIIS-KUNDSSEN, Poul 122
 ROEDER, Gertraud 123
 ROEDER, Manfred 123
 Rote Armee Fraktion (RAF) 57, 66, 74, 76, 77, 78 ff., 82 ff., 85, 87 ff.
 – Inhaftierte aus RAF und Widerstand 76, 79, 81 f.
 – Kommandobereich 78, 79, 81
 – Militante der RAF 79, 88
 – RAF-Anhänger/-Umfeld 77 f., 81 ff., 87 f.
 rote blätter 36
 Rote Fahne 55
 Rote Zora 77, 84 f., 88

S

SCHMITT, Horst 29
 SCHÖNBORN, Meinolf 118
 SCHÜTZINGER, Jürgen 131
 schwarzer faden 63
 SED-Parteischule Franz Mehring 29
 Sieg 135
 Skinheads 72, 111, 133, 139
 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 33 f., 37, 50, 51
 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 22, 26 f., 28, 29, 39, 40, 45 f., 49 ff., 59, 62, 68

Sozialistische Einheitspartei
Westberlins (SEW) 22 f., 29 f.,
49, 75
Sozialistische Initiative (SI) 12
Sozialistischer Hochschulbund
(SHB) 23, 35, 41
Sozialistischer Jugendverband Karl
Liebknecht (SJV – Karl Lieb-
knecht) 51
Sozialrevolutionäre 20, 62
Spionage
– Computer-Spionage 188
– Militärspionage 188
– Politische Spionage 184
– Wirtschaftsspionage 177, 185
– Wissenschaftsspionage 185
Ständiger Arbeitsausschuß für Frie-
den und internationale Verständig-
ung 75
STROBL, Dr. Ingrid 88
SWING – autonomes rhein-main
info 63

T

TAG, Ernst 124
Tarnorganisationen 75
Terrorakt, Definition 76
Terrorismus, linksextremistischer
75
Terrorismus, rechtsextremistischer
136
THADDEN, Adolf von 132
Treffpunkt Gruppe 34
Trotzkisten 53, 59, 71, 72, 74
trotzkistische Gruppen 52, 59
Tudeh-Partei Iran 166
TÜRKES, Alparslan 163
Türkische Kommunistische Partei/
Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)
160 f.

U

Ümmet-i Muhammed
(Die Nation Mohammeds) 163
Union Islamischer Studentenvereine
in Europa (U.I.S.A.) 164
Unsere Zeit (UZ) 29, 42

V

VARELA GEISS, Pedro 136
Verband der islamischen Vereine
und Gemeinden e.V., Köln (ICCB)
163

Vereinigte Sozialistische Partei
(VSP) 57 f.
Vereinigung Demokratischer Juri-
stInnen und Juristen in der Bun-
desrepublik Deutschland und Ber-
lin (West) e.V. (VDJ) 75
Vereinigung der neuen Weltsicht in
Europa e.V. (AMGT) 163
Vereinigung der Verfolgten des Nazi-
regimes – Bund der Antifaschi-
sten in der Bundesrepublik
Deutschland (VVN-BdA) 38, 41,
43, 75
Verlage, linksextremistische 22,
47, 50
Verlage, rechtsextremistische
110, 128, 134 f.
Volksbefreiungsarmee Kurdistans
(ARGK) 156
Volksbewegung für die Republik
Kosovo (LPRK) 167
Volksfront für die Befreiung Palä-
stinas (PFLP) 158
Volksfront für die Befreiung Palä-
stinas – Generalkommando
(PFLP-GC) 159
Volksfront gegen Reaktion, Faschis-
mus und Krieg (VOLKSFRONT)
57, 71
Volkszeitung 40, 48
Vorfeldorganisationen 32, 39, 45,
49 f., 52, 75
VVG – Verlags- und Vertriebsgesell-
schaft mbH 36, 48

W

Wehrsportgruppe Hoffmann 137
Weltföderation der Wissenschaftler
(WFW) 75
Weltfriedensrat (WFR) 75
Weltgewerkschaftsbund
(WGB) 42
Wende zu demokratischem und
sozialem Fortschritt 25
Werbungsmethoden 177
Westarbeit 49 ff., 51
Wiking-Jugend e.V. (WJ) 132 ff.
Wikinger 134
Wildcat 63
Wirtschaftsspionage 177, 185
Wissenschaftsspionage 185
WITT, Gregor 39
Wohlfahrtspartei (RP) 163

World Tamil Movement 167

Y

Yeni CÖZÜM 160

Z

Zentrum für Marxistische Friedens-
forschung (ZMF) 47

Zielobjekte östlicher Nachrichten-
dienste 184 ff., 189

ZÜNDEL, Ernst 135
